



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

"FPÖ und Christentum
Zwischen Gegnerschaft und Vereinnahmung"

Verfasser

David Meijer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Danksagung

Mein Dank gilt zu allererst meinen Eltern und meiner Familie, welche mich immer unterstützt haben und viel Geduld bewiesen haben. Für die freundliche und kompetente Betreuung möchte ich meinem Betreuer, Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer danken. Allen, die an dieser Diplomarbeit mitgewirkt haben danke ich für ihre Zeit und Mühen; für die durchgeführten Interviews danke ich ao. Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt und Mag. Ewald Stadler, für die Auskünfte per Email DI Norbert Hofer und Altabt Dkfm. Mag. Gregor Henckel Donnersmarck OCist, für das Korrekturlesen meiner Mutter Waltraud Meijer-Krones.

Inhaltsverzeichnis:

1 Vorwort - Motivation	Seite 7
1.1 Problemstellung/Forschungsfrage	8
1.1.1 Die Kirche im Wandel	8
1.1.2 Das Dritte Lager im Wandel	9
1.1.3 Fragestellung	9
1.2 Struktur	10
1.3 Quellen	11
2 Die Drei-Lager-Theorie nach Wandruszka	13
2.1 Das christlichsozial-konservative Lager	13
2.2 Die Heimwehr	15
2.3 Das nationale Lager	16
2.4 Das sozialistische Lager	18
2.5 Zusammenfassung	20
2.6 Rezeption	20
3 Historischer Überblick	23
3.1 Liberalismus	24
3.1.1 Revolutionärer Beginn 1848	25
3.1.2 Schwächephase 1850er	27
3.1.3 Liberale Phase ab 1860	28
3.1.4 Resümee	30
3.2 Deutschnationalismus	31
3.2.1 Georg Ritter von Schönerer	32
3.2.2 Los-von-Rom	34
3.2.3 Deutschnationaler Mainstream	38
3.2.4 Neuheidentum	41
3.2.5 Die erste Republik bis 1933	43
3.2.6 Der "Ständestaat"	48
3.2.7 Nationalsozialismus und Christentum	51
3.2.8 Hitlers Glaube	54
3.2.9 Resümee	56

3.3 Der Verband der Unabhängigen	57
3.4 FPÖ bis 1986	65
3.4.1 Die Konkordatsfrage	66
3.4.2 Die Fristenlösung	70
3.5 FPÖ ab 1986	73
3.5.1 Jörg Haider	73
3.5.2 Eine neue FPÖ	75
3.5.3 Österreich zuerst!	76
Exkurs: das Liberale Forum	80
3.5.4 Die FPÖ auf Kirchenkurs	82
3.5.5 Wandel in der FPÖ	86
3.5.6 Das Parteiprogramm von 1997	87
3.5.7 Das Verhältnis zu den Evangelischen Kirchen	101
3.5.8 Die Krenn-connection	102
3.5.9 Schwarz-Blau	106
Exkurs: BZÖ	109
3.5.10 Burschenschaften	113
3.5.11 Resümee	120
4 Strache	121
4.1 Persönliche Religiosität	121
4.2 Parteiprogramm und Richtlinien	122
4.3 Islam und Christentum	23
4.4 Kunst	126
4.5 Abtreibung	127
4.6 Nationalratswahl 2006	129
4.7 Akademiestreit 2006-2007	130
4.8 Nationalratswahl 2008	131
4.9 EU-Wahlkampf 2009	133
4.10 Parteiprogramm und Richtlinien	145
4.11 Christliche Werte und die Bilanz der FPÖ	149
5 Conclusio: Taktische Überlegungen, genuiner Kurswandel, oder?	150

6 Anhang	
Quellenverzeichnis	153
Abbildungsverzeichnis	169
Interview Höbelt	171
Interview Stadler	181
Email Hofer	187
Stellungnahme der Österreichischen Bischofskonferenz	188
Email Henckel Donnersmarck	190
Abstract	193
English Summary	194
Curriculum vitae	195

Erläuterungen: Der Autor hat versucht, in allen Fällen, in denen beide Geschlechter dem Kontext nach gemeint waren, beide Geschlechter zu nennen.

In Fällen, in denen unklar ist, ob nur ein Geschlecht gemeint ist und in Fällen in denen absichtlicher- oder amtlicherweise nur eines genannt wurde, wird darauf durch ein "*" hingewiesen. Auf Wunsch meines Professors werden akademische Titel im Text nicht angeführt, Funktionsbezeichnungen oder Adelstitel werden soweit möglich mit historischer Akkuratessse verwendet.

1 Vorwort - Motivation:

“Abendland in Christenhand” - dieser Reim klingt zwar etwas verstaubt, stammt aber pikanterweise aus dem Jahr 2009; FPÖ-Plakate zur EU-Parlamentswahl kombinierten damals in für europäische Verhältnisse ungewohnt deutlicher Weise Religion und Politik.¹ Zwei Sphären, die bereits einzeln ungemein faszinierend, kontroversiell und bestimmend für unser Leben sind, kulminieren hier in der für mich spannendsten Verknüpfung menschlichen Daseins. Dass ich mich mit diesem Thema befasse, hängt sicher mit meinem Hintergrund als praktizierender Katholik zusammen. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich mich freue, wenn christliche Tugenden und Grundhaltungen sich in politischen Programmen und Aktionen wieder finden. Das genannte Werbesujet weckt hingegen Gefühle der Vereinnahmung meines Glaubens für einen Machtanspruch und eine Polarisierung, die mit meinem christlichen Selbstverständnis nichts gemein haben. Meine Ansichten zum Verhältnis FPÖ und Christentum sollen jedoch nicht einer wissenschaftlichen Behandlung des Feldes entgegenstehen - die vorliegende Arbeit wurde mit bestem Wissen und Gewissen möglichst objektiv verfasst.

Als in Finnland der zur katholischen Kirche konvertierte Führer der nationalpopulistischen “Perussuomalaiset/Sannfinländarna” (Wahre Finnen-Partei) Timo Soini auch wegen seiner Haltung zur Abtreibung² thematisiert wurde, war dann ein genuin christliches Anliegen mit einem umstrittenen Politiker verknüpft.

Bildet sich hier eine christliche Rechte in Europa heraus, nachdem die christdemokratischen Parteien Zuspruch und Orientierungsverlust erleiden, und wie verbindet sich diese Tendenz mit einem immer säkularer werdenden Kontinent?

Fragen wie diese ließen den Entschluss reifen, die Freiheitliche Partei Österreichs und ihr Verhältnis zum Christentum zu beleuchten - aufgrund der ideologischen Wurzeln in Nationalismus und Liberalismus ein scheinbarer Gegensatz, dessen partielle Überwindung hier analysiert werden soll.

Es stellen sich die Fragen: “Welche Rolle spielt das Christentum für die FPÖ?” und “Steht ein möglicher Wandel dieses Verhältnisses in Bezug zu einem tief greifenden ideologischen Wandel?”

¹<http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=732> 14.9.2011, 14:20

²<http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,758883,00.html> 14.9.2011, 13:00

1.1 Problemstellung, Forschungsfrage

Die Faszination des Themas liegt zu einem hohen Grad am weiten Weg, den das “Dritte Lager” in Bezug auf das Verhältnis zum Christentum, speziell zur katholischen Kirche, hinter sich hat, aber auch am starken Wandel in Auftreten, Einfluss und Positionen der Kirche.

1.1.1 Die Kirche im Wandel

Ich möchte in meiner Arbeit die Phase von 1848 bis zur jüngsten Vergangenheit betrachten. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf der katholischen Kirche ruhen und speziell Reaktionen von Amtsträgern erörtern. Aufgrund der Hinwendung vieler im Dritten Lager zu Protestantismus und (in geringerem Maß) Altkatholischer Kirche sind jedoch auch diese von entscheidender Bedeutung. In der Ära Strache wird dessen Förderung der serbisch-orthodoxen Kirche zu beleuchten sein (s. 4.8).

In der katholischen Kirche gab es in dieser Zeit zwei vatikanische Konzile, die in ihrer Wirkung auf das gesellschaftliche und politische Leben höchst einflussreich waren. Die Kirche, die 1848 vom Liberalismus alter Prägung bekämpft wurde, strotzte vor Machtbewusstsein und hatte gerade im äußerst katholischen Österreich einen tief greifenden Einfluss in Bereichen, die heute, auch aufgrund gewisser Erfolge antiklerikaler Akteurinnen und Akteure, der Privatsphäre oder staatlichem Handeln vorbehalten sind. Mit der Erklärung der Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittenfragen schien für viele eine Potenzierung der kirchlichen Ansprüche erreicht, was auch zur Abspaltung der sogenannten Altkatholischen Kirche führte³. Im Ständestaat verquickten sich Politik und Religion erneut, und im Nationalsozialismus sahen manche Kirchenoberen und Gläubige zunächst eine Chance, bald drohende Vernichtung (s.3.3). Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) versöhnte die Kirche endgültig mit zuvor von ihr misstrauisch beäugten oder rundweg abgelehnten Ideen wie Demokratie, Religionsfreiheit im modernen Sinn oder Demokratie. Die gesellschaftlichen Trends bedeuten allerdings auch in Österreich einen Bedeutungsverlust im öffentlichen Leben. Die Säkularisierung Westeuropas schlägt sich in schwindenden Gläubigenzahlen, Kirchbesuchen und Priesterberufungen nieder, auch Skandale motivieren viele zum Kirchenaustritt (s. 3.4)

³<http://www.altkatholiken.at/> 04.12.2011 16:15

1.1.2 Das Dritte Lager im Wandel

Das Dritte Lager hätte angesichts dessen auch bei eigener Kontinuität genug Material zur Neupositionierung finden können. Kontinuität ist bei den National-Liberalen jedoch eine heikle Sache. In seinen Anfängen eher elitär und mit begrenztem Wirkradius, vereinigte sich der Liberalismus bald mit nationalistischen Strömungen, deren radikalste Elemente wiederum zu Spaltungen führten. Im Nationalsozialismus waren zwar die liberalen Elemente hinweggefegt, die deutschnationale Richtung eroberte jedoch eine Mehrheit, vorbereitet durch die Skepsis am amputierten nach-monarchischen Österreich, welche auch Sozialdemokratie und Konservative umfasste. Nach dem Krieg galt es, die alten Linien zu reaktivieren, was nicht ohne Nazinostalgie vonstatten ging und dabei (trotzdem) nur begrenzten Erfolg hatte. Jörg Haider brachte die Partei schließlich auf einen Kurs, bei dem Versatzstücke aus der national-liberalen Bewegungsgeschichte hauptsächlich nach Gutdünken und Tagesverfassung ihres „einfachsten Parteimitglieds“ Einsatz fanden. Die Wählerinnen- und Wählerschaft wuchs erstmals deutlich und umfasste damit Schichten weit jenseits des traditionellen „Dritten Lagers“, wobei zwei Parteispaltungen Konzentration auf Kernthemen aber auch zwischenzeitliches Chaos brachten. Liberales Forum und BZÖ bieten gerade in Bezug auf das Thema dieser Arbeit relevante Aspekte. Unter H.C. Strache wurde weiterhin der veränderten Klientel entsprechend der von Haider entdeckte Österreichpatriotismus propagiert.

1.1.3 Fragestellung

Die forschungsleitende Frage lautet: “Wie und warum hat sich das Verhältnis der FPÖ zum Christentum im Vergleich zu ihren ideologischen Wurzeln gewandelt?”

Aufgrund der personellen und ideellen Verbindungen sowie aufgrund der Selbstverortung der FPÖ geht der Autor dabei von der Existenz eines “Dritten Lagers” nach Wandruszka (siehe Kapitel 2) aus. Als Akteurinnen und Akteure werden sämtlich Funktionärinnen und Funktionäre der verschiedenen Parteien und Bewegungen, die dem national-liberalen Milieu zugehören, angesehen. Die Positionen der Wählenden, sofern bekannt, werden dazu in Beziehung gesetzt.

Unter dem breiten Terminus „Christentum“ wird eine Fülle von Aspekten zu behandeln sein: Die Haltung zu Gesetzen, welche religiöse und kirchliche Rechte sowie Lehren betreffen, die

Thematisierung (beispielsweise als Vereinnahmung oder Ablehnung) von kirchlichen Äußerungen und Haltungen, das Ausmaß der Beteiligung von Gläubigen in den Gruppierungen, und generell jedweder Bezug, welcher Aspekte des Christentums anspricht.

Da der Autor von einer gewisse Kontinuität der ideologischen Fundamente ausgeht, ist von besonderem Interesse, welche Faktoren dazu beigetragen haben, dass einmal stärker, einmal schwächer, mal freundlicher, mal kritischer mit Kirchen umgegangen wird. Neben den offensichtlichen Unterschieden im Auftreten der Kirchen selbst ist dabei vor allem zu erörtern, inwiefern die weltanschauliche Basis aufgrund von Pragmatismus, Wahltaktik und persönlichen Interessen betont, durchgesetzt oder verschüttet wurde, und welche Klientel damit angesprochen wurde.

1.2 Struktur

Zu Beginn wird die Drei-Lagertheorie von Adam Wandruszka vorgestellt und erörtert, wobei das sozialdemokratische, das christlichsoziale und das nationalistische Lager in ihrer Entwicklung dargestellt werden, und die Anwendbarkeit der Theorie auf die aktuelle Situation überprüft wird.

Ein Großteil wird dann im 3. Kapitel auf die historische Entwicklung des "Dritten Lagers" verwendet, wobei stets das Verhältnis von liberalen und nationalen Aspekten und deren Interaktion mit der religiösen Komponente als Richtschnur dienen wird, wobei ausgehend von Wandruszka und der Selbstdarstellung der FPÖ im Jahr 1848 angesetzt wird. Im 4. Kapitel wird schließlich die aktuelle Lage geschildert, die FPÖ unter der Obmannschaft von Heinz-Christian Strache. Bei diesem ist sowohl seine persönliche Haltung, soweit bekannt, Gegenstand der Analyse, als auch die Entwicklung des Parteiprogramms, der Einsatz in Wahlkämpfen, die legislative Seite und schließlich die Wirkung auf Wählerinnen und Wähler. Abschließend geht es um die Frage der Taktik. In der Conclusio wird die aktuelle Politik in Bezug auf die Forschungsfrage untersucht - Welche Rolle spielt für die FPÖ das Christentum?

1.3 Quellen

Als Quellen stütze ich mich einerseits auf Sekundärliteratur welche Kirche und/oder Deutschnationale Bewegungen behandeln, andererseits auf Primärquellen, wie beispielsweise Parteiprogramme, Richtlinien, Presseaussendungen, Beiträge in Wort, Bild und Ton auf freiheitlichen Internetseiten und Wahlkampfauftritte. Zusätzlich wurden Interviews mit dem Abt von Stift Heiligenkreuz Gregor Henckel Donnersmarck OCist, Lothar Höbelt und Ewald Stadler durchgeführt und mit deren Erlaubnis verwendet. Auch eine Email vom Abgeordneten Norbert Hofer, dem Hauptverantwortlichen für das Parteiprogramm 2011 und die Stellungnahme der Österreichischen Bischofskonferenz, zur Verfügung gestellt von Abt Henckel Donnersmarck, sind im Anhang zu finden.

2 Die Drei-Lager-Theorie nach Wandruszka

Adam Wandruszka stellte 1954 seine “Drei Lager - Theorie” vor, womit er einen sowohl Bewegungen als auch Parteien umfassenden Begriff verwendete, der “auch den militanten Charakter” zum Ausdruck bringen sollte (Wandruszka 1954: 291). Er verweist auf die gemeinsamen Ursprünge von Sozialdemokratie, Christsozialen und Deutschnationalen in Ablösung der Liberalen und sprach selbst von einer “natur- oder gottgewollten Dreiteilung Österreichs” (Wandruszka 1954: 291). Trotz inneren Wandels und versuchter, teils gewalttätiger Umstrukturierungsversuche konstatierte er, dass nach Ständestaat und Nationalsozialismus die alten Kräfteverhältnisse wieder auferstanden waren (Wandruszka 1954: 292).

Anhand bedeutender Vertreter der genannten Gruppierungen ist sowohl eine zeitliche wie eine personelle Gemeinsamkeit zu erkennen: in den 1880ern scharten sich unter anderem sowohl Victor Adler als auch Karl Lueger um Georg Ritter von Schönerer, der “vorhitlerische” Nationalsozialist Walter Riehl leitete später dessen “Deutsche Worte”. Alle drei Richtungen bemühten sich, wie bereits im “Linzer Programm” von 1882 deutlich wurde, um die Lösung der sozialen Frage, welche der Liberalismus zurückgelassen hatte (Wandruszka 1954: 293). Liberales Erbe erkannte Wandruszka im Antiklerikalismus von Sozialdemokratie und Nationalen sowie in der ökonomischen Ausrichtung der Christlich-Sozialen (Wandruszka 1954: 293). Andererseits verstand er die Gemeinschaften von Nation, Religion und Klasse als Antwort auf den unbefriedigenden Individualismus des späten Liberalismus (Wandruszka 1954: 294). Die liberalen Reste in Bürokratie, Presse und Wirtschaft wurden nach und nach zurückgedrängt (Wandruszka 1954: 299 f.).

2.1 Das christlichsozial-konservative Lager

Innerhalb der katholischen Bewegung gab es nach Wandruszka stets eine Konkurrenz zwischen eher konservativen und eher christlich-sozialen Strömungen, wobei erstere in den Phasen einer freundlich gesinnten Regierung überwogen, letztere in den Zeiten von Umschwung und Opposition mehr betont wurden (Wandruszka 1954: 304 f.). Erst 1907 kam es zur Vereinigung mit der konservativen “Katholischen Volkspartei” Westösterreichs, was

die bäuerliche Komponente stärkte, den Arbeiterflügel jedoch schwächte (Wandruszka 1954: 313, 315).

Als erste massentaugliche Führungspersönlichkeit des christlichsozialen Lagers trat Karl Lueger auf (Wandruszka 1954: 307). An seiner Person orientierten sich die Skepsis und Gegnerschaft von Adel und hohem Klerus gegenüber der christlichsozialen Bewegung, die mit der sie unterstützenden Enzyklika "Rerum Novarum" 1890 an Legitimität gewann und mit der schließlichen Ernennung Luegers zum Bürgermeister von Wien 1897 triumphierte (Wandruszka 1954: 311 f.). Wie von Schönerer wandte er sich von den Liberalen ab, bildete mit diesem und anderen das (antisemitische) Bündnis "Vereinigte Christen", übernahm nach dessen Verhaftung die Führung und vertrat nunmehr die katholische Sozialreform (Wandruszka 1954: 307 ff.). Nur mit den gemäßigten Deutschnationalen sollte in Hinkunft ein Bündnis möglich sein, welches dann auch in der 1. Republik mehrfach eingegangen wurde (Wandruszka 1954: 309).

Nach Luegers Tod und durch die mangelnde Verankerung der Arbeiterschaft verlor die Partei in Wien und damit ihr "Kraftzentrum", gleichzeitig kam es zu Allianzen der antiklerikalen Parteien gegen das "Bündnis von Thron und Altar" (Wandruszka 1954: 316 f.).

Nach dem Krieg setzte sich die Unterstützung der Republik durch, vorhandene Gegensätze, die innerhalb der Partei immer wieder auftauchten, wurden aber durch Pragmatismus überwunden (Wandruszka 1954: 302). So gelang es der Partei im Laufe ihrer Geschichte Adel und Bäuerinnen und Bauern, Groß- und Kleinbürgerinnen und -bürger und teils auch Arbeiterinnen und Arbeiter anzusprechen, und damit "Spiegelbild der katholischen Kirche" zu sein (Wandruszka 1954: 302).

Die christlichsoziale Partei war von 1920 bis 1938 fast durchgehend an der Macht und stellte meist auch den Kanzler (Wandruszka 1954: 301). Herausragende Bedeutung erlangte hierbei Prälat Ignaz Seipel (Wandruszka 1954: 323). Unter seiner Führung wurde die katholische Orientierung zum einigenden, die sie vertretende Gruppe des "Katholischen Volksbundes" zum bestimmenden Faktor (Wandruszka 1954: 326). Mit seiner umstrittenen Politik trug er aber auch zu Kirchenaustritten auf sozialdemokratischer Seite bei (Wandruszka 1954: 326 f.). Die Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze ließ demokratiekritische, autoritäre und ständische Ideen hochkommen, welche mit der Enzyklika "Quadragesimo anno" päpstlichen Segen erhalten zu haben schienen (Wandruszka 1954: 334, 336). Kirchlicherseits erkannte man aber auch die Gefahren einer zu engen Bindung und übte dementsprechende Kritik

(Wandruszka 1954: 345). Die Option des Anschlusses und eine nationale Politik waren umstritten, und wurden mit Hinblick auf den Koalitionspartner nur bis zur Machtergreifung der Nazis in Deutschland verfolgt (Wandruszka 1954: 331). Mit Seipels Tod brach die Koalition zunächst auseinander, und eine kleine aber gewichtige Gruppe Katholisch-Nationaler spaltete sich ab (Wandruszka 1954: 336 f.). Unter Engelbert Dollfuß wurden die ständischen Ansätze Seipels teilweise umgesetzt, die sogenannte Selbstausschaltung des Parlaments gab den Vorwand für ein quasidiktatorisches Regime unter Führung der "Vaterländischen Front" bei Verbot jeglicher Opposition (Wandruszka 1954: 339 f.). Der Druck Hitlerdeutschlands wuchs schließlich so sehr, dass Schuschnigg ein Versöhnungsabkommen eingehen musste (Wandruszka 1954: 342). Nach dem Anschluss landeten Vertreter der christlichsozialen Regierungen in Konzentrationslagern oder konnten fliehen (Wandruszka 1954: 354). Auch die Kirche sah sich in der Opposition, die sie jedoch zur eigenen Festigung und Erneuerung zu nutzen wusste (Wandruszka 1954: 354).

Nach dem Krieg waren die personellen Konstanten von Christlichsozialen und Volkspartei unübersehbar, allerdings spielte der Klerus keine aktive Rolle mehr und die Ideologie war deutlich milder (Wandruszka 1954: 355 f.). Liberale Tendenzen waren im Kampf gegen den Faschismus gestärkt worden, und so konnte man als stärkste Partei wieder die wesentlichen Ressorts übernehmen, aber diesmal im friedlichen Proporz mit der SPÖ teilen (Wandruszka 1954: 357). Während die ÖVP auch die gleiche Klientel hat wie ihre Vorgängerpartei, ist sie jedoch deutlich wirtschaftsorientierter und bekennt sich vorbehaltlos zur Demokratie; Deutschnationale Tendenzen sind in der ÖVP passé (Wandruszka 1954: 358).

2.2 Die Heimwehrbewegung

Anders als die drei Lager gab es die Heimwehr oder eine vergleichbare Gruppierung nur in der Zwischenkriegszeit (Wandruszka 1954: 359). Der Versuch der Einigung aller antimarxistischen Gruppierungen scheiterte bald an den inneren Widersprüchen, der zunehmend faschistische Einschlag endete im folgerichtigen Aufgehen der Bewegung in den Nazis (Wandruszka 1954: 362-366).

2.3 Das nationale Lager

Die vielen Namen und Gruppierungen dieser weltanschaulichen Richtung liegen nach Wandruszka in dem Konflikt zwischen Patriotismus und Nationalismus begründet, der Ende des 18. Jahrhunderts aufkam (Wandruszka 1954: 369). In den 1840ern noch nicht antihabsburgisch eingestellt, spaltete sich das Lager mit der Revolution 1848 in vier Richtungen (Wandruszka 1954: 370).

Die großösterreichische Richtung, welche eine deutsche Einigung unter katholischen Vorzeichen mit den Habsburgern an der Spitze sehen wollte, erfreute sich vor allem bei Armee und Bürokratie großer Beliebtheit und führte mit ihrer universalistischen Tendenz zu den Mitteleuropakonzepten der Zwischenkriegszeit (Wandruszka 1954: 370 f.). Als eigentliche großdeutsche Gruppierung folgte zweitens das in der Paulskirchenversammlung favorisierte Konzept eines zentralistischeren Deutschlands, in dem Österreich aber durchaus eine wichtige Rolle spielen sollte (Wandruszka 1954: 371). Die National-Katholiken* um Seyß-Inquart sind dieser Gruppe zuzurechnen (Wandruszka 1954: 372). Drittens gab es die Deutschnationalen oder Nationalliberalen, die ab 1918 sich "großdeutsch" nannten (Wandruszka 1954: 372). In der Tradition von 1848 waren hier die Turnverbände und Burschenschaften vertreten; die protestantische, antiklerikale und aufklärerische Spielart des Nationalismus baute auf den Zerfall des Habsburgerreiches zum Zweck der Eingliederung der deutschen Gebiete und war tendenziell republikanisch orientiert (Wandruszka 1954: 372 f.). Zu guter Letzt folgt viertens die kleindeutsche Richtung, welche eine preußische Führung ebenso ersehnte wie den Zerfall Österreichs (373). Unter Georg Ritter von Schönerer, dessen Los-von-Rom-Bewegung eine Logik der antihabsburgischen und protestantischen Prägung darstellte, erlangte sie Bedeutung über ihr Eigengewicht hinaus (Wandruszka 1954: 373). Mit starker Ausrichtung auf die Sozialpolitik wurde hier der Nationalsozialismus vorbereitet (Wandruszka 1954: 373). Diese kompromisslose Richtung glaubte im Gegensatz zu Hitler jedoch nicht an die Kraft Deutschlands andere Völker zu beherrschen (Wandruszka 1954: 374).

Dieser Nationalismus war zwar (vom Darwinismus beeinflusst) rassistisch, dabei aber laut Wandruszka defensiv (Wandruszka 1954: 375 f.). Der Wandel vom freiheitsliebenden Germanen der Revolutionsjahre zum Eroberungsgermanen ging dabei mit der Ablehnung von Katholizismus, später Christentum generell, parallel, die extreme, heidnische und

revolutionäre Richtung um (von) Schönerer blieb aber eine Minderheit, die speziell bei Fürst von Bismarck gar nicht gut ankam (Wandruszka 1954: 376 -380).

Das nationale Lager trat nicht zuletzt aufgrund extremer Persönlichkeiten häufig gespalten auf und konnte sich alleine kaum durchsetzen (Wandruszka 1954: 297). Die Gruppierungen um Steinwender und Wolf, die weit pragmatischer, patriotisch und staatsreu waren und auch im religiösen Bereich gegen Klerikalismus und Antiklerikalismus auftraten, dominierten das nationale Lager bis 1933 (Wandruszka 1954: 382).

Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges hatte die Mitteleuropaidee zunächst auch bei Nationalen gestärkt, allerdings ohne Chance auf Realisierung (Wandruszka 1954: 383). Die Schwächung der Nationalen, auch durch die Gebietsverluste, machte die Nationalen zur nunmehr dritten Kraft und beförderte eine Einigung zur Großdeutschen Volkspartei, allerdings ohne Nazis und Deutscher Bauernpartei (Wandruszka 1954: 384). Die zentralen Punkte wie Anschlussforderung und Volksgemeinschaft musste die GDVP auch im Bündnis mit den Christlichsozialen nicht aufgeben, und der in beiden Gruppen in unterschiedlicher Färbung vorhandene Antisemitismus gelangte ins Regierungsprogramm (Wandruszka 1954: 387). Strittige Punkte im ideologischen Bereich wurden ausgeklammert, aber die Forderungen der Siegermächte in Bezug auf Anschluss und Beamtenabbau strapazierten die Geduld der Anhängerinnen und Anhänger der Beamtenpartei* (Wandruszka 1954: 389). Die allgemein vorherrschenden Radikalisierungstendenzen ließen viele antidemokratisch und totalitär denkende Deutschnationale zur Heimwehr, ab 1932 und speziell nach der Weltwirtschaftskrise 1933 dann zu den Nazis überlaufen (Wandruszka 1954: 390 ff.).

Als bedeutendsten Führer der Deutschnationalen nennt Wandruszka Johann Schober, der eher liberal und dem katholischen Milieu gegenüber freundlich gesinnt war (Wandruszka 1954: 394). Obwohl korrekter Beamter und Postenschacher abgeneigt befürchteten manche, er würde Burschenschafter den Mitgliedern des CV vorziehen; Streitigkeiten bei einer Besetzungsfrage bedingten dann auch die Anführung des als „Schoberblock“ bekannt gewordenen Bündnisses „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund“ (Wandruszka 1954: 399 f.). Während Foppa und Langoth für die Großdeutschen nach dem Sieg der Nazis in Deutschland ein Kampfbündnis mit den österreichischen Nazis schlossen, blieb der Landbund zunächst unabhängig, endete aber schließlich auch größtenteils bei der NSDAP (Wandruszka 1954: 402 f.). Der Vormarsch der Nazis, die mit den Ideen (von) Schönerers und der Technik Luegers antraten, betraf zu diesem Zeitpunkt aber nicht die Kernschichten der

Christlichsozialen oder Sozialdemokraten (Wandruszka 1954: 406 ff.). Im katholischen Umfeld bildete sich jedoch eine Gruppe heraus, die als Katholisch-Nationale bekannt wurde, und in romantischer Weise den mittelalterlichen Reichsgedanken eher als Zusammen- denn als Anschluss sehen wollte (Wandruszka 1954: 411 ff.). Als Teil der "Betont-Nationalen" Gruppierung im Rahmen des Versöhnungsabkommens 1936 ist hier Glaise-Horstenau zu nennen, auch der nach dem gescheiterten Juliputsch 1934 von Hitler geschickte von Papen oder Seyß-Inquart gehörten dazu (Wandruszka 1954: 414 f.). Die Übergangsregierung von Letzterem währte nur kurz, die anti-kirchliche Haltung einiger Gauleiter missfiel den Katholisch-Nationalen (Wandruszka 1954: 417 f.).

Nach dem Krieg sieht Wandruszka die Verbotsgesetze als den Kitt zur Wiedererrichtung einer eigentlich als Gruppe nicht mehr existierenden Masse. Unter der Führung der unbelasteten Parteigründer des „Verbandes der Unabhängigen“ Reimann und Kraus wurde zwar ein Überraschungserfolg erreicht, das Nationale hatte jedoch in Wahrheit ausgedient, und die sozialen und wirtschaftlichen Interessen ließen die Wählerinnen und Wähler zu den ebenso entideologisierten Großparteien abwandern (Wandruszka 1954: 420).

2.4 Das sozialistische Lager

Wandruszka sieht den Ursprung dieses Lagers in der Reaktion auf die industrielle Revolution (Wandruszka 1954: 423). Die Ideen von Marx konnten 1848 noch nicht schlagend werden, erst in den 1880ern entwickelte sich eine Massenbewegung (Wandruszka 1954: 424). Der schon bei den unterschiedlichen Ansätzen von Marx und Lasalle angelegte Widerspruch zwischen Radikalen und Gemäßigten wurde in Österreich vor allem durch die Einigungsarbeit Victor Adlers überwunden (Wandruszka 1954: 426 ff.). Die Abwanderung der kommunistischen Richtung konnte durch radikale Rhetorik verhindert werden, dadurch polarisierte sich die innenpolitische Lage aber vor allem zwischen sozialistischem und christlich-sozialem Lager; die zum Religionsersatz avancierte Ideologie verhinderte immer wieder Kooperationen (Wandruszka 1954: 429 ff.). Neben der sozialen wurde für die Arbeiterinnen und Arbeiter auch die nationale Frage zunehmend interessant, man näherte sich auch kriegsbedingt deutschnationalen Ideen an und wurde so für die Konservativen als Partner interessanter (Wandruszka 1954: 434 ff.). Nach dem Tod Adlers kam mit Otto Bauer zwar die linke Fraktion ans Ruder, der staatsbejahende Charakter blieb jedoch erhalten, auch

weil die Scheu vor den befürchteten Reaktionen auf eine Revolution den entscheidenden Schritt stets verhinderte (Wandruszka 1954: 440 ff.). Die "radikale Phrase" sollte dies kompensieren. Um die Ideologie nicht zu verfälschen ging Bauer keine Koalition ein und versuchte die Mehrheit dadurch zu erreichen, dass er bäuerlichen Forderungen entsprach und den Einfluss der Kirche bekämpfte (Wandruszka 1954: 447 f.). Die weiterhin weithin geschlossene Partei war durch das austromarxistische Konzept, welches auch die radikale Linke im Boot behielt ohne ihr nachzugeben, allerdings vielfach handlungsunfähig (Wandruszka 1954: 449 f.). Im "roten Wien" galt der Sozialismus als verwirklicht; Praktiker wie Renner, dem es um die momentane Verbesserung der Lebensumstände seiner Klientel ging, wurden mit Skepsis betrachtet (Wandruszka 1954: 452 ff.). Tatsächlich barg die Bildungsarbeit der Sozialdemokratie die Gefahr der Verbürgerlichung der Arbeiterinnen und Arbeiter (Wandruszka 1954: 459). Die Sozialdemokratie verbündete sich mit allen als fortschrittlich geltenden Bewegungen in Wissenschaft, Kultur und Politik, die mit dem materialistischen Zeitgeist einhergehende Gegnerschaft zum bewahrenden Katholizismus ging mit dem Wiederaufkommen metaphysischer Tendenzen jedoch Ende der 1920er Jahre zurück (Wandruszka 1954: 458 ff.).

Die Konfrontation mit dem Staat eskalierte nach dem Verbot des Schutzbundes im Bürgerkrieg, die nunmehr illegalen Sozialistinnen und Sozialisten waren gespalten, entwickelten autoritäre Züge. (Wandruszka 1954: 465 ff.). Während die kommunistische Richtung an Zustimmung gewann, konzentrierte sich die Partei auf Hilfsaktionen, Propaganda und Schulungen (Wandruszka 1954: 465, 471).

Im Nationalsozialismus landeten viele sozialdemokratische Führer im KZ oder flohen, während sich ein Teil der sozialistischen Arbeiterinnen- und Arbeiterschaft vom Regime angezogen fühlte; es gelang trotz kriegsbedingt zunehmenden Unmuts keine illegale Wiedererrichtung der Partei (Wandruszka 1954: 474).

Nach dem Krieg wurde auf kommunistischer Seite die eigene Popularität überschätzt, ein Zusammengehen mit der SPÖ misslang so und die Abgrenzung der SPÖ nach links erlaubte eine Koalition mit der ÖVP (Wandruszka 1954: 474 ff.). Die neue Partei ist wie ihre Konkurrenz weniger ideologisch ausgerichtet, und hat sowohl in Bezug auf Kirche und Habsburg als auch Marx ihre Positionen aufgeweicht (Wandruszka 1954: 477).

2.5 Zusammenfassung

Vom Krieg geprägt haben alle drei Gruppierungen ihre starren Positionen verlassen und zu einem aufrichtigen Bekenntnis zur Demokratie gefunden (Wandruszka 1954: 481). Waren bisher alle ausprobierten Bündnisse - von antimarxistischem Bündnis Nationaler und Christlich-Sozialer über rot-schwarze Koalitionen bis zu antiklerikalen Gemeinsamkeiten der illegalen Parteien im Austrofaschismus - dem Nutzen der eigenen quasi-religiösen Gesinnungsgemeinschaft geschuldet, so wird nun akzeptiert, dass kein Lager seine Ansichten total(itär) umsetzen können und sollen wird (Wandruszka 1954: 483).

2.6 Rezeption

Adam Wandruszka war selbst großdeutsch und nationalsozialistisch eingestellt, hatte sich in amerikanischer Gefangenschaft jedoch eines Besseren belehren lassen, auch wenn er weiterhin eher konservativ und national eingestellt blieb.⁴ Die Drei-Lager-Theorie wurde kritisiert, da sie dem Wunsch des Urhebers gemäß eine Gleichberechtigung seiner eigenen Gesinnungsgemeinschaft behauptete, die zum damaligen Zeitpunkt über die reale politische Macht des dieses Lager vertretenden VdU hinausging und zudem die Übereinstimmungen innerhalb des antimarxistischen Lagers heruntergespielt wurden, während Kommunistinnen und Kommunisten schlicht dem Sozialistischen Lager zugerechnet wurden (Fritzl/Uitz 1975: 327-329 nach Terplak 2008: 37 f.). In diesem Sinne erkennt Steininger drei Lager, aber nur zwei Säulen, und einen daraus resultierenden Dualismus (Lehnert 1995: 433). Bruckmüller wiederum konstatiert, dass das "Dritte Lager" sich überhaupt erst in der Ersten Republik voll ausgebildet hatte (Bruckmüller 1985; 441). Lehnert verweist auf das Fehlen eines genuin deutschnationalen Milieus von mit den beiden großen Lagern vergleichbarer Homogenität. Von Akademikerinnen und Akademikern sowie Beamtinnen und Beamten abgesehen handelte es sich (mit Ausnahme Kärntens) primär bloß um den Rest, der nicht rot oder schwarz wählen will (Lehnert 1995: 437). Rohe wiederum argumentiert, dass das Lager im Gegensatz zum Milieu eben weniger homogen sein müsse, und mehr im Antagonismus zum anderen Lager bestehe (Rohe 1992: 21 f. nach Voithofer 2000: 19).

⁴<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitrag/intervie/lehmann.htm> 28.11.2011 12:55

Für die Zweite Republik schränken Negt/Kluge die Nützlichkeit der Drei-Lager-Theorie deutlich ein (Lehnert 1995: 432).

Der Autor geht davon aus, dass die Gültigkeit der Theorie Wandruszkas heute sehr beschränkt ist. Während die traditionelle Klientel sich seit der Ära Haider stark gewandelt hat und die bestimmenden ideologischen Grundlinien teils aufgeweicht hat, ist dennoch eine Kontinuität in personeller und organisatorischer Hinsicht zu konstatieren und zu berücksichtigen, dass die FPÖ selbst sich nach wie vor auf dieses Lager bezieht.

3 Historischer Überblick

Das Haus Habsburg und die Kirchen

Unter der habsburgischen Herrschaft gab es stets eine enge Verknüpfung von herrschaftlichem und kirchlichem Bereich. Als starke Verfechter der Gegenreformation bemühten sich die Kaiser um einen religiös einheitlichen Staat solange es ging, selbst Maria Theresia nahm noch Zwangsumsiedlungen von Protestantinnen und Protestanten vor (Tropper 2003/2005: 292 nach Haslinger 2010: 58). Allerdings begann sie auch (mit ökonomischen Hintergedanken) Andersgläubige zu tolerieren. Joseph II. gewährte Toleranzpatente für jüdische, griechisch-orthodoxe und protestantische Personen (Vocelka 2002: 165 f. nach Haslinger 2010:59; 61).

Die Tendenz, die Kirche unter staatliche Aufsicht zu stellen, wurde unter Joseph II. massiv verstärkt. Schon bisher waren Kleriker als Beamte verpflichtet und Kontakte mit Rom wurden streng geregelt (Tropper 2003/2005: 286 f. nach Haslinger 60). Nun wurde die Kirche vollends an die staatliche Brust genommen, die Eingriffe machten weder vor der Gottesdienstordnung halt noch vor der Reglementierung der anzuzündenden Kerzen und hatten generell eine Rationalisierung des Glaubenslebens im Auge, die zur Auflösung von über 600 "beschaulichen" Ordenshäusern führte (Haslinger 2010: 65; Benedikt 1947: 154 nach Haslinger 2010: 66; Hochstetter: 3 nach Haslinger 2010: 64). Das weitestgehende Staatskirchentum der Neuzeit musste zu Lebzeiten des Kaisers bereits teilweise gelockert werden, überlebte in der josephinisch geschulten Beamtenschaft aber auch (Tropper 2003/2005: 296 nach Haslinger 2010: 61; Hochstetter 6 nach Haslinger 2010: 69).

Nach den napoleonischen Kriegen war das "System Metternich" auf Restauration aus, und bediente sich dabei neben Beamtenschaft und Heer auch wieder der Kirche (Tropper 2003/2005: 303 nach Haslinger 2010: 68 f.).

Kirchliche Aussagen zum Verhältnis von Religion und Politik traf Papst Leo XIII. unter anderem in der Enzyklika "Sapientiae Christianae", in der er sich gegen jede Involvierung in Parteipolitik oder Diskussionen über die angemessenste Staatsform verwahrte.⁵

⁵http://www.vatican.va/holy_father/leo_xiii/encyclicals/documents/hf_l-xiii_enc_10011890_sapientiae-christianae_en.html 25.10.2011: 15:25

3.1 Liberalismus

Eine Unterscheidung von nationalem und liberalem Lager ist - so Trauner - vielfach unmöglich, da beide Aspekte von Anfang an und bis weit ins zwanzigste Jahrhundert eng verwoben sind (Trauner 1997: 109).

Der Liberalismus in Österreich war sozialen Überlegungen nicht sonderlich zugetan und auch in nationaler Hinsicht primär auf die eigene Gruppe bezogen - die deutschösterreichische Bourgeoisie (Fuchs 1996: 6). Dabei handelte es sich von Anfang an um ein Minderheitenprogramm - mit dem allgemeinen Wahlrecht war das Ende der politischen Dominanz vorprogrammiert, die Bewegung wurde marginalisiert und ging - speziell, was die jüdischen Vertreter betrifft - zur Sozialdemokratie über (Trauner 1997: 122).

Dementsprechend wurden die Ideale des Liberalismus - ein freier Mensch, der als Individuum vom Staat respektiert, und vor allem möglichst wenig eingeschränkt wird - vor allem für die herrschende Klasse zu erreichen gesucht. Zunächst als "Verfassungspartei" auftretend ist klar, dass der Liberalismus in Österreich die Konstitution als Mittel ansieht, Freiheit zu erlangen - und dabei einiges an Macht (Fuchs 1996: 7).

Als bestimmend kann die Ablehnung von Feudalismus und Reichsidee betrachtet werden, auch die Trennung von Staat und Kirche ist ein gemeinsames Anliegen (Charmatz 1947: 77 nach (und) Trauner 1997: 121 f.). Voegelin bemerkt in diesem Zusammenhang, dass laut Joseph Leclerc der Liberalismus ein Kind der Reformation ist: die Erkenntnis, dass verschiedene Konfessionen friedlich zusammenleben müssen, hatte zur Folge, dass Liberale einen toleranten, die Kirche vom Staat trennenden Weg einschlagen mussten (Voegelin 1960: 15 f.). Dies bedeutete sowohl die Bekämpfung der kirchlichen Privilegien als auch die Loslösung von Autoritäten hin zu einer freien Wissenschaft (Voegelin 1960: 32 f.)

Auf wirtschaftlichem Gebiet vertraten die Liberalen die Grenznutzenlehre, auch "Österreichische Schule" genannt, philosophisch waren sie dem Rationalismus zuzuordnen, fortschrittsgläubig und humanistisch (Fuchs 1996: 10 f.).

Der nationale Aspekt war ein Spezifikum in Österreich, da sich die Liberalen zwar allgemein als deutsch von der Nation her sehen, aber dies mit einem Österreichpatriotismus verbanden, der primär in der Aufrechterhaltung der Monarchie und der Akzeptanz ihres Vielvölkercharakters bestand (Fuchs 1996: 12). Karl von Grabmayer verwendete für diese Haltung ein anschauliches Beispiel, wenn er forderte, man solle sich damit "begnügen, daß

die deutsche Primgeige unter den gleichberechtigten anderen Instrumenten sich als führende Stimme behauptet“, während man sich bei den Radikalen “das österreichische Völkerkonzert als ein deutsches Solo mit Brummstimmen vorstellt, wobei das Brummen alle anderen Nationen besorgen” (Afflerbach 2002: 477 f.).

In der Frankfurter Nationalversammlung wurde in diesem Sinn eine Neuordnung des ehemaligen Heiligen Römischen Reichs versucht, die jedoch im Ergebnis Österreich ausschloss und von Preußen nicht akzeptiert wurde - die liberale Phase hatte nur kurz gewährt (Depisch 2008: 32).

3.1.1 Revolutionärer Beginn 1848

Die FPÖ sieht ihre Wurzeln selbst in der Revolution von 1848. Mit den Worten Jörg Haiders: “1848 war die Geburtsstunde des freiheitlichen Lagers, mit einem starken Antiklerikalismus, mit einem starken Widerstand gegen absolutistische Tendenzen, gegen Staatskirchentum und gegen den Obrigkeitsstaat metternich’scher Prägung, mit dem zur damaligen Zeit die Kirchen [sic!] liiert waren” (Haider 1999: 35). Staat und Kirche, die im Laufe der Geschichte durchaus ein spannungsreiches Verhältnis hatten, verbanden sich zu dieser Zeit zum gemeinsamen Gegner des Liberalismus. Der Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie musste ständig darauf achten, zentrifugale Kräfte einzudämmen, was speziell unter der strengen Kanzlerschaft des Fürsten von Metternich-Winneburg zu Beilstein auf Kosten sowohl der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten als auch der nationalen Selbstbestimmung ging. Ebenso problematisch war aus nationalliberaler Sicht die römisch-katholische Kirche. Ultramontanismus galt als Gefährdung der Treue zu Staat und Nation, der weitreichende Einfluss auf das Privatleben beschnitt die Freiheit der und des Einzelnen.

Im Zuge der Revolution 1848 kam es folgerichtig auch zu Ausschreitungen gegen kirchliche Einrichtungen (Scheidgen 2008: 92). In Wien war der antiklerikale Aspekt mit Schmähschriften und Karikaturen stärker als anderswo ausgeprägt. Besonders Jesuiten und Redemptoristen hatten darunter zu leiden; die Nähe zum restaurativen Kanzler führte zur Vertreibung der Redemptoristen aus Maria am Gestade, Ausschreitungen in Graz und Troppau, und im Mai folgte die Auflösung der Klöster beider Orden mit Genehmigung des Kaisers (Pfleger 1997: 82 f.; Trauner 1997: 45 f.).

Die katholische Kirche wurde dabei primär für die politische Stellung und das Verhalten der Orden kritisiert, denen Gewinnsucht vorgeworfen wurde, aber auch die Aufhebung des Zölibats oder gar des Papsttums wurden gefordert (Trauner 1997: 44). Als kirchlicher Vertreter dieser Richtung tat sich der Priester Anton Fuster hervor, der in seiner Unterstützung der Revolution schließlich katholische Positionen soweit verließ, dass er temporär auch austrat (suspendiert worden war er schon) (Scheidgen 2008: 216). Eine vergleichbare - wenn auch meist weniger radikale - Haltung war vor allem im niederen Klerus verbreitet (Scheidgen 2008: 213).

Bei all dem hatte sich die katholische Kirche zunächst eher vorsichtig positiv zur Revolutionsidee verhalten, die evangelische Kirche und vor allem ihre Anhänger waren dabei aktiver und konnten so eine gewisse - noch bescheidene - Konversionsbewegung auslösen (Trauner 1997:45, 63 f.). Als vorteilhaft wurde jedenfalls bewertet, dass die Kirche selbst nun freier würde, die Trennung von Metternich wurde meist begrüßt, wobei der Wiener Fürsterzbischof Milde mit der scharf antiklerikalen Ausformung der Revolution in Wien zu den stärksten Befürwortern des alten Systems gehörte (Scheidgen 2008: 104). Das Wort von der "freie[n] Kirche im freien Staat", welches in der Zweiten Republik von Kirchenseite proklamiert wurde, gehörte damals zu den Ansichten gemäßiger Liberaler (Huber 1978: 299 nach Scheidgen 2008: 157). In einem Pastoral Schreiben wurde selbst verkündet: "Erstmals nach siebzig Jahren könne sich die Kirche wieder voll in Österreich entfalten" (Pastoral Schreiben der in Wien versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Österreichs, 17. 06. 1849 nach Scheidgen 2008: 181).

Die kurzlebige "Pillersdorf'sche Verfassung" von 1848 "sah in §17 die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" und in §27 die bürgerliche Gleichheit aller Konfessionsangehörigen vor (Liebmann 2003/2005: 365 f. nach Haslinger 2010: 69).

Im Kremsierer Verfassungsentwurf von 1849 wurde den liberalen Forderungen teilweise entsprochen. Religionsgemeinschaften durften keinen leitenden Einfluss auf die Schulen haben - ein Anliegen, welches dem herrschenden System seit Franz I. entgegenstand, der den staatstreuen Klerus mit dem Schulwesen betraut hatte (Pfleger 1997:120).

Religionsfreiheit war als Individualrecht formuliert, für die Religionsgesellschaften waren eher beschränkte Rechte vorgesehen - ohne Vorrang der katholischen Kirche. In der folgenden Märzverfassung wichen diese Punkte einem Kompromiss, bei dem auch das

Vermögen der Kirche garantiert wurde, welches während der Revolution immer wieder in Frage gestellt worden war (Pfleger 1997:10f; Kudlich 1873: 302 f. nach Trauner 1997: 46).

3.1.2 Schwächephase 1850er

Nach der Niederschlagung der Revolution setzte unter Kaiser Franz Joseph I. bald die Gegenbewegung ein, der auf Heer, Beamten und Kirche fußende Neoabsolutismus (Trauner 1997: 134). Unverkennbar ist der Einfluss der Kardinäle Ritter von Rauscher und Fürst zu Schwarzenberg, dem Bruder des Ministerpräsidenten, auf die nun einsetzende Politik (Scheidgen 2008: 165). 1850 wurde “den Bischöfen ein erheblicher Einfluß bei der Anstellung katholischer Religionslehrer sowie der Gestaltung des theologischen Studiums zugebilligt” (Pfleger 1997: 37).

Mit dem Silvesterpatent von 1851 deutete sich eine weitere Hinwendung zur Kirche an. Um die eigene Position zu stärken wurde ein Bündnis mit der Kirche forciert, die Ernennung staatstreuer Kirchenmänner wie die Kardinal Ritter von Rauschers zum Erzbischof von Wien gehörte dazu, auch entgegen der Skepsis liberaler Kreise gegen ihn (Pfleger 1997: 38).

Die Wiederezulassung des Jesuitenorden 1852 passte ebenso in die konservative Phase der 1850er, während die liberale Niederlage in Bezug auf das Promotionsrecht der Jesuiten an der Universität Innsbruck 1866 eher untypisch war (Pfleger 1997: 83).

Auch der neue Text der Hymne, in dem es nunmehr hieß “Mächtig durch des Glaubens Stütze / Führt er uns mit weiser Hand!” wurde in diesem Sinn interpretiert (Rumpler 1997: 347 nach Donnermair 2010: 204).

Das Konkordat 1855 machte die liberalen Erfolge zunichte. Die Einheit im Staat war gefährdet, eine starke, einheitliche Religion im Gleichklang mit Kaiser Franz Joseph sollte die Spannungen lösen. Als maßgeblich für die damit erreichte Abschaffung des Josephinismus gilt auch Alexander Freiherr von Bach; der zunächst äußerst liberale Justiz- und Innenminister wurde “unter dem Eindruck der Radikalisierung der Wiener Revolution” zunehmend klerikal und reaktionär (Angermann: 1953: 489 f.).

“Die heilige römisch-katholische Religion wird mit allen Befugnissen und Vorrechten, deren dieselbe nach Anordnung Gottes und den Bestimmungen der Kirchengesetze genießen soll, im ganzen Kaiserthume Österreich und allen Ländern, aus welchen dasselbe besteht, immerdar aufrecht erhalten werden” (Pfleger 1997:14).

Vor allem die Bestimmungen über Ehe und Schule waren den Liberalen ein Dorn im Auge, generell wurde die Vormachtstellung eines Bekenntnisses kritisiert. “Artikel 5 bestimmte, daß [...] Lehrgegenstände nichts dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit Entgegenstehendes enthielten”(Pfleger 1997: 102, 121).

An katholische Schulen durften falls notwendig zwar nichtkatholische Schülerinnen und Schüler gehen, nicht jedoch solche Lehrkräfte unterrichten (Donnermair 2010: 205).

3.1.3 Liberale Phase ab 1860

Die Rechnung sollte nicht aufgehen. Das Bündnis von Thron und Altar erwies sich als unfähig, die Nationalitätenkonflikte im Zaum zu halten, und die liberalen Kräfte, die das Konkordat bekämpften, gewannen an Unterstützung, während die Monarchie militärische Niederlagen zu verkraften hatte. (Pfleger 1997: 15, Haslinger 2010: 78)

Das Oktoberdiplom 1860 läutete die Rückkehr zum Parlamentarismus ein, das Protestantenpatent von 1861 schaffte erstmals annähernde Gleichberechtigung (Trauner 1997: 131). Das Staatsgrundgesetz von 1867 durchbrach das Konkordat in wesentlichen Punkten. Die liberalen Menschen- und Freiheitsrechte wurden auch hier individuell und kollektivrechtlich verankert, die römisch-katholische Vormacht wurde mit dem Paritätsgrundsatz (Art. 15) ausgehebelt, im Schulwesen wurde der kirchliche Einfluss auf den Religionsunterricht beschränkt, nichtkatholische Lehrerinnen und Lehrer durften an katholischen Schulen unterrichten - die Liberalen hatten sich als stärkste Kraft durchgesetzt (Donnermair 2010: 206; Pfleger 1997:17, 123). Nur einige linke Vertreter der Liberalen waren für das völlige Aufheben des Konkordats eingetreten, ein Großteil sah in der beschriebenen Durchlöcherung die bessere Option (Vocelka 2000: 218 nach Donnermair 2010: 207).

Unter der liberalen Regierung des Ministerpräsidenten Karl Fürst von Auerspergs wurden kurz darauf die sogenannten Maigesetze verabschiedet - der Staat übernahm darin die Aufsicht über alle Schulen sowie die Ehegerichtsbarkeit und bestimmte die freie Religionswahl mit dem 14. Lebensjahr (Trauner 1997: 139). Päpstlicher Protest und ein Hirtenbrief des Linzer Bischofs Rudigier waren die Folge. Der Papst nannte die Gesetze “nefarios, impios et sacrilegos prorsus ausus”, also “verbrecherische, ruchlose, und durchaus gottlose Anschläge” (Strakosch-Grassmann 1905: 260 nach Donnermair 2010: 209). “Die

Rechte der Kirche auf Ehe und Schule gingen aus göttlichem Recht hervor“, so Rudigier, vierzehn Tage Kerkerhaft wegen Störung der öffentlichen Ruhe, so das Schwurgericht. Der Kaiser begnadigte den Bischof, der mit seinem Aufruf Straßendemonstrationen verursacht hatte (Pfleger 1997: 46 f.; Weitensfelder 2008: 105 f.). Die künftige Ablösung des Liberalismus durch die christlich-soziale Bewegung war vorbereitet.

1869 folgte eine Liberalisierung im Schulwesen, konfessionelle Schulen wurden zwar beibehalten, verloren jedoch ihren Anspruch auf staatliche Förderung (Pfleger 1997: 128).

Als Detail sei auch erwähnt, dass liberale Politiker immer wieder gegen die Sonntagsruhe eintraten (Weitensfelder 2008: 163).

Bei all diesen Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, dass die Kirche teils scharf reagierte. Zuweilen entzündeten sich Zwistigkeiten an Kleinigkeiten, wie dem Fernbleiben liberaler Kräfte von Fronleichnamsprozessionen (Weitensfelder 2008:159 f.).

In Österreich kam es zur Bildung von „Volks- und Preßvereinen“, welche sich antiliberal einsetzten (Trauner 1997: 105). Pfarrer bezeichneten den Liberalismus als “ein Kind der Hölle” und liberale Politiker als “Verworfenen”, die man nicht wählen solle (Weitensfelder 2008: 1008).

Den Freiheitsgedanken zunächst begrüßend erlebte Papst Pius IX. die Unruhen der nationalen Einigung Italiens mit, auch dort setzten die liberalen Regierungen in der Folge Gesetze durch, welche aufgrund ihres kirchenfeindlichen Charakters zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Kirchenstaat führten. 1864 erließ Pius IX den “Syllabus Errorum”, das Verzeichnis der Irrtümer, in welchem auch der Liberalismus, für den Papst “der Irrtum des Jahrhunderts”, vorkam (Trauner 1997: 79 ff.).

Das Vatikanische Konzil von 1870 verkündete zudem die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Sittenfragen bei ex-cathedra-Entscheidungen, kurz danach wurde der Kirchenstaat vom Königreich Italien besetzt (Trauner 1997: 79).

Die Regierung des (evangelischen) Reichskanzlers Graf von Beust hatte sich - nach der Niederlage von Königgrätz 1866 - ein gemeinsames Vorgehen mit Süddeutschland gegen Preußen vorgenommen und zu diesem Zweck eine antikirchlich-liberale Politik im Sinne badischer und württembergischer liberaler Kräfte verfolgt (Pfleger 1997:142). Das Konkordat war dabei hinderlich, das Infallibilitätsdogma kam wie gerufen. Die Aufhebung des Konkordats wurde dabei mit der “clausula rebus sic stantibus” begründet - der

Vertragspartner habe sich wesentlich geändert. (Pfleger 1997: 21) Das Ziel der Liberalen, keine Macht unabhängig vom Staat zu akzeptieren, war erreicht.

Nur an den Jesuiten bissen sie sich die Zähne aus: der Versuch, die theologische Fakultät in Innsbruck zu schließen und die angestrebte Ausweisung des Ordens aus Österreich 1874 scheiterten ebenso wie ein Entwurf für ein Klostersgesetz mit stark staatskirchenhoheitlichem Anstrich am Willen des Kaisers in Verbindung mit den erstarkten konservativen Kräften (Pfleger 1997: 87 ff.).

Bei der Besetzung von Kirchenämtern setzten sich die Wunschkandidaten der Regierung von Auersperg hingegen durch, wie 1876 Weihbischof Kutschker. Selbst unter der konservativen Regierung Graf (Viscount) Taaffe blieb der Einfluss der liberalen Verfassungspartei zunächst erhalten, mit Abt Coelestin Ganglbauer von Kremsmünster wurde 1881 deren Mitglied Erzbischof von Wien. 1890 waren derartige Nominierungen undenkbar - eine neue Generation kam ans Ruder - mit streng antiliberalen Grundsätzen, Demokratieskepsis und auf dem Boden der christlichen Soziallehre stehend (Pfleger 1997: 52 f.).

Das Ende der liberalen Ära brachte die Krise um die Okkupation von Bosnien-Herzegowina, von welcher nationale und deutschliberale Akteure eine Stärkung des Slawentums in Österreich fürchteten (Trauner 1997: 139).

1880 hatte der alte Liberalismus ausgedient, was sich auch im Reichsvolksschulgesetz äußerte, welches auf Betreiben katholisch-konservativer Kräfte der Kirche neuen Einfluss verschaffte. Mit der Schul- und Unterrichtsordnung von 1905 wurde den Lehrerinnen und Lehrern selbst die Erziehungskompetenz in sittlich-religiösen Fragen auch außerhalb der Schule übertragen (Pfleger 1997: 131).

3.1.4 Resümee

Liberalismus und Kirche befanden sich in einem Verhältnis gegenseitigen Misstrauens. Die Machtansprüche beider Gruppierungen gingen tendenziell über den eigentlichen Bereich des Politischen beziehungsweise Religiösen hinaus und führten vor allem in den Feldern Ehe und Schule zu heftigen Auseinandersetzungen (vgl. Frischenschlager 1984: 385). Die Intensität des deutschen Kulturkampfes wurde dabei jedoch nicht erreicht, was oft am Kaiser und der prodynastischen Grundhaltung der Liberalen lag. Der Liberalismus wandte sich primär gegen eine Vormachtstellung der römisch-katholischen Kirche und versuchte in österreichischer

Tradition den staatlichen Durchgriff auf von ihr kontrollierte Aspekte des Lebens zu erreichen, die dahinterstehende antireligiöse Idee der Aufklärung fand kaum praktische Anwendung. Inwieweit dies an genuin christlicher Selbstauffassung oder an faktischen Machtkonstellationen und Pragmatismus der Akteure lag, ist dabei für den Autor nicht abzuschätzen.

Andererseits darf nicht übersehen werden, dass auch innerkirchlich Sympathien für liberale Konzepte bestanden, und beispielsweise die Befreiung der Kirche vom Staat begrüßt wurde.

3.2 Deutschnationalismus

Der Niedergang des Liberalismus ging parallel zur Stärkung des nationalen Lagers. Im Gegensatz zur beginnenden christlich-sozialen Bewegung und zur Sozialdemokratie fehlte den Liberalen die Voraussetzung für eine Massenbewegung - als primäre Honoratiorenpartei war man den Bedürfnissen der Bevölkerung eher fernstehend, soziale Forderungen wurden weitgehend ignoriert (Weitensfelder 2008: 121). Der Börsenkrach 1873 trug ebenfalls dazu bei, dass der Liberalismus an Strahlkraft verlor (Trauner 1997: 186). In den 1880er Jahren begann daher ein Bündnis mit aufkommenden nationalen Kreisen, die ihre Popularität militärischen Erfolgen Deutschlands und der gespannten innerösterreichischen Lage verdankten. In der Schrift "Der Zerfall Österreichs" schrieb der anonyme Autor: "Das Volk wußte nur zu gut, daß der drückende Absolutismus, Pfaffen- und Säbelherrschaft die unausweichlichen Folgen der österreichischen Siege sind und [...] stand in seinen Hoffnungen auf Seiten Preußens" (N.N. 1867: V nach Trauner 1997: 114).

Migrationsbewegungen und Bevölkerungsrückgang der deutschsprachigen Bevölkerung wurden teilweise als existenzbedrohend wahrgenommen. Der Ausgleich mit Ungarn hatte Friktionen nicht vermindert, sondern im Gegenteil Begehrlichkeiten im vernachlässigten tschechischen Bereich geweckt (Trauner 1997: 109-113). Während der deutschösterreichische Liberalismus (im vorläufigen Eigeninteresse) habsburgtreu war, radikalisierten sich die Deutschnationalen seit den 1870ern unter Georg Ritter von Schönerer in Richtung eines geeinten Deutschlands - dabei "musste der katholische und multinationale Habsburgerstaat bekämpft werden" (Neurieser 2008: 16 f.). Bischof Rudigier empörte sich über diese Haltung folgendermaßen: "Jedenfalls spreche ich aus dem Herzen des gesamten Klerus und aller guten Katholiken* Oberösterreichs, wenn ich dem vollen Abscheu über [...] [die Ideen Schönerers]

Ausdruck gebe. Der Katholik* bringt es zu solcher Vaterlandslosigkeit, ja zu solchem Vaterlandsverrate, nicht” (Bibl 1942: 288 nach Trauner 1997: 181).

3.2.1 Georg Ritter von Schönerer⁶

Von Schönerer (1841-1921) zog erstmals 1873 in den Reichsrat ein, wo er sich dem liberalen “Fortschrittsklub” anschloss (Stolz 1941:17). Er setzt sich unter anderem gegen die Befreiung der Kirchen von der Gebäudesteuer ein und kritisierte den zuständigen Minister, der aus Rücksichtnahme auf die Kirche einen Gesetzesentwurf zu den äußeren Verhältnissen der klösterlichen Genossenschaften nicht dem Kaiser vorlegen wollte. Im übrigen stand er auf der Seite der deutschfreundlich-liberalen Regierung von Auerspergs (Stolz 1941, 18 f.).

Von Schönerer verliess die Liberalen und wurde 1879 zum Führer der Deutschnationalen Bewegung. Er erarbeitete 1882 mit dem liberal-nationalen Friedjung, dem späteren Sozialdemokraten Victor Adler und anderen Deutschnationalen das “Linzer Programm”. Das Motto lautete “nicht liberal, nicht klerikal, sondern national”. Als antiklerikalen Aspekt hatte es lediglich eine Regelung, nach der “Männer die aufgrund ihrer Stellung nicht unter allen Umständen ihrer Überzeugung Ausdruck geben können” vom Reichsrat auszuschließen seien, dazu zählten in Absatz III Punkt 9 Priester (Stolz 1941:121).

Die Grundtendenz des Linzer Programms war auf eine Trennung von der ungarischen Reichshälfte ausgerichtet, betonte die Förderung der Deutschen und beinhaltete starke soziale Komponenten wie Alters- und Unfallversicherung, aber auch liberales Gedankengut, in Form von Versammlungs- und Pressefreiheit⁷.

1885 ergänzte von Schönerer den folgenschweren Artikel XII: “Zur Durchführung der angestrebten Reformen ist die Beseitigung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unerlässlich.” (Stolz 1941: 128).

In der Folge sagten sich fast alle Unterstützer von ihm los, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernahmen die Sorge um die Arbeiterinnen- und Arbeiterschaft. Wie so oft hatte er mit seiner kompromisslosen Haltung mehr Aufsehen erregt als Anhänger* um sich geschart - die Alldeutsche Bewegung nahm hier jedoch ihren Ausgangspunkt (Trauner 1997:

⁶Nach der Verurteilung 1888 verlor er den Adelstitel und erhielt ihn erst 1917 zurück. Soweit möglich wird Schönerer in Bezug auf diese Phase nicht als “(Ritter) von” geführt.

⁷www.antifa.co.at/antifa/PAMMER1.PDF 30.09.2011, 13:23

176, 187). Den größten Rückhalt erhielt von Schönerer aus dem studentischen Bereich, die Verbindungen waren meist national-liberal eingestellt und verehrten ihn (der nie studiert hatte) geradezu. Mit dem Zunehmen katholischer Verbindungen nahm jedoch auch hier der Zuspruch ab (Trauner 1997: 192, 199).

Zudem gründete er aus Protest gegen den “lediglich” religiös-antisemitischen “Deutschen Schulverein” den “Schulverein der Deutschen”, welcher keine Juden* aufnahm, und diese rassistisch definierte. (Stolz 1941: 3)

Eine interessante Verknüpfung zog er “in seinem Kampfruf: *“Ohne Juda, Ohne Rom, wird gebaut Germaniens Dom”*”, wo “die beiden für von Schönerer dem deutschen Nationalgedanken feindlichen Elemente in eine Reihe gestellt” wurden (Trauner 1997: 184 f.).

Von Schönerers Wiederwahl in den Reichstag kommentierte ein Pfarrer dann auch mit der Aussage, keine Waldviertler Seele würde für die nächsten 50 Jahre in den Himmel kommen (Polleroß 1996: 82 nach Trauner 1997: 187 f.).

1888 wurde er wegen Hausfriedensbruch verhaftet; er hatte aus Zorn über eine verfrühte Todesnachricht Kaiser Wilhelms I. die Redaktion des “Neuen Wiener Tagblattes” gestürmt. Seine Anhängerschaft verlief sich weiter und landete zu einem guten Teil bei Lueger, der ebenfalls antisemitische Ressentiments bediente, dabei aber nicht im Bürgertum sondern in der breiten Masse nach Wählern fischte (Stolz 1941: 37). Mit Lueger hatten die Deutschnationalen kurz zuvor die “Vereinigten Christen” gegründet, deren Anhänger anfangs aber eher im Lager von Schönerers waren (Höbelt 1993: 45). Adolf Hitler, der stark von (von) Schönerer beeinflusst war, sah darin einen wesentlichen Grund für dessen Scheitern (Rißmann 2001: 119).

1891 gründete er die “Alldutsche Bewegung”, in der sich zwei deutschnationale Strömungen wiederfanden. Einerseits jene, die eine Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reich bevorzugten, andererseits jene, die einen einheitlichen “volksdeutschen” Staat unter preußischer Führung anstrebten (Stolz 1941: 4 f.). Schönerer gehörte zu jenen, die Bismarck-Büsten aufstellten und rot-weiß-schwarz oder rot-schwarz-gold flaggten, obwohl Fürst von Bismarck selbst Österreich als selbständigen Bündnispartner erhalten wollte (Stolz 1941: 14).

3.2.2 Los-von-Rom

Hier angelegt ist die folgende Kombination der Parolen “Los-von-Habsburg” und “Los-von-Rom”, die ab 1898 als Reaktion auf eine als deutschfeindlich empfundene Haltung der katholischen Kirche Krone und Altar als gemeinsame Gegner ausgemacht hatte.

Der Ursprung der Parole “Los-von-Rom” dürfte bereits in der Revolution von 1848 liegen. Damals hatte sich die (bald darauf verbotene) “Deutschkatholische Bewegung” entwickelt, die ein rationalistisch-liberales Christentum ohne Dreifaltigkeitsglauben, Papst, Teufel oder Erbsünde propagierte und mit dem Schlachtruf “Los-von-Rom” untermauerte. (Unterreiter 1848: 89 f. nach Trauner 1997: 57 ff.).

Einige maßgebliche Protagonisten der Bewegung hatten die Konversion schon recht früh vollzogen, so Julius Krickl der Ältere, Begründer des Ersten Wiener Turnvereins, oder Aurelius Polzer. Letzter schrieb dazu: “Los von Rom erschien mir schon damals [i.e. 1885] als die Grundbedingung Alldeutschlands, und daß die alldeutsche Frage nur auf dem Boden der Religion entschieden werden könne war schon damals meine Überzeugung, also los von Rom und alle insgesamt in einer deutschen Volkskirche vereint! Nur dann kann Alldeutschland Tat werden, sonst bleibt es nur Traum!” und schrieb damit der Abkehr von der römisch-katholischen Kirche eine überragende Bedeutung für das nationale Gelingen zu (Albertin 1953: 63 nach Trauner 1997: 283). Nachdem das Deutsche Reich einen im Vergleich zu Österreich harten Kulturkampf mit der katholischen Kirche ausgefochten hatte, fürchtete man, die überwiegend katholische Bevölkerung Österreichs wäre ein Faktor, der der deutschen Regierung eine Vereinigung als problematisch erscheinen ließe (Albertin 1953: 69).

Der äußere Anlass für die spätere breitere Bewegung war die Sprachverordnung 1897 von Graf von Badeni, welche die Zweisprachigkeit der Amtsführung festschrieb und in weiterer Folge alle böhmische Beamten zum Erlernen der jeweils anderen Amtssprache verpflichtete (Trauner 1997: 144). Die “Katholische Volkspartei”, tschechische Abgeordnete und kirchliche Kreise stellten sich hinter diese Forderung, so entstand der Eindruck: “nur noch ein letztes Mittel steht uns Deutschen zur Verfügung, dem slawisch-klerikalen Würgengel in Österreich Einhalt zu gebieten; ich meine den Übertritt zum Protestantismus” (C. Tins an Petzold am 3.11. 1898 nach Albertin 1953: 66).

Von offizieller Seite wurden die Konversionsbemühungen überwacht und teilweise sanktioniert - die staatsfeindliche Agitation durch "Verbreitung verbotener evangelischer Druckschriften", welche die steirische Abteilung vom Evangelischen Bund erhalten hatte, zog eine Geldstrafe nach sich (Trauner 1997: 284). Bis Schönerer die Marke von 10.000 Austritten erreicht hatte, dauerte es immerhin bis 1900 (Trauner 1997: 293).

Dabei ist zu betonen, dass die Los-von-Rom-Bewegung eine weitere Spaltung der Deutschnationalen Bewegung bedeutete. Trotz genereller antiklerikaler Tendenzen im Dritten Lager trugen nur die "Schönerianer" die politisch motivierten Konversionsbestrebungen mit (Trauner 1997: 287). Schönerers Versuch, zumindest den Austritt aus der Kirche im Parteiprogramm festzulegen, konnte zunächst mit einem Kompromiss verhindert werden, die Spannungen brachen jedoch wenig später aus (Albertin 1953: 89). Während er damit außerdem zur Christlichsozialen Bewegung unüberbrückbare Gräben errichtete, gelang keine Einigung mit der ebenfalls kirchenfeindlichen Sozialdemokratie⁸ trotz der ungebrochenen deutschnationalen Haltung beispielsweise Victor Adlers und entsprechender Bemühungen beider Seiten (Trauner 1997: 297 ff.).

1901 errangen die "Alldeutschen" einen Wahlerfolg, kurz darauf kam es - auch aufgrund privater Turbulenzen - zum Krach Schönerers mit Wolf und zur Spaltung. Im Wahlkampf hatten die Anhänger Schönerers die Los-von-Rom-Parolen betont, andere um Wolf wollten diese "hübsch ferngehalten wissen" (Ostdeutsche Rundschau am 21.09.1900 nach Albertin 1953: 86 f.).

1907 wurden die Deutschnationalen - von Schönerer belastet und vom allgemeinen Wahlrecht hart getroffen - halbiert und erholten sich dank dessen Ausscheiden 1911 kurz (Höbelt 1993: 256 nach Trauner 1997: 361). Die Konversionsbewegung wurde von da an sehr viel leiser und primär von religiösen Motiven getragen sowie vom Gustav Adolf Verein und Evangelischem Bund organisatorisch betreut - sie wandelte sich zur "Evangelischen Bewegung" (Trauner 1997: 365 ff.).

Der nationale Gedanke beherrschte das Denken (von) Schönerers so weit, dass er entgegen seiner liberalen Herkunft und ursprünglichen Position das allgemeine freie Wahlrecht (für Männer) schließlich ablehnte, von welchem er eine "Slawisierung" befürchtete (Schöffler 1986: 63; Stolz 1941: 39). Die als slawenfreundlich* geltende Kirche wurde immer häufiger

⁸Im Gegensatz zu Schönerer stand die Sozialdemokratie eher einem "los-von-der-Kirche" als einem lediglich antikatholischen "Los-von-Rom" näher, so Trauner 1997: 306

angegriffen, so in der Zeitschrift "Unverfälschte Deutsche Worte". Die Errichtung einer katholischen Universität wurde dort vom Schönerianer Wittmann abgelehnt, da sie "nur noch mehr zur Versklavung des deutschen Volkes beitragen" könne. In "Das Christentum und der nationale Gedanke" ging es um die "Volksfeindlichkeit" der katholischen Kirche; Wittmann forderte die "Rückkehr zum germanischen Glauben." (Stolz 1941:109)

Das Los-von-Rom war also gegen eine spezifische, politisch missliebige und politisch aktive Ausformung des Katholischen gerichtet, auch wenn der bekämpfte Ultramontanismus der Natur der Kirche sehr nahe ist.

Reaktionen der Kirchen

Die römisch-katholische Kirche

Die Austritte werden von Rudolf Leeb mit unter 1% angegeben, bis zum Weltkrieg sind etwa 85000 Übertritte registriert (Trauner 1997: 691).

Auch von kirchlicher Seite wurde die Gleichung "Los von Rom - Los von Österreich" aufgestellt, die in Bezug auf die politische Bewegung durchaus den Kern traf (Trauner 1997: 692). Für die anders motivierten Übertritte ist weder die Parole zu verwenden, noch die Gesinnung dahinter von "mangelndem" Österreichpatriotismus bestimmt. Einer der Hauptargumentationsstränge war die Staatsfeindlichkeit der Deutschnationalen. Daneben kam es natürlich zu Kritik am Protestantismus per se und Luther im Besonderen. Dementsprechend mobilisierte die Kirche gegen die Abfallbewegung, wobei die Katholikentage* und der Bonifatiusverein die Hauptinstrumente darstellten (Trauner 1997: 693, 695). Die Propaganda war umso erfolgreicher, je schwächer die Alldrutschen waren (Trauner 1997: 696). Die Stimmung heizte sich teilweise bis zu Handgreiflichkeiten und Blutvergießen auf, besonders im studentischen Milieu (Trauner 1997: 697, 706, 713). Von kirchlicher und behördlicher Seite kam es zu Boykottaufrufen und Schikanen, Verboten von Versammlungen und Beschlagnahmungen von Schriften aller Art (Ilgenstein 1930: 56 f. nach Trauner 1997: 712).

Ein Hirtenbrief von 1911 fasste zusammen, wie die römisch-katholische Kirche über die Bewegung urteilte. Dort wurde beklagt: "[...] daß die verwerfliche Los-von-Rom-Bewegung noch weiter ihr unheimliches Verheerungswerk fortsetzen kann, [...] wo Häresie und

Christusleugnung verkündet wird” (Vorstandsblatt des Evangelischen Bundes, 1911: 92 nach Trauner 1997: 700).

Evangelische Kirchen

Je mehr sich Lueger der römisch-katholischen Kirche genähert hatte, umso mehr näherte sich Schönerer den deutschfreundlicheren Protestanten* an, und konvertiert 1900 schließlich konsequenterweise (Stolz 1941: 40, Trauner 199: 208). Dabei betonte er, dass er die Bewegung “aus rein nationalen Gründen [...] ins Leben gerufen” habe (Schriftenreihe Evangelischer Bund in Österreich 113/1988: 18 nach Trauner 1997: 219). In den “Unverfälschten Deutschen Worten” wurde sogar formuliert: “Der gläubige Christ darf nicht Antisemit sein”, was auf eine Instrumentalisierung des Protestantismus als völkischer Institution hinausläuft (Unverfälschte Deutsche Worte 3/1884: 10 nach Trauner 1997: 222). 1901 ging Schönerer sogar soweit, die Aufnahme in die “Alldeutsche Partei” von der Konversion abhängig zu machen; ein Schritt, der breiten Widerspruch auch bei Wohlgesonnenen auslöste (Trauner 1997: 288).

Die protestantische Kirche unterstützte die Bewegung, die von politischer Seite auch sonst kaum religiös konnotiert war, teils aus nationaler Gesinnung, teils mit missionarischer Zielsetzung. So schreibt Superintendent Dr. Friedrich Meyer für den Evangelischen Bund: “Der Romanismus, seine Politik, seine kirchliche Organisation, sein Kultus steht in scharfer Spannung zu dem germanischen Wesen. Wenn der deutsche Geist sich seiner selbst bewusst wird und kräftig für sein Volkstum eintritt, so muß er sich zu dem Entschluss aufraffen: los von Rom” (Meyer 1899: 5-7 nach Trauner 1997: 10).

Andererseits waren vielen, vor allem religiös motivierten, Protestanten* die Motive der Bewegung, die ja auch primär den Austritt, nicht den Übertritt als Motto hatte, suspekt. Eine sorgfältige Prüfung der Ernsthaftigkeit der Überzeugung sollte die damit zusammenhängenden Gefahren eindämmen - also nicht nur Los-von-Rom, sondern “Hinein ins Evangelium” (Capesius 1900: 8 nach Trauner 1997: 663 ff.).

Die Bemühungen, sich von parteiischen Einflüssen freizumachen, manifestierten sich auch im “Antiklerikalen Verein für die Ostmark”, womit dem religiösen Moment mehr Gewicht gegeben werden sollte, da die Evangelische Bewegung teilweise politisch kompromittiert worden war (Albertin 1953: 91 f.).

Dazu kam die heikle Lage, in der die kaum in ihre Rechte getretene evangelische Kirche zwischen Zuwachs und Verärgerung der Obrigkeit zu manövrieren hatte. Speziell Kaiser Franz Joseph wurde noch mehr gegen den Protestantismus aufgebracht (Trauner 1997: 331, 658). Offene Gegnerschaft gegen die habsburg- und österreichfeindlichen Tendenzen formulierte der Währinger Pfarrer Dr. Johanny: “Gegen jeden Mißbrauch unseres treuen Bekenntnisses zu illoyalen und antivaterländischen Zwecken feierlich zu protestieren, ist unsere Christenpflicht im Hinblick auf die Integrität unserer Kirche, selbst im Angesicht unserer Bürgerpflichten gegen den Staat, die Obrigkeit und ihre Spitze, den Kaiser!”, wobei ihm aber auch heftiger Gegenwind aus den eigenen Reihen beschieden war: denn Rom sei ja eine “fremdländische Macht” (Fürer 1902: 14 nach Trauner 1997: 660 f.).

Die Altkatholische Kirche

Für die Altkatholikinnen und Altkatholiken formulierte Anton Nittel “Los von Prag und Rom” als Parole, um den Glauben und die (deutsche) Sprache zu erhalten (Nittel 1898: 40 nach Trauner 1997: 680). Die vergleichsweise kräftigen Übertrittszahlen verdankten sich jedoch primär dem bäuerlichen Stand und den Handwerkern, was die finanzielle Notlage eher verschärfte (Trauner 1997: 682). Angesichts der national unklaren Haltung und der bestehenden Größe der Evangelischen Kirchen im Deutschen Reich wurde von Deutschnationalen jedoch eher Abstand genommen - man wollte keine weitere Spaltung riskieren (Unverfälschte Deutsche Worte 8/1898 nach Trauner 1997: 686).

3.2.3 Deutschnationaler Mainstream

Bei allem Aufsehen, welches von Schönerer erregte, bleibt festzuhalten, dass er eine - laute - Minderheit in der Deutschnationalen Bewegung darstellte. Mehr in der Mitte der Bewegung ist Otto Steinwender anzusiedeln, der in einer für die Bewegung typischen Art von den Liberalen kommend zunächst den “Deutschen Klub”, dann die “Deutschnationale Vereinigung” gründete, welche 1891 zu “Deutschen Nationalpartei” und 1896 zur “Deutschen Volkspartei” wurde, um zusammen mit anderen Kleingruppierungen den “Deutschen Nationalverband” zu bilden, der 1911 immerhin die stärkste Gruppe im Abgeordnetenhaus stellte (Fuchs 1996: 186 f.).

Im Programm der "Deutschen Volkspartei" hieß es: "Da die Deutsche Volkspartei alle Kreise unseres Volkes umfassen soll, verwirft sie ausdrücklich den Kampf gegen die Religion, sie steht aber ebenso entschieden im Gegensatze zur klerikalen Partei" (Deutsche Volkspartei 1907: 3 ff. nach Berchtold 1967: 206).

Die Gruppe um Steinwender wurde aufgrund ihrer regierungsfreundlicheren Haltung und Praxis abgelehnt, auch wegen der Differenzen in der Los-von-Rom-Frage, und selbst in Bezug auf den Antisemitismus waren einige der gemäßigten Deutschnationalen eher ablehnend eingestellt. Bei den Freialldeutschen um Wolf, später in der Deutschradikalen Partei, verhielt man sich ebenfalls staatstreu, wenn auch rhetorisch an Schönerer angelehnt (Fuchs 1996: 188; Höbelt 1993: 43). Trotz kirchenkritischer Haltung verzichtete Steinwender auf eine offensiv antiklerikale Politik, um allfällige Koalitionen nicht von vornherein zu verunmöglichen (Höbelt 1993: 36). Eine Zustimmung zur konfessionellen Schule war dennoch undenkbar, Allianzen wie die "Vereinigten Christen*" nur dort möglich, wo ein äußerer Feind über antiklerikale Grundsätze hinweggehen erlaubte (Höbelt 1993: 52, 58). Darüber hinaus galt "Unter der Führung Luegers ist der Wiener Antisemitismus den Klerikalen dienstbar geworden, und da tun wir nicht mit" (Höbelt 1993: 98).

1893 kam es dann tatsächlich zur Regierungsbeteiligung im Kabinett Fürst Windisch-Grätz, die jedoch an der nationalen Frage 1895 scheiterte; die Kooperation mit dem darin vertretenen Hohenwart-Klub schränkte die Möglichkeiten antiklerikaler Agitation ein, was speziell in den deutschnationalen Kreisen Tirols mit Unmut quittiert wurde (Höbelt 1993: 65).

1899 kam es als späte Reaktion auf die Badeni'schen Sprachverordnungen zum so genannten "Pfingstprogramm", welches von der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Fortschrittspartei, der Vereinigung der Verfassungstreuen Großgrundbesitzer und der Christlich-Sozialen Vereinigung verfasst wurde, also auch von Parteien, die nicht dem Deutschnationalismus zuzurechnen sind (Fischl 1902: 33 ff. nach Berchtold 1967: 210).

Darin wurde im Wesentlichen das Linzer Programm in seiner nationalen Komponente bekräftigt, und der Unmut deutlich, wenn es heißt: "Wir verlangen deswegen an erster Stelle den Bruch mit einem seit Jahrzehnten befolgten Systeme: die Ansprüche aller anderen Nationalitäten auf Kosten der Deutschen zu befriedigen."⁹

⁹http://www.archive.org/stream/a611703400vrbauoft/a611703400vrbauoft_djvu.txt

04.12.2011, 18:30 Dem Autor erscheint dies nebenbei als deutliche Parallele zu aktuellen Strategien rechtspopulistischer Parteien.

Die Badeni-Krise reaktivierte den Antiklerikalismus wieder, nachdem die Katholische Volkspartei (der konfessionelle Schulen in Aussicht gestellt wurden) als "Volksverräter" dastanden (Höbelt 1993: 176 f.).

Mit dem Abflauen der Badeni-Unruhen, die nicht nur im Abgeordnetenhaus zu Handgreiflichkeiten und (allerdings wohl nur dort) fliegenden Tintenfassern geführt hatte, wurde die feindliche Haltung zwischen Nationalliberalen und Klerikalen etwas aufgeweicht, die Sozialdemokratie entwickelte sich zum gemeinsamen Gegner und dies dämpfte antiklerikale Regungen (Höbelt 1993: 89, 156).

Einschränkend ist zu bedenken, dass nicht zuletzt das Wahlrecht und das nicht gefestigte Parteienwesen so gut wie alle Kombinationen an der einen oder anderen Stelle Praxis werden ließen.

In den Parteigrundsätzen der von Wolf geförderten "Deutschen Arbeiterpartei" hieß es 1913, dass sie "mit aller Schärfe bekämpft die rückschrittlichen Bestrebungen, die mittelalterlichen, kirchlichen und kapitalistischen Vorrechte und jeden fremdvölkischen Einfluß", ebenso forderte sie völlige Trennung von Staat und besonders des Schulwesens von der Kirche (Berchtold 1967: 225 ff.).

Der Erste Weltkrieg schien dem Deutschen Nationalverband in die Hände zu spielen, die Kriegsbegeisterung im Bündnis mit dem Deutschen Reich umfasste weite Teile von Bevölkerung und Intelligenz (Fuchs 1996:190, 270). Ganz wohl war den Deutschnationalen dabei nicht, bedeutete ein Engagement am Balkan doch eine potentielle Stärkung des slawischen Elements im Staate (Höbelt 1993: 321 f.).

3.2.4 Neuheidentum

Unvermeidlich gerieten einige der radikaleren Deutschnationalen in neuheidnische Fahrwasser. Von Schönerer ging dazu über, die Zeit nicht nach Christi Geburt, sondern nach der gewonnenen Schlacht von Kimbern und Teutonen gegen das Römische Reich bei Noreia zu messen und führte die altgermanischen Monatsnamen für sich wieder ein. Die Spottbezeichnung "Wotansanbeter" zielte dabei durchaus auf die Substanz der Bewegung, die in Wotansvereinen von Walhall träumten und die Edda als das wahre Alte Testament bezeichneten (Kuppe 1933: 309 nach Trauner 1997: 248 ff.; Unverfälschte Deutsche Worte 11/1896 nach Trauner 1997: 257).

An vorderster Front des Antiklerikalismus und auch altgermanischen Ideen sehr zugetan stand die Innsbrucker Zeitschrift "Der Scherer", welche gegen Juden* und Priester aber für Wotan und Odin polemisierten (Weitensfelder 2008: 152). Als Fürstbischof Simon Aichner eine umstrittene Sommwendfeier in Innsbruck per Hirtenbrief kritisierte, verbrannte der Herausgeber des Scherer, Karl Habermann das Schriftstück (wofür er 14 Tage Haft bekam) (Weitensfelder 2008: 155).

Andererseits unterschied der "Wodans Verehrer" Schönerer zwischen der Notwendigkeit, der "römisch-pfäffischen Knebelung" entgegenzutreten, und der legitimen Aufrechterhaltung eines wahren Christentums (Unverfälschte Deutsche Worte 7/1897 nach Trauner 1997: 242).

3.2.5 Die Erste Republik bis 1933

Die Kirche und die Erste Republik:

Für die Kirche selbst war der Untergang der Monarchie schwer zu verkraften, und die junge Demokratie wurde nun etwas bemüht mit Verweisen auf Thomas von Aquin als erstrebenswerte Regierungsform vertreten (Weinzierl 1988: 15). Der Kirche wurde eine gewisse Mitschuld an der Niederlage gegeben, so kam es zu weiteren Kirchenaustritten (25.000 von 1918 bis 1925) (Trauner 1997:731). Ein weiterer Schub folgte nach dem Justizpalastbrand 1927 (Krammer 1965: 81 f.). Vor allem die enge Verknüpfung zwischen Staat und Kirche, personifiziert im katholischen Priester und Bundeskanzler Ignaz Seipel, und die einseitig katholische Orientierung seiner Regierung verstörte Protestantinnen und Protestanten, aber auch Sozialistinnen und Sozialisten. Sein hartes Vorgehen im Bürgerkrieg trug ihm den Beinamen "Prälat ohne Milde" ein (Zulehner/Polak 2006: 37). Speziell die Enzyklika "Quadragesimo anno" von Papst Pius XI. machte die beiden Lager unversöhnlich. Dort hieß es wörtlich, "es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik* und wirklicher Sozialist* zu sein".¹⁰ Dennoch ist zu bedenken, dass der Anteil der Katholikinnen und Katholiken äußerst hoch blieb, von 93,7% im Jahr 1919 sank er lediglich auf 90,5% im Jahr 1934. Jede Partei und Gruppierung einer gewissen Größe musste daher zu einem Großteil aus zumindest offiziell katholischen Personen bestehen (Pötz/Schinkele 2005 nach Haslinger 2010: 147). Durch die enge Bindung von Kirche und christlichsozialer Partei war zwar nur ein kleiner Teil ausgetreten, aber eine große weiterhin kulturell religiöse Gruppe entfernte sich innerlich von der Kirche (Zulehner/Polak 2006: 36 f.)

Politische Situation der ersten Republik bis 1933:

Wie erwähnt gab der Weltkrieg den Deutschnationalen einen gewissen Auftrieb. Nach dem verlorenen Krieg war folglich eine Marginalisierung der Deutschnationalen zu konstatieren. Andererseits war der neue Staat nur ein Rest-Österreich, an dessen Überlebensfähigkeit damals niemand so recht glauben konnte. Eine Vereinigung mit Deutschland wurde daher in fast allen Lagern erwogen oder erwünscht (lediglich monarchistische Kräfte sprachen sich dagegen

¹⁰<http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/319.html#ch49> 04.12.2011, 18:30

aus). Als Franz Dinghofer am 12. November 1919 dann die „Republik Deutsch-Österreich“ als Teil der Deutschen Republik ausrief, erschallte zwar die Stimme des zukünftigen Gründers der Großdeutschen Vereinigung, aber der ausgesprochene Name war eine Idee der Sozialdemokratie. Die Alliierten verboten in St. Germain-en-Laye sowohl den Namen als auch einen Anschluss, welcher vor allem für die Großdeutschen ein Herzensanliegen war (Trauner 1997: 720 ff.).

Das relevante cleavage dieser Zeit war jedoch die Klasse, so fanden die antimarxistischen Parteien immer wieder zu Koalitionen, kurzfristig sogar zur Bildung einer Einheitsliste der Großdeutschen mit den Christlichsozialen, und das noch dazu unter Prälat Ignaz Seipel (Hanisch 1998: 14).¹¹

Die Koalitionsregierungen waren allesamt kurzlebig, im Schnitt hielten die Kabinette keine acht Monate, was vor allem auf Spannungen zwischen den und innerhalb der Parteien zurückzuführen war (Müller et al. 1995: 81, 85).

Die zunehmende Polarisierung durch die sozialdemokratischen Bemühungen um die Schul- und Ehegesetzgebung und die wirtschaftlich prekäre Lage ließen in weiten Teilen der Bevölkerung und der Kirche den Ruf nach einem starken Mann aufkommen. Die Enzyklika „Quadragesimo anno“ von Papst Pius XI wurde schließlich (entgegen ihrer Intention im Sinne einer ständischen Ordnung der *Gesellschaft*) als Aufruf zum *Ständestaat* fehlinterpretiert (Weinzierl 1988: 8 f.). Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten traten daraufhin in einer neuen Welle zum Protestantismus über (Trauner 729).

Die Großdeutsche Volkspartei

1920 gegründet gilt die Großdeutsche Volkspartei (GDVP) als erste geeinte Partei im Dritten Lager, auch wenn Bemühungen, die Deutsche Bauernpartei (den späteren Landbund) und die zunächst numerisch unbedeutende NSDAP zu inkludieren, fehlschlügen (Berchtold 1967: 88). Beim Landbund handelte es sich um eine protestantisch-großdeutsche (Bäuerinnen- und) Bauernpartei mit antiklerikaler Haltung (Neuriser 2008: 18 f.; Hanisch 1998: 14).

Während die Deutschnationalen am Ende der Monarchie zusammen die größte Gruppe im Reichsrat darstellten, hatten Verhältnisswahlrecht, Verlust der Hochburgen in Böhmen und die

¹¹http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/files/Geschichte/NRW_1927.pdf

weit massentauglichere christlichsoziale und sozialdemokratische Konkurrenz ihre Spuren hinterlassen. In der Republik war man das lediglich “Dritte Lager” (Dostal 1995: 196).

In ihrem so genannten “Salzburger Programm” machte die GDVP gleich zu Beginn klar, wie sie in der Frage Liberalismus-Nationalismus einzuordnen war, wenn es hieß: “Dem Liberalismus liegt eine Weltanschauung zugrunde, die in einseitiger Weise die Rechte des Individuums in den Vordergrund stellt” (Berchtold 1967: 439). Die “römisch-christliche Weltanschauung” wurde kritisiert, weil sie die Aufstiegsmöglichkeiten der Deutschen nicht geholfen habe zu realisieren (Berchtold 1967: 444). Der Klerikalismus wurde als Weg zum Internationalismus betrachtet, und insofern abgelehnt als er politisch missbraucht wurde. Jede “Glaubensfeindlichkeit, jede Verspottung oder Verhöhnung der Religion” wurde jedoch abgelehnt (Berchtold 1967: 452 f.). Die Distanzierung berührte dabei ein anderes maßgebliches Element der Partei, den (Rassen)Antisemitismus. So formulierte das Programm: “Die bewußte Leugnung der Bedeutung der Religion als Kulturfaktor, die Verhöhnung und Verspottung jedes religiösen Empfindens geht auf den hervorragenden Anteil des Judentums an der liberalen Geistesrichtung zurück. Damit soll die sittliche Widerstandskraft des deutschen Volkes untergraben werden” (Berchtold 1967: 480).

Bei den Wahlen 1920 erreichte die GDVP etwa 17% der Stimmen, die Deutsche Gesandtschaft vermutete, dass sie sich im Wahlkampf 1920 zu antiklerikal verhalten habe (¹²; Ackerl 1967: 130). Eine Koalition mit den Christlichsozialen war unter diesen Umständen schwer, aus Staatsraison jedoch unvermeidlich, da die Sozialdemokratie sich weigerte, eine Regierung zu stützen oder zu bilden. Im Koalitionsabkommen 1922 hieß es demgemäß, man sei übereingekommen, “für die Dauer dieser Arbeitsgemeinschaft alle Streitpunkte, die das Verhältnis zwischen Staat und Kirche betreffen, einstweilen zurückzustellen” (Müller et al. 1995: 87). Die Frage der Ehegesetzgebung war hierbei besonders wichtig.

Die wirtschaftliche Misere rückte weltanschauliche Überlegungen meist in den Hintergrund (Ackerl 1967: 177). Die antiklerikale Haltung konnte sich angesichts dieser Sachzwänge nicht entfalten. Höbelt macht dafür einerseits die im Krieg erlernte Solidarität über Lagergrenzen hinweg, andererseits die Revolutionsgefahr von links verantwortlich. Angesichts der alles beherrschenden ökonomischen Frage gab es nur punktuelle Konflikte, welche die

¹²http://www.wahlen.cc/downloads/wahlen/A/NR/Nationalratswahl_Hauptergebnisse_1919-1930.pdf 04.12.2011, 18:35

abweichende Schulsituation im Burgenland und den dortigen Einfluss der katholischen Schule sowie das Eherecht betrafen (Interview Höbelt).

In nationaler Hinsicht musste man zurückstecken, die Christdemokraten* bekräftigten zwar die Anschlussoption, gingen aber dem entgegenstehende internationale Verpflichtungen ein (Berchtold 1967: 86). Eine Anleihe beim Völkerbund wurde mit einem 20jährigen Anschlussverbot verknüpft, der geforderte Abbau des Beamtenapparats traf zudem die GDVP besonders hart, da dies ihre Hauptklientel darstellte (Ackerl 1967:153, 159).

In Folge dieser äußerst zurückhaltenden Umsetzung deutschnationaler Ideen wurde die radikale Konkurrenz im eigenen Lager immer bedeutender - teils im Heimatblock, vor allem in Form der NSDAP (Dachs 1995: 158). So war man 1927 und 1930 zu Wahlallianzen gezwungen, der neu hinzugekommene Antimarxismus bildete die Basis des Bürgerblocks mit den Christlichsozialen (Dostal 1995: 197, 201). Nach der Ausschaltung des Parlaments durch die Regierung Dollfuß nahm man - unter Führung von Hermann Foppa - Kontakt zur NSDAP auf und schloss ein Kampfbündnis (Ackerl 1967: 298 ff.). Die beiden einzigen Vertreter der GDVP, die sich gegen den Nationalsozialismus einsetzten, verstarben im Konzentrationslager (Benedikt 1954 nach Ackerl 1967: 311).

Der Landbund

Der Landbund für Österreich war wie erwähnt die Partei der Bäuerinnen und Bauern, die aus großdeutscher Gesinnung und protestantischer Majorität heraus nicht bei der christlich-sozialen Partei engagiert waren. Zu seinen Grundsätzen gehörte auch ein ständisch geordneter Staat, Antimarxismus und damit verbundener Antisemitismus sowie die völkische Idee (Programmatische Grundsätze des Landbundes für Österreich, Entwurf, nach Feldmann 1967: 8 ff.). Der Antiklerikalismus wurde sehr differenziert ausformuliert:

“Der Landbund steht auf positiv-christlicher Grundlage. Wir lehnen den politischen Freisinn ab, der die Religion als reine Privatsache erklärt und die Bedeutung des religiösen Lebens für den Staat und das Leben eines Volkes verkennet. In unmittelbarer Berührung mit der Natur lebend, hat das Landvolk Frömmigkeit am stärksten bewahrt. In diesem Geiste muß die Jugend weiter erzogen werden, in einer christlich-nationalen Schule mit Religionsunterricht als Pflichtfach. Den Mißbrauch zu weltlich-politischen Zwecken (Klerikalismus) gilt es aber zu bekämpfen. Denn er ist geeignet, viele Herzen der christlichen Lehre innerlich zu

entfremden. Er steht im scharfen Gegensatz zu den Grundgedanken des Christentums und darf deshalb nicht geduldet werden. Der Bauer und das Landvolk sind fromm, gottgläubig, diese schöne deutsche Eigenschaft darf aber nicht mißbraucht werden. Die christlichen Bekenntnisse sind im Landbunde vollkommen gleichberechtigt. Ihr einträchtliches Zusammenwirken erscheint uns als sittliche Pflicht“ (Grundsätze nach Feldmann 1967: 11).

Besonders die als “Kerntruppe” bezeichneten Protestanten* galten als extrem liberal und antiklerikal (Feldmann 1967: 27). In einem “politischen Handbuch” gab die Partei Argumentationshilfen zu ihrer Position auch im Bereich der Ehereform, des Verhältnisses Kirche und Staat sowie Kirche und Schule (Handbuch 1923 nach Feldmann 1967: 50).

Als massiv von regionalen Gruppierungen abhängige und primär in Kärnten und der Steiermark starke Partei konnte der Landbund nicht wirklich geeint auftreten (Feldmann 1967:46).

Wie auch am Programm ersichtlich, waren die Gemeinsamkeiten mit der GDVP, mit der man ab 1927 in der Regierung und 1930 in einem Wahlbündnis kooperierte, groß (Feldmann 1967: 126).

Die NSDAP

Die Entwicklung in Deutschland und der Aufstieg der NSDAP bereiteten in Österreich große Sorgen. Einem traditionell österreichischen Antisemitismus stand auch die Kirche vielfach nahe, teils auch mit “antibolschewistischer” Note, der radikale Rassenantisemitismus der Anhängerinnen und Anhänger Hitlers brachte katholische Vertreter* jedoch von Versuchungen, auch in diese Richtung zu gehen (Lanz von Liebenfels sei nur erwähnt), weitgehend ab (Weinzierl 1988: 25). Bereits 1924 warnte Monsignore Grinner vor einem drohenden zweiten Kulturkampf mit den Nazis, 1929 konstatierte Bischof Gföllner, dass sich eine völkische Organisation der “übevölkischen römischen Kirche” entgegenstelle (Weinzierl 1988: 37 f.). Die Nazis wurden ihres “wüsten Antiklerikalismus und” ihrer “dummen Wotansideologie” wegen kritisiert (Weinzierl 1988: 40).

Die mit der Kirche eng verbundene Politik befand sich in dieser Zeit noch auf dem Kurs eines Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich, bei dem allerdings auch die Perspektive auf den Donaauraum und letztlich ein geeintes Europa mitschwangen. Erst 1932 erkannte Dollfuß die Unmöglichkeit, Österreichs Zukunft könne im Reich daheim sein (Weinzierl 1988: 34).

Die NSDAP gewann in Österreich zwischen 1931 und 1933 massiv an Zulauf und nahm dabei einen Großteil der Großdeutschen in ihre Reihen auf. In kirchlichen Kreisen kamen alle Schattierungen, von Begeisterung bis zur schlichten Erkenntnis, man könne nicht gleichzeitig Nationalsozialist* und Katholik* sein, vor (Weinzierl 1988: 40).

Von Seiten der NSDAP gab es Bemühungen, sich der Kirche zu nähern, deren Anfrage, was denn das "positive Christentum" im Parteiprogramm bedeuten sollte, von Hitler im Sinne des "historischen und praktizierten" zunächst zufriedenstellend ausfiel (Weinzierl 1988: 47).

Während die österreichische Regierung ein neues Konkordat aushandelte, reifte jedoch die Erkenntnis, dass die für die Kirche wesentlichen Fragen wie Ehegesetz und Schulen im Deutschen Reich nicht befriedigend zu erledigen sein würden (Weinzierl 1988: 47). 1932 kam es zu einem Hirtenbrief, der die kirchenfeindliche Haltung kritisierte, 1933 zu einem Hirtenschreiben, welches sich gegen Rassenwahn, radikalen Rassenantisemitismus und das unchristliche Sterilisationsgesetz richtete (Weinzierl 1988: 26, 43 f.).

3.2.6 "Ständestaat"

1933 änderte sich die politische Lage dramatisch. In Deutschland kamen die Nazis an die Macht, in Österreich nutzte Bundeskanzler Dollfuß einen Formalfehler bei einer Abstimmung im Nationalrat zur Ausschaltung desselben und machte sich nach "gewonnenem" Bürgerkrieg daran, einen "Ständestaat" zu errichten (Weinzierl 1988: 50).

Unter den Maßnahmen war auch ein Zwang zum Eintritt in eine Kirche, so man in öffentlichen Betrieben arbeiten wollte, was angesichts der Beschäftigungslage selten eine Frage der Wahl war. Auch die Erschwernisse im Übertritt mit einer dreimonatigen Wartefrist trieben sozialdemokratisch oder nationalsozialistisch Denkende aus Protest zur Evangelischen Kirche (Schwarz 1982: 274 nach Trauner 1997: 727, 732). Der Evangelische Bund unterstützte die Konversion, wehrte sich dabei aber gegen eine Vereinnahmung durch die NSDAP (Trauner 1997: 733). Obwohl es schwer feststellbar ist, welche Motive beispielsweise hinter den 30.000 Übertritten von 1934 standen, ist doch zu bemerken, dass als nationalsozialistisch bekannte Pfarrer, durchwegs ehemalige Los-von-Rom - Akteure, besonders stark vertreten waren (Trauner 1997: 734 f.).

Im Deutschen Reich wurde 1933 ebenfalls ein Konkordat abgeschlossen - Bischof Pawlikowski von Graz-Seckau machte darauf aufmerksam, dass dies die Rechte der

Katholikinnen und Katholiken wahren solle, und nicht die Fehler des Nationalsozialismus als überwunden ansähe (Weinzierl 1988: 50). Demgemäß wurde es bereits 1934 vom Vatikan als nicht eingehalten betrachtet - der Kirchenkampf hatte bereits begonnen (Weinzierl 1988: 65). Gläubige Christinnen und Christen waren auch in Deutschland dem Nationalsozialismus gegenüber skeptisch - so glaubte man teilweise, der neue Gruß "Heil Hitler" statt "Grüß Gott" wäre für eine Dürreperiode 1934 verantwortlich (Kershaw 1980: 60 nach Reißmann 2001: 184).

Nicht zufällig ratifizierte man gleichzeitig mit der neuen Verfassung unter der Präambel "Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung" das Konkordat (Weinzierl-Fischer 1960 nach Haslinger 2010: 100; Ucakar 2005 nach Haslinger 2010: 104). Obwohl die Deutschnationalen teilweise noch mit den Christlichsozialen koalitiert hatten, als das Konkordat verhandelt wurde, exponierten sie sich angesichts des eigenen Zerfalls nicht sonderlich (Interview Höbelt). Das Signal an die Kirche war eindeutig und wurde auch so verstanden. Bereits Ende 1933 hatte die Bischofskonferenz beschlossen, dass Priester ihre Mandate niederzulegen hatten - der Staat erfüllte bereits die katholischen Wünsche zur Genüge (Haslinger 2010: 103).

Die Kirche stellte sich auf die Seite der autoritären Regierung - immerhin wurden beide Seiten vom Naziterror bedroht - Bundeskanzler Engelbert Dollfuß bezahlte seinen Widerstand gegen die Nazis beim gescheiterten Juliputsch schließlich mit dem Leben (Weinzierl 1988: 54). Hitler schickte zur Beruhigung der Lage Franz von Papen, der als nationaler Katholik dabei gewisse Erfolge erzielte (Reiman 1980: 79).

Vom Salzburger Konsistorium kam gar eine Weisung an den Klerus, die ihn für den Notfall vorbereiten sollte. "Auch wird es ihn [den Klerus] nicht gelüsten nach einer nationalsozialistischen Regierung, wenn er auch noch so vom Märtyrerwillen für den Notfall erfüllt wäre." (Weinzierl 1988: 56).

Nicht alle dachten so, und während von Papen an Hitler schrieb, es gäbe erst dann den "inneren Anschluss", "wenn im Reiche der Kampf mit dem politischen Katholizismus zu einem Abschluß gebracht ist", wirkte das "Versöhnungsabkommen"¹³ zwischen Österreich

¹³Der Abessinienkrieg führte dazu, dass Mussolini als Schutzmacht Österreichs ausfiel, von Hitler bedrängt musste Kurt (Edler von) Schuschnigg dem Vertrag zustimmen (vgl. Depisch 2007: 35)

und Deutschem Reich genau in diese Richtung: Teile des Klerus und der Laien sahen eine größere Nähe zum Nationalsozialismus als damit (stände)staatlich legitimiert an (Weinzierl 1988: 58, 68 ff.).

Auch im Episkopat gab es solche, die mit der Nazi-Ideologie sympathisierten, besonders Bischof Hudal ist hier zu nennen (Weinzierl 1988: 57).

Gar keine Freude hatte man hingegen im Vatikan. 1937 veröffentlichte Papst Pius XI. erstmals eine deutschsprachige Enzyklika - "Mit brennender Sorge" war eine Abrechnung mit dem Programm der NSDAP und ein Aufschrei gegen das Unrecht, welches der gleichschaltende Nazistaat gegen die katholische Kirche verübt hatte (Weinzierl 1988: 60). In diesem Sinn meinte Pius XI. 1938 auch: "Die menschliche Würde besteht darin, daß sie nur eine große Familie sind, das Menschengeschlecht, die menschliche Rasse; dies ist die Antwort der Kirche, dies ist in Unseren Augen die wahre Rassentheorie" (Weinzierl 1988: 231). In dieser Deutlichkeit begrüßte die Bischofskonferenz dann auch die Standhaftigkeit der deutschen Bischöfe, und bezeichnete die Bemühungen der Nationalsozialisten* als "der Gottlosigkeit zum Siege zu verhelfen" (Weinzierl 1988: 61).

3.2.7 Nationalsozialismus und Christentum

Als Hitler 1938 die Abdankung Bundeskanzler Schuschnigg erzwang, waren Volk und Kirche vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Kabinett Seyß-Inquart bestand zu einem Gutteil aus Katholisch-Nationalen und Betont-Nationalen, dies konnte jedoch nicht als Beruhigung angesehen werden (Wandruszka 1954: 417). Obwohl von einer Mehrheit auszugehen ist, die den Anschluss auch freiwillig begrüßt hätte, die Drohungen gegen die Regierung waren für die katholische Kirche nicht zu übersehen. Hitler hatte angekündigt, den Anschluss "ohne und notfalls gegen die Kirchen" zu vollziehen, andererseits hatte er einer loyalen Kirche Freiheit versprochen - die Zwickmühle war errichtet. So konnte es geschehen, dass sich die Bischöfe am selben Tag über die Inhaftierung Bischof Pawlikowskis beschwerten und dann die folgenschwere Unterstützungserklärung zugunsten des Anschlusses unterschrieben (Weinzierl 1988: 82 ff.). Der größte Schock für die bis dahin dem Nationalsozialismus feindlich gesinnten Katholikinnen und Katholiken war das freiwillig ergänzte "Heil Hitler" Kardinal Innitzers - andere sahen ihr Gewissen erleichtert (Weinzierl 1988: 91). Der Papst war enttäuscht, in Innitzer nicht nur keinen Märtyrer, sondern nicht einmal einen Bekenner zu haben und veranlasste eine Erklärung, in welcher sich Innitzer von den Nazis distanzierte (Weinzierl 1988: 94, 108).

Die NSDAP setzte ihre Politik nur umso kirchenfeindlicher fort. In einer 13seitigen Denkschrift listeten die österreichischen Bischöfe am 28.09. 1938 die Maßnahmen auf, die den Kulturkampf ausmachten, Maßnahmen die in ähnlicher Form aus dem Deutschen Reich bekannt waren. Dazu gehörten die Aufhebung theologischer Fakultäten, die Schließung von Privatschulen, die Einschränkung und teilweise Abschaffung des Religionsunterrichts, das Einziehen von Kirchenvermögen, ein Verbot für Funktionärskinder, katholische Schulen zu besuchen, die Beschränkung der Seelsorge für Kranke, das Verbot derer für Inhaftierte, das Verbot von kirchlichen Vereinen, anti-kirchliche Propaganda, die Einführung der obligatorischen Zivilehe, Beeinträchtigung kirchlicher Feste etc. (Weinzierl 1988: 137).

Während der gesamten Zeit eines versuchten Arrangements wurden die Anliegen der Kirche - von Schul- und Ehegesetzen über die Frage von jüdischen Konvertitinnen und Konvertiten bis zu den Rassegesetzen - ignoriert, ihre Behandlung verschleppt (Weinzierl 1988: 116).

Am 7. Oktober 1938 kam es zur größten Kundgebung gegen die Nazis im "Dritten Reich", der einzigen ihrer Art. 7000 Jugendliche lauschten im Stephansdom einem von allen

Illusionen in Bezug auf die neuen Herrscher befreiten Kardinal Innitzer bei den berühmten Worten “Einer ist euer Führer, euer Führer ist Christus”! Die jubelnde Menge wurde von Nazis mit Empörung aufgenommen, am nächsten Tag stürmte ein nationalsozialistischer Mob das Erzbischöfliche Palais, zerstörte die Einrichtung und schändete Kruzifixe, stach auf ein Christusbild ein und warf zur “Krönung” Domkurat Krawarik aus dem Fenster. Die Polizei sah dabei eine Stunde lang zu, bevor sie niemanden verhaftete (Weinzierl 1988: 143 ff.). Bei einer Gegenkundgebung am Heldenplatz kurz darauf war die Stimmung antiklerikal bis zum Extrem. Bekannte Sprüche wie “Ohne Juden, ohne Rom, wird erbauet Deutschlands Dom” und “Innitzer und Jud’, eine Brut” bis zu “Die Pfaffen an die Galgen” waren vertreten (Liebmann 2003/2005 nach Haslinger 2010: 115).

In der Folge war die Lage der Kirche weiterhin schwierig - die “Ostmark” galt als konkordatsfreies Gebiet, und die persönliche Haltung der Gauleiter war ausschlaggebend für das Maß an Verfolgung beziehungsweise Toleranz (Weinzierl 1988: 153). Mit der Einführung der Kirchensteuer meinte man, der Kirche einen “vernichtenden Schlag” zu versetzen. Bis 1942 traten 300.000 Personen aus der Kirche aus, bei den Verbliebenen hatte sich jedoch die Überzeugung gegen das Regime oft verhärtet (Weinzierl 1988: 154 f.). An der Zahl der Abmeldungen vom Religionsunterricht sind jedoch deutliche regionale Unterschiede zu erkennen - Kärnten und Wien, deutschnational beziehungsweise sozialistisch geprägt, hatten Raten von über 40%, in Niederösterreich¹⁴, Vorarlberg und Oberösterreich lag man zwischen 6,25% und 0,57% (Weinzierl 1988: 184).

Diffamierungen von Klerikern, bereits 1936 im Deutschen Reich erprobt, und Ersetzen von Kruzifixen durch Hitlerbilder sowie Klostersaufhebungen gehörten nun zu den antikirchlichen Aktionen der Regierung, der keine Begründung zu fadenscheinig war, wenn es gegen die Kirche ging - bis zum Prozessionsverbot wegen Abnutzung des Schuhwerks (Weinzierl 1988: 155 ff.).

Selbst ehemalige Nationalsozialisten* in der katholischen Kirche erkannten nun ihre Fehler, und gingen teils in den Widerstand, und so war der Klerus neben den Eisenbahnern* die Berufsgruppe mit den höchsten Opfern. Von 724 inhaftierten Priestern starben sieben, in Konzentrationslager wurden 110 gebracht, 20 überlebten die menschenunwürdigen

¹⁴Es ist unklar, ob damit die heutigen Bundesländer oder die grob korrespondierenden Gauen der Nazizeit gemeint sind.

Bedingungen nicht, 15 wurden hingerichtet, teils gekreuzigt, Hunderte waren gauverwiesen, 1500 hatten Predigt- und Schulverbot (Weinzierl 1988: 179 f.).

Resümee

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Kirche nach der Machtübernahme ihre scharfe Opposition zugunsten einer vorsichtigen Annäherung aufgegeben hatte und später unauffällig ablehnend verharrte (Weinzierl 1988: 207). Man fürchtete bei einem Einsatz für Jüdinnen und Juden selbst (weiter) unter die Räder zu kommen, im Geheimen half man teilweise durch Scheintaufen und Fälschungen von Ariernachweisen*. Dass die Kirche sich dabei aber zurückhielt, hat sicher auch mit antisemitischen Grundtendenzen zu tun - in Bezug auf "nichtarische Katholiken*" waren die Bemühungen deutlich umfassendere - Auswanderungshilfe und finanzielle Unterstützung wurden auch vom Vatikan geboten (Weinzierl 1988: 248). Teilweise waren Interventionen beim Regime in diesem Sinne vorübergehend erfolgreich, teilweise wurden sie ignoriert, prägend dürfte das Beispiel der Niederlande gewesen sein: der Protest der Bischöfe gegen die Deportation von Jüdinnen und Juden¹⁵ wurde zunächst an Seyß-Inquart gesandt, der vor 1941 konvertierte Personen auszunehmen versprach, falls der Protest nicht öffentlich gemacht würde. Ein Angebot, welches die Reformierte Kirche, nicht aber die Katholische, akzeptierte. Als Antwort wurden unverzüglich auch die bis dahin ausgenommenen nichtarischen Katholikinnen und Katholiken deportiert - darunter die als Edith Stein geborene nunmehr heiliggesprochene Nonne Teresia Benedicta a Cruce (Weinzierl 1988: 255 f.). Eine gewisse Kehrtwende erfolgte, als der Papst 1943 der jüdischen Bevölkerung Roms Kirchenasyl gewährte. Nachdem 1.000 Jüdinnen und Juden deportiert worden waren, konnten so etwa 5.000 in Rom überleben, bis zu 3.000 waren in der Sommerresidenz des Papstes untergebracht (Lapide 1997: 94).

Für die evangelische Kirche, in deren Reihen nationalsozialistische Sympathien stärker verbreitet waren, war offene Opposition noch schwieriger zu realisieren (Weinzierl 1988: 284). Die Kirchensteuer hatte oftmals zur Konversion geführt, lediglich 5 evangelische Priester wurden verhaftet (Zulehner/Polak 2006: 38).

¹⁵Gemeint sind Personen, die nach der nationalsozialistischen Rassenlehre als jüdisch galten.

3.2.8 Hitlers Glaube

Adolf Hitler wuchs in einem deutschnational-liberal geprägten Elternhaus auf und war zunächst der Kirche gegenüber positiv eingestellt. Als Kind soll er, vom katholischen Prunk angezogen, den Wunsch geäußert haben, Abt zu werden. Geändert dürfte sich dies allerdings bereits im Religionsunterricht haben, wo er aufmüpfig war und kirchliche Lehren hinterfragte (Maser 1972: 270 nach Trauner 1997: 750).

Seine ideologischen Versatzstücke übernahm er dabei unter anderem von Georg Ritter von Schönerer, darunter die Betonung des Führerprinzips, die Ablehnung der demokratischen Einrichtungen, den Rassenantisemitismus und auch bis zu einem gewissen Grad die Kirchenfeindlichkeit, die bei ihm aber zunächst nicht aggressives Vorgehen beinhalten sollte, sondern in der Vereinnahmung bestand (Trauner 1997:751). Dabei ist zu bemerken, dass Haltung und Praxis Hitlers nicht stringent sind, und sowohl seine Lektüre als auch seine Einflüsse und Positionen umstritten ist.

Bereits früh wird deutlich, dass Hitler ein Christentum wünscht, welches mit dem Evangelium wenig zu tun hat. So sprach er vom "Kampfchristentum" oder von Jesus Christus als arischem Führer und hielt den Nationalsozialismus für die "praktische Befolgung der Lehre Christi" (06.04.1923, Aufzeichnungen: 867, 26.04.1922; 18.12.1926, Aufzeichnungen 635; RS II/1 S. 106 nach Reißmann 2001: 29 f.). So meinte Hitler auch "Wir kennen außer Gott im Himmel noch einen Gott auf Erden, und das bist Du, Vaterland!" (03.12.1928, RSA III/1.: 316 nach Reißmann 2001: 47).

1933 meinte Hitler "Man ist entweder Christ* oder Deutscher*. Beides kann man nicht sein" (Gutschera/Thierfelder 1976: 217 nach Trauner: 744). Gleichzeitig ließ er aber Bormann, der derartige Tendenzen immer sehr schnell unterstützte, zurückpfeifen, als er die "Unvereinbarkeit von Nationalismus und Christentum" als Parteithese veröffentlicht hatte (Kern 1970: 33 f. nach Trauner 1997: 751). Ab 1933 sprach Hitler vermehrt von der "Vorsehung", die man sich als eine Art "Heiligen Geist" vorstellen kann (Reißmann 2001: 62 f.). Er verstand sich als streng wissenschaftsgläubigen Rationalisten - einen persönlichen Gott lehnte er zugunsten eines "Höheren Wesens" ab - weshalb er auch den Vorwurf der Wotansgläubigkeit an die Nazis zurückwies (29.02.1928, RSA II/2.: 695 nach Reißmann 2001: 29, 66, 206).

Er stellte sich auch stets gegen Himmlers SS-Mythos: “Welcher Unsinn! Jetzt sind wir endlich so weit, in eine Zeit zu kommen, die alle Mystik hinter sich gelassen hat, und nun fängt der wieder von vorne an. Da könnten wir auch gleich bei der Kirche bleiben, die hat wenigstens Tradition” (Speer 1969: 108). Die okkultistische Fraktion der NSDAP um Himmler, Rosenberg, Darré und Heß hatte keine größere Bedeutung (Rißmann 2001: 170 f.). 1936 wurde der Begriff “gottgläubig” eingeführt, welcher von konfessionslosen (aber nicht atheistischen) Deutschen geführt werden konnte (Rißmann 2001:64).

In Bezug auf die Kirchen äußerte sich Hitler Speer zufolge beispielsweise abhängig von der Gesprächsrunde mehr oder weniger scharf, und konnte in diesem Zusammenhang auch von der evangelischen Kirche als zukünftiger Staatskirche sprechen, so sie ihm nur folgen würde (Speer 1969: 108 f.). Ein anderes Mal hielt er gar die Wiedervereinigung der Konfessionen für möglich und meinte, die Kirchen wären jedenfalls notwendig und nicht durch die Partei ersetzbar (Speer 1969:109). Er hoffte, die Kirchen würden sich, wie auch früher schon, dem System anpassen, und sprach sich im Krieg gegen offene Verfolgung aus. Als er von Kirchenaustritten auf Parteiwunsch hörte, verfügte er, seine engsten Mitarbeiter müssten bleiben (Speer 1969: 109). Im privaten Kreis konnte er aber auch über krude Theorien zu Jesu germanischer Abstammung und der Bibel als jüdischem Komplott zur Verdummung des Abendlandes schwadronieren (Tischgespräch 21.10.1941, Heim: 96 ff. nach Rißmann 2001: 78 f.). Bei anderer Gelegenheit äußerte er sich über den Islam oder den Shintoglauben als dem Germanentum eher angemessener Religionen (Speer 1969: 110). Im Laufe der Krieges wurde Hitlers Haltung zu den Kirchen immer radikaler. Sie solle verklingen, dann abfaulen “wie ein brandiges Glied”, schließlich zertreten werden (Tischgespräch 01.12.1941, Heim: 150, Tischgespräch 11.08.1942, Heim: 337 nach Rißmann 2001: 89).

Gegen eine Anordnung aus 1941 zum Abhängen der Kreuze aus Schulklassen wehrte sich die bayerische Bevölkerung, Hitler hatte davon angeblich nichts gewusst (Kershaw 1980: 218 ff. nach Rißmann 2001: 186).

Ein Dokument vom 14.08.1943 ist in seiner Echtheit umstritten¹⁶, mag aber treffend charakterisieren, was denkmöglich schien: *“Sofortige und bedingungslose Abschaffung sämtlicher Religionsbekenntnisse nach dem Endsieg [...] mit gleichzeitiger Proklamierung Adolf Hitlers zum neuen Messias. [...] Der Führer ist dabei als ein Mittelding zwischen Erlöser und Befreier hinzustellen - jedenfalls aber als Gottgesandter, dem göttliche Ehren zustehen”* (Daim 1994: 221 f.).

3.2.9 Resümee

Die Deutschnationalen zerfielen in vieler Hinsicht in verschiedene Gruppen, auch in Bezug auf Religion und Kirche ist dies zutreffend. Die radikalen Kirchenfeinde* sind dabei zunächst eine laute Minderheit, welche um Georg Schönerer wenigstens rhetorisch bis zum Germanenglauben schritt. Positive Aspekte fand diese Gruppierung im Christentum nur in politischer Hinsicht, und dabei klarerweise im Protestantismus, religiöses Verständnis, vor allem auch in Bezug auf das Wahlvolk, fehlte. Die gemäßigten Deutschnationalen machten den Großteil der Bewegung aus und hatten aufgrund koalitionärer Notwendigkeiten und dank ausreichender Pragmatik keinen aktiven Antiklerikalismus aufzubieten. Diese Gruppierungen, zu denen Steinwender, die GDVP und der Landbund zählten, waren christlich, meist protestantisch ausgerichtet, und lehnten lediglich Privilegien und teils Positionen von Klerus und damit verbundene Parteien ab. In der ersten Republik war diese Haltung auch den realpolitischen Notwendigkeiten geschuldet. Die nationalsozialistische Strömung suchte nur am Weg zur Macht ein Einverständnis mit der Kirche, in der Kampfzeit und einmal an der Macht angelangt galt die Kirche primär als feindlich. Verbindungen zwischen Christentum und Nationalismus, wie sie Wandruszka im Kabinett Seyß-Inquart beschreibt, waren die Ausnahme.

¹⁶Rißmann 2011: 240

3.3 VdU

Die Kirche in der Zweiten Republik

Bereits gegen Kriegsende hatte sich die Kirche etwas erholt, in Zeiten der Not suchte man wie so oft Schutz bei ihr und der Kirchgang nahm wieder deutlich zu; 1961 war es mit 89,9% ein unwesentlich niedrigerer Anteil der Bevölkerung, der der Katholischen Kirche angehörte als 1934 (Hanisch 1994/2005: 427 nach Haslinger 2010: 135; Potz/Schinkele 2005 nach Haslinger 2010: 147). Die 1950er Jahre sahen eine "letzte Blüte", mit hohem Ansehen, Priesternachwuchs und Kirchgangszahlen von 40% (Zulehner/Polak 2006: 39).

Die evangelische Kirche hat nach dem Krieg ihre Rolle im Nationalsozialismus aufgearbeitet und daraus nach Zulehner ab den 1960er Jahren eine bewusste Entscheidung zu karitativem Engagement vor allem für Flüchtlinge und im Bereich der Menschenrechte getroffen - eine deutliche Wende vom deutschnational geprägten Vorkriegszustand (Zulehner/Polak 2006: 18 f.).

Die Frage des Konkordats spaltete SPÖ und ÖVP, die Zwangszivilehe wurde daher nicht abgeschafft, und religiöse Übungen in Schulen waren nicht mehr verpflichtend; an der Entscheidung, Priester aus der aktiven Politik zu halten, hielt man ebenso fest wie am Kirchenbeitrag (Liebmann 2003/2005 nach Haslinger 2010: 135 f.).

Kardinal Innitzer verkündete eine nunmehr "freie Kirche in einem freien Staat", und auch die ÖVP distanzierte sich von der konfessionellen Enge der de-facto Vorgängerpartei der Christlichsozialen (Haslinger 2010: 136; Leitner 1988: 15).

Erst nach dem Staatsvertrag konnte eine neue Generation der SPÖ ihren Frieden mit dem Konkordat schließen, wobei beide Seiten im Geiste des Kompromisses Adaptionen zuließen (Haslinger 2010: 139). Bis 1959 hatte es immer wieder in "Wahlhirtenworten" Aussagen gegeben, die zwar neutral schienen, allerdings mit deutlichen Verweisen auf die zu berücksichtigende Haltung der Parteien zur Kirche und speziell zum Konkordat de facto für die ÖVP sprachen. Mit der Akzeptanz des Konkordats hörten diese Aufrufe auf, es wurde nun lediglich zu Fairness und verantwortlichem Ausüben des Wahlrechts aufgefordert (Leitner 1988: 119).

Maßgeblich beteiligt an der Aussöhnung der Sozialdemokratie mit der Kirche war Franz Kardinal König - genannt "der rote Kardinal".

Mit seinem Namen verbindet sich der Begriff der Äquidistanz - zu Unrecht, denn er dürfte über die Bundesrepublik importiert worden sein und wurde vom Kardinal nie verwendet (König 1978: 185). Während in der politischen Diskussion meist gefordert wurde, die Kirche solle sich von allen Parteien gleich weit entfernt halten, betonten Bischöfe immer wieder, die Parteien selbst würden Nähe oder Ferne durch ihre Programmatik und ihr Handeln bestimmen. So formulierte der "Österreichische Synodale Vorgang": " [...] das Verhältnis zwischen Kirche und politischen Parteien bleibt vielmehr in der Regel variabel" (ÖSV 1974: 41). Während Haider sich gegen die Äquidistanz aussprach, wollten andere in der FPÖ diese gewahrt sehen, und übten Kritik, wo sie einen Verstoß von kirchlicher Seite orteten.

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) stellte einen Aufbruch dar und eine Öffnung der Kirche zur Welt. Erstmals wurden Religionsfreiheit und Bejahung der Demokratie christlich begründet (Heim 1997 nach Haslinger 2010: 144).

Mit der Enzyklika "Humanae Vitae" von 1968 trat die Kirche in Konflikt mit der Gesellschaft, die päpstlichen Vorschriften zur Empfängnisverhütung wirkten in der beginnenden Säkularisierung abschreckend und führten zu vermehrten Austritten aus der Kirche (Würth 1997: 46). Es ist jedoch zu bemerken, dass die Bischöfe in der "Maria-Troster-Erklärung" die Verhütung zur Gewissensfrage machten, und sich damit von Rom entfernten. Dadurch wurde der Konflikt in Österreich weniger scharf ausgetragen als anderswo (Zulehner/Polak 2006: 44).

In weiterer Folge kam es dennoch wieder zur Auseinandersetzung mit der SPÖ, die 1974 die so genannte Fristenregelung beschloss, also die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs unter bestimmten, primär zeitlichen, Voraussetzungen (Haslinger 2010: 142). Aber auch hier ersuchte die Kirche darum, das Thema aus dem Wahlkampf herauszulassen, zur Enttäuschung mancher in ÖVP und Kirche (Leitner 1988: 120; kathpress 256, 06.11.1974 nach Leitner 1988: 112). So wurde von Funktionären der ÖVP eine zu starke Äquidistanz auf Kosten der christlichen Werte im Wahlkampf 1975 konstatiert (Furche 31 Nr. 22, 27.05.1977 nach Leitner 1988: 174).

Ab 1986 kam es in Österreich zu einer Reihe von Bischofsernennungen, die als Reaktion auf eine zu lasche Kirchenhierarchie gesehen werden konnten. So meinte Andreas Khol, es herrsche ein Meinungsbrei (Schneider 1992: 554, nach Würth 1997: 48). Mit den Bestellungen der konservativen Bischöfe Groër, Krenn, Küng und Eder machten sich innerkirchliche Spannungen breit. Kardinal Groër wurde 1995 des Kindesmissbrauchs

beschuldigt, die Aktion “Wir sind Kirche” startete im Zuge der Diskussion ein “Kirchenvolks-begehren”. Über 500.000 Personen unterschrieben die Initiative, derzufolge der Zölibat als Voraussetzung für das Priesteramt fallen sollte und letzteres auch Frauen offen stehen sollte und forderte eine “positive Bewertung der Sexualität”.¹⁷

Im Laufe der Zweiten Republik verlor die Kirche nicht nur an Ansehen sondern auch an offiziellen Gläubigen. Von etwa 90% sank der Anteil der Katholikinnen und Katholiken auf 73,6% im Jahr 2001 (Zulehner/Polak 2006: 13). 2010 lag der Anteil gar nur mehr bei 64,8% (WNL0035 5 II 0247 25.Mar 11). Auch der Anteil der Gläubigen, die regelmäßig in die Kirche gehen, sank. 2002 gingen nur mehr 19% der Wählenden regelmäßig in die Kirche, in den frühen 1970er Jahren waren es immerhin 35% gewesen (Plasser 2002: 121). Dennoch ist für 80% Österreich ein christliches Land und sind 70% gegen die Entfernung von Kreuzen aus Schulklassen. Am wenigsten Ablehnung erfährt das Kreuz übrigens bei FPÖ und BZÖ (WNL0035 5 II 0247 25.Mar 11). Während weiterhin ein hoher Anteil der Bevölkerung an einen Gott glaubt, kommt es immer mehr zu einem eklektizistischen Vorgang bei der Gestaltung der persönlichen Religiosität und zu einer Entinstitutionalisierung (Zulehner/Polak 2006 nach Haslinger 2010: 147). So glauben laut einer IMAS-Studie 2010¹⁸ nur 25% an einen persönlichen Gott, während sich insgesamt 83% zu einer christlichen Kirche bekannten. Ein eher diffuses Gottesbild ist hierbei bei SPÖ- und FPÖ-Anhängerinnen und -anhängern zu beobachten (WNL0024 5 II 0290 18.Mar 10). Im Rahmen einer europäischen Wertestudie 2000 gaben 2 von 3 Österreicherinnen und Österreichern an, religiös zu sein, und lagen damit über dem europäischen Durchschnitt (Zulehner/Polak 2006: 13).

Der Verband der Unabhängigen

Nach dem Zweiten Weltkrieg erteilten die Alliierten drei Parteien die Lizenz, bei den Nationalratswahlen anzutreten, der SPÖ, der ÖVP und der KPÖ - das national(liberal)e Lager galt verständlicherweise als vorbelastet. Um in selbigem trotz der Bestimmungen der provisorischen Staatsregierung möglichst vielen Personen das Wahlrecht zukommen zu lassen, und um die (mehr oder minder) “Minderbelasteten” im Berufsleben zu halten, die der jungen Republik andernfalls gefehlt hätten, erwirkten SPÖ und ÖVP 1948 eine Amnestie

¹⁷http://religion.orf.at/tv/news2/ne00615_kvb.htm 10.12.2011 20:30

¹⁸Sample 1088 Personen.

(Steininger 2007: 17). Auch von kirchlicher Seite wurden die Nationalsozialistengesetze* kritisiert, so vom Salzburger Erzbischof Rohracher, der sie als Irrweg bezeichnete (Steininger 2007:18).

Um jene, die der Sozialdemokratie wenig gesonnen waren, nicht in die Hände der ÖVP fallen zu sehen, bemühte sich die SPÖ gleichzeitig um die Wiedererrichtung des sogenannten „Dritten Lagers“ in Parteiform, zunächst in der “Verfassungstreuen Vereinigung” (VV). Diese wurde auf Basis des Landbundes von Leopold Stocker gegründet, beide waren mit antiklerikalen Zügen behaftet (Höbelt 1999: 12). Prompt stolperte man über die eigene Vergangenheit in Form des Journalisten Manfred Jasser, der aufgrund seiner Tätigkeit zur Zeit des Nationalsozialismus Berufsverbot hatte, und unter Pseudonym für den “Heimatruf”, eine Parteizeitung der VV, schrieb (Höbelt 1999: 20, 33). Während dieser gegen das “Überhandnehmen des Religionsunterrichts” und generell vor allem gegen die ÖVP schrieb¹⁹, versuchte selbige, das sich neu organisierende „Dritte Lager“ für sich zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren (Höbelt 1999: 44). In diesem Sinn kündigte Staatssekretär Ferdinand Graf an, einen nichtmarxistischen Block “von den Nationalisten bis zu den Klerikalisten” bilden zu wollen - eine vierte Partei galt aber als ausgeschlossen (Höbelt 1999: 35, 41).

An der Spitze des “Verbands der Unabhängigen” standen zunächst Viktor Reimann und Herbert Kraus. Ersterer war zunächst bei der NSDAP, wandte sich aber 1938 dem katholisch-konservativen Widerstand um Augustinerpater Roman Scholz zu. Er bekundete beim Verhör seine Opposition zur Haltung der Nazis gegenüber der Kirche und wurde zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt (Steininger 2007: 20).

Kraus war mit dem späteren Salzburger Landeshauptmann Klaus einer der Autoren einer Rede gegen das Nationalsozialistengesetz, welche Erzbischof Rohracher in Innsbruck gehalten hatte. Beide VdU-Gründer standen Rohracher nahe, Kraus war für ein Institut an der geplanten Katholischen Universität vorgesehen, Reimann im Diözesanausschuss tätig. Eine geplante öffentliche Parteinahme für den künftigen VdU wurde dem Erzbischof aus taktischen Gründen ausgedet (Lechnergesellschaft 2005, Nr. 3/4: 233).

Höbelt meint dennoch, man solle den katholischen Hintergrund von Kraus nicht überschätzen. Obwohl er sich dezidiert vom Kulturkampf lossagte und sowohl katholische Privatschulen als

¹⁹Später schrieb Jasser für die ÖVP (Reimann 1980: 59).

auch katholisches Eherecht anerkannte, stand Reimann der Kirche weit näher (Höbelt 1999: 65).

Reimann wiederum beschrieb das korrekte Verhältnis des VdU zur Kirche als Verdienst von Kraus, der zwar in den eigenen Reihen keinen nationalen Antiklerikalismus mehr zu befürchten hatte, aber doch “eine Menge Vorurteile gegen die katholische Kirche”, speziell gegen klerikale Politik (Reimann 1980: 113). Eine gewisse regionale Diskrepanz machte sich hierbei auch bemerkbar: während der Westen der katholischen Kirche eher wohlgesinnt war, gab es im Süden, den Hochburgen des Landbundes, eine stark antiklerikale Haltung (Höbelt 1999: 18, 80f). Dort wehrte man sich auch gegen das “Bekenntnis zum Christentum” im Programm (Höbelt 1999: 82). Besonders Hartleb stellte sich gegen eine weitergehende Formulierung. Obwohl der an sich antiklerikale Hartleb den Kirchenkampf scheute, seit er Vizekanzler des von ihm bewunderten Seipel gewesen war - hier zog er die Grenze (Reimann 1980: 132, 140).

Das Programm des VdU formulierte also: “Wir bekennen uns zu den sittlichen Grundsätzen wahren Christentums. Den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken lehnen wir ab” (Neue Front, 30.07.1949 nach Berchtold 1967: 485). Dieses das Christentum schmückende Adjektiv deutet auf eine Distanzierung hin, die an das “positive Christentum” der NSDAP erinnern mag. Laut Frischenschlager hatte nach den Weltkriegen eine “Besinnung auf jene abendländischen Werte und Traditionen [...] deren unverzichtbaren Bestandteil das Christentum bildet” stattgefunden (Frischenschlager 1984: 384).

Kraus wollte nicht, dass die neue Partei lediglich ein Sammelbecken ehemaliger Nazis würde, und ging zu diesem Zweck in seinem “Programm zum Sinneswandel” recht weit: Europäische Einigung statt deutscher Vormacht, Österreichbewußtsein statt Deutschtümelei, Wiederbelebung des Liberalismus (Steininger 2007: 21). Die drei Hauptzielgruppen waren allerdings die Registrierten, SPÖ-ferne Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und sonstige Unzufriedene (Höbelt 1999: 53). Speziell aus dem Protestantismus wählte man potentielle Wählerinnen und Wähler rekrutieren zu können, da dieser [der Protestantismus] mit den Worten Kraus’ “in besonderem Maß der deutschen Nation verpflichtet” sei (profil 14, 29.03.1997, nach Würth 1997: 18). Das typische Profil der Anhängerschaft sollte lange Zeit mit dem der Vorgängerbewegungen seit 1848 übereinstimmen: vornehmlich männlich, akademisch, protestantisch oder areligiös und einer Protesthaltung nicht abgeneigt (Kurier

04.04. 1997 nach Würth 1997: 18). Kraus hatte die Nationalen nicht in der Führung gewollt und lehnte auch Wandruszkas Drei-Lager-Theorie ab, da es keinen gemeinsamen Nenner mehr gäbe (Reimann 1980: 17, 107). Reimann schien diese Überzeugung zu teilen, bemerkte jedoch wie Wandruszka, dass das “Unrecht der NS-Gesetzgebung” [Reimann meint damit die Gesetze *gegen* die Nazis] eine neue Gemeinschaft geschaffen hätte (Reimann 1980: 15).

Bei den ersten Wahlen 1949 erreichte die als “Wahlpartei der Unabhängigen” angetretene Gruppierung beachtliche 11,7% und 16 Mandate, und hatte diese wider Erwarten zu einem Gutteil aus sozialdemokratischen Reihen erobert (Steininger 2007: 26 f.). Dass als Unterstützung von der SPÖ zur FPÖ auch Schilling-Millionen geflossen waren, hatte sich damit nicht ausgezahlt (Steininger 2007: 16, 50). Bei den Arbeiterkammerwahlen* kam es zu einem überraschenden Erfolg, der sich vor allem auf Betriebe aus der Nazizeit stützte, allerdings im proporzregierten Österreich keine dauerhafte Bindung der Wählerinnen und Wähler erlaubte (Höbelt 1999: 121, 125). Bürgermeisterposten* konnte man vor allem in protestantischen Gemeinden Kärntens erobern (Höbelt 1999: 97).

Der liberalen Führung zum Trotz entwickelte sich der VdU immer klarer in die vom politischen Gegner von Anfang an unterstellte nationale Richtung.

1951 kam es zu Bemühungen, konservative Anknüpfungspunkte mit der ÖVP zu finden, auch in katholischer Richtung, was jedoch auf Skepsis stieß (Höbelt 1999: 154, 183, 187). Hier ist vor allem die “Aktion zur politischen Erneuerung” zu nennen, die mit Borodajkewycz den katholisch-nationalen Bereich bediente, und wohl auch zur VdU-Beteiligung an einem Katholikentag in Mariazell führte (Interview Höbelt). Bei den Wahlen 1953 gab es regional teils große Verluste, eine von der ÖVP gewünschte Regierungsbeteiligung scheiterte am Widerstand Bundespräsident Theodor Körners, und die folgenden Wahlen (Arbeiterkammer, Wiener Gemeinderat) verliefen katastrophal. (Steininger 2007: 31; Höbelt 1999: 179)

Stüber, ein nationaler Kritiker der VdU-Führung, betonte die Unterschiede zwischen seiner eigenen burschenschaftlichen Lebenswelt und der von Kraus: Jesuitenschule und praktizierter Katholizismus wurden hier zu Schlüsselbegriffen (Reimann 1980: 264).

Das “Ausseer Programm” sollte in dieser Situation die bedrohte Einigkeit wiederherstellen und gab sich betont national, so wurde “die Erhaltung der europäischen Lebensform vor jeder Überfremdung” gefordert. Auf der “abendländisch-christlichen Ethik” basierend wandte sich

der VdU gegen "konfessionellen Hader" und forderte umfassende Religionsfreiheit (Neue Front 22.05.1954 nach Berchtold 1967: 489 f.).

Die Bemühungen sollten fruchtlos bleiben - eine Neugründung lag in der Luft.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass aus mehreren Gründen keine dezidiert antiklerikale Politik gemacht wurde. Höbelt nennt hier vor allem die Bemühungen Erzbischof Rohrachers, dessen "Soziales Hilfswerk" sich für die Nationalen einsetzte, weshalb kein Grund zur Gegnerschaft bestand. Auch die Schwierigkeiten der Nachkriegssituation ließen die Frage in den Hintergrund treten. Lediglich die alte Gegnerschaft zum CV blieb ein Faktor, der allerdings den vor allem in Tirol und Wien noch teils vorhandenen ideologischen Hintergrund weitgehend nicht brauchte (Interview Höbelt).

3.4 Die Freiheitliche Partei Österreichs bis 1986

1955 wurde unter dem ehemaligen SS-Funktionär Anton Reinthaller die “Freiheitspartei” gegründet, die sich kurz darauf mit dem VdU zur “Freiheitlichen Partei Österreichs” vereinigte. Reinthallers Vergangenheit als Landwirtschaftsminister im Kabinett Seyß-Inquart war Kraus ein Dorn im Auge, er trat dann auch ebenso wie Reimann aus der FPÖ aus. Er bezeichnete die Vereinigung als “die Bestätigung der lange vorbereiteten Machtübernahme von einem kleinen Kreis von Rechtsextremisten und NS-Führern” (Reimann 1980: 272; Höbelt 1999: 239).

Als symbolisch mag die Wahl der geschichtsträchtigen Parteiblume gelten - die Kornblume hatte als “preußische Blume” sowie als Symbol der alldeutschen von-Schönener-Jünger und auch als zum Erkennungszeichen illegaler Nazis so gut wie allen österreichfeindlichen Kräften des Dritten Lagers als Schmuck gedient. (Steininger 2007: 35)

Das erste Parteiprogramm war ein 1955 beschlossenes 14-Punkte Programm. Dort hieß es unter Punkt 3: “Wir bejahen uneingeschränkt die Eigenstaatlichkeit Österreichs” und unter Punkt 14: “Wir bekennen uns zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft” (Neue Front 12.11.1955 nach Berchtold 1967, 492 f.). Nach Kritik des Abgeordneten Pfeifer wurden beide Aspekte 1957 zu Punkt 3, wobei das “uneingeschränkt” wegfiel, und das Ziel einer „nationalen, freiheitlichen und sozialen Politik auf Grundlage echter Volksgemeinschaft” in die Einleitung kam. (Steininger 2007: 69). In den “Richtlinien Freiheitlicher Politik” wurde dies erläutert: “Unser Bekenntnis zur Eigenstaatlichkeit Österreichs ist die Bejahung einer politischen Tatsache” (Bogner 1957: 3).

Als vornehmste Aufgabe wurde dort “die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind”, genannt. Weiters hieß es: “Wir haben in den deutschen Österreichern* das Bewusstsein wach zu erhalten ein Teil des deutschen Volkes [...] zu sein” (Bogner 1957:4).

Eine “österreichische Nation” war laut FPÖ eine Erfindung des Jahres 1945. Die liberalen Aspekte fanden sich unter Punkt 4, wo sich die FPÖ gegen die Allmacht des Staates als alle Freiheiten bedrohend und gegen den Parteienproporz wandte; auch in Punkt 9 klang dieses historische Erbe an, wenn für eine soziale Marktwirtschaft ohne Diktatur der Kammern argumentiert wurde.

Religiöse Themen kamen in den Richtlinien nur am Rande vor. Punkt 6 beschäftigte sich mit Familienpolitik und wandte sich deutlich gegen “eine Ehegesetzgebung im Sinne des Konkordates von 1934”. Eine solche würde die FPÖ “schärfstens ablehnen” (Bogner 1957: 9) Punkt 8 gestand im Kapitel über das Schulwesen den Religionsgemeinschaften den Religionsunterricht auch an staatlichen Schulen zu, lehnte jedoch staatliche Unterstützung privater Schulen ab (Bogner 1957: 10).

Knapp nach der Parteigründung folgten Nationalratswahlen mit einem unerwartet schlechten Ergebnis - die Verluste des VdU hatten sich bei der FPÖ fortgesetzt (Höbelt 1999: 240). Die herrschende Aufbruchsstimmung war ein denkbar ungünstiger Hintergrund für eine kaum konstituierte rückwärtsgewandte Protestpartei. 6 Mandate waren geblieben, mehr als die Hälfte war zur ÖVP abgewandert (Steininger 2007: 38).

Als neuer Parteiobmann formulierte der ehemalige SS-Obersturmführer Friedrich Peter sein Verhältnis zur Lagergeschichte so: “Wir lehnen leidenschaftlich alle modischen und zeitbedingten Nachkriegskonkessionen an den Begriff einer ‘österreichischen Nation’ ab” und sprach von einem “Österreich, das nur sein wird, wenn es ein freier deutscher Staat in einem großen vereinten Europa ist” (Steininger 2007: 44). Trotz seiner Vergangenheit und dem entlarvenden Ausspruch “[...] dem Vaterland [gemeint ist Hitlerdeutschland] zu dienen war zu keiner Zeit eine Schande” bemühte er sich in seiner Zeit als Parteiobmann (1958-1978) um eine betont liberale Linie (Wikingruf, 02/1956 nach Depisch 2008: 40). Die Zielsetzung, Wählerinnen- und Wählerpotential zu vergrößern und als Koalitionspartner akzeptabel zu werden ließ dabei jedoch auf sich warten (Luther 2007: 233).

Nachdem der gemeinsame Präsidentschaftskandidat von ÖVP und FPÖ Wolfgang Denk 1957 verloren hatte, fühlte sich die ÖVP nicht an ihr Versprechen gebunden, das Wahlrecht zugunsten der FPÖ zu reformieren (Höbelt 1999: 248).

3.4.1 Konkordatsfrage

1960 wurde das Konkordat in leicht adaptierter Form von ÖVP und SPÖ bestätigt, die FPÖ lehnte dies getreu ihrem 14-Punkte-Programm ab. Der Abgeordnete Gredler begründete dies für seine Partei nach einer persönlichen Stellungnahme: “*Ich bin als Katholik geboren,*

wurde in dieser Glaubensgemeinschaft erzogen, habe sie nie in meinem Leben verlassen und werde sie auch nicht verlassen. Ich erziehe meine Kinder in diesem Bekenntnis und ich fühle mich dieser Religion verbunden.“ Auch befürwortete er weiterhin die Wiedergutmachung für Unrecht an den Glaubensgemeinschaften ab 1938. Dass das unrechtmäßig zustandegekommene Dollfuß-Konkordat jedoch im jetzigen Vertrag bestätigt werde, sei inakzeptabel und lasse zudem befürchten, dass Ehe- und Schulgesetze wie damals auch ratenweise eingeführt werden könnten (Stenographisches Protokoll der Nationalratssitzung vom 12.07.1960).

Auch die Abgeordneten Mahnert und Kandutsch argumentierten gegen die Schulgesetzgebung des Konkordats. Mahnert sah in religiösen Privatschulen ein Problem, da die “wesentliche Aufgabe der Schule gerade in der Überbrückung konfessioneller Schranken liegt.” Während Kandutsch den lobenswerten Einsatz der Kirche gegen den Kommunismus in den Ländern des Ostblocks der Lauheit der heimischen Kirche gegenüberstellte, lehnte er eigentlich nur die einseitige und generelle Subventionierung der konfessionellen Schulen ab (Stenographisches Protokoll der 109. Sitzung der Gesetzgebungsperiode IX vom 25.07.1962). Interessanterweise stimmte die FPÖ 1971 einer Erhöhung der Subvention von 60 auf 100% der Personalkosten zu (kathpress 124, 31.05.1972 nach Leitner 1988: 42). Möglicherweise hatte sich bis dahin der persönliche Einsatz Kardinal Königs für die Kirche in Osteuropa “bezahlt” gemacht (Zulehner /Polak 2006: 40).

Parteiprogramme 1964 und 1968

Das “Salzburger Bekenntnis” von 1964 stand im Zeichen des Liberalismus und bezog sich auf die national-freiheitliche Tradition (Berchtold 1967: 510). Es rief zur “Verteidigung und Entfaltung des Abendlandes” auf und stand unter dem Anspruch, die FPÖ gemäß den Worten von Friedrich Peter am dazugehörigen Parteitag zu präsentieren: “Das Profil der freiheitlichen Partei muß so gestaltet werden, daß Jungwähler, Frauen, Katholiken und sozial denkende Facharbeiter die Partei ebenso wählen können wie Nationale und Liberale” (Steininger 2007: 70).

Im dezidiert liberal gehaltenen “Bad Ischler Programm” von 1968 stand einem Bekenntnis zur Schaffung eines europäischen Bundesstaates, zum Umweltschutz, zur Verteidigung der Freiheit sowie zur Trennung von Staat und Kirche der etwas dubiose Passus von der

Erbgesundheitspflege gegenüber - nach demokratischem Vorbild natürlich (Reiter1982: 84 ff.).

1969 wurde in der Steiermark ein Arbeitskreis freiheitlicher Katholiken gegründet, der eine Annäherung an die Kirche versuchen sollte, die sich damals mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil in Richtung Toleranz und Pluralismus geöffnet hatte. Dieser Versuch hatte jedoch eine eher marginale Wirkung (Frischenschlager 1984: 380).

Um mehr Akzeptanz zu finden unterstützte die FPÖ die Minderheitsregierung Kreisky 1970, welche dies mit einer Wahlrechtsreform belohnte, womit die FPÖ laut Mölzer den "bedeutendsten formalen Erfolg der Dritten Kraft nach 1945 verbucht[e]" (Steininger 2007: 67).

Das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik von 1973 wurde von Frischenschlager als das nunmehr eigentliche Parteiprogramm bezeichnet, auch wenn es formal gar keines war (Frischenschlager, Friedhelm; Programmentwicklung der FPÖ - aber wie? In: Freie Argumente 1981/1 S.3-33; S.8, zitiert nach Reiter 1982: 35). Es setzte die liberale Linie fort und streifte nationale Aspekte nur mehr am Rande, zeigte aber gleichzeitig ein konservatives Frauen- und Familienbild²⁰. In Hinblick auf das Christentum ist zu bemerken, dass die Thematik so gut wie ignoriert wurde, lediglich der Hinweis auf die Freiheit, sich religiösen und anderen Autoritäten unterzuordnen, war hier gegeben. Die geforderte Einbeziehung eugenischer Indikatoren beim Schwangerschaftsabbruch stand allerdings im klaren (nicht thematisierten) Widerspruch zur römisch-katholischen Kirche (Reiter 1982: 93 ff.). Es ist bezeichnend für die FPÖ, dass dieses Programm von Friedhelm Frischenschlager folgendermaßen kommentiert wurde: "Konnte man bis 1973 mangels positiver Aussagen eine latente Kirchenfeindlichkeit der FPÖ vermuten, so trifft dies jedenfalls seit diesem Manifest mit Sicherheit nicht mehr zu."(Frischenschlager 1984: 385).

²⁰Nach Stirnemann ist bis 1974 die liberale Linie nicht wirklich von der Parteibasis angenommen worden (Stirnemann 1986: 663):

Religiös-kirchliche Einstellung und Parteipräferenz³⁴⁰: (alle Angaben in Prozenten)

	Präferenz für:								
	ÖVP			SPÖ			FPÖ		
	L	GK	I	L	GK	I	L	GK	I
regelmäßiger Kirchgang (jeden Sonntag oder öfter)	72	42	69	17	16	26	13	3	-
bezeichnen sich als religiös	73	66	56	29	42	31	16	24	-
erfüllen die Osterpflicht (Kommunion)	81	71	80	33	37	47	38	21	-
beten täglich oder oft	72	67	60	29	34	31	18	24	-
arbeiten in einer Pfarre mit	21	14	12	3	5	1	8	3	-
sind Mitglied in kirchlichen Organisationen	27	13	14	4	4	4	11	6	-
sind (waren) Mitglied in kirchl. Jugendorganisationen	40	22	24	15	12	14	18	6	-

L = Diözese Linz

GK = Diözese Gurk-Klagenfurt

I = Diözese Innsbruck

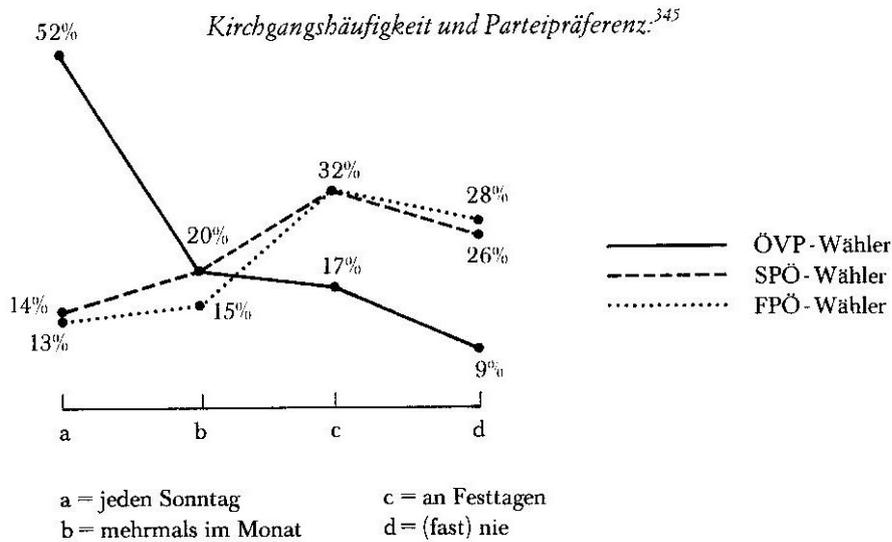
eine niedrigere Kirchgangs- und Bethäufigkeit sowie eine geringere selbsttestierte Religiosität als selbst bei der SPÖ anzutreffen war, während die Mitarbeit in kirchlichen Organisationen etwas stärker vertreten war (Tabelle nach IKS-Bericht 91: 161 ff.; 95: 164 f.; 97: 147 f. nach Leitner 1988: 69). Vergleichbare Ergebnisse gibt es auch in Bezug auf Jenseitsvorstellungen, Gottesbild und Haltung zur Abtreibung (Leitner 1988: 69).

In Übereinstimmung damit zeigte sich bei der Konfessionsstruktur des Nationalrats bei der FPÖ ein deutlich unterdurchschnittlicher Anteil an Katholiken, während Mandatäre ohne Bekenntnis und 1975 auch solche mit evangelischem Bekenntnis überdurchschnittlich vertreten waren (Tabelle: Pelinka 1979: 49 nach Leitner 1988: 73). Für den Kirchgang sei auch auf die Graphik für die Lage 1980 vorgegriffen (Tabelle nach Zulehner 1981: 90 nach Leitner 1988: 70).

Konfessionsstruktur des Nationalrates³⁵⁶: (absolut und in Prozenten)

	SPÖ		ÖVP		FPÖ	
	1969	1975	1969	1975	1969	1975
kathol.	35 47,3%	-	83 97,6%	64 80,0%	2 33,3%	3 30,0%
evangel.	16 21,6%	-	2 2,4%	2 2,5%	-	2 20,0%
ohne Bek.	23 31,1%	-	-	-	4 66,7%	4 40,0%
ohne Ang.	-	93 100%	-	14 17,5%	-	1 10,0%
	74 100%	93 100%	85 100%	80 100%	6 100%	10 100%

Wenn man sich einige soziodemographische Daten zu Gemüte führt, wird verständlicher, wie diese Aussage einzuordnen ist. Das Institut für Kirchliche Sozialforschung hatte 1970 einige Parameter religiösen Lebens abgefragt und mit der Parteipräferenz verglichen. Hierbei fällt auf, dass in den Diözesen Linz und Gurk-Klagenfurt bei FPÖ-Präferenz



3.4.2 Die "Fristenlösung"

Die von der SPÖ beschlossene Fristenlösung lehnte die FPÖ ab, allerdings nicht aus prinzipiellen oder gar christlichen Gründen. Otto Scrinzi hätte gerne die frühere, mit der SPÖ akkordierte, Option der Indikationenlösung beschlossen und insbesondere die Inklusion der eugenischen Indikation gefordert (Ö1 Mittagsjournal 24.10.1968 nach mediathek.at) Er betonte seine Motivlage: "Ich glaube, ich stehe in diesem Haus jenseits des Verdachtes jeden Klerikalismus. Ich habe mich schon in jungen Jahren sehr hart mit einem militanten Klerikalismus auseinandersetzen müssen und bin mit ein Opfer dieser in Österreich überwundenen Epoche geworden". Er machte in dieser Sitzung auch auf die Tatsache aufmerksam, dass auch die Kirche ihre heutige Position nicht immer vertreten habe (Stenographisches Protokoll der Nationalratssitzung vom 27.11.1973)²¹. Dementsprechend lehnte die FPÖ das Volksbegehren der "Aktion Leben" gegen die Fristenlösung ab (Leitner 1988: 66). In einer IMAS-Umfrage Ende 1974 ist die FPÖ nicht abgefragt, die einzige Gruppe neben SPÖ und ÖVP firmiert als "Andere/Indifferent" und zeigt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Indikationen- und Fristenlösung (44 zu 40%, 9% lehnten Abtreibung generell ab;

²¹http://www.parlinkom.gv.at/PAKT/VHG/XIII/NRSITZ/NRSITZ_00084/imfname_108857.pdf 27.09. 2011, 12.50

IMAS Report Nov./Dez. 1974). Der SPÖ warf die FPÖ vor, sie würde mit ihrer Haltung Kulturkampf betreiben (Stenographisches Protokoll der Nationalratssitzung vom 11.05.1977). In der Ehereform von 1978 stand die FPÖ auf der Seite der Liberalisierung und damit konträr zur Kirche, was Klubobmann Peter mit Verweis auf den liberalen Grundgedanken seiner Partei begründete (Furche 34 Nr. 37, 15.09.1978 nach Leitner 1988: 51).

1980 wurde Norbert Steger zum Bundesparteiobmann, der als Mitglied des liberalen Atterseer Kreises eine weitere Normalisierung der FPÖ erreichen wollte. Er hatte auch die Aufnahme in die "Liberale Weltunion" durchgesetzt (Depisch 2008: 41).

"Ich wollte die Deutschnationalen nicht umbringen, aber ich habe gewusst, das ist eine Minderheit in der Bevölkerung. [...] Ich wollte aus der FPÖ eine Partei wie die FDP machen", was auch die Funktion als "Zünglein an der Waage" beinhalten sollte (Steininger 2007: 92; Luther 2007: 233). Der "Erfolg" bestand im niedrigsten Wahlergebnis der Geschichte - 5% - und der Regierungsbeteiligung von 1983-1986 (Tálos 2006: 20).

1981 wurde die Gruppe "Katholiken* in der FPÖ" unter Klara Motter gegründet, 1982 auch eine protestantische Gruppierung unter Friedhelm Frischenschlager. Sie sollte Christinnen und Christen den "Stellenwert, der ihnen in einer liberalen Partei zusteht" verschaffen (Frischenschlager 1984: 380). Während auf katholischer Seite Kontakte zu Weihbischof Krätzl aufgebaut wurden und sich die FPÖ am Katholikentag* 1983 beteiligte, fiel auf protestantischer Seite auf, dass die Beteiligung in der FPÖ in etwa so groß war wie bei der gesamtösterreichisch weit stärkeren katholischen Gruppierung (Frischenschlager 1984: 381). Bis dahin hatte es die meiste Zeit kaum Berührungspunkte gegeben, Frischenschlager bezeichnete den der FPÖ attestierten Antiklerikalismus jedoch als primär theoretisch, mit Ausnahme des Antagonismus zwischen Burschenschaften und katholischen Studierendenverbindungen (Frischenschlager 1984: 379). In manchen Punkten sei jedoch eine Zusammenarbeit unmöglich, Frischenschlager nannte als Beispiel die Abtreibungsfrage (Frischenschlager 1984: 387).

Eine Studie von IMAS für 1982 attestierte FPÖ-Wählerinnen und Wählern eine etwas höhere Kirchgangsfrequenz als der SPÖ und einen deutlich weiter verbreiteten Glauben an ein Leben nach dem Tod (IMAS Report Nr. 1, Jänner 1982, nach Frischenschlager 1984: 381; Tabelle laut Text).

	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Kirchgang regelmäßig	15	45	14
Gelegentlich	29	24	25
Selten	34	21	34
Nie	22	9	27
Glaube an Leben nach Tod	48	55	28

Ende 1984 kam es zu einem Aufruhr, als Steger im Sinne der liberalen Wirtschaftskreise die Offenhaltung der Geschäfte am 8. Dezember, Mariä Empfängnis, per Landeshauptmann-Verordnung erlaubte. Er stimmte letztlich einer Verfassungsklage der Bundesregierung gegen Landeshauptmann Haslauer zu, der gemäß Stegers Hinweis gehandelt hatte (Steininger 2007: 108). Die Frontstellung lag hier zwischen katholischer Kirche und Gewerkschaft einerseits und ÖVP-Landeshauptleuten und FPÖ andererseits, demgemäß ein eher untypischer Fall.²²

Das neue Parteiprogramm „Österreich politisch erneuern“ von 1985 brachte nach Stirnemann entgegen dem landläufigen Eindruck ein Mehr an nationalen und nur schwammig formulierte liberale Aspekte. In den Bereichen Gleichheit, Individualismus, Nationalismus und Internationalismus sah er wesentliche Unterschiede zwischen der FPÖ und der Liberalen Weltunion, der die FPÖ noch angehörte (Stirnemann 1986: 675 f.).

Als Otto Scrinzi 1986 als Bundespräsident kandidierte, hatte er wegen innerparteilicher Querelen seine Mitgliedschaft in der FPÖ ruhen lassen.²³ Bei seiner Abschlusserklärung betonte er, eine Wahl für ihn wäre auch eine Wahl gegen die Fristenlösung (Ö1 Mittagsjournal 05.03.1986). Am Wahlplakat war „Abtreibung“ einer der Punkte, gegen den Scrinzi durch seine Wahl zu protestieren aufforderte. (²⁴Abbildung Standard/Newald)

²²<http://www.zeit.de/1984/48/kirche-kontra-kommerz/seite-2> 23.09.2011, 23:20

²³http://www.mediathek.at/oe1_journale/popup/popup.php?document_id=1000091&zone_id=1000005&zone_name=MEDIA_ZONE_4&object_name=MEDIA_1 26.12.2011, 20:10

²⁴<http://derstandard.at/1325485522210/Otto-Scrinzi-1918-2012-Rathkolb-Scrinzi-war-am-rechtsextremen-Rand-der-FPOe> 05.01.2012, 13:20



3.5 Die FPÖ ab 1986

3.5.1 Jörg Haider

Zu Jörg Haider wurden Bibliotheken gefüllt, was angesichts seines schillernden Charakters natürlich erscheint, andererseits für die Recherche so nachteilig sein kann, wie die übermäßige Beschäftigung mit ihm für das politische Klima Österreichs zweifelhafte Früchte getragen hat. Dennoch sei hier in gebotener Ausführlichkeit und Kürze auf seine Person eingegangen.

Herkunft und Milieu werden von Bailer-Galanda und Neugebauer folgendermaßen beschrieben:

“Die weit zurückreichende Tradition eines von der katholischen Obrigkeit verfolgten Protestantismus hatte im inneren Salzkammergut die Herausbildung rebellischer, obrigkeitsfeindlicher, antiklerikaler, deutschnationaler, aber auch linker Strömungen begünstigt” (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997: 24).

Haider war von frühester Kindheit an dem „Dritten Lager“ verbunden, beide Eltern waren Nationalsozialisten, sein Vater bereits bei der FPÖ. Nachdem seine Eltern aus der Kirche ausgetreten waren konnte er zunächst nicht getauft werden, sein Taufpate war dann schließlich Hermann Foppa, der mit seinem Werdegang von der Großdeutschen Partei zur

NSDAP und dann zum VdU eine klassisch deutschnationale Laufbahn aufweisen konnte (OTS0194 5 II 0233 KAT002 Do, 30.Apr 1998; Höbelt 1999: 104²⁵). Nicht verwunderlich, dass der 16jährige Haider mit einer Rede beim Turnerbund über das Thema “Sind wir Österreicher Deutsche?” erstmals Aufsehen erregte (Stirnemann 1988: 167).

Mit 21 Jahren Vorsitzender des Rings Freiheitlicher Jugend, in der Burschenschaft Sylvania Wien aktiv, wurde er 1979 bereits Abgeordneter.

Die Politik Stegers hatte die FPÖ in die Regierung geführt und liberaler ausgerichtet, Popularität hatte dies jedoch weder beim allgemeinen Wahlvolk noch bei der eher der nationalen Linie (und Wahlerfolgen) zugetanen Parteibasis gebracht (Raho 2009: 31). So kam es beim Parteitag in Innsbruck zu einer Kampfabstimmung, die Jörg Haider gewann.

Bei der “Machtergreifung” Haiders kam es gegenüber Steger zu antisemitischen Pöbeleien, ein Zeichen für die Kontinuität der FPÖ mit den im Nationalsozialismus aufgegangenen Deutschnationalen. Entschuldigungen für rechtsextreme “Ausrutscher” waren von da an regelmäßig von kurzer Wirkung und zweifelhafter Deutlichkeit beziehungsweise Ernsthaftigkeit (Steininger 2007: 125 ff.).

Im Zuge der Debatten um das Volksbegehren “Österreich zuerst (s. Kapitel ??) bezeichnete sich Haider als gläubiger Katholik und suchte eine gewisse Nähe zu Bischof Kurt Krenn. Trotz aller Streitereien versuchte er im Gespräch mit dem Journalisten Alfred Worm seine Beziehung zu Bischof Egon Kapellari positiv darzustellen. Als Krenn auf Wunsch des Papstes zurücktrat, kommentierte Haider dies entsetzt: “Die Art und Weise der Ablöse von Bischof Krenn hat eine gewisse Distanz zur Kirche in mir ausgelöst” (Worm 2005: 175). Verärgert besorgte er sich eine Lutherbibel, äußerte sein Verständnis für und seine Faszination in Bezug auf Luther mit den Worten: “Eine heuchlerische, eine unehrliche und eine unversöhnliche Kirche schreckt auch mich ab.” Die Frage nach einer etwaigen Konversion beantwortete er mit “So weit bin ich noch nicht [...]” (Worm 2005: 176).

Haider betonte das Christentum als geistige Grundlage Europas und auch der Aufklärung. Die Debatte um den EU-Kommissarkandidat Rocco Buttiglione, der auch wegen seiner katholischen Ansichten zu Homosexualität abgelehnt wurde, kritisierte er. Er wünschte sich auch eine Neu-Evangelisierung, für die die Kirche jedoch zu angepasst sei. (Worm 2005: 141 f.)

²⁵<http://www.jf-archiv.de/archiv08/200843101725.htm> 10.12.2011, 21:20

3.5.2 Eine neue FPÖ

Die FPÖ konnte unter Haider zunächst vor allem aufgrund seiner Person punkten - bei den Wahlmotiven stand der junge Obmann, der frischen Wind versprach, ganz oben, sehr schnell zeigte sich jedoch ein neuer, rechtspopulistischer Zug (Plasser 2000: 226).

Vranitzky hatte die Koalition beendet und die FPÖ damit von den Zwängen des Regierens befreit. In den folgenden Jahren gewann die FPÖ überall, und Haider wurde selbst Landeshauptmann von Kärnten. Die Liberale Weltunion war bereits 1987 nur knapp gegen einen Ausschluss der FPÖ unter dem neuen Kurs gewesen (Die Presse, 24.02.1987 nach Stirnemann 1988: 191).

Haider verfolgte angesichts der gescheiterten Strategie seines Vorgängers die Politik der Stimmenmaximierung, um so eine Regierungsbeteiligung zu "überleben" und konzentrierte sich auf die seiner Ansicht nach im Wachstum begriffenen Modernisierungsverliererinnen und -verlierer aus dem Arbeiterinnen- und Arbeitermilieu (Luther 2007: 234) Es gelang den Freiheitlichen zunehmend, die (Arbeiterinnen- und) Arbeiterschaft zu überzeugen, bei den Wahlen 1990 wurde der Anteil gegenüber 1986 verdoppelt, Plasser sprach von einer "protestorientierten Arbeiterpartei neuen Stils" (Plasser 1996: 181).

Die Ideologie trat immer mehr zugunsten der Thematik zurück, eine durchaus beabsichtigte Entwicklung, der Haider durch die Berufung dezidiert unpolitischer Funktionäre ohne Verankerung im „Dritten Lager“ Vorschub leistete - von Medienkreisen wurde die neue Generation als "Bublerpartie" abqualifiziert, von Burschenschaftlerkreisen skeptisch beäugt - bei den Wählerinnen und Wählern kam die Linie jedoch an (Raho 2009: 32, Bailer-Galanda/Neugebauer 1997: 114). Daneben setzte Haider immer wieder Akzente, welche die Gegnerinnen und Gegner seiner ideologischen Zweifelhaftigkeit und die Parteibasis seiner Traditionsverbundenheit versicherten - er ist doch einer von uns! (Plasser 2000: 227). Eine Auswirkung bestand bereits 1991 im Verlust des Landeshauptmannpostens - Haider hatte eine angeblich "ordentliche Beschäftigungspolitik" "im Dritten Reich" mit der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung verglichen (Scharsach 2000: 38). 1988 hatte er zudem die

österreichische Nation als “ideologische Mißgeburt” bezeichnet²⁶ (ORF Inlandsreport 18.08.1988 nach Czernin 2000: 22).

Die Haltung zur Kirche bis zum Volksbegehren

Die FPÖ kam unter Haider immer wieder in Konflikt mit der Kirche. In der Debatte um die sogenannte Fristenlösung²⁷ wurden die Bischöfe Küng und Groër kritisiert, letzterer von Heide Schmidt gar als “scheinheilig” beschimpft. Auch die Haltung der Kirche - die laut Helene Partik-Pablé “den Frauen nie eine eigenständige, wichtige Bedeutung zugemessen” habe - bei der Änderung des Namensrechts wurde beanstandet. Das bereits bekannte Konfliktfeld des 8. Dezember wurde wieder auf das Tapet gebracht, hier warf man Bürgermeister Helmut Zilk vor, sich “hinter der Kirche und den Bischöfen zu verstecken” (apa0236, 20.01.1989; apa0341, 01.02.1989; apa0125, 19.09.1990; ots0080, 18.10.1990; ots0123 27.04.1990 nach Würth 1997: 22). Interessanterweise stellte sich die FPÖ auch gegen Aussagen konservativer Bischöfe wie Eder, der Rockmusik verteufelte und Bischof Kräutler “linkslastig” nannte (was allerdings in allen Parteien auf Ablehnung stieß) (apa 0157, 20.02.1991, ots0050, 18.05.1992, nach Würth 1997: 23 f.).

3.5.3 Österreich zuerst!

Seit 1990 entwickelte sich die Debatte um Ausländerinnen und Ausländer neben der Thematisierung von Politskandalen zum Hauptattraktionspunkt der FPÖ (Plasser 2000: 227). In den Augen der Wählerinnen und Wähler bekam die FPÖ sehr schnell die höchste Kompetenz zur Bewältigung der Thematik zugesprochen, auch über die eigene Partei hinaus (Müller 2000: 36 ff.).

²⁶Haider besteht darauf, lediglich den *Begriff* der österreichischen Nation als Missgeburt bezeichnet zu haben (Worm 2005: 61).

²⁷Ein Entwurf zur Behandlung des äußerst erfolgreichen Volksbegehrens zum “Schutz des menschlichen Lebens” 1975 war 1977 von SPÖ und FPÖ abgelehnt worden.

Unvermeidlich war daher ein Zusammenprall mit der Kirche in der Frage um die österreichische Asylpolitik. Die Abschiebung rumänischer Flüchtlinge wurde kirchlicherseits kritisiert, FPÖ-Obmann Norbert Guggenbauer verwahrte sich gegen diese "Einmischung" und behauptete daraufhin, die Kirche würde Nächstenliebe nur fordern, aber selbst nichts beitragen, was Bischof Weber zu einer Richtigstellung veranlasste. Bischof Kuntner sah darin "einen Rückfall in einen primitiven Antiklerikalismus des 19. Jahrhunderts" (apa0172, 21.11.1990, ots0064, 30.11.1990, apa0299, 30.11.1990 nach Würth 1997: 22 f.).

Auch mit der eigenen Tradition eckte die FPÖ mit dem aggressiv geführten Anti-Ausländerwahlkampf an - ihr Stimmrecht in der Liberalen Internationalen wurde 1991 für zwei Jahre ausgesetzt (Steininger 2007: 140).

1992 initiierte die FPÖ dann ein Volksbegehren unter dem Titel "Österreich zuerst", allgemein allerdings seiner Intention nach als „Anti-Ausländer*-Volksbegehren“ bekannt. Erstaunlicherweise war es Caritasdirektor Helmut Schüller, der darin "Diskussionssignale" erkannte und mit Haider dazu auch Gespräche führte. Obzwar er meinte, manche Forderungen darin seien harmloser als die aktuelle Regierungspolitik, wurde Schüller durch Kirchen, Medien und Vertreter der Koalition kritisiert (Steininger 2007: 143).

Die Hauptzielrichtung Haiders war jedoch die konservative Kirchenlinie um Bischof Krenn, die die FPÖ damit ansprechen wollte. Dieser bezeichnete das Volksbegehren zwar anfangs als "im ganzen sicher nicht gut", sah später jedoch keinen Beweis für eine Verletzung christlicher Werte (apa0139, 15.01.1993 nach Würth 1997: 25, 27).

Massive Unterstützung kam von Seiten der sich als römisch-katholisch bezeichnenden Monatszeitschrift "Der 13." in Person von Kurt Diemann, einem Vertreter rechtskatholischer Kreise, dessen Weg über KPÖ, SPÖ und ÖVP zu Haider nur andeutet, wie skurril er war (NEWS 26/93 nach Vogl 1994: 55). In seinen Beiträgen sinnierte er dann auch hauptsächlich über den schädlichen Einfluss der Freimauer... (Vogl 1994: 53; Der 13., 11/1992 nach Vogl 1994: 175 ff.).

In katholischen Kreisen herrschte breite Ablehnung, Haiders Politik gegen Ausländerinnen und Ausländer wurde vom Katholischen Bibelwerk als unchristlich bezeichnet. Das Ordinariat der Erzdiözese Salzburg sowie die Katholische Aktion stellten klar, das *Volksbegehren* mache Angst, nicht die Ausländerinnen und Ausländer (apa0273, 06.11.1992 nach Würth 1997: 25).

Eine Aussendung der "kathpress" brachte Bischofszitate zum Volksbegehren, hier die Aussendung in Auszügen:

"Weihbischof Florian Kuntner (Wien) äußerte sich am 22. Oktober 92 "fassungslos" darüber, daß das "monatelange Trommelfeuer gegen Ausländer in Österreich" nach Absicht der freiheitlichen Parteiführung "nun sogar in eine Art Ausländer-Halt-Volksbegehren münden soll". Es wäre dies das erste Volksbegehren, "das sich gegen Menschen richtet", bedauerte Kuntner.

Kardinal Dr. Franz König erklärte am 23. Oktober 92, die Auseinandersetzungen mit der Ausländer-Frage hätten nicht nur mit dem geplanten Volksbegehren eine Wende genommen, die für ihn "beunruhigend" sei. "Mit Alarmglocken zu läuten, erzeugt Alarmstimmung, auch wenn für Alarm - zumindest derzeit - noch keinerlei Anlaß besteht." Dadurch sei gerade der Nährboden für eine Radikalisierung geschaffen worden, "die unserem Land noch viel zu schaffen machen wird."

Diözesanbischof Maximilian Aichern (Linz) am 2. November 92 unter Anspielung auf das Ausländer-Volksbegehren: "Für Gott gibt es keine Ausländer und Fremde. Gott liebt alle Menschen. Wir brauchen keine Angst zu haben, daß wir zu kurz kommen. Wir dürfen auch nicht andere ausgrenzen. Wer sich zum Glauben bekennt, kann nicht gleichzeitig aussperrende Mauern errichten, wenn Menschen unsere Hilfe brauchen."

Weihbischof Florian Kuntner betonte am 4. November 92, er würde dem Ausländer-Volksbegehren auch dann eine entschiedene Absage erteilen, wenn es "von einer katholischen Organisation käme". Seine Kritik am Volksbegehren richte sich "nicht gegen eine Person oder Partei, sondern gegen den Inhalt". Diözesanbischof Dr. Klaus Küng (Feldkirch) erklärte am 6. November 92 zum FP-Volksbegehren: "Ich halte es für verantwortungslos, Emotionen im Sinne von Ausländerfeindlichkeit zu wecken."

Diözesanbischof Dr. Stephan Laszlo (Eisenstadt) warnte am 13. November 92, das Ausländer-Volksbegehren könnte "das Auseinanderfallen des österreichischen Volkes in verfeindete Gruppen nach sich ziehen".

Diözesanbischof Maximilian Aichern (Linz) erklärte am 16. November 92, in der einswerdenden Welt von heute seien alle "Abgrenzungsversuche" zum Scheitern verurteilt und "ausländerfeindliche Parolen völlig anachronistisch". Weniger denn je gebe es eine Innenpolitik ohne Außenpolitik. Die Sorge um das Wohlergehen des eigenen Landes schließe auch die Sorge um das Wohl anderer Völker ein.

Diözesanbischof Johann Weber am 28. Dezember 92: "Man kann es wenden, wie man will: Von den Initiatoren des Volksbegehrens wird zwar versucht, dieses nun ins positive umzumünzen. Aber es richtet sich letztlich doch vor allem gegen Menschen, von denen sich viele in großer existentieller Bedrängnis befinden." Er wolle zwar keine öffentliche Empfehlung abgeben, nicht zu unterschreiben, sei aber überzeugt, daß die Katholiken ohnedies wissen, was er als Bischof denke: "Ich zwinge niemandem mein Denken auf, aber ich glaube schon zu wissen, wie man christlich denkt."

Erzbischof Dr. Georg Eder (Salzburg) am 28. Dezember 92 über das Volksbegehren: "Dies ist eine gefährliche Sache...'Österreich zuerst' heißt: 'Zuerst kommen wir'. Wenn dann noch etwas übrigbleibt, dann haben wir vielleicht noch Brosamen für andere."

(OTS0087 5 II 0779 KAT001 Mi, 20.Jän 1993).

Am 21.03. 1993 sprachen unter anderem Kardinal König, Weihbischof Florian Kuntner, Eva Petrik (Präsidentin der "Katholischen Aktion"), Caritas-Präsident Helmut Schüller, der evangelische Oberkirchrat Johannes Dantine und der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs, Paul Grosz bei der von SOS-Mitmensch initiierten Aktion gegen das Volksbegehren, dem „Lichtermeer“, an dem etwa 300.000 Personen teilnahmen.²⁸

Bischof Kuntner machte dort deutlich, dass die christliche Botschaft nicht lautet: "Grenz dich ab, halte sie fern von Dir - die Elenden, die Verfolgten, die Hungernden, die Heimatlosen, die Vergewaltigten, die Verstümmelten, die in den Lagern Schmach tenden" sondern "Wer seinen Bruder liebt, bleibt im Licht" (Kuntner 1994: 92; 1.Joh. 2,10).

Andreas Mölzer verglich in der Zeitschrift "Aula" den Auftritt Königs mit der Werbung Kardinal Innitzers für den Anschluss und konstatierte "Meinungsterror bleibt [...] Meinungsterror" (Aula Februar 1993 nach Vogl 1994: 162).

Im Zuge der Debatte wurde selbst versucht, Papst Johannes Paul II. für das Volksbegehren zu instrumentalisieren, die katholische Zeitschrift "Die Furche" stellte klar, dass der Pontifex keine derartigen Äußerungen getätigt hatte (Die Furche, 21.01.1993 nach Bailer-Galanda/Neugebauer 1997: 94).

Bischof Weber nannte das Volksbegehren "ungeeignet, ja schädlich", und Erzbischof Alois Wagner lehnte die seltsamen Interpretationen der FPÖ ab, die päpstliche Warnungen vor

²⁸<http://www.sosmitmensch.at/stories/10/09.10.2011,16.45>

“Gesinnungsethik” stets so einseitig zitierten, dass Solidarität und die Sorge um die Schwächsten nur auf Österreicherinnen und Österreicher bezogen wurden (apa0110, 31.10.1992; apa0301, 11.01.1993 nach Würth 1997: 25 f.).

Während die FPÖ also die Kirche bis an deren weltliche Spitze für ihre Zwecke vereinnahmen wollte, wehrte sie sich empört gegen “Einmischung von kirchlichen Stellen in politische Angelegenheiten”. Der bekennende Katholik Haider wollte sich nicht “von linker Schickeria [damit sind Kirchenkreise gemeint] bevormunden lassen”, und bot das Volksbegehren als einen Gesprächsansatz an, damit die Kirche sich um die vorrangigen Probleme, also die der Österreicherinnen und Österreicher, kümmern könne (apa0266, 12.1.1993; apa0167, 06.01.1993 nach Würth 1997: 27).

Exkurs: Das Liberale Forum

Drei Tage nach dem Volksbegehren spalteten sich 5 Abgeordnete unter Heide Schmidt, die sich zu diesem zuvor schon skeptisch geäußert hatte, von der FPÖ ab und bildeten das Liberale Forum - mit dem Ziel einer klassisch liberalen Partei, nachdem Haider diesbezügliche Aspekte unterdrückt hatte. Dies stellte den Endpunkt einer Entwicklung dar, die sich bereits 1989 angedeutet hatte (profil 25, 19.06.1989 nach Liegl 1995: 13; Liegl 1995: 12). Als Hauptgründe für die Spaltung gelten der politische Stil Haiders, welcher sich auch im Volksbegehren und der Herangehensweise beim Verlassen der traditionellen EU-Linie der Partei zeigte (Liegl 1995: 20 f.). Frischenschlager meinte dezidiert: “Wir haben Abschied genommen vom Modell des Dritten Lagers, das ist als liberale Konzeption unmöglich, da wird man immer von der nationalen Tradition der deutschnationalen [...] eingeholt (Falter17, 30.04.1993 nach Liegl 1995: 105).

Damit hatte sich eine neue Partei gebildet, die in Übereinstimmung mit den deutschnationalen Wurzeln von Heide Schmid und anderen in Zukunft einen dezidiert kirchenkritischen Kurs fahren sollte - während der Anlass einer war, in dem sich die Anliegen der Protagonistinnen und Protagonisten mit denen des Großteils der Amtskirche trafen. Frappanterweise waren gleich zwei der fünf Angeordneten führend in den konfessionellen Arbeitsgruppen der FPÖ gewesen - Klara Motter und Friedhelm Frischenschlager (Liegl 1997 nach Nötstaller 2002: 73). Da im primär gesellschaftsliberalen Konzept des LiF strikter Laizismus, Eintreten für Euthanasie und ausgeweitete Legalisierung der Abtreibung sowie Gleichstellung

Homosexueller zu den Hauptanliegen gehörten, war die Gesprächsbasis mager, auch wenn vom LiF kritisiert wurde, die entsprechenden Punkte seien verzerrt dargestellt worden (Nötstaller 2002: 75; Liegl 1995: 143). Dass Frauen in finanziell prekären Lagen einen Anspruch auf Kostenübernahme haben sollten war ein klares Abrücken vom Charakter der Fristenlösung als die Abtreibung unter gewissen Umständen duldendem Unrecht (Liegl 1995: 118). Vor allem in Vorarlberg wurden diese Punkte sehr kritisch aufgenommen (Liegl 1995: 183).

Dem Parteiprogramm zufolge stellt sich der Liberalismus als vernunftgeleitet dar, Religionen als irrational (Programm, 89 ??? nach Liegl 1995: 133). Das Konkordat wurde daher als überholt abgelehnt, vor allem im Schulbereich, wo man freiwilligen Religions- und als Ersatz Ethikunterricht eingeführt haben wollte, damit die "kirchliche Bevormundung im Inhaltlichen abgebaut" werde (Liegl 1995: 134, 253; Die Presse 02.12.1993 nach Liegl 1995: 254). Als dezidierte Anti-Haider-Partei gehörte auch ein Plakat zum Repertoire, welches letzteren und Bischof Krenn zeigte, und die "Frage" stellte: "Ethikunterricht?" (Nötstaller 2002: 84). Die Kirche als "gesellschaftspolitisch relevanter Faktor" solle nicht partei- aber durchaus allgemein politisch auftreten dürfen - einen Kulturkampf lehne man ab (Pressestunde 14.11.1993 nach Liegl 1995: 134; Liegl 1995: 136).

Im Wahlkampf kam es zwischen Heide Schmidt und Erhard Busek zu einer Debatte um den Religionsunterricht, Jörg Haider gegenüber betonte sie die vom LiF forcierte Diskussion um das Verhältnis Kirche und Staat und rechtfertigte ihren Gesinnungswandel in puncto Abtreibung (Liegl 1995: 202 f.).

Obwohl aus dem Dritten Lager stammend übernahm man von der FPÖ - jedenfalls was die Klientel betraf - den kleineren Teil; nach den Fessel+GfK Exit Polls etwa 10%, während 30% aus den Reihen der SPÖ kamen (Plasser 1995: 362).

Nachdem die kirchlichen Reaktionen auf den Missbrauchsskandal um Hans Hermann Kardinal Groër nicht zu ihrer Zufriedenheit ausfielen, kündigte die "Bürgerin und Christin" Schmidt ihren Austritt aus der katholischen Kirche an (Der Standard, 04.04. 1995 und profil 15, 10.04.1995 nach Liegl 1995: 255). Schon zuvor hatte sie sich allerdings für "aktive Sterbehilfe wie in Holland" eingesetzt (Der Standard, 22.02.1995 nach Liegl 1995: 257).

Die Parteijugend unter Christoph Görg versuchte mit der Aktion "Auch wir sind Kirche" eine Entspannung zu erreichen (OTS0161 5 II 0215 LIW001 Fr, 01.Dez 1995). Selbst mit Bischof

Krenn fand man in der Frage der Abschaffung von Feiertagen eine gewisse Übereinstimmung (OTS0110 5 WI 0203 LIB001 II Mi, 05.Nov 1997). Auch in der Frage der Grundsicherung begrüßte man, dass Schüller und Landau dieses Anliegen teilten (OTS0083 5 II 0251 LIB001 Do, 18.Dez 1997). Alles in allem kam es aber erst nach den Wahlniederlagen, die 1999 das vorläufige Ende der parlamentarischen Vertretung bedeuteten, zu einem “differenziertere[n] Verhältnis zur Kirche” (Nötstaller 2002: 91).

Eine wesentliche Frage stellte die der Kreuze in Schulklassen dar, wo es teilweise zu Verwirrung kam, da die Aussagen aus dem LiF nicht immer mit dem offiziellen Programm übereinstimmten. Einmal wehrte man sich lediglich gegen den Zwang dazu, ein andermal zeigte man Verständnis mit dem generellen Verbot selbiger (29; OTS0215 5 II 0290 KAT003 Mi, 06.Mai 1998).

Als kleines Nachspiel sei die Studentenpartei “Julis” erwähnt. Dort gibt es neben liberalen Punkten, die mit christlichen Ansichten unvereinbar sind, wie Zustimmung zu Stammzellenforschung und Euthanasie, auch dezidiert die Forderung nach einem Verbot religiöser Symbole und die Abschaffung des Religionsunterrichts.³⁰ Zunächst hatten führende Julis versichert, mit dem Kulturkampf von Heide Schmidt nichts zu tun haben zu wollen (?).

3.5.4 Die FPÖ auf Kirchenkurs

Nachdem “Österreich zuerst” mit etwa 400.000 Stimmen hinter den Erwartungen zurückgeblieben war, ging man in der FPÖ scheinbar daran, die Haltung zur Kirche zu überdenken. Naturgemäß geschah auch dies in einem dezidiert “rechten” Sinn. So schrieb Haider über die politische Linke, sie “schürt den Klassenkampf zwischen Klerus und Laien in der Kirche, um dem Volk den Anker des Glaubens und der moralischen Orientierung zu nehmen” (Haider 1993: 54). Im selben Buch schrieb er aber auch über die “Hohlheit der

²⁹http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/520871/Das-Match-heisst_Dominanz-gegen-Vielfalt 31.12.2011, 18:30

³⁰<http://www.julis.at/beschlusssammlung> 31.12.2011, 18: 35

Kirche”, womit wohl primär die FPÖ-kritischen Teile selbiger gemeint waren (Haider 1993 nach Stix 1999: 192).

Bischof Kurt Krenn organisierte im Juni 1993 sogar eine Privataudienz für Jörg Haider samt Familie beim Papst, nach der Haider verkündete: “Die FPÖ ist von einer kühlen Distanz zur Kirche in eine wohlwollende, freundliche Nähe gerückt” (apa0168, 26.06.1993 nach Würth 1997: 27).

In seinem Buch “Befreite Zukunft jenseits von links und rechts” schrieb Haider über die Begegnung: “Welche Verantwortung und Chancen uns nach wie vor gegeben sind, habe ich nie stärker empfunden als bei meiner Audienz bei Johannes Paul II. in Rom. Ich gestehe gern, daß ich gerührt und neugierig war. Der Papst nahm sich viel Zeit für das Gespräch mit einem national-liberalen österreichischen Oppositionspolitiker. [...] Der durchaus antiklerikale Ursprung der freiheitlichen Bewegung war ihm kein Geheimnis. [...] Man mag in vielen Fragen ihm gegenüber kritisch sein. Unbestritten ist aber sein hervorragender Anteil an der Überwindung des realsozialistischen Systems in Osteuropa, an der Wiederherstellung von Freiheit und Menschenwürde. Er hat den Menschen den Mut zum friedlichen Widerstand gestärkt” (Haider 1997: 218 f.).

Auch die Gründung des “Patriotischen Club - besseres Österreich” am 22.09.1993 war als Signal an die Rechtesten der Kirche gedacht. Die Protagonisten waren Andreas Mölzer, Lothar Höbelt, dem Krennberater Friedrich Romig, Nicolaus Rosam von der JES sowie Herausgeber der “Weißen Rose”, Ronald Schwarzer von “pro occidente”, Friedrich Engelmann von der Zeitschrift “Der 13.“. Die Logik wurde von Mölzer prägnant formuliert; der gemeinsame Gegner seien die “Homosexuellen-Ehe und die multikulturellen Workshops in den Schulen”.

Lothar Höbelt verstieg sich in der rechten Zeitschrift “Aula” dazu, den katholischen Nazi Seyß-Inquart als Vorbild zu nehmen, da “aktuelle Reibungsflächen zwischen Katholisch-Konservativen und Nationalliberalen” “kaum mehr gegeben” seien (Zellhofer 1994: 112 nach Würth 1997: 24 f.).

Ebenso wie der “Grundsatzpolitische Arbeitskreis FPÖ-Katholiken*” von Mölzer und John Gudenus war die Initiative bald wieder eingeschlafen (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997: 139 f.)

Während sich die FPÖ in diesem Sinn auffallend zurückhielt, als es um die Affäre Groer und das “Kirchenvolks-begehren” ging, scheute sie nicht davor zurück, den politischen Gegner

mit Bibelzitaten zu diffamieren - in ganzseitigen Inseraten war zu lesen “. . . ehe der Hahn das zweite Mal kräht, wirst du mich dreimal verleugnen”, Markus 14,30 - “Bevor überhaupt ein Hahn krähen konnte, hat Zernatto mich verraten.”³¹ Zernatto hatte ein blau-schwarzes Bündnis in Kärnten nach zwei Tagen aufgekündigt.

Wahlkampf 1994

Der Wahlkampf 1994 war primär von der EU sowie dem Volksbegehren “Österreich zuerst” bestimmt, dessen Polarisierung in Briefbombenattentaten gipfelte (Liegl 1995: 196 f.)

Im Zuge des Wahlkamps 1994 legte Bischof Krenn trotz freundlicher Worte zum Nationalismus (und weniger freundlicher zum Liberalismus) Wert darauf, dass er keine Wahlempfehlung für die FPÖ abgegeben habe, und bekannte sich zudem im Gegensatz zur aktuellen FPÖ zu einem skeptischen “Ja” zur EU (OTS0041 5 II 0533 KAT001 Di, 15.Mär 1994).

Der Abgeordnete Haller sah die Kritik der FPÖ an der Familienpolitik durch Bischof Stecher bestätigt, auf der anderen Seite kritisierte Partik-Pablé die Asylpolitik der Kirchen (OTS0064 5 II 0144 NFC010 Mi, 20.Apr 1994; OTS0096 5 II 0243 NFC005 Do, 11.Aug 1994).

Als die FPÖ in Inseraten den Papst für ihre ausländerinnen- und ausländerfeindliche Politik vereinnahmen wollte, gab es aus der Caritas daran Kritik (OTS0015 5 II 0552 KAT001 Mi, 07.Sep 1994).

Bei den Wahlen war der Anteil stark konfessionell gebundener Personen bei der FPÖ mit 14% deutlich unterdurchschnittlich, der Zuwachs im Vergleich zu 1990 war dabei jedoch leicht über dem Durchschnitt (Tabelle: Fessel+GfK Exit Poll 1994 nach Plasser/Ulram 1995: 375).

³¹<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9281569.html> 08.10.2011, 21:15

Tabelle 26: Österreich: Parteienanteile in traditionellen Wählermilieus (1994)

In Prozent	ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE	LIF
GEWERKSCHAFTS-MITGLIEDSCHAFT					
Gewerkschaftsmitglied	19	50	19	7	5
kein Mitglied	34	26	26	7	6
KIRCHENBINDUNG					
starke Kirchenbindung	59	20	14	5	1
mittlere Kirchenbindung	29	41	19	6	4
keine Kirchenbindung	16	39	27	7	8

Quelle: FESSEL+GfK, Exit Poll NRW 1994.

Nach den Wahlen meldete sich Haigmoser, der die Kirche als "Gralshüter der Feiertage" betrachtete, und dahinter nur Taktik vermutete: "diese Herren" suchten "damit nur ein Alibi" [...] um von ihren internen Problemen abzulenken und die immer weniger werdenden Katholiken* bei der Stange zu halten" (OTS0047 5 II 0265 RFW001 Mo, 05.Dez 1994).

Der folgende Wahlkampf 1995 konzentrierte sich so sehr auf Sachthemen, dass es zu keinen nennenswerten Interaktionen mit Bezug zum Thema dieser Arbeit kam. Beim Kirchgang kann wieder beobachtet werden, dass die FPÖ im kirchenfernen Segment stärker ist, hier kommt sie in Vorarlberg selbst auf Platz 1 (Tabelle: Nick/Traweger 1996: 300). Bei regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern verlor sie überdurchschnittlich (Tabelle: Fessel+GfK Exit Polls nach Plasser 2003: 224).

Tabelle 3: Kirchenbindung und Parteipräferenz, NRW 95 in Tirol und Vorarlberg

In Prozent	Tirol					Vorarlberg				
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF
insgesamt	27,4	31,3	27,0	6,4	6,2	22,9	34,1	27,4	7,3	7,1
Kirchenbindung:**										
Aktivsegment	26,4	44,9	17,4	5,8	4,7	16,8	51,4	21,6	5,8	2,9
Passivsegment	27,7	22,0	33,5	7,9	7,3	28,8	20,6	31,9	8,6	9,7

** P<0.01.

B12: Wahlverhalten stark konfessionell gebundener Wähler, 1990–2002

In Prozent wählten	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
1990	22	60	10	5
1994	20	59	14	5
1995	20	59	12	2
1999	20	59	13	4
2002	22	69	3	3

Anmerkung: Fallzahlbedingte Tendenzwerte. Regelmäßige katholische Kirchgänger.

Quelle: FESSEL-GfK, Exit Polls (1990–2002).

3.5.5 Wandel in der FPÖ

Jörg Haider fuhr fort, die FPÖ in seinem Sinn umzukrempeln. Die Analyse “Die bürgerlichen Schichten in der FPÖ sind für die EG, die neuen Sympathisanten aus dem Arbeiterstand* kontra EG” wurde von ihm prompt zur Stimmenmaximierung aufgegriffen, was einen Bruch mit dem seit den Zeiten des VdU positiven Europabild darstellte (Steininger 2007: 146). Haider stellte jedoch klar, dass die FPÖ niemals einer sich jetzt abzeichnenden politischen Union zugestimmt hatte, sondern die EWG im Blick hatte, also eine Wirtschaftsunion (Haider 1997: 206). Der VdU-Gründer Kraus hatte, angesichts der Unmöglichkeit eines Anschlusses an die BRD, allerdings die “Vereinigten Staaten Europas” im Programm verankert (Kriechbaumer 1997: 267).

Bereits im Namen des Volksbegehrens klang an, dass die FPÖ die Realität einer “seit den sechziger Jahren herangewachsenen österreichischen Identität” erkannt hatte (Bruckmüller 1998 nach Luther 2007: 234). 1995 beschloss Jörg Haider das Ende der Deutschtümelei und orientierte die Partei auf einen neuen Österreich-Patriotismus um, nachdem die Deutschnationalen eine immer kleiner werdende Gruppe innerhalb der Partei und erst Recht in der immer breiter zu erschließenden Gesamtbevölkerung darstellten. “Unser Deutschtum”, so Lothar Höbelt über die Programmdebatte, “darf erst im Kapitel 2 folgende verankert werden” (Steininger 2007: 12).

In einer Erklärung stellte Haider im August fest: “ Eine stärkere österreich-patriotische Profilierung der FPÖ wird in der Zukunft notwendig sein. [...] [I]ch glaube, daß jedes Element

der Deuschtümelei in der FPÖ der Vergangenheit angehören muß [...]” (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997: 65).

Dennoch hielt Haider noch 2004 daran fest, zwischen der Staatsnation Österreich und der ethnischen Nationalität, also deutsch, zu unterscheiden (Worm 2005: 62).

Der innerparteiliche Unmut ob Haiders Schwenk führte dazu, dass dieser eine Programmdebatte anbot: “Okay, alle, die ihr es besser wisst, kommt zusammen, macht ein neues Programm”. Nach den Wahlen 1995 wurde dieses Angebot, so Höbelt, von der Partei vergessen - nicht jedoch von Stadler (Interview Höbelt).

3.5.6 Das Parteiprogramm von 1997

Ganz neue Töne schlug die FPÖ an, als Klubchef Ewald Stadler am 25.03.1997 in der Tageszeitung “Die Presse” ein neues Parteiprogramm ankündigte. Die Vergangenheit schien über Bord geworfen, unter dem Titel “Christentum - Fundament Europas” wurde den wertkonservativen Wählerinnen und Wählern eine vom Antiklerikalismus befreite FPÖ schmackhaft gemacht - so die Intention jedenfalls (Würth 1997: 55).

Stadler hatte die Chance ergriffen, im Zuge der allgemeinen Neuorientierung, auch diesen Aspekt radikal neu zu denken. Nach eigener Aussage war die Initiative dabei nicht an die ÖVP sondern an deren Wähler* gerichtet, da der Zulauf zur FPÖ bislang primär aus dem sozialistischen Lager gekommen wäre. Besonders betont er aber, dass es sich um sein persönliches Anliegen gehandelt hatte. Haider hatte den Anstoß für ein neues Programm gegeben, bei der Ausgestaltung dann Stadler jedoch sehr freie Hand gelassen (Interview Stadler).

Der Mitautor Höbelt sieht im Programm allerdings schon ein Signal an die ÖVP, jedoch eher in den Passagen, die sich auf die Verfassungsbestimmungen beziehen, und dem Khol’schen Diktum vom “Verfassungsbogen” antworteten - und insofern mit Erfolg gekrönt waren. Aus seiner Sicht war die neue Rolle des Christentums nur vernünftig, da alle traditionellen Problembereiche, also Schule, Ehe, Abtreibung - ihre Bedeutung verloren hatten. Große Hoffnungen, die traditionell ÖVP-wählenden Kirchgängerinnen und Kirchgänger zu einer massiven Bewegung hin zur FPÖ zu motivieren hatte er jedoch nicht, und attestierte er auch Haider nicht. Nur einige wenige “Frontkämpfer*” wären dadurch zu gewinnen, so Höbelt, der persönliche Motive Stadlers auf innerparteiliche Lorbeeren vermutet. (Interview Höbelt).

Nach Karl Richard Luther war das Parteiprogramm als Signal an die ÖVP zu verstehen, eine Koalition einzugehen, während laut Würth die meisten Kommentatoren es als "Frontalangriff auf die Kernschichten der ÖVP" interpretierten (Luther in Tálos 2006: 22; Würth 1997:55).

Die Erstveröffentlichung des Entwurfs in der reaktionär-katholischen Zeitung "Der 13." unterstrich, dass es sich dabei um einen Appell an katholische Christinnen und Christen handelte, die eher Krenn als eine Kirchenöffnung wollten (Steininger 2007: 73; Würth 1997: 55). (Standard 10.04.1997 suchen!)

Die Abwendung von der Parteitradition wurde besonders deutlich, als "Antiklerikalismus und übertriebener Laizismus" als überholt bezeichnet wurden. Die Diktion entsprach dabei in vielem rechtskatholischen Bedürfnissen, hervorstechend war die Intention gegen den islamischen Fundamentalismus. In diesem Sinne urteilten Bailer-Galanda und Neugebauer:

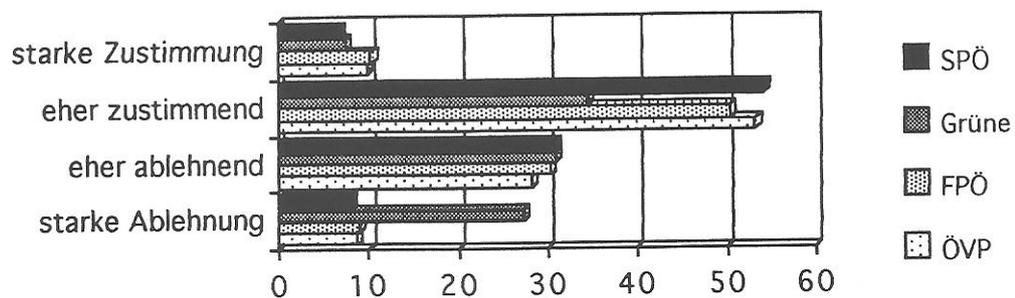
"Das von Stadler propagierte "wehrhafte Christentum" ist nichts anderes als der leicht durchschaubare Versuch, Anti-Islam-Haltung und Ausländerfeindlichkeit religiös zu verbrämen und christliche Wählergruppen anzusprechen." Sie bezeichneten es als Versuch, "eine (pseudo)religiöse Argumentationsebene" einzubringen und konstatierten angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen treffend: " [...] jedenfalls steht ein solches Verständnis von Christentum in krassem Widerspruch zur Haltung des Großteils der Katholischen Kirche Österreichs, die gerade in der Ausländerfrage* großes Engagement zeigt" (Bailer-Galanda/Neugebauer 1997: 48).

Herbert Scheibner unterstützte diese Sicht, wenn er konstatierte, die Kirche habe einen Multi-kulti-Kurs eingeschlagen, der ihr - beispielsweise in der Frage des Kreuzes in Schulklassen - selbst schaden würde (News 14/1997 nach Würth 1997: 58). Auch Stadler ging mit der Analyse, die Kirche habe sich im Volksbegehren "Österreich zuerst!" missbrauchen lassen und auch die ÖVP habe viele enttäuscht, in diese Richtung. Besonders deutlich wurde dies in der Ankündigung, die FPÖ würde den Wertekonsens aufrechterhalten, wenn die Kirchen ihn einmal verließen (ORF Pressestunde 06.04.1997 nach Würth 1997: 59).

In Bezug auf die antiislamische Zielrichtung meint Höbelt hingegen, dies habe zum damaligen Zeitpunkt keine sonderliche Rolle gespielt, und es wäre im Gegenteil eher die Überlegung im Raume gestanden, die als eher konservativ bekannte Gruppe der aus der Türkei Stammenden an sich zu binden. Die engen Beziehungen Stadlers zur türkischen Botschaft und seine Skepsis gegenüber kurdischen Gruppierungen sind dafür mitverantwortlich (Interview Höbelt).

Würth schildert den Zusammenhang zwischen Anhängerinnen und Anhängern der FPÖ und jenen des neuen Kirchenkurses ab 1986. Während die FPÖ-Klientel in den Reihen der regelmäßigen Kirchgängerinnen und -gänger noch deutlich unterdurchschnittlich bleibt, stellt sie bereits 1990 die größte Gruppe bei der Zustimmung zum neuen Kirchenkurs (Tabelle: Würth 1997: 108). Dies korreliert einerseits mit der Gruppe, die eine hohe Autoritätsorientierung aufweist, andererseits mit der der "funktionalen Religiosität" (Zulehner/Denz et al. 1991: 251). Im Unterschied zur "gottzentrierten Religiosität", welche "christlich-gottzentriert" ist, handelt es sich hierbei um die so genannte "Leute-Religion": Sie hilft bei Bewältigung und Deutung von Krisen und hat den Menschen im Mittelpunkt (Horner/Zulehner 1997: 499 nach Würth 1997: 108). Von diesem Umfeld spricht Würth als aus einer "rein funktional verstandenen, vorchristlich-heidnischen Religiosität kommen[d]"; 24% der Bevölkerung haben eine starke, weitere 25% eine eher starke Ausprägung in dieser Richtung (Würth 1997: 108).

Bereits 1990 wurde der Zusammenhang von parteipolitischer Präferenz und Zustimmung bzw. Ablehnung des „Neuen Kirchenkurses“ untersucht:



Der erste Entwurf des relevanten Kapitels im neuen Parteiprogramm lautete:

Artikel V

Christentum - Fundament Europas

** Die vom Christentum geprägte Wertordnung bildet das wichtigste Fundament Europas.*

** Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein wehrhaftes Christentum. Im Bestreben um den Erhalt der geistigen Substanz Europas sieht sich die freiheitliche Bewegung als Partner der christlichen Kirche, weshalb ein Antiklerikalismus*

und übertriebener Laizismus überholt sind.

Erläuterungen:

* Die religiöse und konfessionelle Vielfalt Europas ist in erster Linie Ergebnis der kirchlichen Spaltungen im Verlaufe der vergangenen eineinhalb Jahrtausende. Dessen ungeachtet wurde Europa auch von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften, allen voran durch das Judentum, geprägt. Diese geistigen und religiösen Einflüsse haben das Wertordnungsfundament Europas geschaffen.

* Die geistigen Grundlagen des Abendlandes sind aktuell durch vielfältige Strömungen in ihrer Substanz gefährdet. Ein zunehmender islamischer Fundamentalismus und dessen Vordringen nach Europa, aber auch ein hedonistischer Konsumismus, ein aggressiver Kapitalismus, das Zunehmen von Okkultismus und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus droht. Der Wertkonsens droht deshalb zu verfallen.

* Allerdings erwarten viele Menschen in Europa wieder vermehrt Anstrengungen der Kirchen, als wehrhaftes Christentum sich entschlossener gegen Bedrohungen zu wehren und nicht auf das Niveau pseudo-sozialer Betreuungsinstitute und Gesinnungsfabriken herabzusinken.

(Würth 1997: 55 f.)

Besonderen Wert legte Stadler auch auf die Aspekte des Programms, die den Schöpfungsgedanken formulierten (Interview Stadler):

Kapitel II Artikel 1

Die Stellung des Menschen in der Schöpfung ist herausragend. [...]

Artikel 1.1

Der Mensch hat seinen Sinn in sich selbst, die Daseinsberechtigung des Menschen, seine Gesundheit und seine Würde sind Nützlichkeitsabwägungen nicht zugänglich. Deshalb darf er in seiner Existenz, weder durch Euthanasie und dergleichen in Frage gestellt, bedroht oder gar vernichtet werden, noch durch den Mißbrauch der Medizin, insbesondere der Gentechnik, seiner Würde beraubt werden.³²

³²www.fpoe-schardenberg.at/downloads/fpoearteiprogramm.pdf 16.12.2011, 21:05

Die Autoren Lothar Höbelt, Herbert Scheibner, Ewald Stadler und Wilhelm Brauneder stehen dabei nicht im Verdacht, zu jenen zu zählen, von denen Mölzer als “zeitgeistgerecht ahistorischen Machern der neuen FPÖ” sprach, die die traditionelle Feindschaft zwischen Nationalismus und Klerikalismus nicht mehr kennen würden (Die Presse, 26.03.1997 nach Würth 1997: 56). Er betrachtete den Schwenk als soziokulturelles Bekenntnis im Sinne der Wählerinnen- und Wählermaximierung, eine Sicht, die Haider später bestätigen sollte (apa0057, 19.04.1997 nach Würth 1997: 58).

Die Kritik folgte auf dem Fuße, zunächst in Form der Wiener FPÖ unter Pawkowicz, die um die liberal-nationalen Traditionen bangte, dann durch die Gebrüder Stix, von denen einer eine Parteispaltung nach dem Stadler’schen “Gesinnungsdiktat” befürchtete (apa0582, 04.04.1997 nach Würth 1997: 57). Zu den Erstunterzeichnenden gegen den Entwurf gehörte damals auch Heinz-Christian Strache (Horaczek/Reiterer 2009: 86). Auch Hilmar Kabas wandte sich gegen Stadler und konnte im Gegensatz zu ihm im alten Programm keinen Antiklerikalismus sehen, Erwin Hirnschall sah in Stadler hingegen einen “eifernden Jesuiten der Gegenreformation” (Kurier 10.04.1997, Stix 1999: 192).

Dabei spielten auch persönliche Animositäten eine Rolle; Stadler und Pawkowicz waren einander nach Höbelt nicht “koscher”, außerdem wollte sich der mächtige Wiener Parteichef nichts vom Bund verordnen lassen und sprach auch für eine liberale Richtung, die generell kein neues Parteiprogramm anstrebte. Mit der Auseinandersetzung Stadler - Stix kam es nebenbei zu einem kuriosen Konflikt, da beide derselben “Sängerschaft”, den Skalden zu Innsbruck, angehören. Dass Riess-Passer dem ganzen Unterfangen kritisch gegenüberstand, hatte neben persönlichen Aspekten ihres schwierigen Verhältnisses zu Stadler auch biographische Gründe: dass sie in einer Klosterschule erzogen wurde, hätte bei ihr laut Höbelt nicht gerade eine kirchenfreundliche Haltung bewirkt (Interview Höbelt).

Jörg Haider vertagte die Entscheidung daraufhin, stellte sich aber voll hinter die neue Linie, die nicht gegen den Laizismus auftrate, sondern eine Notwendigkeit im Sinne der Mehrheitsfähigkeit wahrnehme (News 14/1997 nach Würth 1997: 57 f.).

In diesem Sommer schrieb Haider sein Buch “Befreite Zukunft jenseits von links und rechts”, in dem er auch einiges zur Thematik äußerte.

Haider konstatierte dort eine Sinnkrise, in der auch in Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften ein Vakuum zu herrschen drohe. Dass er deren Einsatz für

notwendig erachtete, um eine tolerantere und humanere Gesellschaft zu erreichen, formulierte er so:

“Ich bin weit davon entfernt, ein Betbruder oder vordergründiger Kirchgänger zu sein. Ich brauche auch kein wehrhaftes Christentum. Aber die Rückkehr des Religiösen in unsere Gesellschaft ist die Rückkehr des Gewissens als Maßstab im Leben” (Haider 1997: 236).

Davon abgesehen, dass die Phrase “kein vordergründiger Kirchgänger” unverständlich bleiben muss, ging er damit ziemlich offensiv vor. An anderer Stelle redete er von der zu bewahrenden Schöpfung samt Bibelparaphrase und wehrte sich dagegen, dass für die FPÖ neu-eroberte soziale Gruppierungen als “reaktionäre Kirchgänger” diffamiert” wurden (Haider 1997: 95, 198). Überraschend war anlässlich der scheinbaren Stoßrichtung ins konservative Eck lediglich die Kritik am Frauenbild der Katholischen Kirche, welches als eng und von echter Gleichberechtigung noch entfernt bezeichnet wurde (Haider 1997: 219).

Während Haider in den USA mit seinen Überlegungen schon recht weit gediehen war, blieben die Meinungen innerhalb der FPÖ äußerst breit gestreut und teilweise skurril. Pawkowicz konnte dazu gebracht werden, nicht “Los von Rom” und nicht “Los nach Rom” zu marschieren, Reichhold bekundete sein Interesse für den Buddhismus, Scheibner erklärte sich trotz unregelmäßigen Kirchgangs und ausbleibenden Beichtens für sehr gläubig, andere waren bekennend, nicht praktizierend, von der Amtskirche (“der undemokratischsten Institution auf der Welt”) enttäuscht oder stimmten dem neuen Programm zu, weil Wien nicht Istanbul werden dürfte. Ewald Stadlers Aufforderung, die Befreiung Wiens 1683 (Mariä Namen) in der Karlskirche zu feiern, wurde dennoch eher mit Hohn quittiert. Karl Schnell kündigte allerdings seinen Wiedereintritt in die katholische Kirche an (Salzburger Nachrichten 23.04.1997 nach Würth 1997: 62 f.).

Der 2. Wurf

In einem zweiten Entwurf wurde vor allem auf jene Rücksicht genommen, denen das “wehrhafte Christentum”³³ missfiel - die neue Formulierung “ein Christentum, das seine Werte verteidigt” wurde von Stadler als bedeutungsident erkannt und von der Wiener FPÖ akzeptiert.

Haider beschuldigte in Folge die ÖVP einer antichristlichen Politik, unter anderem aufgrund ihrer Zustimmung zum Schulversuch Ethikunterricht und erläuterte die christlichen Begriffe von Nächstenliebe und Solidarität mit seiner Sorge um den “kleinen Mann” (Die Presse, 24.04.1997, ZIB” 24.04.1997 nach Würth 1997: 66 f.)

Das endgültige Programm

Die parteiinternen Beratungen hatten noch zu einigen Änderungen geführt, darunter eine Passage, die die christliche Basis von Humanismus und Aufklärung erwähnte; der Bezug auf einen übertriebenen, überholten Laizismus fiel hingegen weg. Wien reklamierte den Punkt hinein, dass es zu “verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte” zwischen Kirchen und Partei gäbe (apa0182, 27.10.1997 nach Würth 1997: 68 ff.). Die Meidlinger Gruppe brachte auch Anträge ein, die sich “gegen die unkritische Übernahme klerikaler Dogmatik” wehrten und betonte, dass die “freiheitliche Bewegung [ihre] Identität auch im Kampf gegen den absoluten Wahrheitsanspruch der Kirchen und in der Abwehr der Dominanz des politischen Katholizismus” erworben habe (Stix 1999: 192).

Während Lothar Stix meinte, “entweder [Haid]er oder die traditionellen FPÖ-liberalen müßten konsequenterweise die Freiheitliche Partei verlassen”, stimmen fast alle Delegierten für das neue Programm (Kurier 29.9.1997, Würth 1997: 69).

³³ Tassilo Broesigke fühlte sich beispielsweise an das NSDAP-Programm erinnert, wobei der Autor eher Assoziationen zu Hitlers “Kampfchristentum” denn zum “positiven Christentum” des Programms erkennt (Interview Höbelt).

Abbildungen Seite 94-95: Der 2. Entwurf, nach Würth 1997: 64 f.

„Artikel V

Christentum - Fundament Europas

- (1) Die vom Christentum geprägte und von der Aufklärung weiterentwickelte Wertordnung bildet das wichtigste Fundament Europas. Europa ist durch religiöse und konfessionelle Vielfalt geprägt. Diese Prägung erfaßt selbst nichtchristlich oder bekenntnisfrei orientierte Menschen.

Erläuterung:

Neben den Wurzeln der Antike wurde das Gesicht Europas in entscheidender Weise vom Christentum geprägt. Der Grundwertekonsens Europas und die hieraus erfließenden Rechtsordnungen fußen auf einer christlichen Weltsicht, weshalb nicht nur christlich bekennende Europäer hiervon erfaßt sind, sondern auch nichtchristlich oder bekenntnisfrei orientierte Menschen.

Die religiöse und konfessionelle Vielfalt Europas ist in erster Linie Ergebnis der kirchlichen Spaltungen im Verlaufe der vergangenen eineinhalb Jahrtausende. Dessen ungeachtet wurde Europa auch von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften, allen voran durch das Judentum, geprägt. Diese geistigen und religiösen Einflüsse haben das Wertordnungsfundament Europas geschaffen.

- (2) Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt. Deshalb besteht ein Auftrag zur Zusammenarbeit der großen Kirchen Europas. Im Bestreben um den Erhalt der geistigen Grundlagen Europas sehen sich die Freiheitlichen als ideale Partner der christlichen Kirchen.

Erläuterungen:

Die geistigen Grundlagen des Abendlandes sind aktuell durch vielfältige Strömungen in ihrer Substanz gefährdet. Derartige Grundlagen sind die Idee der Menschenwürde und der Grundfreiheiten, der daraus erfließenden Einrichtungen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit und der Respekt vor dem Leben und der Schöpfung.

- (3) Ein zunehmender religiöser Fundamentalismus und dessen Vordringen nach Europa, aber auch ein hedonistischer Konsumismus, ein aggressiver Kapitalismus, das Zunehmen von Okkultismus und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb zu verfallen droht.

Erläuterungen:

Der Grundwertekonsens in Europa beruht auf der gegenseitigen Achtung und dem Respekt vor dem jeweils anderen religiösen Bekenntnis und der anderen Weltanschauung, insbesondere auch nichtreligiöser Menschen. Fundamentalistische Strömungen gefährden die Toleranz.

Den großen christlichen Kirchen kommt eine entscheidende Rolle zur Bewahrung des europäischen Wertekonsenses zu, weshalb sich die Freiheitliche Bewegung als politische Kraft, welcher die Erhaltung der christlich geprägten Wertordnung in Europa ein politisches Anliegen ist, als natürlicher Partner der christlichen Kirchen sieht. Daher tritt die FPÖ auch für die Erhaltung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen ein und erteilt den Bestrebungen, statt dessen einen hinsichtlich seiner philosophischen und weltanschaulichen Grundlagen undeutlichen „Ethikunterricht“ einzuführen, eine klare Absage.

Allerdings erwarten viele Menschen in Europa wieder vermehrt Anstrengungen der Kirchen, sich entschlossener gegen Bedrohungen zu wehren und nicht auf das Niveau psychosozialer Betreuungsinstitute und Gesinnungsfabriken herabzusinken.

Der Liberalismus hat sich in seiner historischen Entwicklung stets gegen weltanschauliche und religiöse Intoleranz gewandt, die sehr häufig von religiösen Institutionen selbst ausgeübt wurde. In der historischen Phase ist ein Antiklerikalismus und ein Laizismus entstanden, die angesichts der geänderten Rolle der kirchlichen und religiösen Institutionen in Österreich völlig überholt sind.

- (4) Die Sicherung der inneren Autonomie der Religionsgemeinschaften erfordert eine institutionelle Trennung von Kirche und Staat. Diese Trennung ist darüber hinaus auch ein wesentlicher Garant für die Wahrung der Freiheit des Einzelnen.

Erläuterungen:

Die Sicherung der inneren Autonomie der Kirchen und Religionsgemeinschaften erfordert eine institutionelle, nicht aber eine geistige Trennung von Kirche und Staat. Dies ist vor allem auch notwendig, um den parteipolitischen Mißbrauch von Kirchen zu vermeiden und um so die Vereinnahmung des Gewissens durch Parteiideologie zu verhindern. Dennoch ist wünschenswert, daß sich die Kirchen aktiv am politischen Diskurs beteiligen.

Der religiöse Auftrag und die Wertorientierung der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß im Rahmen ihrer Autonomie maximale Entfaltungsmöglichkeit erfahren. Die ist ein weiterer und unverzichtbarer Beitrag zur Sicherung der Freiheit des Einzelnen, wie die historische Erfahrung lehrt.“

In seiner endgültigen und beschlossenen Fassung lautet das Kapitel:³³³

„Kapitel V
Christentum - Fundament Europas

Artikel 1

Die von Christentum *und antiker Welt* geprägte [~~und von der Aufklärung weiterentwickelte~~] Wertordnung bildet das wichtigste Fundament Europas. *Dar- auf beruhen die wesentlichen geistigen Strömungen vom Humanismus bis zur Aufklärung.* [~~Europa ist durch religiöse und konfessionelle Vielfalt geprägt.~~] Die kulturelle Prägung durch christliche Werte und Tradition umfaßt auch Angehörige nichtchristlicher Religionen und Menschen ohne religiöses Bekenntnis.

(1) *Die europäische Zivilisation hat ihre ältesten Wurzeln in der Antike.* [~~Neben den Wurzeln der Antike wurde...~~] Das Antlitz Europas wurde in entscheidender Weise vom Christentum *in seiner konfessionellen Vielfalt* geprägt. [~~Der Grundwertekonsens Europas und die hieraus erfließenden Rechtsordnungen fußen auf einer christlichen Weltansicht, weshalb nicht nur christlich bekennende Europäer hiervon erfaßt sind, sondern auch nicht-christlich oder bekenntnisfrei orientierte Menschen.~~] *Darüber hinaus wurde Europa auch durch Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst.*

(2) [~~Die religiöse und konfessionelle Vielfalt Europas ist in erster Linie Ergebnis der kirchlichen Spaltungen im Verlaufe der vergangenen eineinhalb Jahrtausende. Dessen ungeachtet wurde Europa auch von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften, allen voran durch das Judentum, geprägt. Diese geistigen und religiösen Einflüsse haben das Wertordnungsfundament Europas geschaffen.~~] *Die europäischen Rechtsordnungen fußen auf einem christlichen Grundwertekonsens.*

Artikel 2

Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt. [~~Deshalb besteht ein Auftrag zur Zusammenarbeit der großen Kirchen Europas.~~] Im Bestreben um den Erhalt der geistigen Grundlagen Europas sehen sich die Freiheitlichen als ideale Partner der christlichen Kirchen, *auch wenn es zu verschiedenen politischen Fragen unterschiedliche Standpunkte gibt.*

(1) Die geistigen Grundlagen des Abendlandes sind die Idee der Menschenwürde und der Grundfreiheiten, die hieraus abgeleiteten Vorstellungen von Demokratie *und Mitbestimmung* und der Rechtsstaatlichkeit, *die Idee der Solidarität* sowie der Respekt vor dem Leben und der Schöpfung.

(2) Durch vielfältige Strömungen *sind diese Grundlagen* in ihrer Substanz gefährdet. *Der zunehmende [religiöser] Fundamentalismus eines radikalen Islam* und dessen Vordringen nach Europa, aber auch ein hedonistischer Konsumismus, ein aggressiver Kapitalismus, das Zunehmen von Okkultismus

³³³ Zeichenerklärung: Kursiv geschriebener Text war beim ausgesandten Entwurf noch nicht enthalten; Durchgestrichener Text war im parteioffiziellen Entwurf, aber nicht mehr in der Endfassung enthalten.

und pseudoreligiösen Sekten und schließlich ein in allen Lebensbereichen vermehrt feststellbarer Nihilismus bedrohen den Wertekonsens, der deshalb verlorenzugehen droht.³³⁴

~~[Der Grundwertekonsens in Europa beruht auf der gegenseitigen Achtung und dem Respekt vor dem jeweils anderen religiösen Bekenntnis und der anderen Weltanschauung, insbesondere auch nichtreligiöser Menschen. Fundamentalistische Strömungen gefährden die Toleranz.]~~

(3) Den großen christlichen Kirchen kommt eine entscheidende Rolle zur Bewahrung des europäischen Wertekonsenses zu. Da dies der Freiheitlichen Bewegung ein politisches Anliegen ist, sieht sie sich als natürlicher Partner der christlichen Kirchen. Daraus folgt, daß die FPÖ auch für die Erhaltung des Religionsunterrichtes an öffentlichen Schulen eintritt und Bestrebungen, statt dessen einen hinsichtlich seiner philosophischen und weltanschaulichen Grundlagen *fragwürdigen* [undeutlichen] „Ethikunterricht“ einzuführen, eine klare Absage erteilt.

(4) Allerdings erwarten viele Menschen in Europa wieder vermehrt Anstrengungen der Kirchen, sich entschlossener gegen Bedrohungen zu wehren und *sich nicht* [auf das Niveau] *mit der Rolle* psychosozialer Betreuungsinstitute [und Gesinnungsfabriken herabzusinken] *zu begnügen*.

(5) Der Liberalismus hat sich in seiner historischen Entwicklung stets gegen weltanschauliche und religiöse Intoleranz gewandt, die sehr häufig von religiösen Institutionen selbst ausgeübt wurde. In der historischen Phase ist ein Antiklerikalismus [und ein Laizismus] entstanden, [die] *der* angesichts der geänderten Rolle der kirchlichen und religiösen Institutionen in Österreich [völlig] überholt [sind] *ist*.

Artikel 3

Die Sicherung der [inneren] Autonomie der *Kirchen und anerkannten* Religionsgemeinschaften erfordert eine institutionelle Trennung von Kirche und Staat. Diese Trennung ist darüber hinaus auch ein wesentlicher Garant für die Wahrung der Freiheit des Einzelnen.

(1) Die Sicherung der [inneren] Autonomie der Kirchen und Religionsgemeinschaften erfordert eine institutionelle, nicht aber eine geistige Trennung von Kirche und Staat. Dies ist vor allem auch notwendig, um den parteipolitischen Mißbrauch von Kirchen zu verhindern und um so die Vereinnahmung des Gewissens durch Parteideologie zu vermeiden. ~~[Dennoch ist wünschenswert, daß sich die Kirchen aktiv am politischen Diskurs beteiligen.]~~

(2) *Die insitutionelle Trennung von Kirche und Staat hat mitgeholfen, jene Freiräume zu schaffen, die für die freiheitliche Tradition Europas bestimmend wurden.*

(3) Der religiöse Auftrag und die Wertorientierung der Kirchen und *anerkannten* Religionsgemeinschaften erfordert Autonomie, um dadurch maximale Entfaltungsmöglichkeit *zu gewährleisten*. Dies ist ein weiterer und unverzichtbarer Beitrag zur Sicherung der Freiheit des Einzelnen, wie die historische Erfahrung lehrt.“

³³⁴ Hier wurde die These zur Erläuterung

Reaktionen der Kirchen

Die Haltung der Bischöfe wurde als eher uneinheitlich charakterisiert (und kritisiert). Bischof Kurt Krenn freute sich zwar über das christliche Bekenntnis, betonte aber: “kein Deal mit der FPÖ” und gab zu Bedenken, dass entgegen dem Programm die eigenen Irrtümer gefährlicher sein könnten als fremde Einflüsse (News 14/1997 nach Würth 1997: 73). Während sich die Bischöfe Weber und Stecher klar distanzieren, kam auch von Kapellari und Küng eine Absage an parteipolitische Vereinnahmungen (Salzburger Nachrichten, 24.04.1997 nach Würth 1997: 78). Das neuerlich tendenziöse Zitieren des Papstes durch die FPÖ wurde empört zurückgewiesen, Küng wehrte sich, dass die FPÖ ein ideeller Partner sein könne, da sie Werte und Aussagen des Christentums verdrehe und wollte nicht in Parteipropaganda hineingezogen werden (apa0272, 31.10.1997 nach Würth 1997: 80). Kapellari attestierte den Freiheitlichen mangelnde Seriosität (apa0311, 30.04.1997 nach Würth 1997: 77). Laun sah gewisse Übereinstimmungen, allerdings musste auch Stadler zugeben, dass gegen die Fristenlösung keine Mehrheit in der FPÖ zu finden sei (im Gegenteil demonstrierte wenig später beispielsweise FPÖ Stadträtin Landauer bei einer Solidaritätskundgebung für eine Abtreibungsklinik) (apa0048, 14.06.1997 nach Würth 1997: 78). Helmut Schüller stellte der Haltung der FPÖ das Zitat Jesu entgegen: “Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich nicht aufgenommen” (Mt. 25,43) (ots0105, 31.10.1997 nach Würth 1997: 80). Von Erzbischof Schönborn kamen vorsichtige Wortmeldungen, welche die Thematisierung auch durch die FPÖ begrüßten (Kurier 28.09.1997 nach Würth 1997: 79).

Die Presseerklärung der Bischofskonferenz wandte sich dann dennoch deutlich gegen die FPÖ und betonte, dass die “Sorge für den Nächsten auch die Sorge um die scheinbar Fernsten miteinschließen” (OTS0167 5 II 0345 KAT005 Do, 06.Nov 1997). Haider hatte in der “Zeit im Bild” auf die Frage, ob “der Nächste die österreichische Staatsbürgerschaft” haben müsse, um von Haider geliebt zu werden, geantwortet, “er müsse zumindest eine legale Aufenthaltsgenehmigung haben” (ORF, ZIB 2, 29.10.1997 nach Würth 1997: 70).

Von Seiten der Evangelischen Kirche gab es eine konsequente Ablehnung, nicht zuletzt durch eine heftige Debatte um die Einordnung des zeitgenössischen Protestantismus im Links-Rechts-Spektrum im Unterschied zu seinen nationalen Wurzeln³⁴; bei der Altkatholischen

³⁴Ein spätes Nachspiel gab es nach dem Tod Jörg Haiders, als ein “salbungsvoller Hirtenbrief” aus Sicht Knolls diesen verharmloste und sie als Konsequenz aus der Kirche

Kirche wehrte man sich ebenso gegen Vereinnahmung des Christentums und stritt die Gefahren von Islamismus und Überfremdung ab (apa0217, 17.04.1997, apa0122, 24.04.1997 nach Würth 1997: 82 ff.).

Nachspiel: Studientagung FPÖ - Katholische Kirche

1998 fanden im Bildungshaus St. Virgil in Salzburg fünf Studientage statt, bei denen das Verhältnis der im Nationalrat vertretenen Parteien zur Katholischen Kirche beleuchtet wurde. Helmut Schüller untersuchte hierbei, inwiefern das neue Programm und die politische Praxis miteinander und mit den Werten des Christentums übereinstimmte (Schüller 1999: 28). Dabei wurde bemerkt, dass zwar Euthanasie abgelehnt, Abtreibung jedoch ignoriert wurde. Auch die Verknüpfung von Einwanderung und Kriminalität sowie das Abstellen auf die "Nützlichkeit" der Einwandernden wurden kritisiert (Schüller 1999: 29). Sehr skeptisch bemerkte Schüller, wie kirchliche Hinweise auf die Armut in Österreich zu einem "Nächstenliebe-Vorrang" umgedeutet wurden – ebenso, dass "eine restriktive Aufenthaltsgesetzgebung" nicht nur unchristlich sondern auch kontraproduktiv sei (Schüller 1999: 30 f.). Schließlich warnte er davor, dass die Thematisierung des Islam wie sie im Programm vorgenommen wurde, lediglich Ängste schüren, aber keine Probleme lösen könne (Schüller 1999: 32).

Jörg Haider reagierte auf die vornehmlich negative Analyse in gewohnter Manier. Der kirchlichen Praxis des Herumlavierens stellte er den FPÖ-Zugang "Dinge beim Namen nennen" gegenüber, und beschwerte sich über die mangelnde Bereitschaft der Katholischen Kirche, auf die Annäherung der FPÖ ebenso bereitwillig einzugehen, wie das seinerzeit zwischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und Franz Kardinal König der Fall gewesen war. Er suggerierte dabei zwei mögliche Motive: die Lust an der Macht oder ideologische Vorurteile (Haider 1999: 33 ff.). Haider versuchte dabei, FPÖ und VdU von anrühigen Verbindungen mit dem Nationalsozialismus rein zu waschen, für ihn offenbar der Hauptgrund für die skeptische Haltung der Kirche (Haider 1999: 35 f.).

Die Einladung an die Kirchen zur Verteidigung der europäischen Tradition wurde mit dem Verweis auf in Europa angeblich existierende "33 Millionen Menschen, die sich zu

austrat. <http://www.sueddeutsche.de/politik/oesterreich-ex-bischoefin-tritt-wegen-haider-aus-kirche-aus-1.558736> 23.12. 13:24

fundamentalistischen Religionen [...] bekennen“ untermauert, womit er offensichtlich sämtliche Anhängerinnen und Anhänger des Islam meinte³⁵ (Haider 1999: 37. Markierung im Text).

In einer dunkel bleibenden Stelle verfiel Haider in Kirchenjargon, wenn er von den Brüdern und Schwestern redete, die entsetzt seien, “daß in einer Zeit, in der so viel *Gewalt an Kindern* geschieht, so elegant darüber hinweggegangen und zugesehen wird, wie die Verherrlichung von Gewalt an Kindern über das Instrument der staatlichen Förderung zu einem kulturhistorisch bedeutenden Ereignis aufgebaut wird” (Haider 1999: 37, Markierung im Text). Vermutlich ist damit die Abtreibungsregelung gemeint, die von der FPÖ jedoch bis dahin nie in Frage gestellt wurde.

Weitere Punkte, in denen Haider deutliche Stellungnahmen der Kirche vermisste, betrafen den Ethikunterricht, Sekten und die Sparpakete. Hier sah Haider seine FPÖ als einzig engagierte Kämpferin für die sozial Schwächeren. In der Debatte um das Volksbegehren monierte Haider, dass gegen die vergleichbare Regierungspolitik kein Lichtermeer stattgefunden habe, und sprach von einer “Landnahme durch eine falsche Zuwanderungspolitik” (Haider 1999: 38 f.).

Abschließend machte Haider mit einem Verweis auf Thomas von Aquin deutlich, worum es ihm ging. Er zitierte den mittelalterlichen Kirchenlehrer mit den Worten:

“Darum treibt die geordnete Nächstenliebe uns an, unser Volk in einer Weise zu lieben, die wir Fremden nicht schulden”.

Es gäbe, so Haider, also einen “ordo caritatis”, die Haltung der FPÖ würde also mit urkatholischen Ansichten übereinstimmen. Haider schien hier überzeugt, kirchliche Positionen und die Praxis der FPÖ so darstellen zu können, dass kirchlicherseits die Erkenntnis kommen müsste, “ut unum sint” (Haider 1999: 39). Dieser Interpretation wurde widersprochen, allerdings hätte man sich dies ersparen können. Haider hatte bereits 1993 Thomas von Aquin für seine Zwecke bemüht gehabt und wusste bereits, wie Thomas-Experten die Sache sahen. Bei einer Veranstaltung im Grazer Kongresszentrum über “Multikulturelle Gesellschaft” hatte Pater Philippe-Andre Holzer vom Dominikaner-Konvent in Wien Jörg Haider erläutert, dass es Thomas hier um die Abwägung gleichzeitiger Notlagen bei geringen Mitteln ginge. Es

³⁵Haider war später bereit, zwischen verschiedenen Gruppierungen zu differenzieren (Schüller 1999: 45)

gelte aber: “[W]enn es den Nahestehenden gut geht, der Fremde aber in Not ist”: “Seine Hilfsbedürftigkeit macht ihn dann zum Nächsten, an dem ich nicht vorübergehen darf. So sprengt die konkrete Not die gewöhnliche Hierarchie der Liebe” mit Verweis auf die “Summa theologiae II-II quaestio 26 art. 6 bis 8 und quaestio 31 art. 3” (OTS0076 5 II 0540 KAT001 Mi, 13.Jän 1993).

3.5.7 Die FPÖ und die Evangelischen Kirchen

Traditionell hatten die Parteien des Deutschnationalen Lagers eine starke Affinität zu den Evangelischen Kirchen. Wie erwähnt hatten sie sich nach dem Krieg von ihren deutschnationalen Aspekten bereits distanziert und waren eine zunehmend liberale Linie eingegangen (Zulehner/Polak 2006: 18 f.). Besonders die Diskussion um das Volksbegehren “Österreich zuerst” hatte einen deutlichen Bruch verursacht. Laut der Studie “Evangelisch - Das Profil einer Konfession in Österreich” gaben nur “13% der Protestantinnen und Protestanten die FPÖ als ihre Partei an, 14% das Liberale Forum, 15% je ÖVP und Grüne und 25% die SPÖ. “Auf die Frage nach der Partei, die mit ihren Grundsätzen der Evangelischen Kirche am nächsten stehe, wurde mit 22% die ÖVP am häufigsten angegeben, knapp gefolgt von der SPÖ. Die FPÖ wurde hier nur von 6% genannt.” (OTS0152 5 II 0607 EPD001 Mo, 27.Nov 1995). Die Parteien, die aus dem deutschnationalen Lager hervorgegangen waren, also FPÖ und LiF, haben so zusammen einen dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechenden Anteil, der sich aber stark überproportional auf das Liberale Forum als Gegnerin des “Österreich zuerst” - Kurses verschoben hatte.

In Bezug auf das Kirchenvolks-begehren deutete Ewald Stadler an, man könne an der protestantischen Kirche sehen, wozu das führe (und das es nicht erfolgreicher sei), was von Oberkirchenrat Dantine zurückgewiesen wurde (OTS0069 5 II 0309 EPD001 Mi, 04.Feb 1998).

Die Kandidatur von Superintendentin Gertraud Knoll bei den Bundespräsidentenwahlen* 1998 führte zu heftigen Kontroversen. Es begann mit einem offenen Brief des Abgeordneten Leopold Schögggl an Bischof Herwig Sturm. In diesem mahnte der Freiheitliche kirchliche Äquidistanz ein, und schloss mit “(noch) glaubensbrüderlichen Grüßen” (OTS0088 5 II 0321 NFC004 Fr, 27.Feb 1998). Für die von ihm gegründete “Plattform evangelischer Christen” vertrat er die Auffassung, Knoll müsse sich zwischen Politik und Kirche entscheiden und

konstatierte, dass sie sich von letzterer ziemlich distanziert habe. (OTS0022 5 II 0437 NFC001 Sa, 04.Apr 1998). Ihre linke Haltung sei zudem dafür verantwortlich, dass unzufriedene Katholikinnen und Katholiken nicht zur Konversion schritten (OTS0186 5 II 0261 NFC010 Fr, 22.Jän 1999). Bei einer Wahlkampfveranstaltung präsentierte eine FPÖ-Funktionärin ein Plakat, auf dem angeblich die (tatsächlich frei erfundene) “Evangelische Pfarrgemeinde A.B. Linz” unterzeichnet hatte (OTS0171 5 II 0157 EPD001 Mi, 15.Apr 1998). Bei ihrer Wiederwahl als Superintendentin drückte die Plattform ihre Sorge bezüglich des Kurses der evangelischen Kirche aus (OTS0264 5 II 0221 NFC012 Fr, 18.Sep 1998). Von Peter Westenthaler wurde Knoll aufgrund ihrer FPÖ-feindlichen Haltung antidemokratisches Denken vorgeworfen (OTS0105 5 II 0309 NFC007 Fr, 27.Feb 1998).

Auch unter der schwarz-blauen Koalition setzte sich die Auseinandersetzung fort. Knoll hatte beispielsweise ihr demokratisches Recht, bei Demonstrationen gegen die Regierung mitzugehen, wahrgenommen, was von Schögggl kritisiert wurde; er forderte von der evangelischen Kirche erneut Äquidistanz (OTS0104 5 II 0233 NFC002 Mo, 06.Mär 2000; OTS0018 5 II 0161 NEF005 So, 26.Mär 2000). Eine gegen Knoll gestartete Unterschriftenaktion wurde aus kirchlichen Kreisen als Hetze abgelehnt (OTS0151 5 II 0461 EPD001 Mo, 06.Mär 2000).

3.5.8 Die Krenn-connection

Bereits sehr früh hatte man in der FPÖ erkannt, dass in Bischof Krenn und seinem Umfeld ein Potential für Freiheitliche liegen könnte. So meinte Krenn zur FPÖ mit ihrer antiklerikalen Tradition, das Problem wäre eher im liberalen als im nationalen Element gewesen (Aula nach Würth 1997:50).

Um dergleichen konservative Kirchenmänner zu verteidigen wurde Anfang 1998 der “Club Österreichischer Katholiken” gegründet, mit dabei war FPÖ-Klubchef Ewald Stadler (WNL0066 5 II 2054 07.Oct 04). Dennoch stimmte die Wählerinnen- und Wählerschaft der FPÖ mit der allgemeinen Mehrheit gegen Krenn überein, wie sich anlässlich der Diskussion um die Absetzung von Pfarrer Udo Fischer durch Bischof Kurt Krenn in einer News-Gallup-Umfrage herausstellte (OTS0069 5 II 0309 EPD001 Mi, 04.Feb 1998).

Haider verfolgte diese Schiene dennoch weiter und bot schließlich enttäuscht über die Restkirche dem “Kugelblitz Gottes aus St. Pölten” an: “Machen wir Halbe Halbe, teilen wir uns diese Jagdgesellschaft”(OTS0035 5 II 0607 NFC006 So, 10.Jän 1999).

Auch Scheibner schlug in diese Kerbe: “Wir meinten, Teile der Kirche entsprechen nicht dem Auftrag, die christlich-abendländische Kultur- und Wertetradition auch entsprechend in das nächste Jahrtausend zu tradieren”. Anders als Bischof Krenn haben sich manche Bischöfe gegen die FPÖ ausgesprochen, was unzulässig sei (OTS0094 5 II 0367 KAT001 Mi, 18.Aug 1999).

Obwohl Krenn in der Frage des Kernkraftwerkes Temelin gegen ein Volksbegehren gewesen war und Haider während der Sanktionen mangelnde Sensibilität vorwarf - er fand sich oft genug auf der Seite der FPÖ, sei es bei der Verurteilung antichristlicher Kunst, der Kritik an kirchlichen FPÖ-Kritikern oder dem Islam oder auch im Zuge des “Österreich zuerst” Volksbegehrens (WNL030 5 II 0294 23.Dec 01). Die starke Übereinstimmung innerhalb der Allianz schlug sich dann doch noch in Umfragen nieder. Mitte 2004 fand die Ablehnung Krenns zwar auch bei der FPÖ eine Mehrheit, mit 57% war diese aber schwächer als bei den anderen Parteien (Grün: 76%, ÖVP: 75%, SPÖ: 69%) (WNL0103 5 II 0202 21.Jul 04).

Müller betont, dass die Konzentration auf den konservativen Kirchenflügel sowohl innerer Spannungen wegen problematisch sei, als auch aufgrund der vergleichsweise kleinen Zielgruppe und deshalb nach dem neuen Parteiprogramm nicht mehr so forciert wurde. Während der Antiklerikalismus ausgedient habe, könnte sich ein demonstratives Betonen christlicher Werte bei Arbeiterinnen und Arbeitern negativ auswirken (Müller 2000: 34, mit Verweis auf Imas-Report Nr. 4, Februar 1994).

Höbelt gibt zu bedenken, dass es gerade angesichts der Kritik an der FPÖ beim Thema Zuwanderung doch taktisch vorteilhaft war, auch auf Bischöfe verweisen zu können, die den Positionen der FPÖ näher standen, wie Krenn und der von Stadler erwähnte Militärbischof Kostelecky (Interview Höbelt, Stadler).

Kunst

Während Jörg Haider sich gegen eine Ausstellung des umstrittenen Aktionskünstlers Hermann Nitsch wandte und im Rahmen dessen aber auch erinnerte, die Kirche sei in ihrer Geschichte ebenfalls menschenverachtend gewesen, forderte Ewald Stadler schlicht ein energisches Vorgehen gegen blasphemische Werke von Mühl und Nitsch (OTS0011 5 II 0218 PRO001 So, 09.Aug 1998; OTS0017 5 II 0205 PRO003 So, 20.Sep 1998).

Abtreibung und Fristenlösung

Wie erwähnt stimmte die FPÖ nicht aus christlichen Überlegungen heraus gegen die Strafrechtsreform der SPÖ Regierung zur Abtreibung. Sie sprach sich dann auch gegen das Volksbegehren zur Revision dieser umstrittenen Maßnahme aus.

Als sich Kardinal Groër 1990 zur Thematik äußerte, wurde ihm von Heide Schmidt Einflussnahme und ein mittelalterliches Frauenbild vorgeworfen. Konkret ging es um das Präparat RU 486, dessen Verabreichung um Druck auf Frauen zu vermeiden “nicht im freien Handel”, “nur unter ärztlicher Aufsicht erfolgen” dürfe (OTS0074 5 II NFP002 Mi, 19.Sep 1990). In der Beurteilung der "Abtreibungspille" gab es unterschiedliche Positionen. Helene Partik-Pablé sprach sich dagegen aus, die Fristenlösung in Frage zu stellen, Edith Haller warnte vor der sinkenden Hemmschwelle bei der “Tötung menschlichen Lebens” (OTS0186 5 II 0145 NFC017 Do, 14.Jän 1999; OTS0150 5 II 0343 NFC007 Fr, 08.Jän 1999). Nach einer market-Umfrage war die FPÖ jene Partei, deren Anhängerinnen und Anhänger eine Einmischung der Kirche in die Debatte mit fast 90% am stärksten zurückwiesen (Stix 1999: 194).

Nachdem Heide Schmidt das Liberale Forum gegründet hatte, war die Forderung nach Abtreibung auf Staatskosten einer der für Haider besonders kritikwürdigen Punkte (OTS0139 5 II 0857 NFC005 Do, 28.Okt 1993).

Seine Schwester Ursula Haubner lehnte “extreme” Lebensschützer* ebenso ab wie die SPÖ-Forderung nach Abtreibungsmöglichkeiten in allen Bundesländern (OTS0124 5 II 0137 NFC005 Do, 31.Jul 1997).

Als Erzbischof Eder Sanktionen bei Abtreibungen verlangte, gehörte die damals stellvertretende FPÖ-Obfrau Susanne Riess-Passer zu den kritischen Stimmen und deutete

einen möglichen Kirchenaustritt an: “Ich habe in den letzten Tagen schon mehrmals daran gedacht, meine Konsequenzen zu ziehen. Noch harre ich aus, aber meine Geduld ist schon sehr endlich” (OTS0032 5 II 0334 NEF001 Sa, 16.Jän 1999). Während Stadler sich gegen die Fristenlösung aussprach meinte Michael Schmid, der stellvertretende Bundeschef, er solle seine Ansichten “besser im Pfarrgemeinderat” kundtun.³⁶

EU-Wahl 1999

In einer Umfrage des katholischen Magazins “Dialog” wurden die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten zur EU-Parlamentswahl befragt. Raschhofer bekannte sich zum Katholizismus, und “bezeichnete die Nächstenliebe, Hilfe für die Schwachen und Solidarität mit den Mitmenschen als christliche Werte, die im politischen Alltag wichtig sind”. Von der Kirche erwartete sie sich Wortmeldungen zu größerer Gerechtigkeit und konstatierte Übereinstimmungen im Familienbild (OTS0247 5 II 0793 KAT003 Do, 27.Mai 1999).

Nationalratswahlen 1999

Bei den Nationalratswahlen 1999 trat die FPÖ erneut mit umstrittenen Plakaten auf, diesmal forderte sie “Stop der Überfremdung” und “Stop dem Asylmißbrauch” und plakatierte Haider und Prinzhorn als “echte Österreicher”. Die Kritik kam wieder auch aus kirchlichen Kreisen, so von der Evangelischen Kirche A.B., Weihbischof Krätzl, den Kardinälen Schönborn und König, der Katholischen Aktion, der Caritas und der Israelitischen Kultusgemeinde (OTS0272 5 II 0246 EPD002 Do, 09.Sep 1999; OTS0168 5 II 0410 KAT003 Di, 28.Sep 1999). Scheibner sah in den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern einer Unterschriftenaktion eine “unheilige Allianz”, die “offenbar für Überfremdung, für Asylmißbrauch und gegen den Schutz von Kindern ein”trete (OTS0189 5 II 0280 NFC008 Fr, 10.Sep 1999).

³⁶<http://www.news.at/articles/0634/11/149295/bedauerlich-mehrheit-stadler-abtreibungen>
26.10.2011, 20:00

Wahlergebnis

Die FPÖ hatte mit 26.9% erstmals den zweiten Platz erobert, in den Reihen der regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgänger jedoch einen geringeren Zuwachs - der Kirchenkurs hatte mit dem Erfolg scheinbar wenig zu tun.³⁷

Tab.: Sektorale Spannungslinien (*Cleavages*) im österreichischen Wählerverhalten 1999

In Prozent	SPÖ	ÖVP	FPÖ	GRÜNE	LIF
Religious Voting					
- regelmäßige Kirchgänger	20	59	13	4	1
- Kirchenferne	34	22	30	7	3
- ohne Religionsbekenntnis	42	6	32	9	7

Der katholische Laienrat* hatte vor den Wahlen eine Umfrage an die Parteien geschickt, und zu den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Ausländer*, Entwicklungshilfe, Familie, Religionsunterricht und Ökologie um Antworten gebeten - lediglich die FPÖ hatte nicht geantwortet, weshalb der Laienrat* davon ausging, dass es Katholikinnen und Katholiken unter einer FPÖ-Regierung schwerer haben würden (OTS0122 5 II 0216 KAT001 Mo, 04.Okt 1999).

3.5.9 Schwarz-Blau

Entgegen seiner Ankündigung, als Dritter in Opposition zu gehen, entschloss sich ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel zu Regierungsverhandlungen mit der SPÖ, welche scheiterten. Kurz darauf war ein Abkommen mit der FPÖ vereinbart, was zu Maßnahmen der anderen 14 EU-Staaten gegen Österreich führte (Depisch 2008: 52). Die sogenannten "Sanktionen" waren dabei höchst kontraproduktiv. Die blau-schwarze Regierung unter Bundeskanzler Schüssel musste sich lediglich zu einer Präambel bereit erklären, in der sie sich zu Demokratie und Menschenrechten bekannte, angesichts des äußeren Drucks konnte sie innenpolitische Widerstände als "Nestbeschmutzung" abtun. Andererseits dürfte das Abkommen zur Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch aufgrund der

³⁷Tabelle: members.chello.at/zap-forschung/download/nrwahl99.pdf 10.12.2011, 23:25

internationalen Beobachtung so zügig zu Stande gekommen sein. Die zur Schlichtung eingesetzten “Drei Weisen”, Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marcelino Oreja konnten in ihrem Bericht keine Verstöße gegen die europäischen Werte feststellen. Dabei wurden auch religiöse Vertreter und eine Vertreterin von katholischer, evangelischer, jüdischer und islamischer Seite befragt.³⁸ Kardinal Schönborn hatte bereits im Vorfeld gemeint, man dürfe angesichts der Kritik nicht in Selbstmitleid verfallen, konstatierte aber angesichts der Sanktionen klar, dass sie außerhalb der Rechtsordnung stünden (OTS0208 5 II 0244 KAT005 Mo, 11.Okt 1999).OTS0218 5 AI 0328 KAT002 Do, 13.Jul 2000). In diesem Sinn äußerte sich auch die Bischofskonferenz, sie “weist pauschale oder auch ungerechte Urteile gegenüber Österreich und seinen Menschen - wie dies zuletzt durch die Maßnahmen der 14 EU-Regierungen geschehen ist - zurück”. Gleichzeitig zeigte man sich besorgt in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die Schwächsten (OTS0074 5 II 0648 KAT001 Fr, 14.Apr 2000).

Besonders scharf äußerte sich natürlich Krenn, der aber auch Haider Zurückhaltung empfahl (OTS0011 5 II 0319 PRO005 So, 27.Feb 2000).

Die “Stellungnahme der Österreichischen Bischofskonferenz” betonte, dass sie die Sanktionen ablehne und die Regierungsbildung legitim wäre. Sie verwies aber auch auf kirchliche Kritik, besonders der Caritas an der Flüchtlings- und Sozialpolitik, die unter der rot-schwarzen Regierung bereits zu beanstanden war. Am Wahlkampf der FPÖ 1999 kritisierte sie “ausländerfeindliche und gegen Randgruppen gerichtete Parolen”. Andererseits sah man im Zuwachs der FPÖ keine Radikalisierung der Bevölkerung, sondern führte ihn auf die Unzufriedenheit mit der Regierung zurück (Stellungnahme). Laut (Alt-)Abt Henckel Donnersmarck befasste man sich nicht mit dem Verhältnis der FPÖ zur Kirche in Vergangenheit und Gegenwart, sondern konzentrierte sich auf die Fremdenpolitik. Hierbei betonte man bei allen Differenzen aber auch, dass die FPÖ demokratisch legitimiert sei und mit ihren Positionen keinen in Europa singulären Extremismus offenbare (Email Henckel Donnersmarck).

Die Bemühungen Schönborns und anderer kirchlicher Vertreter wurden von Bundeskanzler Schüssel besonders gewürdigt, der bei einer Wallfahrt nach Mariazell meinte, anlässlich der

³⁸<http://derstandard.at/upload/images/bericht.pdf> 23.12.2011, 14:15

Aufhebung der Sanktionen “ist es gut, dass man zur Heiligen Maria pilgert und Danke sagt” (OTS0043 5 II 0831 NVP002 So, 17.Sep 2000).

In der Regierung tat sich die FPÖ in den nächsten Jahren schwer. Inkompetenz in den eigenen Reihen und ein von Kärnten aus die Regierungsarbeit torpedierender Haider führten zur Zerrüttung. Am außerplanmäßigen Parteitag in Knittelfeld wurde die FPÖ durch die Haidergetreuen aufgefordert, die geplante Steuerreform trotz der Hochwasserkatastrophe 2002 durchzuziehen, was für Vizekanzlerin Riess-Passer den Anlass gab, zurückzutreten (Steininger 2007: 181).

Tabelle 9
Religiosität und Wahlverhalten 2002

In Prozent haben gewählt	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Katholiken	34	46	10	7
regelmäßige kath. Kirchgänger	22	69	3	3
sporadische kath. Kirchgänger	38	39	12	9
ohne religiöses Bekenntnis	46	18	15	16

Quelle: FESSEL-GfK, Exit Poll (2002).

Bei den folgenden Wahlen stürzte die FPÖ auf 10,01% ab, die ÖVP konnte den Großteil der abgewanderten Stimmen für sich verbuchen und die Koalition (nach Sondierungsgesprächen mit SPÖ und Grünen) fortsetzen. Die Performance der FPÖ, ihre fragwürdige Regierungsfähigkeit und innere Zerstrittenheit hatten zu diesen herben Verlusten geführt (Fallend 2006: 6 f.) Auch der chaotische Wahlkampf trug dazu bei (Luther 2006: 23 f.). Bei regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern fielen die Verluste überdurchschnittlich hoch aus (Tabelle aus Plasser 2003: 122).

Die anhaltenden Verluste und Streitereien gipfelten im versuchten Ausschluss von Andreas Mölzer, der mit Strache, Stadler und Gudenus den Unmut des rechten Flügels zum Ausdruck gebracht hatte (Depisch 2008: 61 f.).

Exkurs: BZÖ

Im April 2005 gründete Jörg Haider das “Bündnis Zukunft Österreich” (Depisch 2008: 63). Zwar konnte damit die Distanzierung von den rechten Unruhestiftern erreicht werden, der größte Unruhefaktor der Regierung war jedoch gerade Jörg Haider selbst gewesen. Lediglich in seinem politischen Heimatland Kärnten konnte er genug Unterstützung erreichen, um die FPÖ bundesweit über die 4% Hürde zu bringen (Depisch 2008: 97). Die Partei versuchte sich als rechtsliberal zu positionieren, mit Forderungen nach der “Rückführung” von 3000.000 “illegalen” Ausländern* schien sie jedoch die FPÖ rechts überholen zu wollen (Depisch 2008: 96). 2008 schaffte Jörg Haider als Spitzenkandidat jedoch einen Überraschungserfolg mit über 10% (Horaczek/Reiterer 2009: 15).

Zur Charakterisierung des BZÖ könnte man sagen, dass es weniger deutschnational, wirtschaftsliberaler und europafreundlicher ist als die FPÖ – gleichsam ein wiedererstandener VdU - oder Martina Salomons Analyse folgend ein ideologiefreies Marketingprodukt mit Haider als einzigem Inhalt (Die Presse 8.4.2005 nach Depisch 2008: 66; Depisch 2008: 15 f.).³⁹

In den “zehn rechtsliberale[n] Grundsatzpositionen” macht das BZÖ deutlich, wo es sich selbst verortet, dazu gehört unter Punkt IV “Zukunft braucht Heimat” ein Bekenntnis zur “christlich-abendländischen Tradition”.⁴⁰

Während sich die FPÖ unter Strache sehr um die serbische community kümmerte, fiel das BZÖ unter Jörg Haider mit der Befürwortung eines EU-Beitritts der Türkei auf und versuchte zeitweise in diesem Lager Stimmen zu lukrieren.⁴¹ Dies wurde mit der Gefahr eines islamistischen Kurses für den Fall der Ablehnung türkischer Beitrittsbestrebungen argumentiert und war bereits in der Zeit vor der Parteispaltung ein kontroverser Punkt (Worm 2005: 164 f.).

³⁹Welcher Aspekt nach dem Tod Haiders vorwiegt, kann der Autor derzeit nicht abschließend feststellen.

⁴⁰<http://www.bzoe.at/assets/files/BZOE-Grundsatzprogramm.pdf> 06.12.2011, 21:15

⁴¹<http://www.wno.org/newpages/lch58b.html> 25.10.2011, 12:55

Im aktuellen Programm spricht sich das BZÖ dezidiert gegen einen Beitritt aus⁴².

Stadler im BZÖ

Nach den innerparteilichen Streitigkeiten zwischen Strache und Stadler trat letzterer erst aus der FPÖ aus, dann beim BZÖ ein. Dass die Partei in Bezug auf homosexuelle eingetragene Partnerschaften ein eher liberales Konzept hatte, war zwar mit Stadlers Ansichten nicht vereinbar, allerdings stimmten letztlich auch nur zwei BZÖ-Abgeordnete für ein entsprechendes Gesetz (OTS0247 5 II 0136 EPD0001 CI Do, 17.Nov 2005, Interview Stadler). Stadler zufolge war es ihm im BZÖ einfacher möglich, im religiösen Feld Akzente zu setzen, die auch von der Partei mitgetragen wurden. So erwähnt er, dass er auf Initiative von Kardinal Schönborn im Bereich Hospizeinrichtungen, christlicher Sterbebegleitung und Palliativmedizin finanzielle Unterstützung erreicht habe, und streicht dabei die Unterstützung speziell von Haubner und Scheibner heraus. Die freie Hand, die er unter Haider hatte und unter Strache vermissen musste, war ihm wieder gestattet. Stadler zufolge sei im BZÖ, beispielsweise in Person von Gerald Grosz, der gute Kontakte zur Nuntiatur habe, ein größeres Verständnis für christliche Anliegen vorhanden (Interview Stadler).

Bei den Bundespräsidentenwahlen* 2010 kündigte er an, für den Chef der "Christlichen Partei Österreichs" Rudolf Gehring zu stimmen, die "wotangläubige" Rosenkranz war für ihn ebenso unwählbar wie der Agnostiker Bundespräsident Heinz Fischer (OTS0353 5 II 0152 FEL0001 Do, 22.Apr 2010).

BZÖ und Kirche

Als Caritasdirektor Landau die Regierung kritisierte, wurde von Uwe Scheuch klargestellt, dass dies unerwünscht sei. Mit Verweis auf die undemokratische Natur von Kirche und damit Caritas verteidigte er die Sozialpolitik des BZÖ und schlug Landau die SPÖ Wien als Betätigungsfeld für Kritik vor (OTS0037 5 II 0369 BZO0001 CI Mo, 05.Dez 2005).

Ein knappes Jahr später zeigte das BZÖ jedoch, dass es weniger mit der Kirche als mit Kritik ein Problem hatte. Nun hieß es angesichts positiver Äußerungen von Kardinal Schönborn zu

⁴²http://www.bzoe.at/assets/files/Programm_BZOE_WEB.pdf 06.12.2011, 21:25

Kinderbetreuungsgeld und Familienhospizkarenz: "Die Kirche als wichtige soziale Stimme in Österreich bestätigt den positiven Weg der letzten Jahre in der Sozialpolitik" (OTS0019 5 II 0134 BZO0001 Sa, 11.Nov 2006).

Klarerweise kam es auch in Bezug auf die slowenische Minderheit in Kärnten zu Debatten, so bezeichnete Haider die Kirche als "Zünder" und echauffierte sich über eine angeblich rein in slowenischer Sprache gehaltene Einweihungsfeier (OTS0028 5 II 0192 BZK0002 So, 19.Nov 2006). Haider akzeptierte die Entschuldigung des Pfarrers und die bischöfliche Klarstellung am folgenden Tag - die angebliche Einsprachigkeit war nun ohne Belang (OTS0221 5 II 0110 BZK0005 Mo, 20.Nov 2006).

Den Einsatz von Pfarrer Pucher für Bettlerinnen und Bettler kriminalisierte Grosz, und kündigte schließlich in einem offenen Brief an Bischof Kapellari an, künftig dem Concordia-Hilfsprojekt von Pater Georg Sporschill SJ zu spenden anstatt seinen Kirchenbeitrag zu zahlen (OTS0198 5 II 0249 BZO0005 CI Di, 12.Dez 2006; OTS0047 5 II 1313 BZC0001 CI Mo, 14.Feb 2011). Grosz brachte auch kein Verständnis für Kardinal Schönborn auf, als dieser einen umstrittenen Erlass von Sozialministerin Haubner bezüglich Kindergeld für ausländische Kinder kritisierte⁴³(OTS0141 5 II 0194 BZO0005 CI Mo, 18.Dez 2006)

Eine besondere Variante christlicher Nächstenliebe ließ Grosz offenbar werden, als er forderte, gerade zu Ostern solle sich die Kirche ihrer abendländischen Traditionen besinnen. Gemeint war damit: das BZÖ lehnt eine generelle Amnestie (die der evangelische Bischof Bünker gefordert hatte) für illegal in Österreich lebende Ausländerinnen und Ausländer ab (OTS0020 5 II 0200 BZO0001 Sa, 07.Apr 2007).

Dafür fand er lobende Worte für Bischof Kapellari, der Muslime angesichts der Lage der Christinnen und Christen in islamisch dominierten Ländern zum Verzicht auf "städtebaulich dominante Moscheen" aufgerufen hatte (OTS0055 5 II 0380 BZO0001 Mo, 27.Aug 2007). Haider bemängelte dennoch die mangelnde "Courage" der Kirche gegen den Islamismus (OTS0125 5 II 0216 BZK0002 Di, 28.Aug 2007). Als Kardinal Schönborn sich für Minarette aussprach, hagelte es von Grosz wieder Kritik. "Steht Schönborn noch auf der Seite jener, die den säkularisierten Rechtsstaat, unsere Traditionen, unsere Demokratie, unsere Geschichte auf Basis des jahrtausenden [sic!] alten Christentums verteidigen, oder redet er dem expansiven Islamismus nach dem Mund". Grosz sah Schönborn in Widerspruch mit dem Papst,

⁴³ http://www.news.at/articles/0650/610/159674_s4/nationalrat-haubner-erlass-rueckwirkend-geld-kinder 18.12.2011, 20:20

Westenthaler mit der Bischofskonferenz (sic!), andererseits meinte Grosz, der Vorarlberger Bischof Fischer habe Schönborn "zumindest für Vorarlberg korrigiert" (OTS0147 5 II 0311 BZC0005 CI Di, 18.Mär 2008; OTS0145 5 II 0288 BZC0004 CI Do, 20.Mär 2008). Beide verfassten auch einen offenen Brief an Schönborn, in dem sie eine Sonderbischofskonferenz anregten, um die richtigen Worte zu den aktuellen Gefahren zu finden (OTS0071 5 II 1434 BZC0001 CI Do, 27.Mär 2008).

Als es um den designierten Weihbischof Wagner ging, stellte sich das BZÖ auf seine Seite und verurteilte die Einmischung von Landeshauptmann Pühringer (OTS0028 5 II 0178 BZC0001 Di, 03.Feb 2009). Stadler forderte in diesem Zusammenhang sogar das Ende des zwangsweisen Kirchenbeitrags (OTS0147 5 II 0299 BZC0006 WI Mi, 18.Feb 2009).

Im Zuge der Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche betonte das BZÖ, dass das Thema nicht nur ein Problem der Kirche, sondern auch anderer Institutionen und der Familien sei (OTS0021 5 II 0506 BZC0003 CI So, 14.Mär 2010). Grosz und Stadler stellten sich in diesem Sinn auch gegen ein aus ihrer Sicht verhetzendes Schild des Waldgrundstückbesitzers Sepp Rothwangl. Für den von Pilgerinnen und Pilgern genutzten Weg gilt nämlich: "Das Betreten dieses Grundstücks ist Priestern, Ordenspersonal oder anderem Kirchenpersonal gemeinsam mit unbeaufsichtigten Kindern ohne Beisein von deren Eltern, Vormunden oder Bevollmächtigten verboten" ⁴⁴(OTS0070 5 II 0309 BZC0004 CI Mi, 18.Mai 2011)

Eine Anzeige wegen Verhetzung wurde von der Justiz zurückgewiesen (OTS0238 5 II 0343 BZC0003 CI Mo, 30.Mai 2011).

Der bislang jüngsten Versuch des BZÖ, christliches Gedankengut zu verbreiten, war die Herbstkampagne 2011, welche mit Bibelziten operierte. Stefan Petzner stellte sie vor:

"Wir zitieren Hosea aus dem Alten Testament, Kapitel 8, Vers 7 und schleudern den Banken und Spekulanten entgegen: "Denn sie säen Wind und werden Sturm ernten." Petzner zu Sujet 2: "Und wir zitieren am zweiten Plakat ebenfalls aus dem Buch der Bücher, der Bibel, dem Lukas-Evangelium[,] sagen auch ÖVP, SPÖ und den EU-Bossen, dass wir für EU-Pleitestaaten genug gezahlt haben und halten ihnen folgendes Zitat entgegen: "Denn sie wissen nicht, was sie tun.""

Man wollte unabhängig vom religiösen Bekenntnis über den Inhalt der Bibel als Ursprung unserer Rechtsordnung kommunizieren (OTS0142 5 II 0428 BZC0003 WI Fr, 09.Sep 2011).

⁴⁴ <http://derstandard.at/1304552049677/Steirisches-Kleriker-Verbot-Pilgerverbot-Hochwuerden-darf-nur-allein-durch-den-Wald> 05.01.2012, 13:25

Zusammenfassung

Wie diese Vorfälle zeigen, geht es dem BZÖ eher darum, die Positionen der Kirchen ihrem eigenen Weltbild nach zu bewerten und gegebenenfalls auch scharf zu verurteilen, was bis zur Einmischung geht. Bei Übereinstimmungen wird vereinnahmt, bei Widerspruch zurückgeschlagen. Lediglich im Bereich der eingetragenen Partnerschaften*, der innerparteilich umstritten ist, hielt man sich hier zurück. Gleichzeitig ist auffällig, dass das BZÖ oft innerkirchliche Standpunkte gegeneinander ausspielt. Wird die Kirche von anderer Seite kritisiert, so stellt sich das BZÖ meist schützend vor sie.

3.5.10 Burschenschaften

Eng mit der deutsch-nationalen Herkunft der FPÖ verknüpft ist das Phänomen der Burschenschaften. Nach den Napoleonischen Kriegen entstanden und in Österreich nach der gescheiterten Revolution 1848 in Bedrängnis gebracht gilt der Fackelzug zu 100 Jahren Schiller als Geburtsstunde der Burschenschaften in Österreich (Lindinger 2009, 44 f.). Schwarz-rot-gold und schwarz-rot-weiß standen dort zwar zuweilen in Konkurrenz, aber stets über schwarz-gelb (Pilz 2009; 25). Wenig verwunderlich, dass diese Art von "Freisinn" "katholischen Kreisen [...] ein Dorn im Auge" war und sie die Gründung von Burschenschaften (lange Zeit erfolgreich) zu verhindern suchten (Lindinger 2009: 44 f.). Der antiklerikale Aspekt ist noch 150 Jahre später zu spüren, wenn zu lesen ist: "Im katholischen Konkordat von 1855 wurde die Volksbildung der Geistlichkeit *ausgeliefert*. Die Enttäuschung der Akademiker, der studentischen Jugend und zum Teil auch des liberalen Bürgerrums [sic] war grenzenlos"(Wagner 2009: 41, Markierung hinzugefügt). Der Gegensatz zu den katholischen Verbindungen, die Duell und Mensur ablehnen, gilt seit den Zeiten Luegers als unüberbrückbar. Im sozialdemokratischen Milieu wird der herrschende Antisemitismus für Burschenschafter wie Adler oder Herzl zum Problem (Lindinger 2009: 46 f.). Nachdem im Zuge des Krieges die Differenzen nur kurz überwunden waren, suchte man in der Ersten Republik Kontakte zu klerikalen und sozialdemokratischen Studierenden (Rosenkranz 2009: 56 f.; Wandruszka 1954: 329) Das Verhältnis zum Nationalsozialismus ist jedenfalls problematisch, viele Deutschnationale fühlten sich angezogen. Die NSDAP wird von Rosenkranz und anderen als den Burschenschafte rn gegenüber skeptisch dargestellt und

verbot jegliche Studentenverbindungen* (Rosenkranz 2009: 56 f.). Kritikerinnen und Kritiker werfen den Verbindungen im Gegenteil eine fröhliche Selbstaflösung vor (Rosenkranz 2009: 62). In der Zweiten Republik sind die Burschenschaften eine starke Basis der "Akademikerpartei" FPÖ (Mölzer in Aula 1980 nach Lindinger 2009: 71).

Mit der FPÖ hatte der RFS unter Haider dann weltanschauliche Differenzen (Stefan 2009: 130).

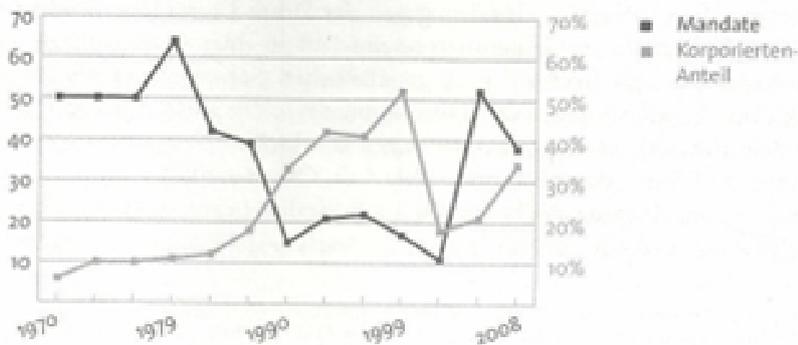
Selbst aus dem burschenschaftlichen Milieu kommend waren Haiders Kurswechsel dennoch oft schwer zu verkraften für die dortigen alteingesessenen Deutschnationalen. Otto Scrinzi gehörte zu den größten Kritikern einer FPÖ, die von oben verordnet ihre ideologische Orientierung aufzugeben schien, und besonders der "Bannfluch gegen die "Deuschtümelei"" empörte ihn (Die Aula, April 2007, S.6. nach Lunznig 2010: 41).

Ein weiterer Bruch war die von Ewald Stadler forcierte Christianisierung der FPÖ 1997 (ÖH 2010: 41). Vor allem durch Andreas Mölzer ist die hier vorhandene Kluft jedoch teilweise überbrückt worden - der Kampf gegen die Islamisierung kommt, so die ÖH Wien, auch bei "Kirchenfeind_innen" an (Lunznig 2010: 55).

Bei der Gründung des BZÖ folgten die Burschenschafter nicht Haider, sondern der Gruppe um Strache und Mölzer, mit abweichenden Stimmen aus Oberösterreich und Kärnten (Schrangl 2009: 138). Dementsprechend ist zu beobachten, dass der Anteil der Korporierten in der FPÖ unter Haider vergleichsweise niedrig war - auch bedingt durch den starken Ausbau des Wählerinnen- und Wählerpotentials - und in Phasen geringer Mandatsstärke aber ideologischer Standfestigkeit höher. Die rot-blaue Koalition gehört hier zu den abnehmenden Perioden, die "Reinigung" durch die Gründung des BZÖ zu den Hochphasen, auch wenn Strache in puncto "Österreich-Patriotismus" die Linie Haiders hielt (Lunznig 2010: 42). Die Betonung der "Deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" wurde positiv aufgenommen und erklärt den hohen Anteil schlagender Burschenschafter im FPÖ-Parlamentsklub (Depisch 2008: 72).

(In der Graphik nach Lunznig 2010: 42 wurden die Kurven für Mandate und Korporiertenanteil vertauscht)

Mandatsentwicklung und Korporierten-Anteil im FPÖ-Nationalratsklub, 1970-2008



Kirche und FPÖ/BZÖ unter Schwarz-Blau/Orange

Gleich zu Beginn der neuen Bundesregierung äußerte sich Caritaschef Landau kritisch zur FPÖ-Beteiligung an der Regierung, was Bischof Krenn und Ewald Stadler prompt zurückwiesen (OTS0011 5 II 0319 PRO005 So, 27.Feb 2000; OTS0124 5 II 0187 NFC004 Mo, 07.Feb 2000).

Vor allem von Seiten der Caritas gab es immer wieder Unmut gegen die Regierungspolitik, so auch gegen die als fremdenfeindlich empfundene Integrationsvereinbarung (OTS0151 5 II 0594 KAT002 Mi, 03.Okt 2001). Jörg Haider sah die Situation jedoch ganz anders und kritisierte Innenminister Strassers geradezu übertrieben christliche Haltung: "Der Herr Strasser ist ein Herz-Jesu-Politiker, der mit dem Rosenkranz in die Kirche rennt, wenn er einen Illegalen abschiebt, um beim lieben Gott gleich Abbitte zu leisten" (WNL0075 4 II 0284 01.Dec 04).

Bei der Diskussion um das Sparpaket nahm Erzbischof Kothgasser Landau gegen die FPÖ in Schutz und betonte, dass Ausgewogenheit und Behutsamkeit bei der Ordnung der Staatsfinanzen wesentlich seien (OTS0173 5 II 0320 NES002 CI Mi, 15.Nov 2000).

Auch als BZÖ wurde dieser Aspekt praktischen Christentums skeptisch gesehen. Scheuch meinte selbst: "Es ist sehr erstaunlich, dass die Caritas und damit die Kirche als nicht demokratische Institution Politik macht" (OTS0037 5 II 0369 BZO0001 CI Mo, 05.Dez 2005).

In anderen Fällen war man über das Engagement jedoch sehr froh, so wurde etwa verlautbart: “Die Kirche als wichtige soziale Stimme in Österreich bestätigt den positiven Weg der letzten Jahre in der Sozialpolitik. Kardinal Christoph Schönborn als Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz hatte beispielsweise die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes und der Familienhospizkarenz als wichtige Verbesserungen der letzten Jahre bezeichnet” (OTS0019 5 II 0134 BZO0001 Sa, 11.Nov 2006). Was die Kirche sagen darf und wie sozial die FPÖ sich gab blieb weiterhin eine Frage der Tagesverfassung. So forderte die FPÖ Bischof Alois Schwarz auf, Kündigungen im Elisabethinen-Krankenhaus vor Weihnachten im Sinne der Menschlichkeit und christlichen Nächstenliebe zurückzunehmen (OTS0118 5 II 0237 FLK0001 Fr, 20.Dez 2002).

Abtreibung/Fristenlösung

Unter Schwarz-Blau kam es sehr früh zu einer Diskussion über die Fristenlösung, veranlasst durch einen Brief Schüssels, der diese jedoch angeblich nicht in Frage stellen sollte. Die FPÖ jedenfalls zeigte sich diskussionsbereit, Generalsekretärin Theresia Zierler verwies besonders auf die sogenannte eugenische Indikation (OTS0017 5 II 0308 NEF001 So, 09.Jul 2000).

Ebenfalls in diese Richtung sprachen sich FPÖ-Stadträtin Karin Landauer und Sozialminister Haupt aus, letzterer wollte zudem Väter in die Entscheidung einbinden (OTS0136 5 II 0192 NFW002 CI Do, 14.Dez 2000, OTS0091 5 II 0257 SPK003 Mi, 27.Dez 2000).

Ursula Haubner wollte jedoch lediglich über bessere Beratung nachdenken und die Fristenlösung an sich außer Streit gestellt wissen (OTS0166 5 II 0211 NFC003 Di, 11.Jul 2000).

Kunst

Im Bereich der Kunst betätigte sich die FPÖ primär als Verteidigerin des Christentums. Über die Ausstellung “I.N.R.I.” der französischen Photographin Bettina Rheims inklusive einer nackten Frau am Kreuz im Essl-Museum äußerte sich in Übereinstimmung mit Krenn und Laun naturgemäß Ewald Stadler äußerst negativ (OTS0019 5 II 0417 NEF001 Sa, 15.Apr 2000).

In der Diskussion um das Buch "Jesus" von Karikaturist Gerhard Haderer wurde die katholische Kritik durch den Landtagsabgeordneten Johann A. Gallo begrüßt, und von evangelischer Seite ähnliches eingemahnt (OTS0027 5 II 0152 FLK003 CI Sa, 23.Mär 2002). Gänzlich anderer Ansicht war Vizekanzlerin Riess-Passer, die sich bei dieser Debatte von Schönborn im Gegenteil mehr Mut bei Wiederverheirateten Geschiedenen und im Umgang mit Homosexuellen wünschte - durchaus konträr zur Parteilinie (OTS0007 5 II 0337 PRO006 Fr, 29.Mär 2002).

Zu einer Ausstellung in der Kunsthalle am Karfreitag stellte Strache fest, wenn die "Malträtierung eines toten Kindskörpers mit Nägeln und Zange in einem Video dargeboten wird, dann besteht nicht nur für Politiker, sondern auch die Kirche ein dringlicher Handlungsbedarf" (OTS0049 5 II 0292 NFW0001 KI Fr, 18.Apr 2003).

Slowenische Minderheit

Als Haider versuchte, dem designierten Kärntner Bischof Alois Schwarz Vorschriften zu machen in Bezug auf die (in seinen Augen zu unterlassende) Zweisprachigkeit von Gottesdiensten, reagierte der noch amtierende Bischof Kapellari scharf. Haider hatte Kapellari gelobt, allerdings eine Firmung als zu slowenisch-sprachig kritisiert und mit dem Abgang des Bischofs in Verbindung gebracht. Dieser betonte, dass er noch nicht weg sei, die Firmung nicht zweisprachiger als früher unter ihm war und endete mit dem Aufruf: "Die Landespolitik wird aber gut daran tun, josefinistische Mahnungen oder gar Forderungen an meinen Nachfolger und die Kirche überhaupt zu unterlassen".⁴⁵

Bischof Schwarz versicherte die slowenische Minderheit des kirchlichen Beistands und versprach, bald Slowenisch zu lernen.⁴⁶

Einem bekannten Muster folgend wurde Kapellari für seine Aussagen kritisiert - von Bischof Krenn und Ewald Stadler (OTS0007 5 II 0227 PRO003 Sa, 26.Mai 2001).

⁴⁵http://religion.orf.at/tv/news/ne010524_kaepplari_wortlaut_fr.htm

http://religion.orf.at/tv/news/ne010524_haider_kapellari_fr.htm 01.01.2012. 19:15

⁴⁶http://religion.orf.at/tv/news/ne010522_schwarz_kapellari_fr.htm

Die konträren Positionen zeigten sich auch unter BZÖ-Zeiten, wieder anlässlich einer slowenischen Ansprache echauffierte sich Haider: “Immer wieder betätigte sich die Kirche als “begeisterter Zünder” zwischen den Volksgruppen” (OTS0028 5 II 0192 BZK0002 So, 19.Nov 2006).

Als Verteidigerin der christlichen Werte versuchte sich die FPÖ mit Klubobmann Karl Schweitzer zu präsentieren, als sie eine ÖVP-Veranstaltung zu Allerheiligen in der Skybar kritisierte. Da Schweitzer dabei Allerheiligen und Allerseelen verwechselte, konnte die ÖVP nicht nur auf die zweifelhafte FPÖ-Tradition, “bierschwangere[r] Reden gegen andere” am Aschermittwoch zu halten verweisen, sondern auch die Örtlichkeit als besonders passend bezeichnen (OTS0180 5 II 0147 NVP0006 Do, 31.Okt 2002).

Auch die Vereinnahmung des Papstes ging (wieder einmal) daneben. “Wir stimmen mit dem Papst überein, wenn er sagt, dass der Zustrom von Einwanderern gesteuert werden muss” hatte Jörg Haider gemeint. Vatikansprecher Joaquin Navarro-Valls distanzierte sich von dieser Aussage (OTS0204 5 AI 0449 KAT003 Do, 14.Dez 2000).

Besser gelang die Positionierung beim Finanzierungsbeitrag für den Mitteleuropäischen Katholikentag, den allerdings lediglich die Grünen verweigert hatten. Die FPÖ bezeichnete die Kirche als eines der “wenigen tragenden Regulative gegen Hedonismus und für Werteerhaltung” (OTS0125 5 II 0158 NFW0003 CI Mo, 10.Mai 2004).

Gottesbezug und christliches Erbe

Das Kabinett Schüssel II hatte einen Österreich-Konvent einberufen um eine neue Verfassung zu beraten. Im Zuge dessen wurde erwogen, ob es einen Bezug auf das christliche Erbe beziehungsweise einen Gottesbezug geben solle. FPÖ-Klubobmann Scheibner sprach sich für Ersteres und gegen Letzteres aus, für ihn werde “damit [ein] Wertebild transportiert, mit dem auch Frauenrechte, Gleichberechtigung sowie die Grund- und Freiheitsrechte einhergingen” (WNL0012 5 II 0267 23.Nov 03).

Ganz anders sah dies FPÖ-Volksanwalt Ewald Stadler, der wie Krenn für einen Gottesbezug und gegen Schönborn auftrat. Allerdings stellte sich Stadler nicht nur gegen den Kardinal und meinte: “Schönborn hat einfach keinen Mumm”, sondern mit seiner Unterstützung der Piusbruderschaft gegen die katholische Kirche generell. (OTS0006 5 II 0172 PRO0001 Do,

04.Dez 2003). Die Vertreter der Kirchen hatten zwar gemeint, es sei generell keine Präambel nötig, eine invocatio Dei in selbiger wurde von Schönborn allerdings als sinnvoll bezeichnet (WNL0075 5 II 0261 21.Nov 03; WNL0067 4 II 0228 31.Dec 03). Seine Ansicht formulierte er so: “Wir sind dafür, dass Gott in der Verfassung vorkommt, und das ist dann der Fall, wenn der Mensch, der nach dem Bild Gottes geschaffen ist, in der Mitte steht” (OTS0125 5 II 0228 KAT0001 Do, 11.Dez 2003).

Auch in Bezug auf die EU-Verfassung war der freiheitliche Hans Kronberger für die Erwähnung des christlichen Erbes, anders als die anderen EU-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten (OTS0212 5 II 0385 KAT0003 Do, 03.Jun 2004).

3.5.11 Resümee

Für die Zeit bis zum Volksbegehren "Österreich zuerst" konnte der Autor ein lediglich höflich-uninteressiertes Verhältnis der FPÖ zu Kirchen und Christentum feststellen. Versuche, dieses aufzubrechen, waren zaghaft vorhanden, allerdings kann man auch nicht von dezidiert feindlichen Akten sprechen.

Mit dem Volksbegehren kam es zu einer deutlichen Konfrontation mit dem Großteil der Bischöfe und in Folge dessen zu einem verstärkten Bemühen um rechtskatholische Kreise um Bischof Krenn. Während die FPÖ bei den folgenden Wahlen 1994 bei regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern leicht überdurchschnittlich zulegte, verlor sie ausgerechnet nach der Präsentation des äußerst pro-christlichen Parteiprogramms bei den Wahlen 1999 in diesem Segment, bevor sie 2002 kollabierte.

Ein Motiv für den Kurswechsel war der Wunsch Haiders, die FPÖ neu auszurichten und ideologischen Ballast abzuwerfen, um neue Wählerinnen und Wähler zu erreichen. Während Teile der Partei den Kulturkampf schlicht für überholt hielten, da die Kirche nicht mehr die einst von Deutschnationalen bekämpfte Macht darstellte, war vor allem für Ewald Stadler eine Annäherung beabsichtigt, die Gemeinsamkeiten herausstreichen sollte. Dieser Ansatz war innerparteilich umstritten, konnte aber durchgesetzt werden, während die Reaktionen von Kirchenseite eher ablehnend waren. Zur Bilanz der FPÖ ist zu sagen, dass sie sich primär im Bereich Kunst als Verteidigerin christlicher Werte betätigte. In der Sozialpolitik musste sich die FPÖ in der Regierung Kritik vor allem von Seiten der Caritas gefallen lassen. Zur Frage der Abtreibung gab es äußerst unterschiedliche Haltungen, und im Bereich Zuwanderung sowie Minderheiten ist weiterhin eine zur Kirche konträre Haltung festzustellen. Die FPÖ versuchte dabei, ihre Haltung der Abschottung als „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ darzustellen, eine Rolle, die aus ihrer Sicht die Kirche vernachlässige. Bislang konnte die FPÖ damit nur bei einer Minderheit dieser Zielgruppe punkten, gleichzeitig ist das Verhältnis zu den evangelischen Kirchen massiv beeinträchtigt.

4 Die FPÖ unter Strache

4.1 Straches Glaube

Heinz Christian Strache besuchte die katholischen Internate der Neulandschule und der Schulbrüder in Strebersdorf, den Einfluss dieser Erziehung beschrieb er in einem Gespräch mit Andreas Mölzer so ⁴⁷(Horaczek/Reiterer 2009: 27):

“Zumindest hat es mir die Prägung mit auf den Weg gegeben, daß das ein ganz wesentlicher Bestandteil Europas ist – nicht nur von der religiösen, sondern auch von der kulturellen Seite her.” (Mölzer 2006: 23)⁴⁸. Er sieht in Europa “eine christlich-abendländische Wertegemeinschaft”, die er auch als “Bollwerk” bezeichnet (Mölzer 2006: 75 f.). Persönlich sieht er sich als gläubig, “aber nicht in dieser starren Kirchenstruktur denkend” (Mölzer 2006: 23).

Dem profil gegenüber bestätigte er dies auf die Frage “Die katholische Erziehung hat keine Spuren hinterlassen?” - “Doch, doch. Ich bin katholisch und gläubig. Bei mir gibt es keinen Antiklerikalismus.”⁴⁹

Übereinstimmend mit der katholischen Lehre lehnt er die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe ab (Mölzer 2006: 63 f.).

Für den Papst fand er im Gespräch mit Mölzer lobende Worte, und vereinnahmte ihn, wenn er konstatierte “unsere programmatische Definition der Wehrhaftigkeit unseres Kulturraums und eines wehrhaften Christentums” wären von Benedikt XVI. “in den Vordergrund” gerückt worden - pikanterweise eine Formulierung, die wie erwähnt explizit nicht so im Programm Eingang fand (Mölzer 2006:79).

⁴⁷<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Wann-laesst-Strache-sich-firmen/540863>
12.10.2011, 14:30

⁴⁸zitiert nach: <http://www.couleurstudent.at/index.php?id=109> 06.06.2011, 11:05

⁴⁹http://www.profil.at/articles/0413/560/78216_s1/heinz-christian-strache-ich-mitte-rechts
27.9.2011, 13:00

In der Frage der Abtreibung steht Strache auf dem Standpunkt, man müsse mehr tun, um Abtreibungen zu verhindern, stellt aber die sogenannte Fristenlösung nicht zur Debatte (Mölzer 2006: 137 f.).

Nachdem Strache im EU-Wahlkampf 2009 kirchlichen Unmut auf sich gezogen hatte, da er das Kreuz für politische Zwecke verwendet hatte, holte er seine Firmung nach (die er mit 14 Jahren wegen der Erkrankung seiner Großeltern versäumt hatte). Bezeichnenderweise spendete der äußerst rechte Militärdekan Siegfried Lochner, der den Zweiten Weltkrieg als „Verteidigungskrieg“ bezeichnet und die Seligsprechung Franz Jägerstätters abgelehnt hatte, das Sakrament. Ewald Stadler begrüßte die Firmung und meinte “Der heilige Geist hat dort ein riesiges Betätigungsfeld”.⁵⁰

4.2 Strache politisch

Seine politische Verortung gab Strache dem profil gegenüber folgendermaßen an: “Ich bin Mitte-rechts, ein National-Liberaler. Ich bin hart in der Sache, aber herzlich zu den Menschen. Rein sozialpolitisch gesehen bin ich eher ein Linker, weil ich mich für die sozial Schwachen einsetze. Heimatpolitisch bin ich ein Rechter.”⁵¹

Als Vertreter des rechten Flügels fiel er auch mit Aussagen auf, die den Nationalsozialismus relativierten (Depisch 2008: 58). In seiner Jugend hatte er über seine damalige Verlobte, die Tochter Norbert Burgers, Kontakte zu rechtsextremen Kreisen, besuchte unter anderem Lager und eine polizeilich verbotene Demonstration der neonazistischen Wiking-Jugend (Horacek/Reiterer 2009: 38).

Strache wird dem deutschnationalen Flügel zugeordnet, der als Burschenschafter (Vandalia) und - beeinflusst vom Neonazi Norbert Burger - der schwarz-blauen Koalition naturgemäß skeptisch gegenüberstand (Profil 44.36, 31.10.2006 nach Depisch 2008: 58). Der Spaltung des Dritten Lagers konnte Strache dennoch nichts abgewinnen (Depisch 2008: 62). Weitere für

⁵⁰<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Versteckspiel-vor-Firmung/540922> und <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/1992465/index.do> 12.10.2011, 14:10

⁵¹http://www.profil.at/articles/0413/560/78216_s1/heinz-christian-strache-ich-mitte-rechts 27.9.2011, 13:00

seinen Werdegang einflussreiche Personen waren Rainer Pawkowicz und Andreas Mölzer. In den engsten Kreis seines geistigen Ziehvaters Jörg Haider gelangte er nicht, Peter Westenthaler hielt Strache dazu für zu rechts (Horaczek/Reiterer 2009: 12). Die Beitrittsfrage der Türkei wurde schließlich zu einem maßgeblichen Moment des Zerwürfnisses (Horaczek/Reiterer 2009: 13).

FPÖ und Christentum unter Strache

4.3 Islam und Christentum

Bei der Durchsicht der relevanten Meldungen im Themenkreis FPÖ, Kirche und Christentum ist eindeutig, dass ein großer Teil der Aussagen und Positionen den Islam im Auge haben. Dabei stieß die FPÖ immer wieder auf Protest - auch und gerade kirchlicherseits.

Im Wiener Landtagswahlkampf 2005 (und bei der Nationalratswahl 2006) gehörte der Spruch "Pummerin statt Muezzin" zu den Wahlkampflogans, mit denen eine klare Gegenüberstellung des "Eigenen" gegen das "Fremde" beabsichtigt war⁵² (Horaczek/Reiterer 2009: 115). Noch krasser, allerdings ohne christlichen Kontext, zeigte sich dies in der Parole "Daham statt Islam".⁵³

Dagegen protestierte die Evangelische Kirche, die auch in der Verwendung des Stephansdoms für Wahlzwecke einen Missbrauch ortete. Von einem Kopftuchzwang zu sprechen gefährde zudem das Miteinander der Religionen (OTS0044 5 II 0193 EPD0001 Mi, 12.Okt 2005).

Harald Vilimsky konterte im Stil der FPÖ auf diese "unglaubliche Einmischung". Er unterstellte den Vertretern der Evangelischen Kirche, sie würden die Unterdrückung der Frau gutheißen, und mahnte sie, sich um "ihre Schäfchen" zu kümmern, die nicht grundlos immer weniger würden (OTS0105 5 II 0244 NFW0002 CI Mi, 12.Okt 2005). Auch von katholischer Seite gab es Kritik (OTS0199 5 II 0412 KAT0004 Mi, 16.Nov 2005).

⁵²http://web.archive.org/web/20071105204733/http://www.hcstrache.at/bilder/kampagne/s_pot1b.mp3 12-10.2011, 17:20

⁵³<http://www.news.at/articles/0803/10/194767/news-oesterreichs-hassprediger-fpoe-anti-islam-politik> 12.10.2011, 17:25

Der Altabt von Heiligenkreuz Gregor Henckel Donnersmarck machte bei der Diskussion "Der Islam und das Christentum" 2012 darauf aufmerksam: "Der Islam ist bei uns daham", und verwies auf die Anerkennung des Islam in Österreich seit 1912.⁵⁴

Auch in der Diskussion um ein Minarett in Telfs standen FPÖ und Kirche auf konträren Positionen, ebenso bei Moscheeplänen in der Steiermark oder Linz - für die FPÖ sind Moscheen und Kirchen nicht vergleichbar (WNL0076 4 II 0267 14.Nov 05, OTS0107 5 II 0196 FPK0003 Mi, 18.Apr 2007, OTS0262 5 II 0384 FPK0007 Fr, 21.Sep 2007).

In der Debatte um den Bau von Minaretten kam es jedoch auch innerkirchlich zu unterschiedlichen Ansichten. Während Kardinal Schönborn kein Problem in Minaretten sah und dafür von Andreas Mölzer prompt kritisiert wurde, hatte sich der Vorarlberger Bischof Elmar Fischer mit seiner Einschätzung, Minarette würden eine "Provokation und krasse Gefährdung des sozialen Friedens" darstellen, das Mölzer'sche Attest der Weitsicht verdient 55(OTS0081 5 II 0333 FPK0002 AI Mi, 19.Mär 2008).

Bischof Kapellari setzte sich für einen Verzicht auf dominante, Bischof Küng für den auf Moscheen generell ein, solange in islamischen Ländern nicht die freie Ausübung des Christentums möglich sei.⁵⁶ Bischof Schwarz, den die FPÖ zuvor noch vereinnahmt hatte, sprach sich dafür aus, "Schluss mit der Minarett-Debatte" zu machen, Minarette zu erlauben, und nicht auf Reziprozität zu pochen (OTS0167 5 II 0227 FPK0004 Mo, 17.Dez 2007).⁵⁷

Auch Strache kritisierte Kardinal Schönborn und konstatierte: "Man muss im wahrsten Sinne die Kirche im Dorf lassen und das Minarett im Morgenland" (OTS0136 5 II 0350 FPK0004 Mi, 19.Mär 2008).

Mit der evangelischen Kirche legte sich die FPÖ ebenso an. Bischof Michael Bünker wurde ausgerichtet, er sei "mit seiner gutmenschlichen Forderung nach mehr Minaretten auf dem Holzweg!" (OTS0092 5 II 0287 NFW0001 CI Fr, 22.Apr 2011).

⁵⁴ <http://www.kathtube.com/player.php?id=24995> 21.01.2011

⁵⁵ <http://www.kath.net/detail.php?id=19346> 01.01.2012, 14:20

⁵⁶ <http://www.kath.net/detail.php?id=19368> 23.12.2011, 15:45

http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/325531/Kapellari_Es-gibt-viele-Christen-die-vom-Islam-nicht-viel-wissen 20.10.2011, 20:55

⁵⁷ http://religion.orf.at/projekt03/news/0803/ne080327_minarett_fr.htm 23.12.2011,15:50

Bei der Verteidigung des Christentums beteiligte sich regelmäßig auch Andreas Mölzer, dabei ging es ihm jedes Mal doch deutlich darum, gegen einen EU-Beitritt der Türkei zu argumentieren (OTS0137 5 II 0240 NFP0003 Mo, 27.Feb 2006, OTS0096 5 II 0404 FPK0005 Do, 18.Okt 2007). Als die FPÖ (in Person von Norbert Hofer!) Minister Darabos aufforderte, die Kritik am Papst anlässlich der umstrittenen Rede in Regensburg zurückzunehmen, war dies darauf gemünzt, den Papst für die anti-islamische Haltung der Freiheitlichen zu vereinnahmen (OTS0186 5 II 0196 NFP0006 Mo, 18.Sep 2006).

In diesem Sinn meinte Andreas Mölzer dann auch, der Papst dürfe “keinen Rückzieher machen” und erhob selbst Forderungen in Bezug auf die Haltung des Vatikan in Bezug auf den EU-Beitritt der Türkei (OTS0089 5 II 0253 NFP0002 AI Mo, 27.Nov 2006).

An abgehängten Kreuzen, verbotenen Nikolausfeiern und gekürzten Sankt Martinsfeiern ist, so der Abgeordnete Lutz Weinziger, eine “falsch verstandene Toleranz” schuld, die sich der Islamismus zunutze mache (OTS0194 5 II 0425 FPK0006 Do, 30.Okt 2008).

Im Zuge des Grazer Gemeinderatswahlkampfes traf Susanne Winter Aussagen zum Islam und dem Religionsstifter Mohammed (der Friede sei mit ihm), welche auf breite Ablehnung stießen, und in einer rechtskräftigen Verurteilung im Ausmaß von drei Monaten bedingt und 24.000 Euro wegen Herabwürdigung religiöser Lehren (§188 StGB) gipfelten.⁵⁸

Evangelische Bischöfe reagierten empört, die Superintendenten reichten Klage wegen Verdachts auf Verhetzung ein, die Teilnehmer* der Ökumenischen Fachtagung “Im Fremdsein beheimatet?” lehnten die Aussagen einhellig ab, und auch Bischof Kapellari sprach sich gegen diesen “sachlich höchst unqualifizierten Generalangriff” aus, warnte aber vor Redeverböten 59(OTS0046 5 II 0305 EPD0001 CI Di, 15.Jän 2008, OTS0047 5 II 0466 KAT0001 Sa, 26.Jän 2008).

Als es zu Morddrohungen gegen Winter kam, wurde das Schweigen der Kirchen von Seiten der FPÖ kritisiert. Mangels inhärenter Logik kann dazu nur zitiert, nicht weitergehend interpretiert werden, was genau beanstandet wurde: “Letztere sähen zwar in Ruhe zu, wie Papstpuppen verbrannt werden, rühren jedoch nicht einmal einen Finger, wenn jemand, für

⁵⁸<http://derstandard.at/1244460864954/Berufungsverhandlung-Urteil-gegen-Susanne-Winter-von-Gericht-bestaetigt> 12.10.2011, 20:15

⁵⁹<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/718888/index.do> 12.10.2011, 20:30

den Bestand unserer abendländischen, christlichen Wertegemeinschaft kämpft und dafür ins Visier gerät, so Vilimsky abschließend” (OTS0123 5 II 0670 FPK0004 Mi, 16.Jän 2008).

Susanne Winter thematisierte immer wieder Gewalt gegen Christinnen und Christen: ob es dabei um ein Massaker an ägyptischen Koptinnen und Kopten ging, eine Geiselnahme in einer Kirche oder die Verfolgung von Christinnen und Christen generell (OTS0036 5 II 0360 FPK0001 Fr, 08.Jän 2010; OTS0013 5 II 0390 FPK0001 Di, 02.Nov 2010; OTS0013 5 II 0416 FPK0003 So, 31.Okt 2010). Auch hier war jedoch zu beobachten, dass islamistisch motivierte Gewalt gezielt für innenpolitische Auseinandersetzungen genutzt werden sollte. Besonders frappant fällt dies bei einem Kommentar zur Lage in Pakistan auf: “Für Winter ist vorstellbar, verfolgte Christen temporär aufzunehmen, bis sich die Lage in den jeweiligen Ländern wieder entspannt hat und im Gegenzug straffällig gewordene Muslime aus Österreich auszuweisen” (OTS0050 5 II 0396 FPK0007 AI Sa, 20.Nov 2010).

Das Thema Islam ist bei der FPÖ häufig im Hinter- oder Vordergrund, so auch bei der Feststellung, dass in einer Schule in Brigittenau mangels entsprechender Schülerinnen oder Schüler kein katholischer Religionsunterricht gehalten wird - die SPÖ hatte zu viele unkatholische Menschen einwandern lassen (OTS0205 5 II 0194 NFW0002 CI Mi, 23.Jun 2010).

4.4 Kunst

Als Verteidigerin christlicher Werte stellte sich die FPÖ gerne gegen künstlerische Aktionen, die sie als beleidigend oder blasphemisch empfand. Wieder tauchte Susanne Winter auf, diesmal protestierte sie gegen eine nackte Papst-Skulptur, die in Weiz ausgestellt werden sollte - ihr Verweis, dies würde man mit Mohammed (der Friede sei mit ihm) nicht machen war dabei ebenso vorhersehbar wie korrekt (OTS0047 5 II 0253 FPK0002 Fr, 09.Jul 2010).

Gemeinsam mit dem CFP stellte sie sich gegen eine Aufführung des Stücks “Golgota Picnic”. Ihre Aufforderung, das Stück behördlicherseits zu überwachen, wurde dabei rechtskundig und aus eigener Erfahrung sprechend formuliert: “Herabwürdigung religiöser Lehren ist in Österreich strafbar – und zwar auch dann, wenn das Christentum beleidigt wird, das sich

leider in letzter Zeit gerade von selbsternannten Kulturschaffenden fast alles gefallen lassen muss”.⁶⁰

In einem anderen Fall echauffierte sich der FPÖ-Abgeordnete Walter Rosenkranz über einen australischen “Künstler”, der “eine Marienstatue mit einem übergroßen Kondom verhüllt und überdies mit Ejakulatsattrappen verunglimpft” hatte - dies falle nicht mehr unter die Freiheit der Kunst (OTS0096 5 II 0336 FPK0003 CI Fr, 12.Nov 2010). Auch Bischof Küng sah die Gefahr der Verletzung religiöser Gefühle⁶¹.

4.5 Abtreibung

Unter Strache wurde die zuvor angegebene Richtung weiter verfolgt. Der FPÖ-Chef stellte sogar “eine Verkürzung der Fristenregelung zur Debatte” (OTS0077 5 II 0279 NSK0001 Fr, 13.Jän 2006).

Besonders umstritten war ein Vorschlag der FPÖ Kärnten, nämlich der “Kontrakt fürs Leben”, im Rahmen dessen Mütter, die abtreiben wollten, durch Zahlung von 15.000 Euro zur Austragung und anschließenden Adoption animiert werden sollten. Ewald Stadler wünschte sich auch ein generelles Abtreibungsverbot, sah jedoch keine Mehrheit dafür (WNL0085 4 II 0252 27.Aug 06).

Die FPÖ setzte sich gegen die Abgabe von Abtreibungspillen an Schulen ein und forderte neben besserer Beratung und finanzieller Unterstützung auch eine Schwangerschaftsabbruchsstatistik wie in Deutschland (OTS0271 5 II 0265 FPK0009 Di, 23.Okt 2007; OTS0170 5 II 0355 FPK0005 Di, 18.Mär 2008).

Die sinnlose Abtreibungsdiskussion zu beenden und unter Beibehaltung der Fristenlösung ein “Ja zum Kind” zu erleichtern war das Anliegen von FPÖ-Frauensprecherin Gartelgruber (OTS0023 5 II 0221 FPK0001 Sa, 29.Aug 2009). Ihr Kollege Klement und ihr Chef Strache sahen das anders, sie sprachen sogar von “Kindstötung” beziehungsweise einer “nicht

⁶⁰<http://unzensuriert.at/content/005560-Golgota-Picnic-Unappetitliche-Szenen-wuetende-Proteste> 15.10.2011, 14:20

⁶¹<http://gloria.tv/?media=108940> 23.12.2011, 15:55

rechtskonformen” Situation in Bezug auf die Gesetzeslage (WNL0043 5 II 0240 18.Jun 08; WNL0014 5 II 0311 13.Sep 09).

Dementsprechend ist es nur logisch, dass unter den Freiheitlichen Wählerinnen und Wählern mit 22% die geringste Zustimmung zur rezeptfreien Abgabe der “Pille danach” eruiert werden konnte, bei einem Österreichschnitt von 78% (WNL0041 5 II 0260 02.Nov 09).⁶²

Im Europarat stimmte die FPÖ für die Änderung eines Antrags, welcher andernfalls bedeutet hätte, dass Gesundheitseinrichtungen die Vornahme von im Land legalen Abtreibungen oder “Euthanasie” nicht ablehnen dürften (OTS0109 5 AI 0436 FPK0004 Do, 07.Okt 2010; OTS0016 5 II 0313 FPK0001 Fr, 08.Okt 2010).

In der Frage der „Entschädigung“ für ein behindertes Kind begrüßte die FPÖ die Haltung von Kardinal Schönborn, um ihn gleich für ihre Zwecke einzuspannen: “Ein erster Schritt wäre die massive Unterstützung der von den Freiheitlichen initiierten Enquete zum Thema “Wrongful Birth ”” (OTS0193 5 II 0207 FPK0006 Mo, 10.Mär 2008).

Ein Antrag der FPÖ, welcher die unbegrenzte Abtreibung von behinderten Kindern beendet hätte, wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen vertagt (OTS0246 5 II 0913 NPA0002 Do, 14.Okt 2010).

Insgesamt ist festzustellen, dass die Haltung zur Abtreibung sich deutlich der Position der katholischen Kirche angenähert hat, und gelegentliche Verweise auf die Beibehaltung der Fristenlösung oder gar deren Verteidigung im Rahmen der österreichischen Normalität liegen. Auch die von Kreisky versprochenen und nie eingeführten flankierenden Maßnahmen wurden eingefordert (Zulehner/Polak 2006: 42; OTS0263 5 II 0422 FPK0010 Di, 17.Mai 2011). Kritik an einer Aufweichung kam meist von Frauen, die ihre politische Karriere aus der FPÖ herausführte, wie Heide Schmidt, Susanne Riess-Passer und Helene Partik-Pablé (OTS0074 5 II NFP002 Mi, 19.Sep 1990; OTS0186 5 II 0145 NFC017 Do, 14.Jän 1999; OTS0032 5 II 0334 NEF001 Sa, 16.Jän 1999).

Als am Rande mit dem Thema befasst ist der Vergleich Werner Königshofers zwischen Abtreibungen und dem Attentat in Norwegen zu werten (WNL0122 1 II 0139 28.Jul 11).

⁶²“Oekonsult”-Umfrage für die APA, Sample 1.013

4.6 Nationalratswahl 2006

Auch im Wahlkampf 2006 gab es Kritik am freiheitlichen Wahlkampf, besonders an der Instrumentalisierung von Papst Benedikt XVI., auf dessen umstrittene und nicht in seinem Sinn interpretierte Regensburger Rede in einem FPÖ Inserat Bezug genommen wurde (OTS0257 5 II 0389 KAT0004 Do, 21.Sep 2006).

Die "Katholische Aktion" wehrte sich gegen den Eindruck, der Papst stünde mit seiner Warnung vor "Heiligen Kriegen" auf FPÖ-Linie.

Christoph Kardinal Schönborn bemerkte in einer Predigt, dass er sich angesichts der ausländerfeindlichen* Plakate der FPÖ, die auch wieder "Daham statt Islam" plakatiert hatte, für Österreich schäme (Luther 2007: 239).⁶³

Wie erwähnt setzte die FPÖ auch im Wahlkampf 2006 die Abtreibungsdebatte fort, was zu einer Wahlempfehlung der eher unbedeutenden Gruppierung "Christliche Wählergemeinschaft" für die FPÖ beitrug. Dabei wurde der Vorschlag des "Kontrakts fürs Leben" positiv erwähnt, auch die Haltung in der Asyl- und Türkeibeitrittsfrage stimmte mit den Vorstellungen der CWG überein.⁶⁴ Gleichzeitig machte Strache aber klar, dass er die Position von Ewald Stadler nicht teile.⁶⁵

Die dramatischen Verluste der ÖVP von 2002 auf 2006 fielen bei religiösen Wählerinnen und Wählern - gemessen am Kirchgang - überdurchschnittlich stark aus (Tabelle: Plasser et al. 2007: 165). Davon profitierte vor allem die FPÖ, auch wenn sie weiterhin in diesem Segment knapp unterdurchschnittlich bleibt. Die relativ hohe Zahl bei Protestantinnen und Protestanten ist wegen der geringen Fallzahlen nur als Tendenz zu sehen, stimmt aber mit der Parteitradition überein (Plasser et al. 2007: 317).

Laut einer Befragung von GfK Austria waren das Eintreten gegen Zuwanderung und die Kriminalitätsbekämpfung die Hauptgründe, 2006 die FPÖ zu wählen, beim BZÖ fiel Ersteres vergleichsweise wenig ins Gewicht (Plasser et al. 2007: 183, 185).

⁶³<http://derstandard.at/2566689> 25.10.2011, 11:45

⁶⁴<http://derstandard.at/2578249> 29.10.2011: 14:30

⁶⁵<http://derstandard.at/2589197> 29.10.2011: 14:40

Tabelle 4
Religiosität und Wahlverhalten 2006

In Prozent haben gewählt	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	BZÖ	HPM
Katholiken	39	33	9	8	4	3
Regelmäßige kath. Kirchgänger	57	22	8	7	1	4
Sporadische kath. Kirchgänger	32	37	10	9	5	2
Protestanten	25	39	14	12	5	2
Andere Konfessionen	12	56	8	15	8	-
Ohne religiöses Bekenntnis	15	40	15	18	3	3

Quelle: GfK Austria, Repräsentative Wahltagsbefragung (2006).

4.7 Akademiestreit 2006-2007

Ende 2006 kam es zwischen Strache und Stadler zum Krach über die Parteiakademie, welche Stadler zu seiner persönlichen “katholisch-fundamentalistische[n] Machtbasis aus[gebaut]“ hatte (Steininger 2007: 205). Strache und Kickl warfen Stadler vor, er wolle die Akademie zu einer “Vorfeldorganisation der Piusbruderschaft” ausbauen und sahen ihn als “katholischen Mullah” (Horaczek/Reiterer 2009: 69). Während Strache die Betonung christlicher Werte im Wahlkampf verteidigte, lehnte er eine religiöse Institution innerhalb der FPÖ ab, es gelte die Trennung von Staat und Kirche (WNL0067 4 II 0265 23.Jan 07). Stadler soll daraufhin Photographien in Umlauf gebracht haben, die Strache als Jugendlichen mit Neonazis zeigen. Im Zuge der Streitigkeiten verließ Stadler die FPÖ, blieb jedoch dem Klub erhalten (dadurch konnte Stadler in Ausschüsse gewählt werden und die FPÖ behielt etwa 400.000 Euro, die mit dem Wegfall des 21. Mandats sonst verloren gewesen wären). (Depisch 2008: 105 f.).

Stadler sprach im Interview mit dem Standard über das nach seinem Ausscheiden gescheiterte Projekt, katholisch-konservative Wählerschichten* anzusprechen: “Dass die jetzige Parteiführung nicht von Intelligenz verfolgt wird, ist allgemein bekannt. Mit Neuheiden- und Wotangläubigkeit im 21. Jahrhundert Wähler* zu erschließen, wird vielleicht in esoterischen Heilpraxen möglich sein, in der katholischen Wählerschaft* sicher nicht.“⁶⁶ Stadler erzählt von Personen in der FPÖ, die mit Thorshämmern um den Hals herumgingen und ihn anfeindeten, “wie ich einer Religion anhängen könne, die von einem Juden gegründet wurde”.

⁶⁶<http://derstandard.at/3026756> 23.12.2011, 16:45

Besonders im Umfeld von Mölzer, den Zeitschriften “Aula” und “Zur Zeit” sowie im burschenschaftlichen Milieu seien von dieser “Germanenmystik” Befallene anzutreffen (Interview Stadler).

4.8 Nationalratswahl 2008

~

Immer wieder betonte Strache die guten Beziehungen zu den als durchwegs gut integriert beschriebenen Mitgliedern der “serbischen Gemeinde” Wiens (OTS0170 5 II 0406 FPK0004 AI Mo, 08.Sep 2008). Vor allem im Nationalratswahlkampf 2008 wurde dies deutlich, als er auf seinen Plakaten eine blaue Brojanica, eine serbisch-orthodoxe Gebetskette trug.⁶⁷



Bild: Robert Newald/Standard von <http://dastandard.at/1277337606229/Kommentar-Radikal-und-radikal-gesellt-sich-gern> 18.12.16:00

Die FPÖ stellte sich auch massiv gegen die Unabhängigkeit des Kosovo (OTS0238 5 II 0179 FPK0009 AI Do, 28.Feb 2008).

Im Sinne dieser Taktik forderte die FPÖ auch ein neues Orthodoxengesetz, um der serbisch-beziehungsweise russisch-orthodoxen Kirche die gewünschte und verdiente Anerkennung zu gewähren. Auch zu Letzterer knüpfte Strache bei einem Moskaubesuch Kontakte und betonte gemeinsame Anliegen (OTS0080 5 II 0388 FPK0005 AI Di, 16.Dez 2008).

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, wie Strache bei einer Podiumsdiskussion auf Kritik von Pfarrer Martin Rupprecht reagierte: “Die katholische Kirche möge nachdenken, warum sie keine Identität mehr bietet, im Gegensatz zur serbisch orthodoxen Kirche”

⁶⁷<http://www.falter.at/web/print/detail.php?id=1230> 23.12.2011, 16:50

(OTS0250 5 II 0282 GKR0006 CI Di, 16.Sep 2008). Dies fügt sich in ein Muster, in dem sich die FPÖ als so christlich darstellt, dass sie Kirchenvertretern immer wieder den “rechten” Weg weisen will.

Den Hintergrund dazu offenbart Strache unverblümt in einem Interview mit der migrantischen Zeitschrift “biber”: “Wir sind Europäer, wir sind christlich und wir erleben heute gänzlich neue Bedrohungen wie etwa die drohende Islamisierung Europas. Alle europäischen Völker müssen zusammenhalten und unser europäisches christliches Abendland retten. Ich kann sagen, ich bin ein Freund der Serben*.” (Biber Februar 2008)

Um die Bemühungen einerseits proserbisch und andererseits antiislamisch zu bündeln wurde übrigens im Mai 2010 die “christlich-freiheitliche Plattform für ein freies Europa souveräner Völker” präsentiert, die unter Konstantin Dobrilovic durchaus den Islam im Blickfeld hat⁶⁸ (OTS0199 5 II 0746 FPK0005 AI Do 27.Mai 2010). Der Theologe Dobrilovic stammt aus Serbien und soll in diesem Sinn auch Stimmen lukrieren.

Bei den regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern lag einer Studie von Fessel-GfK zufolge die SPÖ bei 18%, die FPÖ bei 13%, BZÖ 8% und Grüne 5%. Die ÖVP hatte mit nur mehr 50% wieder stark verloren, aber weiterhin den deutlich stärksten Anteil.⁶⁹ Dies stellt den vergleichsweise höchsten Wert für die FPÖ dar, und bedeutet auch einen überdurchschnittlichen Zuwachs gegenüber den Wahlen 2006.

⁶⁸homepage.univie.ac.at/thomas.schmidinger/ethnisierung.pdf 01.01.2012, 20:10

⁶⁹<http://derstandard.at/1220459735108> 24.10.2011, 13:05

4.9 EU-Wahlkampf 2009

Auch im Wahlkampf zum Parlament der Europäischen Union wurde der Spruch “Abendland in Christenhand” vornehmlich dazu genutzt, gegen den Islam und Anhängerinnen und Anhänger dieser Religionsgemeinschaft zu polemisieren. Die Reaktion fiel eindeutig aus. Der “Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich” verurteilte die Aktion, in den Worten von Herwig Sturm: “Ich sehe in diesem Plakat den Missbrauch von Religion und die Antibotschaft zum Christentum”. FPÖ-Generalsekretär Kickl wollte sich “nicht den Mund verbieten lassen”, sprach von einer “Fleißaufgabe” und warf den Kirchen vor, die Islamisierung zu verharmlosen, Mölzer nannte sie “feige und mutlos” (WNL0115 5 II 0217 05.Mai 09; OTS0097 5 II 0149 FPK0005 AI Mi, 06.Mai 2009).⁷⁰ Karin Leitner kommentierte dazu im Kurier: “Wehrhafte Christen* sind wohl nur so lange erwünscht, solange sie sich nicht gegen die Freiheitlichen richten” (OTS0307 5 II 0207 PKU0002 CI Mi, 06.Mai 2009). H.C. Strache setzte noch eins drauf - die Rede anlässlich einer Demonstration gegen einen Moscheebau in Wien untermalte er mit einem demonstrativ in die Kamera gehaltenen Holzkreuz.⁷¹



⁷⁰http://diepresse.com/home/panorama/religion/476503/FPOePlakate_Kirchenrat-sieht-Missbrauch-von-Religion 23.12.2011, 17:05

⁷¹Copyright APA: <http://diepresse.com/home/politik/eu/481151/Kardinal-Schoenborn-liest-Strache-die-Levitentexte> 12.10.2011, 21:50

In einer ersten scharfen Reaktion meldete sich Maximilian Fürnsinn, Probst des Augustiner-Chorherrenstiftes Herzogenburg zu Wort: “Wer so das Kreuz missbraucht, ist auch fähig, über Leichen zu gehen!” (OTS0163 5 II 0274 NES0002 Di, 19.Mai 2009).

Die Debatte wurde immer heftiger, Strache ging zum Gegenschlag über und subsummierte seine kirchlichen Kritiker in die “vereinigte Moralmafia” (OTS0166 5 II 0196 NES0003 Di, 19.Mai 2009). Er verteidigte sich mit den Worten: “Das Kreuz wurde von mir niemals als Kampfinstrument verwendet, sondern als ein Symbol der Erlösung und Befreiung - und darum geht's uns im kulturellen Sinn”, womit er ein weiteres Mal klarstellte, dass es der FPÖ nicht um Kult, sondern Kultur gehe (OTS0361 5 II 0201 FEL0002 Di, 19.Mai 2009). Dass es mit dem Christlichen nicht so weit her sein könne konstatierte auch Stadler, der bemerkte, dass Strache ein schlichtes Kreuz als Kruzifix bezeichnete⁷² (Interview Stadler).

Der Abgeordnete Karlsböck zeigte sich zuversichtlich, dass “die christliche Erlösung nicht durch die Islamisierung Europas erfolgen werde” und bedachte den Probst mit einem Bibelzitat: “Dann wird er auch sagen zu denen zur Linken: Gehet hin von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln!” (Mt 25,41, zitiert nach OTS0259 5 II 0236 FPK0015 Di, 19.Mai 2009). Ironischerweise folgt diesem Zitat die Stelle “Denn [...] ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich nicht aufgenommen”, welche wohl eher die FPÖ-Politik dieser “Linken” zuordnen würde (Mt 25,42-43).

Bischof Laun kritisierte die Wahlkampflinie ebenso und meinte: “Gott schützt alle Menschen, nicht nur die Christen” (WNL0148 5 II 0291 19.Mai 09). Der sonst nicht für derartige Positionen bekannte Bischof äußerte sich zu dieser Causa deutlich: “Er versuchte, das Kreuz für seine Politik zu benutzen und das weise ich zurück. Er kann nicht im Namen des Kreuzes auftreten und die katholische Kirche vor seine Politik spannen, das kann keine Partei in Österreich tun” und meinte selbst Richtung Strache: “So ein großartiger Katholik ist er wahrscheinlich nicht.”⁷³

⁷²<http://www.youtube.com/watch?v=CtxKmy0coms> 17.12.2011 15:00

⁷³<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/480596/Strache-attackiert-Kirche>
17.12.2011 15:05

Auch vom Sankt Pöltner Diözesanbischof Küng kam eine Verurteilung des “Missbrauch(s) religiöser Symbole” (WNL0076 5 II 0120 20.Mai 09).

Die Dekane der theologischen Fakultäten in Österreich veröffentlichten einen Aufruf unter dem Titel “Christen: Widersteht der FPÖ und ihrer Propaganda!”.

Dort stellten sie die christliche Botschaft der FPÖ-Politik entgegen, und endeten mit der Feststellung: “Deshalb ist die klare Abgrenzung zur FPÖ eine Bekenntnisfrage für Christen geworden. Wir protestieren auf das Schärfste gegen eine Vereinnahmung des Christentums und seiner Symbole für die Parteipolitik der FPÖ, deren Propaganda in wesentlichen Elementen dem Geist des Evangeliums Jesu widerspricht.”⁷⁴

Nach einer Schießerei in einem Siktempel in Wien sah sich Strache bestätigt:

“Schönborn und der Rest der pseudohumanistischen Clique sollen sich jedenfalls Schämen [sic] und endlich der Realität ins Auge blicken, so Strache!” (OTS0056 5 II 0260 NFW0002 CI So, 24.Mai 2009).

Ein Versuch die Wogen zu glätten wurde von der FPÖ auf ganz eigene Art und Weise unternommen: der Wunsch nach einem klärenden Gespräch mit dem eben noch diffamierten “höchstrangigen Würdenträger” wurde per APA-Aussendung, nicht per Brief kundgetan (OTS0052 5 II 0112 FPK0002 Mo, 25.Mai 2009, WNL0048 5 II 0180 27.Mai 09).

Einen wahren Rundumschlag setzte schließlich FPÖ-Vizebundesparteiohmann Norbert Hofer: “Hunderttausende unschuldige Frauen wurden von den moralisch impotenten Inquisitoren der katholischen Kirche als Hexen auf dem Scheiterhaufen - bei lebendigem Leib und vor den Augen ihrer Kinder - verbrannt. Andersgläubige wurden als Ketzer* bezeichnet, bestialisch gefoltert und hingerichtet. Die Katharer* wurden ausgerottet. Kirchliche Missionare* sind für den Niedergang ganzer Kulturen verantwortlich. Der Antisemitismus war höchsten katholischen Kreisen - und es sind nicht FPÖ-Quellen, die das dokumentieren - nicht nur in der NS-Zeit alles andere als fremd und die heiklen Finanzgeschäfte der katholischen Kirche sind einem Teil der Bevölkerung mittlerweile bestens bekannt. Skandale um systematischen, ja da und dort massenhaften Kindesmissbrauch durch höchste Repräsentanten haben die Kirche - auch in Österreich - erschüttert und nehmen kein Ende. Ich schätze viele Vertreter der katholischen Kirche, ich kann aber mit weiten Teilen der Amtskirche, mit Scheinmoral und den immer stärker werdenden linkskatholischen Strömungen nichts anfangen. Ich habe

⁷⁴<http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/810.html> 23.12.2011, 17:05

schon vor Monaten die Konsequenzen gezogen und bin aus der katholischen Amtskirche ausgetreten”(OTS0268 5 II 0709 FPK0014 Mi, 08.Jul 2009). Für das neue Parteiprogramm 2011 war Norbert Hofer übrigens hauptverantwortlich.

Laut einer OGM-Umfrage und der Aussage von Wolfgang Bachmayer war die Kritik von Kirche und Medien gut für FPÖ, das Ergebnis lag dann jedoch deutlich unter den Umfragewerten (OTS0148 5 II 0211 NES0004 Mi, 27.Mai 2009).

In einer anderen OGM Umfrage wurde die Glaubwürdigkeit der FPÖ als Verteidigerin des Christentums befragt, wobei 24% für glaubwürdig, 59% für nicht glaubwürdig plädierten⁷⁵. Dieser Wert liegt über den Umfragewerten der Sonntagsfragen für diesen Zeitpunkt, die die FPÖ bei 20-21% sehen (Juni 2009).⁷⁶



Bei der Wahl war dann laut einer telefonischen Wahltagsbefragung für 44% der FPÖ-Wählerinnen und -Wähler der Themenkomplex “Anti-Islam, Ausländerpolitik*” ausschlaggebend, und damit auf Platz eins. Das Christentum fand dabei keine Erwähnung.⁷⁷

⁷⁵<http://www.format.at/articles/0922/520/243040/ogm-umfrage-24-prozent-strache-christentum-verteidiger> 15.10.2011, 19:15; Copyright der Abbildung: News Network Internetservice GmbH; sample=500

⁷⁶<http://www.wissenswertes.at/index.php?id=sonntagsfrage-20062009> 17.12.2011 16:20

⁷⁷http://members.chello.at/zap-forschung/download/Analyse_EPW_2009_Plasser_Ulram.pdf 23.11.2011, 15:10

Andreas Mölzer erläuterte im Chat im Online-Standard den Wahlkampfeslogan; als Antwort auf die Frage „Herr Mölzer, ich bin Österreicherin und Atheistin. Ich will nicht, dass das „Abendland“ in „Christenhand“ ist – sondern lieber in politisch-säkulärer Hand. Wollen Sie mir Religiosität aufzwingen?“ erklärte er:

„Mit diesem Wahlkampfeslogan wollen wir weder Agnostikern* noch Andersgläubigen das Christentum aufzwingen, es geht vielmehr darum, in der Verkürzung eines Wahlplakates aufzuzeigen, dass es eine Art von Kulturkampf zwischen der über 2000 Jahre christlich geprägter [sic] Leitkultur Europas und einem militanten Zuwanderungsislam gibt.“⁷⁸

In diesem Sinn gab auch Parteistrategie Herbert Kickl den Grundgedanken wieder: „Abendland in Christenhand ist eine ganz klare Absage in Richtung der laufenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, welche aus unserer Sicht sofort abubrechen sind. Aber nicht nur das, da steckt vieles andere dahinter, was teilweise versteckt (ist) in so genannten Anti-diskriminierungsparagraphen und ähnlichen Dingen, wo man sehr darum bemüht ist dem Islam möglichst viele Eintrittspforten in die europäische Gesellschaft zu öffnen, und das ganze dann noch unter dem Deckmantel der Toleranz verkaufen möchte“ (Raho 2009: 66 f.).

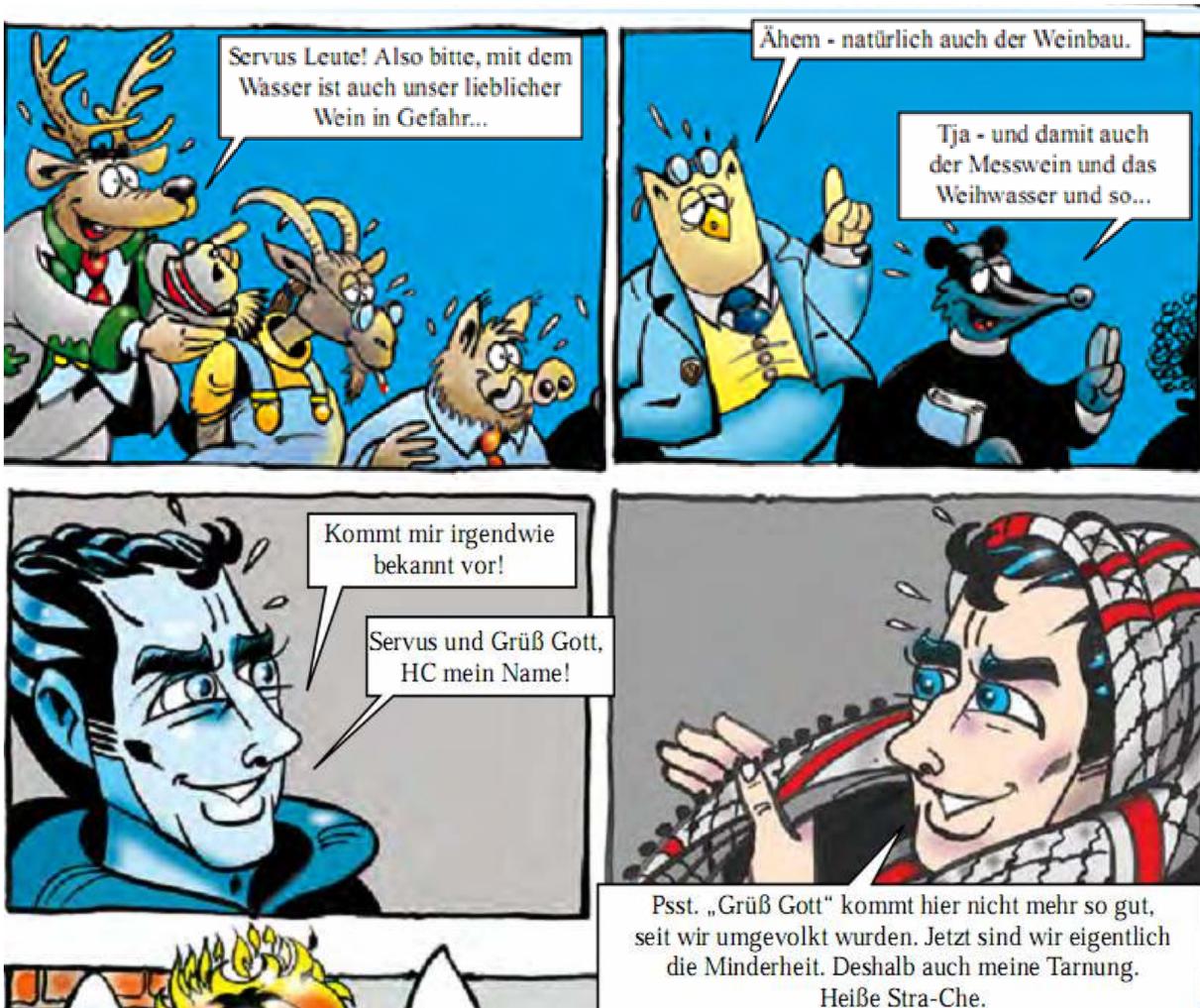
In einem Comic mit dem Titel „Der blaue Planet“ zeichnete die FPÖ ein - aus ihrer Sicht - apokalyptisches Szenario, das zwar in sich widersprüchlich und extrem überzogen war, aber sich als nur „ein bisschen übertrieben“ bezeichnete⁷⁹. Am „grauen Planeten“, welcher ein von der EU ausgebeutetes Österreich darstellt, wurde „umgevolkt“, angesichts der muslimischen Dominanz wird daher nicht mehr „Grüß Gott“ gesagt und der Stephansdom wird mit Halbmonden geschmückt. Die Gleichzeitigkeit von Regenbogenfahnen, kosher-Schildern und einer mutmaßlichen Stadtregierung Häupl mit herrschendem Islamismus bleibt dabei kurios.

⁷⁸<http://derstandard.at/1241622591102/Moelzer-Kulturkampf-zwischen-Christentum-und-militantem-Zuwanderungsislam> 23.12.2011, 17:15

⁷⁹http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/EUWahl09/comic_web.pdf 12.11.2011, 21:45

Unter den Gefahren beim angeblich drohenden Ausverkauf des heimischen Wassers wurden dabei von einem als Dachs gezeichneten Priester auch jene für Weihwasser und Messwein genannt.

Im Rap des Wahlkampfes arbeitete die FPÖ mit einer ähnlichen Warnung vor der drohenden Zukunft wie im „Blauen Planeten“. Ein vor dem Stephansdom umjubelter Papst „heute“ wird von einem muslimischen Geistlichen "morgen" ersetzt, die Masse kniet vor ihm, dahinter eine Moschee mit Minaretten ⁸⁰.



⁸⁰<http://www.youtube.com/watch?v=pVnzYs4HYBQ> 12.11.2011, 22:00

Als in Österreich Missbrauchsfälle von katholischen Geistlichen bekannt wurden, stellte sich die FPÖ trotz der zitierten Aussage von Hofer primär hinter die Kirche und kritisierte, dass linke Kreise Missbrauch in der um Aufklärung und Aufarbeitung bemühten katholischen Kirche zwar verurteilten, aber Vergehen in den eigenen Reihen zu vertuschen suchten (OTS0079 5 II 0358 FPK0003 CI Mi, 21.Apr 2010). So kam es auch zu heftigen Auseinandersetzungen um die Satiresendung "Dorfers Donnerstark", wo inmitten geschmackloser Thematisierung der Missbrauchsfälle "[d]er fragwürdige "Höhepunkt" der Sendung" "eine Szene sein" sollte "in der eine den Heiligen Nikolaus darstellende Person einen offensichtlich minderjährigen Buben auffordert, sich niederzuknien und ihn oral zu befriedigen" - Teile der Sendung wurden daraufhin nicht ausgestrahlt (OTS0290 5 II 0267 FPK0012 Do, 06.Mai 2010).

Rosenkranz

Bei den Wahlen zum österreichischen Bundespräsidenten stellte die FPÖ 2010 die Abgeordnete Barbara Rosenkranz auf. Teilweise wurde dies als Versuch gewertet, sich nach einer - wahrscheinlich - erfolglosen Kandidatur somit das nationale Lager vom Hals zu schaffen.⁸¹

Rosenkranz wurde kritisiert, weil sie das Verbotsgesetz in Frage gestellt hatte. Christoph Kardinal Schönborn meinte daher: "Wenn sich jemand für ein hohes Amt in diesem Land bewirbt und in der Frage des NS-Verbotsgesetzes oder in der Frage der Shoah einen Spielraum offen lässt, dann ist so jemand für mich persönlich nicht wählbar" (WNL0040 5 II 0323 09.Mar 10).

Der Brachialrhetoriker Werner Königshofer richtete ihm daraufhin aus, er "sollte [...] sich besser um" seine "warmen Brüder, Klosterschwuchteln und Kinderschänder kümmern"; auch nachdem er sich für diese Entgleisung entschuldigt hatte hielt er daran fest, dass die Trennung zwischen Kirche und Staat aufrechterhalten bleiben müsse (WNL0029 5 II 0253 12.Mar 10).

⁸¹<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/daniel/Straches-subtile-Revanche-an-Rosenkranz/802883> 01.01.2012, 14:40

Dass Strache bei der Wahl dem Agnostiker Dr. Heinz Fischer “Werte eines christlich europäischen Abendlandes” entgegenstellen wollte, musste scheitern⁸². Barbara Rosenkranz war nicht nur bereits seit Jahren aus der katholischen Kirche ausgetreten, ihre zehn Kinder waren zudem ungetauft, und deren durchwegs germanische Namen deuteten auch daraufhin, dass sich Rosenkranz, trotz ihres Namens, bei Sonnwendfeiern wohler fühlte als im christlichen Umfeld.⁸³

Wiener Blut

Im Wiener Landtagswahlkampf 2010 plakatierte die FPÖ “Mehr Mut für unser “Wiener Blut” - Zu viel Fremdes tut niemandem gut”. Erläutert wurde das “Fremde” primär in Hinblick auf dem Islam anhängende Personen (siehe Abbildung). Auch hier setzt sich die FPÖ für Kreuze in Schulklassen und Nikolausfeiern ein.⁸⁴

Von katholischen Theologen wurde die Kampagne als obszön bezeichnet und verurteilt (OTS0201 5 II 0182 KAT0003 Do, 26.Aug 2010).

Auch in einer Erklärung von Evangelischer Jugend Wien, Katholischer Jugend Vikariat Wien-Stadt, Muslimischer Jugend Wien, Kinder- und Jugendwerk der Evangelisch-methodistischen Kirche Österreichs, Katholischer Jungschar der Erzdiözese Wien, Katholischer Hochschuljugend Wien, Kinder- und Jugendwerk der Baptisten* in Österreich und Evangelischer Hochschulgemeinde Wien wandte man sich gegen jede Diffamierung von “Fremden” (OTS0173 5 II 0255 KAT0001 Mo, 27.Sep 2010).

Dompfarrer Anton Faber kündigte daraufhin an, künftig keine Parteiveranstaltungen beim Dom zu gestatten (OTS0225 5 II 0228 NFW0009 CI Fr, 08.Okt 2010).

⁸²<http://www.youtube.com/watch?v=oK2rGyolCbk> 01.01.2012, 21:25

⁸³<http://www.kath.net/detail.php?id=25860> 15.10.2011, 15:30

<http://www.profil.at/articles/1015/560/266632/flamme-barbara-rosenkranz-lieder>
15.10.2011, 15:30

⁸⁴Abbildung von www.hcstrache.at/bilder/mediaordner/g10,14110782715,0830.jpg
15.10.2011, 15:55

hcstrache.at
2010

www.fpoe-wien.at **FPÖ** DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Mehr MUT für unser „Wiener Blut“.
Was meinen wir mit „Zu viel Fremdes tut niemandem gut“?

Zu viel ist, wenn die SPÖ das volle Wahlrecht für alle Nichtstaatsbürger, die in Wien leben, haben will und damit die Staatsbürgerschaft entwertet.

Zu viel ist, wenn SPÖ-Häuptl in Wien mit Steuergeld türkische Schulen errichten will.

Zu viel ist, wenn die SPÖ den Gemeindebau für Zuwanderer öffnet, während Wiener Familien ewig auf Wohnungen warten müssen.

Zu viel ist, wenn die Kreuze aus unseren Schulklassen entfernt werden und der Nikolaus aus den Kindergärten verbannt werden soll, um die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht zu verletzen.

Zu viel ist, wenn Islamvertreter für jedes Bundesland den Bau einer Moschee samt Minarett verlangen.

Zu viel ist, wenn islamistische Hassprediger unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit ungestraft Konflikte schüren dürfen.

Deshalb JA X zu HC STRACHE.

Kreuzurteil

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in dem das Aufhängen von Kreuzen in Italien untersagt wurde, nutzte die FPÖ um sich als Verteidigerin christlicher Symbole darzustellen. Während der Kirche vorgeworfen wurde, sie schweige zu dem Urteil und sei “mit diesem Verhalten mit den neo-liberalen Elementen der EU jene Kraft, die sehenden Auges zum Sargnagel des abendländischen, christlichen Gedankengutes avanciert”, plaktierte sie Strache als einzigen Verteidiger (OTS0230 5 II 0322 FPK0010 Mi, 04.Nov 2009)⁸⁵.

⁸⁵Abbildung von www.hcstrache.at/bilder/mediaordner/g09,263635651908,1118.jpg
15.0.2011, 16:05 Das Urteil wurde 2011 vom EMGR in Zweiter Instanz aufgehoben.

Während die FPÖ von 2002 gegen die Übernahme der verpflichtenden Kreuze in Kindergärten Salzburgs auftrat und von "Zwangsmisionierung" sprach, wurde nun für die Erhebung der bestehenden Regeln in den Verfassungsrang geworben, die allerdings weniger weitgehend sind als die Regelung in Salzburg (WNL080 5 II 0191 26.Feb 02)⁸⁶.

Dennoch tritt die FPÖ für ein Kopftuchverbot ein; dieses sei ein politisches, nicht nur ein religiöses Symbol (zum damaligen Zeitpunkt konnte sich der Innsbrucker FPÖ-Obmann Heis mit dieser Argumentation noch auf den EMGR beziehen) (OTS0063 5 II 0850 NFP0002 Mi, 21.Jun 2006).

Homosexualität

Ein weiteres Feld, wo sich konservative Katholikinnen und Katholiken mit der FPÖ einig sind,

stellt das Thema Homosexualität dar. So stellten sich FPÖ und Katholische Kirche gegen eine Inseratenkampagne, die für Adoptionen durch homosexuelle Paare warb (WNL0084 5 II 0265 31.Oct 07). Diese Allianz führte jedoch zu Reibereien mit der evangelischen Kirche, die hier eine ganz andere Haltung vertritt. Ewald Stadlers Aussagen über Homosexuelle als "perverse Partnerschaften" wurde vom reformierten Landessuperintendenten Wolfram Neumann dementsprechend scharf zurückgewiesen: "Pervers seien vielmehr die Ideologie Stadlers und

⁸⁶<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20000519> und www2.vobs.at/ftp-pub/allgemein/formulare/RelUG.pdf 01.01.2012, 14:35

seine "menschenverachtende Ausdrucksweise "" (OTS0247 5 II 0136 EPD0001 CI Do, 17.Nov 2005).

Bei der Abstimmung über die Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle monierte Susanne Winter, dass die ÖVP, die unter Pröll diesen Weg eingeschlagen hatte, den Clubzwang - entgegen dem Wunsch der katholischen Kirche - nicht aufgehoben hatte (OTS0254 5 II 0276 FPK0008 Do, 03.Dez 2009).

Eher konfliktreich ist, wie bereits deutlich wurde, das Thema Ausländerinnen und Ausländer, auch wenn dabei der Islam nicht vorkommt.

Selbst in Bezug auf die autochthone Minderheit der Sloweninnen und Slowenen wurde der Kirche der FPÖ-Ratschlag erteilt, sich vor einseitiger Parteinahme zu hüten (OTS0102 5 II 0232 NFP0004 Mi, 14.Dez 2005).

Als Christoph Kardinal Schönborn einen Erlass kritisierte, der die Kinderbeihilfe von ausländischen Kindern beschnitt und im Gegenzug sogar für verstärkte Zuwanderung plädierte, brachte ihm dies den Vorwurf ein, naiv und weltfremd "hinter dicken Kirchenmauern" zu sitzen (OTS0159 5 II 0243 NFP0004 Mi, 06.Dez 2006).

Auch das Engagement des Grazer Pfarrers Pucher für Roma-Kinder wurde von der FPÖ-kriminalisiert, wogegen sich Bischof Kapellari wandte (OTS0081 5 II 0468 KAT0001 Mi, 16.Jän 2008).

Im Fall der aus dem Kosovo geflüchteten Familie Zogaj und der Hilfestellung, die sie durch Pfarrer Josef Friedl erfuhr, wurde dieser von der FPÖ kritisiert (OTS0188 5 II 0471 FPK0011 Mi, 11.Mär 2009).

Innerkirchliches

Selten aber doch kommentiert die FPÖ innerkirchliche Vorgänge. Dabei stellt sie sich auf die Position der Trennung von Staat und Kirche. In der Kontroverse um die Ernennung des sehr konservativen und umstrittenen Gerhard Wagner zum Linzer Weihbischof kritisiert sie konsequenterweise die Einmischung durch Landeshauptmann Josef Pühringer (OTS0165 5 II 0095 FPK0011 Mo, 02.Feb 2009).

Als Wagner angesichts der Kritik um Rücknahme der Ernennung bat und dies gewährt wurde, konstatierte die "Arbeitsgemeinschaft Christen* in der FPÖ": "Damit geht die Kirche in die

Knie vor einer gemischten Jagdgesellschaft aus Linkskatholiken*, Agnostikern* und Kirchenfeinden*“, während sie zugab, dass der designierte Bischof unhaltbare Aussagen getätigt hatte (OTS0138 5 II 0234 NFW0003 CI Mo, 16.Feb 2009).

Bezüglich des genannten Dechant Josef Friedl, der im März 2009 bekannt hatte, eine Freundin zu haben und den “Plicht”-Zölibat abzulehnen, wurde von der FPÖ kritisiert, er nutze (erneut) seine Stellung aus, um medial Einfluss zu nehmen auf die geltenden Regeln (OTS0188 5 II 0471 FPK0011 Mi, 11.Mär 2009).

Immer wieder formulierte die FPÖ ihre Position so, dass kirchliche Aussagen, Unterlassungen oder Aktionen im Licht des FPÖ-Programms gewertet wurden. Dies reichte vom Ethikunterricht über ein Bauprojekt, bei dem die Kirche einer “unheiligen Allianz” angehörte bis zur Frage des Exorzismus in Wiener Spitälern (OTS0186 5 II 0158 NFW0003 CI Fr, 21.Jän 2011;OTS0083 5 II 0274 FKN0001 Do, 22.Okt 2009 OTS0229 5 II 0252 NFW0004 CI Mi, 28.Sep 2011).

Erstaunlich vielschichtig fiel ein Kommentar zum Kirchenbeitrag aus, in dem sich die FPÖ massiv gegen BZÖ-Pläne bezüglich seiner Abschaffung stellte. In FPÖ-untypischer Weise betonte Karlsböck neben der identitätsstiftenden Rolle und den Denkmälern auch hervorragende Leistungen im karitativen Bereich, Schulwesen und Gesundheitswesen, und sprach vom “Lebensnerv unseres Glaubens”! (OTS0039 5 II 0293 FPK0004 Do, 12.Mär 2009).

4.10 Parteiprogramm und Richtlinien

Bei der Übernahme der FPÖ 2005 erfuhr das Parteiprogramm in Hinblick auf die Haltung zum Christentum keine inhaltliche Änderung⁸⁷.

2011 wurde ein neues Parteiprogramm veröffentlicht, welches weit schlanker war und auch die christlichen Bezüge stark zurücknahm. Der Hauptverantwortliche Norbert Hofer hatte dabei das sehr prägnante Programm des VdU zum Vorbild⁸⁸.

⁸⁷http://www.erhoert.at/Politinfos/FP_Partieprogramm_Neu.pdf 18.12.2011 16:40

⁸⁸<http://www.youtube.com/watch?v=K9wr28MS4Q4> 18.12.2011 16:40

Auf mehrfache Nachfrage erklärte er knapp, dass er die Trennung zwischen Kirche und Staat mehr betont hatte und den säkularen Charakter so gegenüber dem alten Parteiprogramm stärken wollte. Diesbezüglich gab es ihm zu folge keine Differenzen innerhalb der Partei und einen einstimmigen Beschluss (Email Hofer). Bei der Präsentation verwies er interessanterweise auf Medienberichte, die einen Vergleich mit der christlichen Glaubensgemeinschaft angestellt hatten, und meinte, dann wäre die Präambel das Glaubensbekenntnis, die zehn Leitsätze die Zehn Gebote und der eigentliche Text die Evangelien⁸⁹.

Auch bei seinem youtube-Auftritt wich Hofer bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Christentum und der freiheitlichen Einwanderungspolitik aus.⁹⁰

Nunmehr im Kapitel 2 “Heimat, Identität Umwelt” widmet sich die FPÖ im zweiten Teil der Thematik:

“Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Österreich ist Teil des europäischen Kulturraums. Die europäische Kultur hat ihre ältesten Wurzeln in der Antike. Europa wurde in entscheidender Weise vom Christentum geprägt, durch das Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst und erfuhr seine grundlegende Weiterentwicklung durch Humanismus und Aufklärung. Wir bekennen uns zu den daraus resultierenden Grundwerten und zu einem europäischen Weltbild, das wir in einem umfassenden Sinn als Kultur-Christentum bezeichnen und das auf der Trennung von Kirche und Staat beruht.

Das Privileg der Verleihung des Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts ist Religionsgemeinschaften vorzubehalten, die sich zur Trennung von Kirche und Staat als Errungenschaft unserer aufgeklärten Gesellschaft bekennen und unsere Verfassung und Gesetze achten. Die Freiheit zur Religionsausübung in Österreich bedingt auch die Freiheit, sich – geschützt durch unseren Rechtsstaat – religiösen Dogmen entziehen zu können.”⁹¹

⁸⁹<http://www.youtube.com/watch?v=K9wr28MS4Q4> 18.12.2011 16:40

⁹⁰<http://www.youtube.com/watch?v=01zjdjDehfh4&feature=related> 18.12. 19:20

⁹¹http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2011/2011_graz_parteiprogramm_we_b.pdf 12.10.2011, 15:20

Die Unterschiede sind in jeder Hinsicht deutlich. Kein Wort vom Fundament Christentum, keine ideelle Partnerschaft mit den Kirchen, keine Verteidigung der christlichen Werte, keine Erklärung, worin die Grundwerte bestehen. Während nun auch ein expliziter Verweis auf den Islam fehlt, ist deutlich, worauf der Absatz über die Religionsgemeinschaften abzielt. Während Antiklerikalismus nicht mehr thematisiert wird, hält ein neuer Begriff Einzug: "Kultur-Christentum". Es findet hiermit eine Tendenz Eingang in das Parteiprogramm, die auf deutschnationaler Seite lange Tradition hat - das Christentum wird nicht religiös aufgefasst, sondern kulturell/national.

In nationaler Hinsicht ist das Programm relativ gemäßigt. Dort heißt es:

"Wir bekennen uns zu unserem Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, zu unseren heimischen Volksgruppen sowie zu einem Europa der freien Völker und Vaterländer.

Freiheit gilt uns als höchstes Gut. Seit der bürgerlichen Revolution von 1848 dient unser Streben dem Ringen nach Freiheit und ihrer Verteidigung überall dort, wo Erreichtes wieder bedroht wird."(s. Fußnote87)

Handbuch für Freiheitliche Politik, 3. Auflage⁹²

Im Handbuch wird das Parteiprogramm für Mandatarinnen und Mandatare ausführlich (314 Seiten) erläutert.

Im Kapitel 1.4 stellt die FPÖ klar, dass der "Status einer gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaft durchaus als widerruflich zu betrachten" ist - eine eindeutige Anspielung auf den Islam.

In Kapitel 2.1.8 geht es um das "christliche und aufgeklärte Abendland". Hier zitiert die FPÖ Prognosen, die eine starke Zunahme des Islam zu Lasten der Katholikinnen und Katholiken vorhersagen, weshalb es in dem Kapitel auch hauptsächlich *nicht* um das Christentum, sondern "*den*" Islam geht. Während viele Zitate und Berichte über Islamismus und mangelnde Akzeptanz der österreichischen Rechtsordnung auftauchen, wird niemals

⁹²http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2011/2011_handbuch_gesamt_web_01.pdf

zwischen verschiedenen Ausformungen des Islam unterschieden. Das Christentum wird in Bezug auf die städtebauliche Prägung erwähnt, die im Unterschied zum Islam zum religiös-kulturellen Erbe Österreichs gehöre.

Während im Kapitel 9.2.1 die freundschaftlichen Beziehungen zu islamischen Staaten betont werden kommt dort auch das Problem der “Christenverfolgung” [im Text unter Redezeichen] vor.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Richtlinien sich primär mit dem Islam beschäftigen und ihm mangels der vom Christentum erreichten Trennung von Kirche und Staat nicht die religiöse Freiheit zugestehen, welche die Kirchen genießen.

4.11 Christliche Werte und die Bilanz der FPÖ

Ein wesentliches Feld ist für die FPÖ vor allem seit Strache die Kritik am Islam. Ein großer Teil der pro-christlichen Positionierung zielte darauf ab, das christliche Abendland vor Islam beziehungsweise Islamismus zu schützen, was selbst zu pro-israelischen Aussagen führte. Wie auch sonst spielte die FPÖ dabei verschiedene Gruppierungen innerhalb der Kirche gegeneinander aus. Andererseits versucht man aber auch mit christlichen Symbolen zu punkten - der Einsatz eines Kreuzes bei einer Anti-Moschee-Demonstration führte zu heftigem Widerstand von kirchlicher Seite, ebenso die Plakate "Abendland in Christenhand" und "Daham statt Islam".

Im Bereich Abtreibung hat sich die FPÖ allerdings stark der kirchlichen Position genähert, in den Bereichen Kunst und Homosexualität ist sie weiterhin christlich-konservativ engagiert, auch bei der Kommentierung innerkirchlicher Vorgänge positioniert sie sich demgemäß. Unterstützung erhielt die Kirche bei der Thematik von Kreuzen in Klassenzimmern, und selbst im Zuge der Aufdeckung der Missbrauchsfälle nahm man sie gegen einseitige Anschuldigungen in Schutz. Besonders im Wahlkampf 2008 wurden Personen mit serbischem Migrationshintergrund als Zielgruppe entdeckt, wobei der christliche Aspekt sehr betont wurde. Innerparteilich versuchte Stadler den christlichen Aspekt über die Parteiakademie zu verstärken, was Strache dann doch zu weit ging. Obwohl bis dahin noch kaum Akzente gesetzt wurden erreichte die FPÖ bei den Wahlen 2006 unter regelmäßigen Kirchgängerinnen und Kirchgängern mit 8% für ihre Verhältnisse unwesentlich weniger Wählerinnen und Wähler als in der Gesamtbevölkerung, und konnte diesen Anteil 2008 noch steigern. Die Kandidatur von Barbara Rosenkranz war angesichts ihrer Chancen zwar lediglich symbolischer Natur, das Signal konterkarierte jedoch die christlichen Ansätze.

Das neue Parteiprogramm ist wie sein Hauptverfasser deutlich kühler und betont die Absicht, das Christentum als Kulturfaktor zu sehen und zu unterstützen.

5 Conclusio

An der Wiege des Dritten Lagers stand in seinen beiden Wurzelideologien, dem Liberalismus und dem Nationalismus, der Antiklerikalismus ganz vorne. Die Haltung zur Kirche bildete die Trennlinie zwischen den verschiedenen konservativen Strömungen. Die Macht der Kirche zurückzudrängen war das erklärte Ziel, und das zu bestellende Feld war hierbei in der Monarchie noch einigermaßen weit. Wesentliche Fragen, in denen sich Einflussansprüche von Kirche und Staat gegenübertraten, waren Schule und Ehe, außerdem die Gleichberechtigung der Glaubensgruppierungen. In dieser Zeit konnte die Gegnerschaft noch extremer ausfallen, da der Nationalismus in die Untiefen der Historie griff, um die "volksgemäße" Religion bei den alten Germanen zu finden. Das Verständnis des Religiösen und dessen Wertschätzung war vielerorts mangelhaft, so wurde der Protestantismus als national-kulturelles Instrument missbraucht. Bei den gemäßigten Vertretern wird besser zwischen den Forderungen gegenüber der Kirche im Sinne der Freiheit und Gleichheit einerseits und dem Bekenntnis zum religiösen Faktor als wertvoll und hilfreich andererseits unterschieden. Der Aspekt, dem Staat als Moralinstanz zu dienen, kann nur dort funktionieren, wo die christliche Moral nicht in wesentlichen Punkten abgelehnt, ja verabscheut wird. So konnte es letztlich zu keiner Kooperation von Nationalsozialismus und Kirche kommen.

Nach dem Krieg sind die traditionellen Konfliktbereiche bereinigt, die Kirche akzeptiert den Primat der Politik, und der Antiklerikalismus beginnt zu bröckeln. Höbelt sieht einen deutlichen Wandel in Bezug auf das klerikale Moment. Während zunächst die Öffnung zur Kirche unter dem Motto stand, diese sei so harmlos geworden und es gäbe mit ihr keine Streitthemen mehr, könnte man jetzt sagen, dass die eigentlich Klerikalen nun bei der FPÖ seien, und die Kirchenkritiker* wie Feichtlbauer bei der ÖVP (Interview Stadler).

Dabei handelt es sich aber nicht um einen genuin christlichen, also religiös motivierten Schwenk. Wie auch in der Vergangenheit ist es ein Kulturchristentum, welches sich nur wenig in regelmäßigem Kirchgang sondern mehr in der Verteidigung des Abendlandes gegen den Islam äußert. Es bildet gewissermaßen den ideologischen Unterbau, der den neuen Österreichpatriotismus rechtfertigt und untermauert. (Horaczek/Reiterer 2009: 215). Nachdem der Deutschnationalismus passé ist, und der Liberalismus von jeher ein stiefmütterliches Dasein fristete, war eine antiklerikale Linie schlicht überholt. Mölzer bestätigt dies, wenn er

bei einem Vortrag über die "Islamisierung Europas" sagt, dass es nicht um eine theologische sondern um eine nationale, kulturelle Verteidigung ginge.⁹³

In gewisser Hinsicht hat der Islam, der von einem Pendant zur Aufklärung noch weitgehend unberührt ist, die Rolle des Christentums übernommen, dabei jedoch den Nachteil, klare Minderheits- und primär Immigrationsreligion zu sein.

Die aktuellen Punkte, die zwischen Kirchen und Politik umstritten sind, stellen sich heute ganz anders dar als in der Vergangenheit. Im traditionell linken Spektrum blieb, anders als bei der FPÖ, die Kirche ein Konkurrent im alternativen "Heilsangebot". Die Kritikpunkte in Bezug auf die Kirche reichen heutzutage von Rückständigkeit über mangelnde Gleichberechtigung der Geschlechter, veraltete Vorstellungen in Bezug auf Homosexualität bis zu übertriebener Autoritätsgläubigkeit. Es sollte nicht verwundern, wenn in FPÖ-Kreisen diese Aspekte ganz andere Gefühle erwecken und eher Solidarisierungsgefühle aufkommen. In diesen Bereich dürfte auch das sich wandelnde Verhältnis zur Abtreibung fallen, wobei die Übereinstimmung im Ziel durchaus unterschiedliche Begründungen zulässt.

Da es in Kirche und Christentum eine große Bandbreite politischer und weltanschaulicher Ausrichtungen gibt, findet sich auch in den Themenfeldern Einwanderung und Islam eine Strömung, welche freiheitlichen Parolen Anknüpfungspunkte bietet. Obzwar sich das Gros der Bischöfe in der Einwanderungsdebatte gegen die Verhetzung durch die FPÖ aussprach, gibt es hier und noch mehr im Umgang mit dem Islam auch Vertreter der Kirche, welche die Gefahren betonen und vor einem restriktiven Verständnis von Religionsfreiheit nicht zurückschrecken. Altabt Henckel Donnersmarck betont jedoch, dass "die Rechte von Minderheiten und die ausgewogene Integration von Migranten*" zentrale Aspekte sind, die aus christlicher Sicht bei der Wahl berücksichtigt werden müssen. Er konstatiert, dass die Haltung der FPÖ in dieser Hinsicht einen Verrat an christlichen Werten bedeutet (Email Henckel Donnersmarck).

⁹³ http://www.youtube.com/watch?v=98rqnDYnPS4&feature=player_embedded 06.01.2012, 17.10

Bibliographie:

Ackerl, Isabella; Die großdeutsche Volkspartei, 1920 - 1934, Versuch einer Parteigeschichte, Dissertation, Wien 1967

Afflerbach, Holger; Der Dreibund - europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Böhlau, Wien 2002

Albertin, Lothar; Nationalismus und Protestantismus in der Österreichischen Los-von-Rom-Bewegung um 1900, Dissertation, Wien 1953

Angermann, Erich; Bach, Alexander Freiherr von. In: Neue Deutsche Biographie. Band 1, Duncker & Humblot, Berlin 1953; S. 489 f.

Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen - Mähren - Schlesien 5; 1978

Bailer-Galanda, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang; Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Elefanten Press, Berlin 1997

Benedikt, Ernst; Kaiser Josef II., Gerold&Co., Wien 1947

Benedikt, Heinrich (Hg.); Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954

Berchtold, Klaus; Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1967

Bibl, Viktor; Die Tragödie Österreichs, Wien-Leipzig (Zweite Auflage) 1942

Bogner, Hans; Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich, Erläuterungen zum Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), FPÖ-Verlag, Wien 1957

Bruckmüller, Ernst; Sozialgeschichte Österreichs; Herold Verlag, Wien - München 1985

Capesius, Victor; Die Auflösung des Vereines evangelischer Glaubensgenossen A.B. in Wien vor dem k.k. Reichsgerichte. Ein Beitrag zu der heutigen "rekigiösen [sic!]Bewegung" in Österreich, Wien 1900

Charmatz, Richard; Lebensbilder aus der Geschichte Österreichs; Danubia-Verlag, Wien 1947

Czernin, Hubertus (Hg.); Der Westentaschenhaider, Czernin-Verlag, Wien 2000

Dachs, Herbert; Das Parteiensystem. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/ Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs - Erste Republik 1918-1933; Manz Verlag, Wien 1995; S. 143-159

Dachs, Herbert/Tálos, Emmerich (Hg.); Handbuch des politischen System Österreichs, Die Zweite Republik, Wien 1997

Daim, Wilfried; Der Mann, der Hitler die Ideen gab - Jörg Lanz von Liebenfels, Ueberreuter, Wien 1994

Depisch, Philipp; Die politische Spaltung des Dritten Lagers in Österreich 2005 - 2007, Dissertation, Wien 2008

Deutsche Volkspartei; Die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei in der Legislaturperiode 1901-1907, Wien 1907

Donnermair, Christine; Die staatliche Übernahme des Primarschulwesens im 19. Jahrhundert, Maßnahmen und Intentionen ; Vergleich Frankreich-Österreich; Dissertation, Wien 2010

Dostal, Thomas; Die Großdeutsche Volkspartei. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/ Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs - Erste Republik 1918-1933; Manz Verlag, Wien 1995; S. 195-206

Fallend, Franz; Die ÖVP. In: Tálos, Emmerich/Dr. Marcel Fink(Hg.); Schwarz-Blau, Eine Bilanz des "Neu-Regierens", LIT Verlag, Wien 2006, S. 3-18

Feldmann, Angela; Landbund für Österreich, Ideologie - Organisation - Politik, Dissertation, Wien 1967

Fischl, Alfred (Hg.); Materialien zur Sprachenfrage in Österreich, Irrgang, Brünn 1902

Forster, Karl (Hg.); Christentum und Liberalismus, Karl Zink Verlag, München 1960

Frischenschlager, Friedhelm; Das Verhältnis der FPÖ zu den Kirchen. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1983, Wien 1984

Fritzl, Hermann/Uitz, Martin: Kritische Anmerkungen zur so genannten Lagertheorie. In: ÖZP 1975/3

Fürer, A.; Überblick über die evangelische Bewegung in Österreich, 1902

Fuchs, Albert; Geistige Strömungen in Österreich 1867 - 1918; Löckerverlag, Wien 1996

Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Aresverlag, graz 2009

Gutschera, Herbert/Thierfelder, Jörg; Brennpunkte der Kirchengeschichte; Paderborn 1976

Haider, Jörg; Befreite Zukunft jenseits von links und rechts, menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Ibero und Molden Verlag, Wien 1997

Haider, Jörg: Grundsätzliches zum Verhältnis FPÖ und katholische Kirche. In: Wilhelm, Michael/Wuthe, Paul (Hg.); Parteien und Katholische Kirche im Gespräch, Verlag Zeitpunkt, Graz-Wien 1999, 33-41

Hanisch, Ernst; Der lange Schatten des Staates. In: Herwig, Wolfgang (Hg.); Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Ueberreuter, Wien 1994/2005

Hanisch, Ernst; Vom Antiklerikalismus zur Verteidigung des Christlichen Abendlandes: die FPÖ. In: Wilhelm, Michael/Wuthe, Paul (Hg.); Parteien und Katholische Kirche im Gespräch, Verlag Zeitpunkt, Graz-Wien 1999, S. 13-18

Haslinger, Helmut; Trennung von Kirche und Staat : Österreich als Problemfall der Säkularisierung; Diplomarbeit, Wien 2010

Heim, Bruno; Das Mysterium Roncalli. In: Schambeck, Herbert (Hg.); Kirche und Staat. Fritz Eckert zum 65. Geburtstag; Dunker&Humboldt, Berlin 1997; S. 23

Herwig, Wolfgang (Hg.); Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Ueberreuter, Wien 1994/2005

Hitler, Adolf; Werner Jochmann (Hg.); Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980 (zitiert als Heim)

Hitler, Adolf; Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Bd. III: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 - September 1930, Teil 1: Juli 1928 - Februar 1929, München u.a. 1994 (zitiert als RSA III/1)

Hitler, Adolf; Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926 - Mai 1928. Teil 2: August 1927 - Mai 1928, München u.a. 1994 (zitiert als RSA II/2)

HochschülerInnenschaft an der Universität Wien; Völkische Verbindungen, Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich, Wien 2010 (zitiert als ÖH)

Höbelt, Lothar ; Kornblume und Kaiseradler - Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882-1918, Verlag für Geschichte und Politik, Wien, 1993

Höbelt, Lothar; Von der vierten Partei zur dritten Kraft, die Geschichte des vdU, Stocker-Verlag, Graz 1999

Hochstetter, D. Friedrich; Die Geschichte eines Konkordats. Das österreichische Konkordat von 1855, Verlag des Evangelischen Bundes, Berlin o.J.

Horaczek, Nina/Reiterer, Claudia; HC Strache, Sein Aufstieg - Seine Hintermänner - Seine Feinde, Ueberreuter 2004, Wien

Horner, Franz/Zulehner, Paul M.; "Kirche und Politik". In: Dachs, Herbert/Tálos, Emmerich (Hg.); Handbuch des politischen System Österreichs, Die Zweite Republik, Wien 1997; S. 491-505

Huber, Karl A.; Das "Memorandum des Episkopates der mährischen Kirchenprovinz über die wünschenswerte Gestaltung der Verhältnisse der katholischen Kirche in der konstitutionellen Monarchie". In: Archiv für Kirchengeschichte von Böhmen - Mähren - Schlesien 5; 1978; S. 299-343

Ilgstein, Wilhelm; Das Evangelium in Österreich. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart. Selbsterlebtes aus den Anfängen der evangelischen Bewegung in Steiermark; Kaiserswerth a. R. 1930

Jung, Karl; Zehn Jahre nationale Politik in Österreich (maschinenschriftlich)??

Kargl, Martin/Lehmann, Silvio (Hg.); Land im Lichte Meer, Stimmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Picus Verlag, Wien 1994

Kern, Erich; Adolf Hitler und seine Bewegung - Der Parteiführer; Goettingen-Preuß-Verlag, Oldenburg 1970

Kershaw, Ian; Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980

Khol, Andreas / Stirnemann, Alfred (Hg.); Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, Wien 1979

König, Franz; Kirche und Welt, Ansprachen, Referate, Aufsätze, Heroldverlag, München 1978

Kudlich, Hans; Rückblicke und Erinnerungen I, Wien-Pest-Leipzig 1873

Kuntner, Florian; "Die Sorge, dass Österreich an Menschlichkeit verlieren könnte", Rede am Ballhausplatz. In: Kargl, Martin/Lehmann, Silvio (Hg.); Land im Lichte Meer, Stimmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Picus Verlag, Wien 1994; S.89-93

Kuppe, Rudolf; Karl Lueger und seine Zeit, Wien 1933

Kriechbaumer, Robert; Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945, Band 1; Böhlau Verlag, Wien 1997

Lapide, Pinchas E.; Rom und die Juden, Gerhard Hess Verlag, Ulm/Donau 1997

Leeb, Rudolf/Liebmann, Maximilian et al./Herwig, Wolfram (Hg.); Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart, Ueberreuter, Wien 2003/2005

Lehnert, Detlef; Politisch-kulturelle Integrationsmilieus und Orientierungslager in einer polarisierten Massengesellschaft. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/ Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs - Erste Republik 1918-1933; Manz Verlag, Wien 1995; S. 431-443

Leitner, Franz; Kirche und Parteien in Österreich nach 1945 - ihr Verhältnis unter dem Gesichtspunkt der Äquidistanzdiskussion; Schöninghverlag, Paderborn - Wien 1988

Liebmann, Maximilian; Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat. In: Leeb, Rudolf/Liebmann, Maximilian et al. Herwig, Wolfram (Hg.); Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart, Ueberreuter, Wien 2003/2005; S. 361-456

Liegl, Barbara; Das Liberale Forum auf dem Weg zu einer *etablierten* Partei? Diplomarbeit, Wien 1995

Liegl, Barbara; Das Liberale Forum. In: Dachs, Herbert/Tálos, Emmerich (Hg.); Handbuch des politischen System Österreichs, Die Zweite Republik, Wien 1997

Lindinger, Bernd Di, Dr.; Gedankenfreiheit für Österreich - Die burschenschaftliche Bewegung von den Anfängen bis 1914. In: Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Ares-verlag, Graz 2009, S. 44-49

Lunznig, Matthias; Von Treue und Verrat, Bannflüchen und Vernichtungsstößen. In: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien; Völkische Verbindungen, Beiträge zum deutschnationalen Korporationsunwesen in Österreich, Wien 2010; S. 34-57

Luther, Karl Richard; Strategien und (Fehl-)verhalten: Die Freiheitlichen und die Regierungen Schüssel I und II. In: Tálos, Emmerich/Dr. Marcel Fink (Hg.); Schwarz-Blau, Eine Bilanz des "Neu-Regierens", LIT Verlag, Wien 2006; S. 19-37

Luther, Karl Richard; Wahlstrategien und Wahlergebnisse des österreichischen Rechtspopulismus 1986-2006. In Plasser, Fritz/Ullram, Peter A. (Hg.); Wechselwahlen, Analysen zur Nationalratswahl 2006, Facultas, Wien 2007; S. 231-254

Mantl, Wolfgang (Hg.); Politik in Österreich, die Zweite Republik, Bestand und Wandel, Wien-Köln-Graz 1992

Maser, Werner; Adolf Hitler - Legende, Mythos, Wirklichkeit; München-Esslingen 1972

Meyer, Friedrich; Die Evangelische Bewegung in Österreich, (Flugschrift der EvB), Leipzig 1899

Mölzer, Andreas; Neue Männer braucht das Land. Heinz-Christian Strache im Gespräch mit Andreas Mölzer, W3-Verlagsgesellschaft, Wien 2006

Müller, Wolfgang C.; Wahlen und Dynamik des österreichischen Parteiensystems seit 1986. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./Sommer, Franz (Hg.); Das österreichische Wahlverhalten, Signum Verlag, Wien 2000; S. 13-54

Müller, Wolfgang C./Philipp, Wilfried/Steininger, Barbara; Die Regierung. In: Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/ Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs - Erste Republik 1918-1933; Manz Verlag, Wien 1995; S. 72-89

Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.); Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Analysen zur Nationalratswahl 1994, Signum Verlag, Wien 1995

Neue Deutsche Biographie. Band 1, Duncker & Humblot, Berlin 1953

Neurieser, Joachim; Zwischen Liberalismus und Nationalismus, programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945, Diplomarbeit, Wien 2008

Nick, Rainer/Traweger, Christian; Gegen den Trend? Wahlverhalten in Westösterreich. In: Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./Ogris, Günther (Hg.); Wahlkampf und Wählerentscheidung, Analysen zur Nationalratswahl 1995, Signum Verlag, Wien 1996; S. 291-313

Nittel, Anton; Los von Prag und Rom, Prag 1898

Österreichischer Synodaler Vorgang/Hummer, Franz [Red.]; Österreichischer Synodaler Vorgang; Sekretariat des Österreichischen Synodalen Vorganges, Wien 1974 (zitiert als ÖSV)
Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, Oldenbourg Verlag, Wien 1986

Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, Wien 1988

Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien 1999

Pelinka, Anton; Volksvertretung als funktionale Elite - Der österreichische Nationalrat auf dem Weg zum Arbeitsparlament. In: Khol, Andreas / Stirnemann, Alfred (Hg.); Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978, Wien 1979; S. 39-58

Pfleger, Peter; Gab es einen Kulturkampf in Österreich?, Verlag V. Florentz GmbH., München 1997

Pilz, Bernhard Reinhold Dr.; Vom burschenschaftlichen Freiheits- und einheitsbanner zur Farbensymbolik im Staatswappen der Republik Österreich; Historische identitätsbekenntnisse zur Bewußtwerdung des nationalen Freiheits-Sinnbildes der Burschenschaft. In: Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Ares-verlag, graz 2009; S. 17-40

Plasser, Fritz/Ullram, Peter A.; Konstanz und Wandel im österreichischen Wahlverhalten. In: Müller, Wolfgang C./Plasser, Fritz/Ullram, Peter A. (Hg.); Wählerverhalten und Parteienwettbewerb, Analysen zur Nationalratswahl 1994, Signum Verlag, Wien 1995; S. 341-406

Plasser, Fritz/Ullram, Peter A.; Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ. In: Plasser, Fritz/ Ullram, Peter A./Sommer, Franz (Hg.); Das österreichische Wahlverhalten, Signum Verlag, Wien 2000, S. 225-241

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg; Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.); Wahlverhalten in Bewegung, Analysen zur Nationalratswahl 2002, Facultas, Wien 2003; S. 97-157

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A./Seeber, Gilg; Was Wähler(innen) bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.); Wechselwahlen, Analysen zur Nationalratswahl 2006, Facultas, Wien 2007; S. 155-194

Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./Ogris, Günther (Hg.); Wahlkampf und Wählerentscheidung, Analysen zur Nationalratswahl 1995, Signum Verlag, Wien 1996

Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./Sommer, Franz (Hg.); Das österreichische Wahlverhalten, Signum Verlag, Wien 2000

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.); Wahlverhalten in Bewegung, Analysen zur Nationalratswahl 2002, Facultas, Wien 2003

Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (Hg.); Wechselwahlen, Analysen zur Nationalratswahl 2006, Facultas, Wien 2007

Polleroß, Friedrich; 100 Jahre Antisemitismus im Waldviertel. In: Polleroß, Friedrich (Hg.); "Die Erinnerung tut weh", Jüdisches Leben und Antisemitismus im Waldviertel, Horn/Waidhofen an der Thaya 1996; S. 73-156

Polleroß, Friedrich (Hg.); "Die Erinnerung tut weh", Jüdisches Leben und Antisemitismus im Waldviertel, Horn/Waidhofen an der Thaya 1996

Potz, Richard/Schinkele, Brigitte; Religionsunterricht im Überblick, Facultas Wien 2005

Purtscheller, Wolfgang (Hg.); Die Ordnung, die sie meinen: "Neue Rechte" in Österreich, Wien 1994

Raho, Benedict Anthony; Kulturkampf statt AusländerInnenthema? Die Thematisierung des Islams in Wahlkämpfen der FPÖ, Dipl., Wien 2009

Reimann, Viktor; Die dritte Kraft in Österreich, Molden-Verlag, Wien 1980

Reiter, Erich; Programm und Programmentwicklung der FPÖ, Universitäts-Verlagsbuchhandlung, Wien 1982

Rißmann, Michael; Hitler's Gott - Vorsehungsglaube und Sendungsbewußtsein des deutschen Diktators, Pendo-Verlag, Zürich-München 2001

Rohe, Karl; Wahlen und Wählertradition in Deutschland. Kulturelle Grundlagen Deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, suhrkamp, Frankfurt 1992

Rosenkranz, Walter Dr.; Die Deutschen Burschenschaften Österreichs in der ersten Republik und im Ständestaat 1918-1938. In: Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Ares-verlag, Graz 2009; S. 50-63

Rumpler, Helmut; Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804-1914); Wien 1997

Schambeck, Herbert (Hg.); Kirche und Staat. Fritz Eckert zum 65. Geburtstag; Dunker&Humboldt, Berlin 1997

Scharsach, Hans-Henning/Kuch, Kurt; Haider - Schatten über Europa, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2000

Scheidgen, Hermann-Josef; Der deutsche Katholizismus in der Revolution von 1848/49; Episkopat - Klerus - Laien -Vereine; Böhlau-Verlag, Köln -Weimar - Wien 2008

Schneider, Heinrich; Kirche-Staat-Gesellschaft: ihre Beziehungen im Wandel. In: Mantl, Wolfgang (Hg.); Politik in Österreich, die Zweite Republik, Bestand und Wandel, Wien-Köln-Graz 1992; S. 537ff

Schöffler, Peter; Der Wahlrechtskampf der österreichischen Sozialdemokratie 1888/89-1897, vom Hainfelder Einigungsparteitag bis zur Wahlreform Badenis u. zum Einzug d. ersten Sozialdemokraten in d. Reichsrat, Steiner Verlag, Stuttgart 1986

Schrangl, Philipp; RFS 1995-2009: Zukunftsaussichten. In: Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Ares-verlag, graz 2009; S. 134-146

Schüller, Helmut: Das Verhältnis von katholischer Kirche und FPÖ. In: Wilhelm, Michael/Wuthe, Paul (Hg.); Parteien und Katholische Kirche im Gespräch, Verlag Zeitpunkt, Graz-Wien 1999, 28-32

Schüller, Helmut: "Nächstenliebe und neue Armut". In: Wilhelm, Michael/Wuthe, Paul (Hg.); Parteien und Katholische Kirche im Gespräch, Verlag Zeitpunkt, Graz-Wien 1999, 45

Schwarz, Karl; Der konfessionelle Übertritt- ein staatskirchenrechtliches und grundrechtspolitisches Problem der Ständestaatsära. In: Vorstand der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich (Hg.); Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich, Evangelische Verlags-Anstalt, Leipzig 1982; S. 264-285

Speer, Albert; Erinnerungen, Propyläen-Verlag, Berlin 1969

Stefan, Harald Mag.; Entwicklungsgeschichte des RFS 1985-1995. In: Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Ares-verlag, graz 2009; S- 128-133

Steininger, Gerhard, Das dritte Lager, Aufstieg nach dem Fall?, Edition Steinbauer, Wien, 2007

Stirnemann, Alfred; Das neue Parteiprogramm der FPÖ - eine kritische Analyse. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1985, Oldenbourg Verlag, Wien 1986; S. 657-694

Stirnemann, Alfred; Die Freiheitlichen - Abkehr vom Liberalismus? Zu einigen Aspekten der FPÖ unter Jörg Haider. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, Wien 1988; S. 165-202

Stix, Rüdiger; Das Jahr der Bewährung - warum brach die FPÖ 1998 nahezu flächendeckend auf? In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien 1999

Stolz, Karl; Die Männer um das "Linzer Programm" mit besonderer Berücksichtigung des Historikers Dr. Heinrich Friedjung, Dissertation, Wien 1941

Strakosch-Grassmann, Gustav; Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens, Pichler-Verlag, Wien 1905

Tálos, Emmerich/Fink, Dr. Marcel (Hg.); Schwarz-Blau, Eine Bilanz des "Neu-Regierens", LIT Verlag, Wien 2006

Tálos, Emmerich/Dachs, Herbert/ Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.); Handbuch des politischen Systems Österreichs - Erste Republik 1918-1933; Manz Verlag, Wien 1995

Terplak, Kristina; Rechtspopulismus. Wahlkämpfe der FPÖ 2006 im Vergleich zur SVP 2007 in der Schweiz, Wien 2008

Trauner, Karl Reinhart; Die Los-von-Rom - Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie, Diss, Wien 1997

Tropper, Peter; Von der katholischen Erneuerung bis zur Säkularisation. In: Leeb, Rudolf/Liebmann, Maximilian et al, Herwig, Wolfgang (Hg.); Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart, Ueberreuter, Wien 2003/2005; S. 281-360

Ucakar, Karl; Politik und Recht, Vorlesung Wintersemester 2005/06, Universität Wien, Wien 2005

Unterreiter, Friedrich; Die Revolution in Wien, Band V, Wien 1848f.

Vocelka, Karl; Geschichte Österreichs, Kultur - Gesellschaft - Politik, Styria-Verlag, Graz - Wien 2000

Vocelka, Karl; Geschichte Österreichs, Kultur - Gesellschaft - Politik, Styria-Verlag, Graz - Wien - Köln, 2002

Voegelin, Eric; Der Liberalismus und seine Geschichte. In: Forster, Karl (Hg.); Christentum und Liberalismus, Karl Zink Verlag, München 1960; S. 11-42

Vogl, Ulrike; "Aufrechte Patrioten. Überzeugte Christen": Der rechtskatholische Diskurs zum "Ausländervolksbegehren". Eine diskurshistorische Untersuchung. Diplomarbeit, Wien, 1994

Voithofer, Richard; Drum schließt Euch frisch an Deutschland an ...; Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920-1936; Böhlau, Wien - Köln - Weimar 2000

Vorstand der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich (Hg.); Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich, Evangelische Verlags-Anstalt, Leipzig 1982

Wagner, Thomas Dr.; "Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben!", Die Gründung der Burschenschaft in Österreich. In: Graf, Martin (Hg.); 150 Jahre Burschenschaften in Österreich, gestern - heute - morgen, Ares-verlag, Graz 2009; S. 40-43

Wandruszka, Adam; Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Benedikt, Heinrich (Hg.); Geschichte der Republik Österreich, Wien 1954

Weinzierl, Erika; Prüfstand, Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, Verlag St. Gabriel, Mödling 1988

Weinzierl-Fischer, Erika; Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1960

Weitensfelder, Hubert; "Römlinge" und "Preußenseuchler" - Konservativ-Christlichsoziale, Liberal-Deutschnationale und der Kulturkampf in Vorarlberg, 1860 bis 1914, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 2008

Wilhelm, Michael/Wuthe, Paul (Hg.); Parteien und Katholische Kirche im Gespräch, Verlag Zeitpunkt, Graz-Wien 1999

Worm, Alfred; Ein Streitgespräch mit Jörg Haider, Ueberreuter, Wien 2005

Würth, Johanna Maria; Katholische Kirche und Politik in Österreich, die Annäherung der FPÖ an die Kirche im neuen Parteiprogramm der FPÖ 1997, Diplomarbeit, Wien 1997

Zellhofer, Klaus/Grasser, Markus A.; "SS und Rosenkranz, Völkischer Katholizismus". In: Purtscheller, Wolfgang (Hg.); Die Ordnung, die sie meinen: "Neue Rechte" in Österreich, Wien 1994, S. 100-123

Zulehner, Paul Michael; Religion im Leben der Österreicher. Dokumentation einer Umfrage, Wien 1981

Zulehner, Paul M./Denz, Hermann/Beham, Martina/Friesl/Christian; Vom Unterthanen zum Freiheitskünstler, Eine Kulturdiagnose anhand der Untersuchungen "Religion im Leben der Österreicher 1970-1990" - "Europäische Wertestudie - Österreichteil 1990", Freiburg 1991

Zulehner, Paul M./Polak, Regina; Religion - Kirche - Spiritualität in Österreich nach 1945, Befund, Kritik, Perspektive, Studien-Verlag, Innsbruck, Wien 2006

N.N.: Der Zerfall Österreichs, von einem Deutschen österreichischer, Leipzig 1867

Zeitschriften:

Die Neue Front

Salzburg, Geschichte und Politik, Mitteilungen der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft,
2005, Ausgabe 3/4

Schriftenreihe Evangelischer Bund in Österreich

Vorstandsblatt des Evangelischen Bundes

ÖZP

Abbildungsverzeichnis

- Tabelle S. 69: Religiös-kirchliche Einstellung und Parteipräferenz 1970
IKS-Bericht 91: 161 ff.; 95: 164 f.; 97: 147 f. nach Leitner 1988: 69
- Tabelle S. 69: Konfessionsstruktur des Nationalrats 1969/1975
Pelinka 1979: 49 nach Leitner 1988: 73
- Tabelle S. 70: Kirchgangshäufigkeit und Parteipräferenz 1980
Zulehner 1981: 90 nach Leitner 1988: 70
- Abbildung S. 73: Wahlplakat Otto Scrinzi 1986, copyright Newald/Standard
<http://derstandard.at/1325485522210/Otto-Scrinzi-1918-2012-Rathkolb-Scrinzi-war-am-rechtsextremen-Rand-der-FPOe> 05.01.2012, 13:20
- Tabelle S. 85: Tabelle 26: Parteianteile in traditionellen Wählermilieus 1994
Fessel+GfK Exit Poll 1994 nach Plasser/Ullrich 1995: 375
- Tabelle S. 85: Tabelle 3: Kirchenbindung und Parteipräferenz NRW 1995 in Tirol und Vorarlberg
Nick/Traweger 1996: 300
- Tabelle S. 86: Tabelle 5: B12, Wahlerhalten stark konfessionell gebundener Wähler 1990-2002
Fessel+GfK Exit Polls nach Plasser 2003: 224
- Tabelle S. 89: Zustimmung/Ablehnung zum "Neuen Kirchenkurs" nach parteipolitischet Präferenz 1990
Würth 1997: 108
- Kopie S. 94: 2. Entwurf des Parteiprogramms 1997; Würth 1997: 64
- Kopie S. 95: 2. Entwurf des Parteiprogramms 1997; Würth 1997: 65
- Kopie S. 96: Endfassung des Parteiprogramms 1997 mit Änderungen; Würth 1997: 71
- Kopie S. 97: Endfassung des Parteiprogramms 1997 mit Änderungen; Würth 1997: 72
- Tabelle S. 106: Tabelle 7: Sektorale Spannungslinien (Cleavages) im österreichischen Wählerverhalten 1999
members.chello.at/zap-forschung/download/nrwahl99.pdf 10.12.2011, 23:25
- Tabelle S. 108: Tabelle 9: Religiosität und Wahlverhalten 2002
Plasser 2003: 122

Graphik S. 115: Mandatesentwicklung und Korporiertenanteil im FPÖ-Nationalratsklub 1970-2008

Lunznig 2010: 42

Tabelle S. 130: Tabelle 4: Religiosität und Wahlverhalten 2006

GfK Austria, repräsentative Wahltagsbefragung 2006 in: Plasser et al. 2007: 165

Bild S. 131: Strache mit Brojanica;

Robert Newald/Standard von <http://dastandard.at/1277337606229/Kommentar-Radikal-und-radikal-gesellt-sich-gern> 18.12.16:00

Bild S. 133: Strache mit Kreuz

Copyright APA; <http://diepresse.com/home/politik/eu/481151/Kardinal-Schoenborn-liest-Strache-die-Leviten> 12.10.2011, 21:50

Graphik S. 136: Halten Sie FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache für einen glaubwürdigen Verteidiger des Christentums oder nicht?

Copyright : News Network Internetservice GmbH

<http://www.format.at/articles/0922/520/243040/ogm-umfrage-24-prozent-strache-christentum-verteidiger> 15.10.2011, 19:15

Bilder S. 138: FPÖ-Comic “Der blaue Planet”,

http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/EUWahl09/comic_web.pdf
12.11.2011, 21:45

Bild S. 139 FPÖ-Comic “Der blaue Planet”,

http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/EUWahl09/comic_web.pdf
12.11.2011, 21:45

Bild S. 139: Screenshot eines youtube-Videos der FPÖ

<http://www.youtube.com/watch?v=pVnzYs4HYBQ> 12.11.2011, 22:00

Bild S. 142: FPÖ-Wahlwerbung “Mehr Blut für unser Wiener Blut”

www.hcstrache.at/bilder/mediaordner/g10,14110782715,0830.jpg 15.10.2011, 15:55

Bild S. 143: FPÖ-Wahlwerbung “Das Kreuz muss bleiben wo es ist”

www.hcstrache.at/bilder/mediaordner/g09,263635651908,1118.jpg 15.0.2011, 16:05

Interview mit Prof. Lothar Höbelt

I: In der Ersten Republik scheint es bis 1934, dass der Antiklerikalismus der Nationalen - auch durch das Regierungsprogramm bedingt - sich sehr zurückhält. Da hätte ich gerne gewusst: täuscht der Eindruck, oder wie ist das zu erklären, dass, obwohl man mit Seipel koalitiert, diese antiklerikale Stimmung da nicht so durchkommt?

H: Zwei Dinge, das erste ist natürlich die Solidarität des Weltkriegs, das merkt man auch gerade bei Studentenverbindungen, nehmen Sie Rosars Buch über die Deutsche Gemeinschaft her, zweitens die Revolutionsgefahr danach. Sie hat die Unterschiede zwischen den Kulturkampflagern ziemlich verwischt, das beginnt ja schon im Krieg mit der Mittelstandsbewegung 1918. Am Anfang der Republik sind die ökonomischen Fragen, von der Wirtschaftsordnung bis zu den Krediten, zur Sanierung, einfach so deutlich in der Überhand, dass sich da wenig Konflikte ergeben; was sich ergibt ist, dass die Großdeutschen als Beamtenpartei von der Sanierung negativ betroffen sind, und das führt immer wieder zu Schwierigkeiten sowohl in der Partei, weil die westlichen Länder eher von der Industrie bestimmt sind und die östlichen eher von den Beamten, da gibt es natürlich Rivalitäten, als auch mit dem Koalitionspartner, wobei die Christlichsozialen natürlich auch in verschiedene Interessen und Flügel gespalten sind; Seipel selber ist ja jemand, der nur von oberflächlichen Leuten als Klerikaler betrachtet wird. Weil Seipel ist derjenige, der die Restauration der freien Wirtschaft durchführt, der die Staatsautorität stärkt, also viele Dinge, die den Großdeutschen imponieren. Der Punkt, an dem die Konflikte kommen, ist eigentlich in der zweiten Hälfte der 20er Jahre; einerseits gibt es als Anlass immer die Frage der burgenländischen Schulen, wo das alte österreichische Reichsvolksschulgesetz nicht gilt, und wo daher ein stärkerer kirchlicher Einfluss gegeben ist, zusammen mit den Gerüchten, was im Seewinkel zum Teil stimmt, dass die Kirche im Burgenland pro-ungarisch ist, andererseits eine kleine Spur an Ehrechtsdebatten, aber dahinter sehe ich weniger ein wirkliches Problem von "klerikal-antiklerikal", sondern eher, dass sich die Großdeutschen als Juniorpartner überfahren fühlen, vor allem nach 1927, als der Landbund dann den Vizekanzler stellt und sie sich bewusst sind, dass sie eigentlich nur mehr von anderen abhängen bei den Wahlen, weil sie nicht mehr sicher sein können, dass sie Grundmandate erringen und das führt zur Nervosität. Entweder müssen wir uns mehr anhängen, um die Wahlreform zu erzwingen, oder wir müssen Opposition

treiben um unsere Anhänger an uns zu binden? Dann kommt diese Rivalität mit der Heimwehr noch, in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, bevor alles dann von den ökonomischen Debatten ab 1931, Creditanstalt-Zusammenbruch, wieder völlig weggewischt wird. Wobei das mit dem Klerikalen so schwierig ist, gerade die bewusst katholischen Länder, also Oberösterreich, Vorarlberg waren ja der demokratische Flügel, aber auch der anschlussfreundliche Flügel der Christlichsozialen, während Seipel und seiner Wiener Clique wurde - bei aller Wertschätzung für Seipel, Sündenböcke waren immer Kienböck und Schmitz - ja immer nachgesagt, sie seien eigentlich frankophil, während gerade dieser extrem klerikale Flügel, also Bischof Gföllner in Oberösterreich und so, bei denen wurde immer gesagt, "aber die sind wenigstens für den Anschluss". Während des Ständestaates ist aufgrund der soziologischen Gegebenheiten innerhalb der Vaterländischen Front der ausgesprochene Flügel des politischen Katholizismus so dominant, vor allem auf lokaler Ebene, dass das nicht nur die alten Großdeutschen und die Nazis sondern sogar die Heimwehrlere stört; also schwarze Grafen sagen immer: "Diese hyperklerikale Clique, die ist nicht auszuhalten!" Man kann das bis in die Erinnerungen nachvollziehen, der alte Minister Foregger hat mir erzählt, in der Schule war diese ständige Präsenz der Pfarrer, das hat ihn gestört; da gab es ein Wiederaufleben des Antiklerikalismus, der insofern dann interessant ist, weil er Österreich vom Deutschen Reich ein wenig trennt. Im Deutschen Reich war das "Zentrum" ursprünglich sogar ein möglicher Koalitionspartner für die NSDAP und der Feind war links, die Kommunisten wurden verboten. Bei uns war es ja umgekehrt, der erste Feind war das Ständestaatsregime für die Nazis und der CV für die Eliten, während die Roten quasi potentielle Verbündete waren, und das macht den gewissen Unterschied dann aus zwischen Österreich und dem Altreich, auch wenn der Konflikt mit der Kirche dann dort genauso kommt wie bei uns.

I: Da möchte ich kurz nachhaken: Liegt das vielleicht auch daran, weil Sie ja gesagt haben, die wirtschaftlichen und andere Probleme nehmen überhand, dass auch die Christlichsozialen das Klerikale nicht so betont haben wie in früheren Zeiten?

H: Na, das ist die Frage, das kommt drauf an. In der Steiermark haben sie es nicht getan, weil Rintelen gewusst hat, er muss die Nationalen an Bord nehmen, darauf beruht seine Mehrheit, weil Steiermark war ein Land, wo die Christlichsozialen ja erst seit 1918 regieren. Das

Klerikale ist im Bauernbund* vertreten und besonders in Vorarlberg und dann vor allem in Ober- und Niederösterreich, der Bauern- und Kleinhauslerbund*, vertreten durch Reiter in Niederösterreich und in Oberösterreich Schlegel, aber dann zunehmend der Bischof Gföllner; die sind die Feindbilder, das ist vor allem eine donauländische Sache, würde ich sagen.

I: Wenn ich das richtig sehe, ist das Konkordat ja noch während der Koalitionszeit...

H: wird verhandelt, kommt aber erst 1933 durch.

I: Da habe ich nicht wirklich Informationen gefunden, wie sich die Deutschnationalen damals dazu gestellt haben.

H: Naja, die waren damals in statu abeundi. Seit 1931 sind sie schrittweise aus dem Kabinett hinaus, haben sich da immer noch so monateweise zur Unterstützung vom Kabinett bereit erklärt, das ist ein Prozess, der eigentlich vom Juni 1931 bis zum Mai 1932 geht, und die Konkordatsverhandlungen waren damals noch sehr low key, die kommen dann ja erst, werden von Dollfuß 1933 fortgesetzt. Ich nehme an, dass die Großdeutschen sich dann damals auch dagegen ausgesprochen haben, nur war das in der Situation des Jahres 1933 eine cura posterior.

I: Ich habe sehr auffällig gefunden, dass bei der Gründung des VdU die zwei Führungspersönlichkeiten doch eher kirchennah gewesen sind.

H: Ja.

I: Wie hat sich das auf die Partei ausgewirkt, da deren Liberalität ja auch nicht so populär bei vielen Teilen der Partei war? Hat sich diese Kirchennähe ausgewirkt oder war das nur eine persönliche Sache dieser zwei?

H: Naja, es hat insofern eine Bedeutung, weil ja vor allem Kraus - Reimann ist programmatisch weniger fassbar, obwohl er ja gerade besonders kirchennah war - aus einer altösterreichischen Mentalität heraus kam, er war adelsnah, gut bekannt mit der Familie

Ledochowski und so. Das wurde auch von der Kirche anerkannt, also sogar von der Furche, die gesagt hat: "Kraus, ja, das ist ein Mann, der ist nicht feindlich." Und Kraus wollte ja keine Lagerpartei gründen und auch nicht die Liberalen gegen die Nationalen ausspielen, sondern er wollte eine Reformbewegung, die alle Unzufriedenen erfasst, weil er meinte, sonst gibt es eine Linksmehrheit und wir rutschen Richtung Kommunismus ab. Auch seine Kontakte zu den Amerikanern gingen in diese Richtung; im Nachhinein hat man interpretiert, er wollte den VdU mehr auf liberal umpolen, aber er war für eine ad-hoc-Reformbewegung, die alle möglichen Dinge beinhaltet. Die Wirtschaftsliberalisierung kann man als liberales Anliegen sehen, die Frage der Abschaffung der Strafgesetzgebung gegen die Ex-Nazis ist prinzipiell auch liberal, da kommt alles mögliche zusammen. Aber auf jeden Fall hat Kraus gesehen, ein Konflikt mit der Kirche zahlt sich nicht aus. Und genau dasselbe - nur mit der entgegengesetzten Stoßrichtung - hat ja um die selbe Zeit Maleta für die ÖVP verkündet. Ich weiß nicht, ob Sie mein VdU-Buch gelesen haben, da steht das drinnen, wo der Maleta fürchterliche Schwierigkeiten kriegt, weil er sagt: "Es geht nicht um liberal versus klerikal", und die eigene Partei sagt: "Um Gottes Willen, wie kann der klerikal sagen, das ist ja ein Kampfbegriff gegen uns", also da waren sich eigentlich alle einer Meinung, dass das momentan kein Thema sein darf. Ich glaube nicht, dass diese Nahestellung zur Kirche zumindest in den Angriffen auf das Führungsduo Kraus-Reimann in der ersten Reihe war. Also all das, was an Destabilisierungsversuchen dann auch hineingetragen wird in die Partei, sind mehr die Gerüchte, dass Kraus 1945 bei der Verhaftung von hochrangigen NS-Funktionären mitgemacht hätte, aber seine Kirchnähe weniger. Dann gibt es ein weiteres Element der Kirchnähe, in dem Moment, wo die "Aktion zur politischen Erneuerung" kommt, z.B. mit Borodajkewycz, der Sekretär beim Katholikentag 1933 war, als einige VdU-Leute offenbar, ohne dass ich es genau nachweisen könnte, beim Manifest des Katholikentags in Mariazell beteiligt waren. Also die ganze VdU Ära ist eine, wo das Thema keine Rolle spielt und dabei spielt wahrscheinlich eine Rolle, dass der VdU aus Salzburg kommt, da gibt es den Bischof Rohrer, der das "Soziale Hilfswerk" gegründet hat um den verfolgten oder aus ihren Posten geworfenen Nationalen zu helfen, also überhaupt kein Grund, dagegen zu sein. Dazu kam die weltpolitische Lage, wo man sagt: "Kinder, habt's ihr keine anderen Sorgen?". Prinzipiell kann es durchaus sein, dass es den einen oder anderen gab, der dagegen war, aber dann waren es, glaube ich, eher andere Ressentiments - zum Beispiel wiederum die Ansicht, alle Posten gehen an CVer, oder auch Stüber in Wien, der einfach prinzipiell gegen

die ÖVP war und sich von der SPÖ ständig hat einwickeln lassen; und ich bin sicher, in Tirol gab es auch unter den Intellektuellen Antiklerikale, auch die Verbindung zur SPÖ war dort näher, aber es spielt politisch keine große Rolle. Wenn, dann spielt eine Rolle, dass man sagt, die Personalpolitik der ÖVP etwa in den Schulen ist eindeutig auf den CV ausgerichtet, aber mit der Kirche und dem Katholischen an sich glaub ich, hat es wenig zu tun.

I: Ich habe so etwa ab 1993 beobachtet, dass man sich in der FPÖ an gewisse Kirchenkreise annähert. Mit welcher Motivlage, mit welcher Erwartungshaltung ist man da herangegangen, wen hat man da versucht zu gewinnen?

H: Ich glaube, es war einerseits einmal eine Grundstimmung, dass man wiederum sagt, die Kirche ist so harmlos geworden, inzwischen ist es fast umgekehrt, dass man sagen könnte, die FPÖ ist für die eigentlichen Klerikalen, und die Kirchenkritiker sind alle bei der ÖVP, Feichtlbauer und Genossen. Aber damals war das noch nicht so ausgesprochen, sondern es war eher die Idee zu sagen, der Kulturkampf, der natürlich an der Wiege dieser beiden politischen Lager steht, hat sich eigentlich überlebt. Weder in der Schulfrage, da gibt es ganz andere Probleme, noch in der Ehefrage, noch in der Abtreibungsfrage, die von der Kirche hier nie besonders betrieben wurde, nirgendwo gibt es irgendwelche Differenzen, die in die aktuelle Politik hineinreichen, alles was es gibt, ist eine Frage persönlicher Religiosität oder nicht. Was hier hineinspielt, ist der kuriose persönliche Konflikt innerhalb derselben Sängerschaft, der Skalden zu Innsbruck, von der Familie Stix auf der einen Seite, die traditionell antiklerikal war und da immer alle möglichen Vorbehalte hatte, und Ewald Stadler, als Jungem aus derselben Verbindung, der auf seine Fahnen geschrieben hat, er würde jetzt die Versöhnung mit der Kirche und den Schulterchluss zustandebringen. Haider stand da immer ein wenig dazwischen, indem er gesagt hat "also Kirche - ja gut, das braucht man", und das berühmte Wort, das ja immer wieder aufgegriffen wird, lautet: "Es geht nicht darum, was das Bodenpersonal macht, es kommt auf den Oberkommandierenden an" und er hat auch gesagt: "Es ist gut, wenn der Mensch das Gefühl hat, dass da noch was über ihm ist, quasi etwas Transzendentes", also Haider hat immer gesagt, dass ihm das kein Anliegen ist, hat das immer ein wenig so gesagt, dass er damit nicht unbedingt in der Tradition und der Linie stünde, aber das sei so seine Meinung, ähnlich, wie er schon sehr früh gegenüber der EU-Begeisterung immer wieder angedeutet hat, da hätte er gewisse Vorbehalte. Also Haider

war jemand, der dafür offen war, aber der hat sich auch nicht wahnsinnig viel davon versprochen, auch die Familie Haider war mit dem Bischof Kapellari persönlich befreundet, er war öfters bei Haider zu Gast, da gab's keine Schwierigkeiten. Stadler hat dann versucht, wie überhaupt bei der gesamten Programmdebatte, das zu seinem persönlichen Thema zu machen.

I: Also das ist von Stadler ausgegangen?

H: Die besondere Betonung ging von ihm aus, alle anderen, die dabei waren, haben gesagt: ja, wir finden das richtig, weil der Kulturkampf nicht zielführend ist und momentan haben wir ganz andere Probleme. Und Stadler hat das in der für ihn typischen Weise ein wenig provokant zugespitzt und dann wurde lange über die Formulierung "wehrhaftes Christentum" gestritten, dann wurde sie in einer abgeschwächten Form hereingenommen. Stadler persönlich mag sich versprochen haben, dass das jetzt für ihn als Fahnenträger der Katholiken* innerhalb der FPÖ eine gewisse Stärkung bedeutet, de facto glaube ich, die Partei hat sich nicht wahnsinnig viel erwartet; auch alle Umfragen zeigen, dass zwar ein kleiner Teil von bewussten Aktivisten innerhalb der Frontkämpfer der katholischen Kirche, weil er sich von der ÖVP immer wieder schlecht behandelt fühlt, da braucht man nur die Sache mit dem oberösterreichischen Bischof herannehmen, wo der Pühringer sich auf der einen Seite exponiert hat, ein gewisses Naheverhältnis zur FPÖ sucht um da Rückhalt zu gewinnen, dass aber die Masse der regelmäßigen Kirchgänger* eines der stabilsten ÖVP-Segmente ist. Das zeigen alle Umfragen, da ist mit Ausnahme individueller interessanter Figuren nicht wahnsinnig viel zu holen, und auch die gliedern sich ein in einen Kreis einfach enttäuschter ÖVP-Wähler*, die irgendwie versuchen, der ÖVP einen Denkmittel und ein Signal zu senden, mit dem sie sagen: jetzt engagieren wir uns für die FPÖ oder empfehlen die FPÖ justament, ähnlich wie ich im Jahr 2002 gesagt habe "Die FPÖ ist so blöd, die muss man bestrafen, jetzt wähl' ma Schlüssel". Also genauso gibt es auf der anderen Seite auch Leute, die finden: "Das lass ich mir nicht mehr gefallen, jetzt geh ich offen auf die andere Seite". Aber anders als 2002, wo es wirklich eine große Wählerbewegung* gegeben hat, gibt es die jetzt nicht. Es gab viele Gründe für die ehemaligen ÖVP-Wähler* in den 90ern Haider zu wählen, ich glaube nicht, dass 1999 die Frage "katholisch" eine Rolle gespielt hat. Was allerdings bei dem Programm dabei war, aber das geht weniger auf diesen Passus zurück, war, dass Khol dann

gleich nachdem das Programm da war gesagt hat "na gut, wenn das so ist, ist die FPÖ wieder im Verfassungsbogen", das war sozusagen die Zielvorgabe, das sollte das Ergebnis der Beratungen sein.

I: Es hat ja die zwei Theorien gegeben, einerseits, dass die Betonung des Christlichen durch die FPÖ ein Angriff auf die Kernschichten der ÖVP sei und andererseits, dass dies quasi ein Koalitionsangebot an die ÖVP darstelle.

H: Die gesamte Anlage des Programms, vor allem die Verfassungsbestimmungen, die früher Khol den Anlass gegeben haben, zu sagen, die Freiheitlichen seien nicht im Verfassungsbogen, sollte die FPÖ in diesen Verfassungsbogen zurückführen, das war von Haider der übergreifende Zweck. Das Ganze geht ja darauf zurück, dass Haider zwei Jahre zuvor irgendwann im Sommer gesagt hat, weil ihm kein Gag mehr eingefallen ist, "Schluss mit der Deuschtümelei!" Daraufhin kamen dann alle möglichen Stimmen aus den eigenen Reihen, da waren auch Brauneder und ich dabei, die meinten, so sollte man das nicht sagen, woraufhin Haider gesagt hat: "Okay, alle, die ihr es besser wisst, kommt zusammen, macht ein neues Programm". Dann kamen die Wahlen 1995, kein Mensch hat mehr daran gedacht, aber Stadler hat daran gedacht, ich glaube, weil er sich davon was versprochen hat, wobei Stadler ja durchaus intellektuell in der Lage ist, sowas durchzuführen und zu argumentieren, g'scheit ist er ja, nur hat er sich halt nicht immer in der Hand. Das waren interessante Debatten, aber innerhalb dieser Kommission, das muss ich betonen, gab es über diese Frage "wehrhaftes Christentum" eigentliche keine Debatten, die kamen dann von außen. Susanne Riess-Passer, der das nicht sehr geheuer war, gerade weil sie in einer Klosterschule war, hatte einen gewissen Reflex, wobei sie ja mit Stadler überhaupt wenig Freude hatte, von Anfang an. Scheibner war dabei, hat nichts gesagt, hat das aber durchaus mitgetragen, wie viele andere Dinge. Auch beim Nationalen war Scheibner sehr für die nationalen Dinge, also das darf man ja nicht im nachhinein irgendwie falsch sehen. Die Stixens waren dagegen, Oberösterreich auch, z.B. Steinkellner, die waren nicht glücklich, also es war, wenn Sie so wollen, ein gewisser liberaler Flügel, der gefunden hat, das geht jetzt zu weit, da würde ich Susanne [Riess-Passer] und Steinkellner dazurechnen. Pawkowicz hat auch immer gefunden, man muss nicht zu viel machen, Pawkowicz hat immer eine kluge Rolle gespielt, er wollte immer alle einbinden und sich nicht in die Karten schauen lassen.

I: In der Literatur habe ich den Eindruck bekommen, dass Pawkowicz da ziemlich stark dagegen war und auch Stix...

H: Pawkowicz und Stadler waren einander nicht koscher und Pawkowicz war schon krank, Stadler hat sich auch ihm gegenüber nicht sehr nett verhalten, ich würde sagen, das waren mehr persönliche Dinge, zum Teil auch von Pawkowicz die Haltung "wir wollen uns nicht vom Bund hineinreden lassen". Pawkowicz war der, der von den Landeshäuptlingen alle anderen weit überragt hat vom taktischen Geschick her. Da war das mit ein Thema, aber ich würde nicht sagen, dass der Pawkowicz besonders antiklerikal war, also das wäre mir nicht aufgefallen, sondern da war allgemein die Idee, wie etwa des alten Herrn von Broesigke, dass das "wehrhafte Christentum" eine Formel sei, die in ähnlicher Weise im NSDAP-Parteiprogramm vorkam und daher eher irreführend sei. Also in Wien, das stimmt schon, war unter den alten Herren eine gewisse Missstimmung, nur war die allgemein gegen die Art, da kam dazu das Ö-ö-österreich, es muss unbedingt Österreich an erster Stelle stehen und das Deutschnationale wird dann sehr intellektuell zergliedert nur mehr an gewissen Punkten untergebracht. Es war gegen die ganze Idee, unter dem Motto "Wozu brauchen wir überhaupt ein neues Programm?", wie gegen alle Haider'schen Ho-Ruck-Reformen bei den Alteingesessenen ein gewisses Widerstreben und da waren die Wiener* am ehesten in der Lage, das zu artikulieren, so würde ich das sehen.

I: So wie ich das zeitlich gesehen habe, hat man nach dem "Österreich zuerst" - Volksbegehren, wo es ja ziemliche Reibereien mit der Kirche gegeben hat, gesehen, dass es mit Bischof Krenn und seinem Umfeld besser geht als mit dem Rest und dort versucht einen Anschluss zu finden.

H: Ja natürlich, Stadler hatte diesen persönlichen Kontakt, den hatte ich auch, [Bischof Krenn] ist ja ein kluger Mann, mit dem gut reden war, aber vollkommen klar, dass das nicht viel bringt. Niederösterreich war überhaupt ein gewisses Hoffnungsgebiet, weil die FPÖ dort immer so schlecht abgeschnitten hat und egal, wen sie aufgestellt hat, relativ große Zugewinne erzielt hat, wobei die Partei nie sehr stabil war und die Leute immer zum Teil sehr fragwürdig waren aber es ging bergauf. Ich habe den Dialog mit Krenn sehr gut gefunden, aber ich würde auch nicht sagen, dass das politisch viel bewegt hat. Stadler hatte den Kontakt

zu Krenn, der gut war, Haider hatte den zu Kapellari, der nicht in diesem politischen Sinn eng war aber gut war, und dann gab es irgendwann die Debatte, wo sie auch mich hineingezogen haben, mit dem Bischof Stecher in Tirol. Bei dieser Debatte innerhalb der Skalden habe ich gesagt: wir haben uns geeinigt. Wenn man für's Abendland ist, kann man nicht gegen das christliche Erbe sein. Und jemand hat gemeint, der Bischof Stecher hätte aber etwas gesagt, was ganz gegen unsere Linie sei, und da hab ich gesagt: "Der Bischof Stecher gehört erst zum christlichen Erbe, wenn ihn die Erde schon lange deckt", weil das ist noch nicht Erbe, wenn jemand jetzt in einer Debatte was sagt, das wurde dann als Todesdrohung interpretiert. Weil zum Teil von der katholischen Hierarchie in irgendwelchen aktuellen Fragen, meist um Zuwanderung, so Dinge kamen, die deutlich gegen die FPÖ gerichtet waren, war es ganz gut, sagen zu können, es gibt ja auch andere Bischöfe, die sehen das anders, daher ist die Kirche als solche genauso pluralistisch und gespalten wie alle anderen, aber das ist kein Feindbild.

I: Jetzt unter Strache habe ich so ein bisschen das Gefühl, das Christentum wird als Unterfütterung des neuen Österreichpatriotismus verwendet.

H: Ja überhaupt das Abendland gegen die türkische Zuwanderung.

I: War das von Anfang an als eine ideologische Unterfütterung gedacht, oder hat sich das eher so entwickelt?

H: Das war glaub ich in den 90ern weniger der Fall, weil in den 90ern bestand die Zuwanderung die wirklich präsent war, die den Leuten gestunken hat, mehr noch aus Flüchtlingen aus Ex-jugoslawien, Polen schon seit den 80ern. Das waren eher noch katholische Zuwanderer*, weshalb man gesagt hat, die katholische Kirche sei deswegen für Zuwanderung. Gerade Stadler persönlich hatte ein ausgesprochen gutes Verhältnis zur türkischen Botschaft, was seine leichte Erklärung in seiner Skepsis gegen kurdische Organisationen fand. Ich glaube, die Frage der Moslems hat damals bei den Debatten keine Rolle gespielt.

I: Also ich habe schon...

H: Heute ist es anders. Heute, wenn ich sage die Moslems, wobei das meines Erachtens eine soziologische und keine religiöse Frage ist, werden als Bedrohung gesehen, dann liegt der Rekurs auf das Christentum als positive Identifikationsmarke nahe, aber das würde ich sagen war 1997 nicht im Vordergrund, ich könnte mich auch intern nicht erinnern, dass das eine Rolle gespielt hätte.

I: Es ist schon ein wenig angeklungen, auch im Programm steht gegen den Islamismus etwas in Bezug auf das christliche Abendland.

H: Ja aber auch international ist das eine Debatte die erst seit 2001, seit 9/11 wirklich auch im Vordergrund steht und wo natürlich die Chance oder die Versuchung nahe liegt, sich da an ein von der ganzen westlichen Welt geteiltes Phänomen zu hängen und zu sagen, wenn schon, denn schon, da schließen wir einmal von vornherein die ganzen Risikogruppen aus, bevor wir da einzelne Islamisten* suchen. Aber ich glaube, da war damals eher eine leichte Überlegung ab und zu im Hintergrund zu merken, nämlich die Überlegung, von den Zuwanderern* sind die Türken* die konservativsten, und ob man deshalb nicht gerade mit denen was tun könnte. Das ist inzwischen abgelöst worden von den Serben* als Schwungrad, aber damals stand das Problem mit den Türken* und dem Islam sicher nicht im Vordergrund.

Interview mit Mag. Ewald Stadler

I: Seit Beginn der 90er Jahre hat die FPÖ in der Ausländerpolitik* zunehmend eine Linie vertreten, die auch von Kirchenkreisen teils heftig kritisiert worden ist. Wie haben Sie in dieser Phase um das Volksbegehren "Österreich zuerst" das Verhältnis zwischen FPÖ und Kirche erlebt?

S: Da gab es zwei Gruppen, da gab es das Establishment rund um Kardinal König und die meisten Mitglieder der Bischofskonferenz, die natürlich bei der Lichterkettenaktion dabei waren, die offen mit der Lichterkettenaktion sympathisiert haben und sie zum Teil sogar unterstützt haben. Das war der eine Teil, dann gab es andere im Klerus, aber auch bei den Bischöfen, die eher Verständnis für uns gehabt haben und gesagt haben: "Bitte, so dumm ist das nicht, was die da verlangen"; der verstorbene Militärbischof Kostelecky hat da zum Beispiel dazugehört, der auch mit Jörg Haider damals ein sehr gutes Gesprächsklima hatte, das weiß ich, da hat es Besuchskontakte gegeben.

I: Und so allgemein in der FPÖ, würden Sie da sagen...

S: Also ich kann jetzt nur reden aus meiner Zeit bis zu meinem Austritt aus der FPÖ, damals unter Haider hat man versucht, mit der Kirche ein neues Verhältnis zu begründen, und dazu habe ich auch beigetragen und das war auch der Wunsch des Jörg Haider. Was dann Strache gemacht hat, das will ich nicht kommentieren, ich könnte es zwar, aber ich will es nicht, weil das nicht mehr meine Zeit in der FPÖ war und daher möchte ich das bewusst nicht als authentischer Zeitzeuge kommentieren; aber unter Haider war der Wunsch dezidiert vorhanden, zu einem normalen, entkrampften Verhältnis zu kommen, das es ja historisch nicht gegeben hat, weil die militantesten Antiklerikalen hat es immer bei den Deutschnationalen gegeben.

I: Da wollte ich fragen: Beim Parteiprogramm von 1997, ist da die Initiative eher von Ihnen ausgegangen oder eher von Haider?

S: Es war ein Wechsel, immer wieder ein Rückkoppeln; Haider wollte ein neues Parteiprogramm haben, er wollte insbesondere weg von dieser Deuschtümelei, das hat er auch in einer Pressestunde angekündigt. Ich habe die Gelegenheit genutzt, indem ich gesagt habe, in dem Zusammenhang können wir nicht nur unsere Positionen, was unser Verhältnis zu Österreich und zur österreichischen Nation und was die historischen Faktizitäten der in Österreich vorhandenen Ethnien anlangt klären, sondern auch unser Verhältnis zur Kirche und zu christlichen Werten, und das hat er gut gefunden, das hat er unterstützt, hat mir da relativ freie Hand gelassen, hat mir auch freie Hand gelassen bei der Präsentation des ersten Entwurfes, wo ja noch wörtlich von einem “wehrhaften Christentum” die Rede war. Das ist dann nur abgeschwächt worden, weil der Druck vor allem von den Wienern*, damals noch unter Pawkowicz, wo ja sehr viele dieser sogenannten militanten Antiklerikalen vorhanden waren und noch heute vorhanden sind in der FPÖ, und von Riess-Passer gekommen ist, die da ganz massiv Vorbehalte hatten.

I: War das mehr eine innerparteiliche Sache oder war das auch ein Signal an die ÖVP, man nähert sich auch ihrer Position an, oder mehr an die Wählerinnen und Wähler der ÖVP?

S: Also an die ÖVP einmal überhaupt nicht, sondern an die ÖVP-Wähler*; es war gedacht, den ÖVP- Wählern* zu sagen: “Schaut her, wir sind eine Alternative für euch”, weil es hat die Entwicklung gegeben, dass sehr viel stärker ehemals sozialistische Wähler* die FPÖ gewählt haben als bürgerliche Wähler* aus der ÖVP, und denen wollte man damit natürlich ein entsprechendes politisches Angebot machen, das war sicher Teil der Strategie, bei mir war es aber auch so, dass es mir natürlich ein inneres Anliegen war. Deswegen habe ich auch versucht, möglichst viel aus dem Schöpfungsgedanken in die ersten Artikel hineinzubringen.

I: Nach dem Streit mit Strache haben Sie unter anderem von “Wotansgläubigkeit und Neuheidentum” gesprochen; für die Zeit damals, wo haben Sie das gesehen und glauben Sie, dass das heute noch so ist?

S: Na es gab da Leute, die mit Thorshämmern um den Hals herumgegangen sind, da könnte ich Ihnen sogar Namen nennen, es gab Leute, die mich angefeindet haben, wie ich einer Religion anhängen könne, die von einem Juden gegründet wurde, also das waren offene

Anfeindungen, die haben sich aus ihren Löchern gewagt, sobald sie gemerkt haben, dass sie damit beim Strache ankommen.

I: Und in welcher Größenordnung würden Sie das sehen?

S: Ich kann es gar nicht von der Größenordnung her sagen, da gab es immer wieder aus dem burschenschaftlichen Lager Verständnis bis Sympathien, und rund um den Bereich Mölzer und die Zeitung "Zur Zeit" - da waren so ein paar Wahnsinnige angesiedelt, und rund um die "Aula" herum, das sind ja immerhin zentrale Organe der FPÖ-Ideologie gewesen. Wie zahlreich die gewesen sind, weiß ich jetzt nicht, aber gewisse Sympathien waren bei diesen neuheidnischen esoterischen Kreisen dafür immer vorhanden, die der alten Germanenmystik, wie sie ähnlich die Nazis vertreten haben, immer noch verhaftet waren.

I: Heutzutage tritt Strache ja immer wieder mit dem Kreuz auf und präsentiert sich als Verteidiger...

S: Das hat er nur einmal gemacht, das macht er nicht mehr; da ist er über die Reaktionen erstaunt gewesen und seit dem hat er das nicht mehr gemacht. Er hat es einmal gemacht bei einer Kundgebung, wo er mit einer Bürgerinitiative* gegen eine Moschee aufgetreten ist und dann war er erstaunt über die Reaktion und seitdem hat er das nicht mehr gemacht, seitdem ist sein Interesse am Christentum wieder deutlich abgeschwächt.

I: Ich hab mir da auch youtube und Ähnliches angeschaut, es kommen immer wieder Slogans, wo er dergleichen sagt...

S: Na völlig klar, er kann es ja jetzt nicht ganz wegwischen, das wäre ja völlig unglaubwürdig, aber so engagiert, wie er es damals gemacht hat, ist es ihm kein Anliegen mehr; außerdem hat er dauernd von einem Kruzifix gesprochen, hat aber nur ein Kreuz in der Hand gehabt, also er kennt sich da nicht wirklich aus. Soweit ich weiß, hat er dann bei einem Freund von mir die Firmung gespendet bekommen, spät aber doch, hoff ma, dass der Heilige Geist noch wirkt.

I: Glauben Sie, dass das in gewisser Hinsicht ein Fortsetzen des Kurses von 1997 von dem Parteiprogramm war?

S: Nein, das ist typisch Strache, das ist ein Zick-Zack-Kurs; nach Haider hat er es definitiv abgelehnt, da hat es Aussagen gegeben vom Abgeordneten Fichtenbauer zum Beispiel, der die Bedeutung der Kirche in der FPÖ verglichen hat mit der Bedeutung des ARBÖ Telfs in der FPÖ, das blieb unwidersprochen, dann die dezidierte Ablehnung eines solchen Instituts in der Freiheitlichen Akademie, wie ich es haben wollte, wo diese Frage "Verhältnis FPÖ und Kirche" institutionalisiert worden wäre. Das wurde von ihm definitiv abgelehnt, und dann auf einmal - ein Jahr nach der letzten Nationalratswahl - da hat er versucht, in dieses Segment vorzustoßen, also das ist bei ihm nicht so stringent, das ist ein Zick-Zack-Kurs.

I: Sie gehören jetzt dem BZÖ an, das hat ja zum Beispiel in Bezug auf homosexuelle eingetragene Partnerschaften eine eher liberale Linie vertreten.

S: Ein wenig, und personell unterschiedlich. Es gibt die Mehrheit des Clubs, die das ablehnt und es gibt Einzelne, die das befürworten, aber bei der Abstimmung über dieses Gesetz hat es - glaub ich - nur zwei Stimmen dafür gegeben, Westenthaler und Grosz.

I: Würden Sie sagen, dass jetzt alles in allem vom Programmatischen her und von den Positionen das BZÖ eine christlichere Partei ist als die FPÖ oder...?

S: Nein, das ist sie nicht, sie ist nicht viel mehr und nicht weniger christlich als die anderen Parteien, die im Parlament sitzen. Es ist nur so, und das ist für mich das einzig Wichtige, dass das BZÖ und die BZÖ-Führung mir freie Hand und freien Spielraum lassen, so wie ich es unter Haider hatte. Deswegen pflege ich auch nach wie vor sehr intensive Kontakte zu kirchlichen Kreisen, ich versuche auch immer wieder Anliegen, die der Kardinal zum Beispiel an mich heranträgt, letztens zum Beispiel die Finanzierung der Hospizeinrichtungen, Sterbebegleitung, palliativmedizinische Einrichtungen mit christlicher Begleitung, dass das sichergestellt wird. Solche Anliegen immer wieder mit den Abgeordneten im Club durchzubringen, das gelingt hier im Club mit relativ breiter Zustimmung jeweils, Ursula Haubner, also die Schwester des Dr. Haider, ist da sehr sehr sehr offen für diese Dinge,

Herbert Scheibner auch, auch Grosz ist, was die katholischen Positionen und was die Zustimmung zur Kirche anlangt, an sich grundsätzlich positiv, er reist ja auch oft nach Rom, versucht auch zu vatikanischen Kreisen gute Kontakte zu halten, auch zur Nuntiatur, also da ist größeres Verständnis da, aber ich würde das BZÖ deswegen nicht zur christlichen Partei erklären, das würde zu weit gehen.

I: Es ist auch die Frage, ob es jetzt einfacher ist?

S: Es ist einfacher!

I: Bei Ihrem Austritt aus der FPÖ war ja einerseits die Parteiakademiefrage bedeutend und andererseits diese Photoaffäre. Wenn es diese Photosache nicht gegeben hätte, und Sie mit der Parteiakademiefrage abgeblitzt wären, wären Sie da weiter in der FPÖ geblieben und hätten versucht, Ihre Linie anders durchzusetzen?

S: Ich glaube nicht, nein das hat andere Hintergründe, weil es wollten bestimmte Kreise mich auf jeden Fall hinausbeißen, weil sie Angst hatten, dass Heinz-Christian Strache gefährdet wäre, wenn ich weiterhin in der Partei wäre, in völliger Verkennung meiner Ambitionen. Ich habe nie Ambitionen gehabt auf den Parteichef, aber das haben die sich permanent eingeredet und das Gespenst, der Strache ist sich seiner Führungsfunktion nicht sicher, solange der Stadler in der Nähe ist, mit diesem Gespenst haben sie mich um jeden Preis versucht aus der Partei hinaus zu beißen, also das war das deklarierte Ziel.

Sehr geehrter Herr Meijer!

Anbei die Freigabe Ihres Interviews.

Mag. Stadler gibt sein OK zu den verfassten Fragen und Antworten bzgl. des Interviews mit Ihnen, welche Sie am 26.12.2011 zur Bestätigung per Mail gesandt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Stiglmayr
Parlamentarischer Mitarbeiter
BZÖ-Parlamentsklub

Büroleitung

Bürgeranwaltsbüro NAbg. Mag. Ewald Stadler

Karl-Renner-Ring 3

A-1017 Wien – Parlament
Tel. +43 1 401 10-5469
Fax +43 1 401 10-5598

Martin.Stiglmayr@parlament.gv.at



Von: Norbert Hofer <norbertgerwald.hofer@ne.com>
An: Irmgard Fischer - Freiheitlicher Parlamentsklub <irmgard.fischer@fpoe.at>, monkey.magic@gmx.at
Kopie:
Betreff: Re: Anfrage
Datum: 18.12.2011 09:50:26

Sehr geehrter Herr Meijer!

Ich habe bei der Erstellung des Parteiprogramms großen Wert auf die Trennung von Kirche und Staat gelegt. Diese säkulare Grundhaltung ist beim neuen Parteiprogramm stärker ausgeprägt als beim alten Text. Hingewiesen wird darauf, dass sich unsere Kultur aus den Grundwerten des Christentums entwickelt hat und wir diese Grundwerte auch in unserer Weltanschauung vertreten.

Die Beschlussfassung des Parteiprogramms erfolgte am Bundesparteitag einstimmig. Es gab hinsichtlich dieser Linie auch keine Differenzen im Rahmen der Vorbereitung des Textes für den Parteitag.

mfg

Norbert Hofer

Am 18.12.2011 um 08:27 schrieb Irmgard Fischer - Freiheitlicher Parlamentsklub:

--- Die weitergeleitete Nachricht folgt ---

Von: "David Meijer" <monkey.magic@gmx.at>
 An: "Fischer Irmgard" <Irmgard.Fischer@parlament.gv.at>
 Empfangen: 17. Dez 2011 16:45:36

Sehr geehrte Frau Fischer,

Leider habe ich bislang keine Antwort erhalten. Vielleicht können Sie ja die Anfrage weiterleiten. Meine Email an Herrn Hofer lautete:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Da ich derzeit eine Diplomarbeit über das Verhältnis der FPÖ zum Christentum schreibe, wollte ich Sie als Autor des neuen Parteiprogramms fragen, wie sie die Thematik sehen. Besonders würde mich interessieren, ob sich seit 1997 ein Wandel vollzogen hat, oder ob sich das Programm 2011 nur einer generellen Straffung wegen zurückhaltender zum Thema äußert. Auch etwaige innerparteiliche Diskussionsprozesse wären natürlich von Interesse. Über eine Antwort würde ich mich sehr freuen,

hochachtungsvoll

David Meijer

Stellungnahme der Österreichischen Bischofskonferenz

Sehr geehrter Herr Präsident Ahtissari,

sehr geehrter Herr Kommissar Oreja,

sehr geehrter Herr Professor Frowein!

Zunächst möchte ich Ihnen auch im Namen von Kardinal Schönborn danken, dass Sie uns als Vertreter der kath. Kirche Gelegenheit geben, zur politischen Lage in Österreich Stellung zu nehmen. Wir entsprechen Ihrem Wunsch, nicht weil wir uns in die politischen Angelegenheiten einmischen möchten, sondern weil uns die Menschen in diesem Land und in der EU ein Anliegen sind.

Die Bischöfe der kath. Kirche haben sich in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit der Regierungsbildung und Ihren Auswirkungen wiederholt zu Wort gemeldet. Die beiden Kardinäle König und Schönborn haben zu Mäßigung in Wort und Tat aufgerufen. Wir haben aber auch in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck gebracht, dass wir die EU-Sanktionen als ungerecht empfinden. Die diesbezüglichen Unterlagen haben sie bereits von Kardinal Schönborn erhalten.

Österreich ist ein demokratisches Land, in dem die Grundrechte der Person – wenn man von der Abtreibung absieht – im Wesentlichen geachtet werden. Die von der derzeitigen Koalition unterzeichnete Präambel zur Regierungserklärung bringt den Respekt der Regierung vor den Grundrechten zum Ausdruck.

Ausländern gegenüber finden sich in der Bevölkerung unseres Landes wie in anderen Ländern Europas unterschiedliche Einstellungen nebeneinander: einerseits Solidarität, andererseits aber auch Vorbehalte, manchmal sogar Abneigung. Positiv zu vermerken ist die Tatsache, daß sich Österreich in den letzten Jahrzehnten bei vielen Gelegenheiten gegenüber Menschen aus den Nachbarländern als hilfreich erwiesen und Ausländer großzügig aufgenommen hat. 1956 wurde für die Ungarnflüchtlinge alles getan, was möglich war. 1968 fanden Tschechen und Slowaken in Österreich klare Unterstützung. In den achtziger Jahren suchten viele Polen und Juden in Österreich Zuflucht und für die Flüchtlinge aus Kroatien, Bosnien und dem Kosovo wurde viel geleistet. Insbesondere die kath. Kirche hat sich mit allen zur Verfügung stehenden Kräften an den Aktionen beteiligt.

Wir haben in Österreich in manchen Regionen einen relativ hohen Prozentsatz an Gastarbeitern. Außerdem zeichnet sich unser Land durch ein gutes Miteinander verschiedener Volksgruppen aus, die bereits seit Jahrhunderten hier leben. Sie und die verschiedenen Kirchen und Religionsgemeinschaften tragen zur kulturellen Vielfalt Österreichs bei.

Die Fragen der Flüchtlingsquoten, des Asylrechtes und der sozialen Gerechtigkeit für alle waren schon bei der früheren Regierung mit der Koalition von SPÖ und ÖVP Anlaß für ein zeitweise heftiges und zähes Ringen, das gerade seitens mancher Einrichtungen der kath. Kirche, vor allem der Caritas durchgetragen wurde. Diese Themen waren während des letzten Wahlkampfes auch Anlaß zu Auseinandersetzungen der Kirche mit der FPÖ, weil diese Partei es nicht gescheut hat, manche ausländerfeindliche und gegen Randgruppen gerichtete Parolen zu verwenden, wie es leider auch in anderen europäischen Ländern derzeit vorkommt. Wir haben gegen manche Formulierungen des damaligen Parteiobmannes Jörg Haider und anderer örtlicher Parteiorgane protestiert und vor radikalisierenden Slogans eindringlich gewarnt.

Wie jedes andere Volk ist auch das österreichische Volk nicht immun gegenüber populistischen Formulierungen. Wer aber am öffentlichen Leben teilnimmt, muss sich nicht nur an seinen Taten, sondern auch an seinen Worten messen lassen.

Die Zahl der Rechtsradikalen ist in Österreich nicht höher als in den meisten anderen Ländern Europas. Es mag sein, dass in den Anfängen der FPÖ u.a. Kräfte wirksam waren, die ursprünglich aus dem nationaldeutschen Lager stammten. Wie viele dies waren und wie groß ihr Einfluß ist, das kann wohl nur die FPÖ selbst sagen. Der Stimmenzuwachs bei der FPÖ in den letzten Jahren ist jedenfalls nicht durch deutschnationales bzw. rechtsextremes Denken der Wähler, sondern vor allem dadurch zu erklären, dass offenbar viele Stammwähler der SPÖ und der ÖVP mit der schon lange dauernden SPÖ-ÖVP Koalition nicht mehr zufrieden waren.

Jede Andeutung einer Entwicklung in Richtung eines nationalsozialistischen Gedankengutes ruft berechtigte Ängste hervor. Wir können deshalb manche Reaktionen aus dem In- und Ausland verstehen. Die Kirche sieht gerade darin eine wichtige Aufgabe, vor jeder Radikalisierung – ganz gleich von welcher Seite sie kommt – mit allen Mitteln zu warnen

Wenn sich nun die ÖVP aus der Koalition mit der sozialistischen Partei gelöst und eine Koalition mit der FPÖ eingegangen ist, dann entspricht dies einem legitimen Vorgang. Es ist das Recht eines demokratischen Volkes, durch freie Wahlen eigenständig die Politik des Landes zu bestimmen.

Im Grunde genommen sind die Probleme in Österreich ähnlich wie in den anderen Ländern Europas und es wäre notwendig, sie als solche, nämlich als gesamteuropäische Probleme wahrzunehmen. Österreich kommt dabei trotz seiner Kleinheit im Herzen Europas vielleicht sogar eine vermittelnde Aufgabe zu.

Email-Interview mit Altabt Dkfm. Mag. Gregor Henckel Donnersmarck OCIST

Frage: Wie bewerteten die kirchlichen Vertreter in den Gesprächen mit den drei Weisen die FPÖ? Spielte da deren antiklerikale Vergangenheit eine Rolle, oder eher das prochristliche Parteiprogramm? Beschränkte man sich eher auf demokratiepolitische Bewertungen?

Antwort: Es war ein höchst bemerkenswerter Vorgang, dass die von der EU benannten "Drei Weisen" auch eine kirchliche Delegation im Zuge ihrer mehrtägigen Gespräche in Österreich, genauer im Hotel Imperial, anhören wollten; dies zeigt eine Wertschätzung der Position der Kirchen und der katholischen Kirche im besonderen. Die offizielle Delegation der Kirche bestand aus dem für Integrationsfragen zuständigen Bischof Klaus Küng(damals Diözese Feldkirch), dem Präsidenten der Caritas Franz Küberl und meiner Wenigkeit.

Die Bewertung der FPÖ stand nicht im Zentrum des Gesprächs, allerdings wurde darauf hingewiesen, dass die FPÖ eine in Österreich zugelassene Partei sei und daher nicht nationalsozialistisch und nicht antidemokratisch genannt werden könne- denn sonst müsste sie nach österreichischem Recht verboten werden. Weder die antiklerikale Vergangenheit noch "prochristliche Parteiprogramme" wurden angesprochen sondern mehr die Aussagen zur Fremdenpolitik, die zwar ausdrücklich im Gegensatz zu den auf dieses Thema bezogenen fremdenfreundlichen Stellungnahmen der Kirchen gekennzeichnet wurden, allerdings in den Rahmen fremdenfeindlicher Aussagen von Parteien in anderen Ländern der Europäischen Union gestellt wurden.

Frage: Welche Themenbereiche sind aus christlicher Perspektive die wichtigsten Punkte, die bei einer Wahlentscheidung zu berücksichtigen sind?

Antwort: Die Respektierung der freien Religionsausübung des Einzelnen, die Gewährung freier Religionsausübung für die anerkannten Religionsgemeinschaften und der Schutz der Gläubigen und der Religionen vor religionsfeindlichen Angriffen. Der Schutz des Lebens von seinem Beginn bis zu Ende. Die Gewährleistung des sozialen Friedens nach innen durch eine Politik, die der Soziallehre der Kirche entspricht; dazu gehören die Rechte von Minderheiten und die ausgewogene Integration von Migranten!

Frage: Die FPÖ verbindet unter Strache ihr Bekenntnis zum Christentum mit einer starken anti-Einwanderungs- und vor allem anti-islamischen Rhetorik. Die Kirche tut sich schwer, eine einheitliche Linie zu finden in Bezug auf Punkte wie Kopftuch, Moscheen und Minarette. Vertritt die FPÖ hier eine rechtsorientierte, christliche Linie, oder handelt es sich eher um eine Haltung, die christliche Werte vermissen lässt?

Antwort: Die Kirche weiß sich - spätestens seit dem Dokument "Dignitatis humanae" des II. Vatikanischen Konzils - zur Verteidigung der religiösen Freiheitsrechte aller Religionen verpflichtet, nicht nur der eigenen. Soweit ich das überblicke, haben alle offiziellen Stellungnahmen der Amtskirche zu diesen Themen klar Stellung bezogen im Sinne der Rechte der Muslime innerhalb der in Österreich zu gewährenden Menschen- und Religionsrechte. Wenn einzelne Gläubige oder sogar Amtsträger anders sprechen oder handeln, kann man aber doch nicht sagen, dass sich "Die Kirche" schwer tut, eine klare Linie zu vertreten. Fremdenfeindliche Gedanken oder Handlungen sind in keiner Weisung eine "christliche Linie", sondern bedeuten einen Verrat christlicher Werte.

Abstract

In Folge der Revolution 1848 und erneut ab 1867 können liberale Kräfte die Macht der römisch-katholischen Kirche vor allem in Schule und Ehegesetzgebung zeitweilig verdrängen. Der um 1880 aufkommende Nationalismus setzt den Antiklerikalismus teilweise radikal in der Los-von-Rom-Bewegung unter Georg Schönerer fort. Regierungsbeteiligungen mit Konservativen in Monarchie und 1. Republik lassen Fragen der Trennung von Kirche und Staat ruhen. Kirche und Nationalsozialismus stehen einander meist feindlich gegenüber, ein versuchtes Arrangement scheitert sehr früh. Der Verband der Unabhängigen wird zunächst von kirchennahen Personen geführt, in der Freiheitlichen Parte Österreichs herrscht jedoch eine kühle Distanz zur Kirche bis etwa 1990. Die Ausländer*debatte führt zur Frontstellung mit den Kirchen, nur der rechte Flügel um Krenn fühlt sich angesprochen. Stadler bringt das Christentum programmatisch pointiert 1997 in die FPÖ, der islamfeindliche Hintergrund wird nach der Spaltung des BZÖ unter Strache stark forciert. Strache fordert auch Gesetzesänderungen bei der Abtreibung und tritt immer wieder als Verteidiger des Christentums auf. Die FPÖ vertritt nunmehr ein Kulturchristentum, also die von religiösen Inhalten entledigte Bezugnahme zum christlichen Abendland als bedrohter Heimat.

English summary

The power of the roman catholic church was temporarily broken in the course of the revolution of 1848 and especially after 1867 by liberal actors opposed to the churches influence in matters of matrimony and schools. Nationalism continues this anticlerical pattern starting in the 1880s and even advocates apostasy under Georg Schönerer. Being alligned with conservatives in the governments of the monarchy and the 1st republic the German nationalists did not push questions of state and church. National Socialism was mostly opposed to the churches and vice versa, a common ground was sought by some but could not be found. After WWII the Federation of Independents (Verband der Unabhängigen) is led by individuals with an unusually positive relationship towards the church considering the ideological background of their party. The Freedom Party (Freiheitliche Partei Österreichs) is more in line with the traditional scepticism towards the roman catholic church until 1990, when differences regarding immigration policy cause a major rift. Approaching the right wing of the church under bishop Krenn, Ewald Stadler introcudes a very positive view of Christianity into the party program of 1997. Under the leadership of Heinz-Christian Strache the FPÖ follows this path and combines staunchly pro-christian policies with an anti-islam-rhetoric at odds with Christian values. The FPÖ thus tries to communicate a position of cultural Christianity as defending Western values in strictly nonreligious way.

Curriculum vitae

Name: David Egidius Georg Meijer

Geburtsdatum: 10.02.1981

Geburtsort: Mödling

Staatsbürgerschaft: Niederlande

Ausbildung:

2002-2012: Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien

1999-2002: Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien

1991-1999: Gymnasium des Kollegium Kalksburg in 1230 Wien

Berufstätigkeit:

2010-jetzt: Telephoninterviewer bei der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK Austria)

Außeruniversitäre Aktivitäten:

Teilnahme und Komiteeleitung an internationalen Simulationskonferenzen zu den Vereinten Nationen (Model United Nations) in Wien, Sofia; Moskau, Oxford, London und Zagreb

Sprachkenntnisse:

Deutsch (Muttersprache)

Niederländisch (Vatersprache)

Englisch (Sehr gut)

Italienisch (Gut)

Französisch (Sprachkurs I an der Universität für Bodenkultur)